+ Beilage Interkultur

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 06/08 · Nov. – Dez. 2008 www.kulturrat.de 3,00 € · ISSN 1619-4217 · B 58 662

Kultur-Enquete
Was halten die Vertreter aus dem Theaterbereich vom Schlussbericht der Enquete-Kommission? Gehen die Vorschläge zu weit oder nicht weit genug? Werden vornehmlich die Staats- und Stadttheater in den Blick genommen? Näheres hierzu im Schwerpunkt Theater.
Seiten 4 bis 10

Literaturbetrieb
Wie entwickeln sich Buchhandel und Verlagswesen? Wie sieht dieser Wirtschaftszweig seine Zukunft? Darüber gibt Alexander Skipis Auskunft. Wie die Autoren ihre wirtschaftliche Situation einschätzen, ist Thema des Interviews mit Imre Török. Außerdem wird die Arbeit weiterer Institutionen vorgestellt.
Seiten 12 bis 15

Sonntagsöffnung
Welche Bedeutung hat der Sonntag? Ist er ein Tag der Muße, des Kulturgenusses und der Besinnung oder unterscheidet er sich nicht von anderen Tagen? Mit diesen Fragen wird sich auch unter der Perspektive der Sonntagsöffnung von Bibliotheken befasst.
Seiten 16 bis 20

Initiative Hören
Welche Bedeutung das Hören in der kulturellen Bildung hat und warum Hören gelernt werden muss, wird im Schwerpunkt „Initiative Hören“ erläutert. Es wird aufgezeigt, dass das Hören ein unterschätzter Sinn ist. Richtig Hören lernen ist eine Grundfertigkeit der kulturellen Bildung.
Seiten 24 bis 26

Beilage Interkultur
Wie kann eine nachhaltige interkulturelle Bildung aussehen? In der neuen Beilage Interkultur wird das Thema vorgestellt, das europäische Jahr des interkulturellen Dialogs umrissen und die deutschen Vorhaben im Rahmen dieses Jahres präsentiert.
Beilage Seiten 1 bis 8

Editorial

Märchenstunde

Es war einmal in einem Land, in dem viele Jahre große Armut herrschte. Die Staatskasse war leer, die armen Untertanen mussten darben und selbst für kulturellen Glanz war immer öfter kein Geld mehr vorhanden. Die Herrscherin dieses Landes wurde nicht müde immer wieder und wieder darauf hinzuweisen, dass alle Untertanen den Gürtel enger schnallen müssen, dass die Zeiten des Füllhorns endgültig und unwiderruflich vorbei sind. Die Untertanen fügten sich in ihr Schicksal.

Doch die Untertanen waren pfiffig. Immer mehr von ihnen engagierten sich für die Ehre und selbstverständlich unentgeltlich. Kunst und Kultur blühten weiter, manchmal war es zwar kein opulenter Strauß mehr, aber immerhin blieb ein schönes Gänseblümchen. Die Obrigkeit hatte sich ausgebeten, nicht mehr länger um Geld für Kultur angebettelt zu werden. Also suchten die Untertanen Edelleute, die ihre private Schatulle öffnen mögen. Die Untertanen mühten sich ab, aber es war ein hartes Brot.

Doch dann eines Morgens: unter den Geldverleihern des Königreiches brach das große Wehklagen aus. Viele von ihnen hatten sich verzockt und jahrelang auf zu großem Fuß gelebt. Zuerst klopften sie bei ihren Kollegen um Almosen an, umsonst. Jetzt standen sie vor der Königin und weinten bitterlich. Und die Königin hatte ein weiches Herz und erhörte ihr Flehen umgehend. Sie ging in ihre Schatzkammer und fand, oh Wunder, eine unglaublich große Menge an Gold und Edelsteinen und gab den armen Geldverleihern reichlich.

Die Untertanen waren zuerst sprachlos, dann wütend. Sie klopften an das Schlosstor und baten ebenfalls um Almosen, nicht für sich, sondern für Kunst und Kultur. Doch die Königin weinte bitterlich. Nichts, gar nichts sei übrig geblieben von ihrem herrlichen, heimlichen Schatz. Sie selbst müsse fast Hunger leiden. Die Untertanen müssten den Gürtel jetzt noch enger schnallen, damit wenigsten sie noch ihr standesgemäßes Auskommen hätte.

Da wurden die Untertanen wütend, warfen die Königin ins dunkelste Verließ des Königreiches und schworen sich hoch und heilig, nie wieder an das Märchen von den leeren Staatskassen zu glauben.

Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute...

Olaf Zimmermann, Herausgeber von politik und kultur ■

Kultur-Menschen

Urban Priol und Georg Schramm

Dass zwischen Kabarett und Comedy Welten liegen, stellen Urban Priol und Georg Schramm alle vier Wochen in der Sendung „Neues aus der Anstalt“ unter Beweis. Bissig, schonungslos, auf den Punkt gebracht: politisches Kabarett vom Feinsten.

Mitunter bleibt dem Zuschauer das Lachen im Halse stecken, man weiß nicht recht, soll nun geklatscht werden oder ist das Leben längst schon zur Realsatire geworden. Hier wird Politik nicht weichgespült. Hier wird mit Hintergrund und Sprachwitz die Wirklichkeit aufs Korn genommen.

Urban Priol und Georg Schramm setzen mit der Sendung Maßstäbe wie gute Unterhaltung mit Tiefgang im öffentlich-rechtlichen Fernsehen aussehen kann.

Urban Priol und Georg Schramm
Neues aus der Anstalt © ZDF/Thomas Schumann

Dramaturgie der Gewalt

Betrachtungen eines Computerspiele-Entwicklers • Von Michael Bhatty

Die Liste der Pressemeldungen ist endlos: Echauffierte Meldungen aus Kultur und Politik, wieso denn Games auf einmal Preise erhalten sollen, als seien sie ähnlich wertvoll wie Buch, Film oder ausgesuchte TV-Produktionen; Forderungen nach Verboten von Computerspielen, die Gewalt darstellen, Medienberichte, die in einer vereinfachten Darstellung Gewaltinhalte mit soziopathischen Verhaltensweisen in Verbindung bringen und dann wieder Meldungen über Kulturfestivals, auf denen Games als neue Marktinstanz und Wirtschaftsfaktor diskutiert werden. Wahlverluste in Bayern, weil über eine Million Computerspieler sich mit der Kampagne „Ich wähle keine Spielekiller“ gegen eine Politik der Verbote aussprechen...

Das „Schmuddelimage“ von Games bröckelt in den letzten Jahren langsam. Nach und nach realisieren Vertreter aus Medien, Kultur und Politik, dass wir es hier mit einem gesellschaftlichen Phänomen zu tun haben, welches weitreichendere Konsequenzen für die Rezeption unserer Gesellschaft haben wird – denn eines erkennen wir zunehmend: In zwanzig Jahren leben wir in einer Gesellschaft, deren Menschen mit Games aufgewachsen sein werden.

Gut und schön, doch gerade dann müssen wir Gewalt in Games doch verbieten (wie es unlängst wieder einmal aus südlichen Gefilden gefordert wurde), oder? Doch ich frage mich: Ist das die Lösung? Oder ist dies Aktionismus?

Im Jahr 1999 analysierte meine medienwissenschaftliche Dissertation „Interaktives Story Telling“ die Mechanismen der Computer- und Rollenspiele, zeigte Ursprünge und polymediale Einflüsse anderer Medien aus Theater, Film und TV sowie Literatur auf und heute bin ich selbst ein Entwickler von Computerspielen: Story und Welt von SACRED (1), einem der international erfolgreichsten Computerspiele aus Deutschland, stammen aus meiner Feder, dazu die actionreichen Romane zur Games-Serie FarCry. Gewalt ist in diesen interaktiven Geschichten ein grundlegender Bestandteil. Produziere ich also „böse Spiele“?

Die Antwort ist nein, denn die Taten der antagonistischen Kräfte haben immer eine dramaturgische Funktion. Lassen Sie mich hier mit einigen Missverständnissen aufräumen. Zunächst einmal: Narrative Computerspiele sind keine wirklichen „Spiele“, sondern eine neue Medienform, die es erlaubt, eine vordefinierte Auswahl an Aktionen vom Spieler ausführen zu lassen. Also „Story Telling“ in „interaktiver“ Form – was bedeutet, dass narrative Games Geschichten erzählen. Und gerade in Games zelebrieren viele dieser Geschichten Gewalt.

Stellen wir uns folgende Situation vor: Wir betrachten eine „Szene“, in der Menschen in Soldatenuniformen mit zuckenden Gliedern von Maschinengewehrfeuer zerfetzt werden. Körperteile werden abgerissen, Blut spritzt in Fontänen und darüber liegt das nicht enden wollende metallische Hacken des Gewehrfeuers.

Ein entsetzliches Game, sagen Sie? Nicht ganz, denn dies ist die Szene aus einem Film, der die Landung der Alliierten in der Normandie zeigt. Tom Hanks spielt hier in „Saving Private Ryan“ einen Lehrer, der eben jenen Ryan finden soll, um ihm mitzuteilen, dass er in die Heimat zurückkehren kann, weil für ihn der Krieg vorbei ist. Zahlreiche Preise in den verschiedensten Kategorien hat der Film gewonnen. Ein Meisterwerk der Filmgeschichte.

Dagegen stehen die Computerspiele auf der anderen Seite; in vielen Augen verwerfliche (Mach-)Werke: „Killerspiele“. Meine Frage hierzu: „Haben Sie es denn selbst gespielt?“ Die Antwort ist meist ein entrüstetes „Natürlich nicht!“

Aber wie beurteilt man eine interaktive Medienform, ohne sie selbst „interaktiv erfahren“ zu haben? Ist das nicht so, als würde man einen Film beurteilen, ohne ihn gesehen zu haben? Ich sehe die große Gefahr, dass Games falsch wahrgenommen werden, denn Zugucken alleine reicht nicht. Sie müssen auch interaktiv ausgeführt werden.

Betrachten wir die rein technische Darstellung des Sterbens in der oben angeführten Szene. Sie ist mehr oder weniger die Gleiche, wie in vielen Games: Schonungslos, realistisch. Was ist also der Unterschied in der medialen Definition?

Der Kontext! Gerade im Games-Bereich ist sie ein oftmals unterschätztes Kriterium: Die zu erzählende Geschichte. Wir Menschen erzählen seit Jahrtausenden Geschichten. Geschichten, in denen gemordet, gefoltert, verraten und gemeuchelt wird. Gewalt in unseren Geschichten gehört offenbar zu den Grundlagen der westlichen Kultur; dies ist kein neues Phänomen, das auf die „Killerspiele“ zurückgeht (die es übrigens in der Form gar nicht gibt, s.u.), sondern wir finden diese Themen bei Homer, Shakespeare, sogar Goethe, Tolkien, wir finden sie bei Peter Jackson und George Lucas. Wir bewundern Schauspieler wie Kiefer Sutherland für seine Darbietungen als Jack Bauer in der Echtzeitserie „24“ und Jürgen Vogel in Dennis Gansels „Das Phantom“, die ihre „Opfer“ foltern, um Informationen zu erhalten. Und letzterer Film erhielt sogar den Grimme-Preis.

Von vielen wird die neue Version des Shooters mit Spannung erwartet.
Foto: Ubisoft GmbH

Auch archaische Waffen sind überaus präsent in unserer Kultur. Wir jubeln Biathleten, Speerwerfern und Fechtern zu. Wir lieben James Bond, Schimanski, die Musketiere, Robin Hood. Wir spritzen uns im Sommer mit Wasserpistolen nass, was mit den heutigen Präzisions-„Waffen“ auch eher an ein Zielschießen erinnert.

Doch Gewalt in Computerspielen macht vielen von uns Angst, sie wirkt bedrohlich, grausam und beinahe diabolisch. Sie wird effektreich dargestellt, die – wie im FarCry-Fall sogar technologische Innovationen darstellen, die dann jedoch der Zensur zu Opfer fielen, weil diese durch eine geschmacklose Anwendung der Spielenden missbraucht werden konnte: Spieler feuerten zum „Spaß“ auf die toten Körper und ließen diese durch die korrekte physikalische Darstellung der Impulsgesetzte herumzucken – virtuelle Leichenschändung.

Auch im Film sind dies Effekte. Warum akzeptieren wir in Film und Buch abgeschlagene Köpfe, spritzendes Blut, Vergewaltigung oder auch Genozid als Bestandteile der zu erzählenden Geschichte und warum in Games nicht?

Der Schlüssel ist wieder die Geschichte, in der die Gewalt dargestellt wird. Wir Menschen vermitteln mit jeder Geschichte ethische, ideologische, moralische, historische oder auch soziale Konzepte, kurz: Wir vermitteln die Werte der jeweiligen Gesellschaft!

Weiter auf Seite 2

4 195981 603008 06

Fortsetzung von Seite 1

Dramaturgie der Gewalt

Und hier versagen viele (aber nicht alle) Games, denn das, was dort inhaltlich präsentiert wird, bietet zuweilen Inhalte, die besser ins Dritte Reich oder in die Ära des Kalten Krieges passen: Genozid, Einsatz von Nuklearwaffen sind in strategischen Spielen an der Tagesordnung. Doch diese stehen meistens nicht auf dem Indizierungsindex. Da finden sich eher Games, in denen wir Blut nach vom Spieler ausgeführten Aktionen sehen, also z.B. Schüsse auf einen Gegner.

Was zudem gänzlich bei allen Betrachtungen fehlt, ist die haptische Komponente. Wer einen Shooter spielt, pirscht sich an Gegner heran, zielt und schießt. Da man hier zumeist unsterblich ist, wird der „Erschossene“ wieder auf einem Startfeld neu eingesetzt.

Von der Empfindung des Spielenden her handelt es sich hier eher um ein „Fangen spielen“ oder um ein Schießen mit Wasserpistolen. Was sich jedoch unterscheidet, ist die Art der Darstellung. Waffen werden mit „coolen“ Animationen und Spezialeffekten präsentiert. „Satter Sound“, blitzendes Mündungsfeuer und getroffene Körper, die unter den Einschlägen zucken. Gewalt wird hier tatsächlich affirmativ dargestellt. Oder man muss eher sagen, unreflektiert?

Denn die gleiche Darstellungsweise kann man auch in kritischen Filmen wie „Private Ryan“ sehen. Und damit kann die Menge an Blut kein Kriterium sein. Ist sie zumindest im Filmbereich nicht, denn auch in den guten, alten britischen Komödien im „Monty Python“-Stil, finden wir das Herausschneiden von Organen lustig und makaber und sogar Tarantinos „Kill Bill“ hat zahlreiche Auszeichnungen erhalten.

Es ist also offenbar nicht die Form der Darstellung, sondern der narrative Kontext. Die Wahl der Erzählperspektive ist eine dramaturgische Notwendigkeit und liegt immer beim Erzähler oder hier beim Game Designer, dem Autor und Regisseur. Die Erzählperspektive entscheidet darüber, wie eine Geschichte vom Rezipienten wahrgenommen wird; und dies bedeutet auch, dass die Verantwortung für die inhaltlichen Aussagen der Medienprodukte sehr wohl bei den Entwicklern liegt.

Der Kern einer jeder zu erzählenden, auch der interaktiven, Geschichte bildet immer der dramaturgisch auf die Spitze zu treibende Konflikt oder einfacher ausgedrückt: „Zwei Hunde, ein Knochen!“ Die Kräfte der Antagonisten müssen dabei gegenläufig ausgerichtet sein; „Junge liebt Mädchen“ ergibt eben keine Geschichte – „Junge liebt Mädchen, Mädchen liebt Junge nicht!“ dagegen schon.

Die klassische Struktur des Story Telling ist – entgegen zahlreicher Behauptungen aus der Games Branche – absolut unabhängig von der Medienform; Aristoteles, Field, Campbell und Vogler funktionieren, wenn das Element der Interaktion berücksichtigt wird. Die Alpha-Handlung im Games-Bereich ist es, die die Zahl der Handlungsfreiheiten definiert, ihre Rezeption ist jedoch immer ebenfalls eine lineare.

„Die Killerspiele“ sind übrigens ein Mythos. Es gibt sie nicht als „Spielgenre“, sondern es gibt nur einzelne Titel, die gewaltverherrlichende Darstellungen anbieten, in denen der Kontext nicht stimmt. Titel wie FarCry werden durch diesen Stempel leider leicht unterschätzt – letzteres wurde übrigens unlängst mit Til Schweiger in der Hauptrolle verfilmt: Agentenaction mit einem renommierten deutschen Aushängeschild. Offenbar stimmte hier der Kontext, der genug Inhalt für eine unterhaltsame Geschichte bot...

Die FarCry-Geschichte zählt durch den „Killerspiel“-Stempel zu einer der Unterschätztesten: Gegner haben hier dramaturgische Funktionen, die der Spieler durch Beobachten und Belauschen erfahren kann. Foto: Ubisoft GmbH

Die Produktion von Gewaltdarstellungen zu verbieten, die sich an eine mündige, erwachsene Zielgruppe richten, ist der falsche Weg. Wir müssen viel eher gezielt zusammenarbeiten, damit Kinder und Jugendliche geschützt werden, Eltern anleiten und auch in die Verantwortung nehmen und wir müssen auch als Entwickler Verantwortung übernehmen und die Inhalte unserer Titel deutlicher kennzeichnen.

Der Verfasser ist freier Autor, Designer und Produzent für Medienproduktionen und Dozent für Game Design: www.michael-bhatty.de ■

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL

Märchenstunde
Von Olaf Zimmermann 1

KULTUR-MENSCHEN

Urban Priol und Georg Schramm 1

LEITARTIKEL

Dramaturgie der Gewalt
Von Michael Bhatty 1

STREITFALL COMPUTERSPIELE

Von der Hochkultur bis zu Computerspielen
Von Olaf Zimmermann 3

KULTUR-ENQUETE

Eine hervorragende kulturpolitische Bestandsaufnahme
Von Rolf Bolwin 4

Reformresistente Reformer
Von Hans Herdlein 5

Freies Theater – Eine tragende Säule der Darstellenden Kunst
Von Alexander Opitz 6

Begegnung auf Augenhöhe
Von Norbert Radermacher 7

Experten für die ästhetische Erziehung des jungen Menschen
Von Brigitte Dethier und Christian Schönfelder 8

Gute Argumente und verbesserungswürdige Strukturen
Von Raimund Finke 9

TRANSITION Zentrum TANZ
Von Cornelia Dümcke 9

ZUR DISKUSSION

Das Subjekt und die Macht
Von Max Fuchs 10

LITERATURBETRIEB

Aus den Fehlern der Musikindustrie lernen
Interview mit Alexander Skipis 12

Die Verlage sind nicht unser Feind
Interview mit Imre Török 13

Herausforderungen und Fährnisse eines Berufs
Von Carla Meyer 14

Grenzgänger der Literatur
Von Jürgen Jakob Becker 14

Der Deutsche Literaturfonds
Von Dagmar Leupold 15

SONNTAGSÖFFNUNG

Sonntags gehört Papa mir
Von Hans Michael Heinig 16

Gott sei Dank, es ist Sonntag
Von Wolfgang Huber 17

Zur kulturellen Bedeutung des Sonntags
Von Monika Grütters 18

Und sonntags in die Bibliothek
Von André Schmitz 18

Immer wieder sonntags…
Von Gerhard W. Matter 19

Gerne freiwillig für das Gemeinwohl
Von Rolf Pitsch 20

AKTUELLES

Die Kuh ist vom Eis, das Thema aber noch nicht ausgestanden
Von Olaf Zimmermann 21

Bildungsgipfel: Außer Reden nichts gewesen?
Ein Kommentar von Gabriele Schulz 21

KULTURLANDSCHAFT DEUTSCHLAND

Kulturlandschaft sehen und verstehen
Von Inge Gotzmann 22

Kino in der Provinz
Von Horst Conradt 23

KULTURELLE BILDUNG

Die Welt ist tonreich und laut geworden
Von Hans-Jürgen Krug 24

Verfeinerung der Sinnenkompetenz
Von Uwe Rüth 24

Schule des Hörens
Von Helga Kleinen 25

EUROPA

Europa braucht eine neue Kommunikationskultur
Von Dieter Spöri 26

LUTHER 2017

„Die ganze Welt ist in der Habsucht ersoffen wie in einer Sintflut“
Von Friedrich Schorlemmer 27

WEIHNACHTEN

Regelmäßige Autoren der puk wünschen zu Weihnachten... 28

KULTURGROSCHEN

Kulturgroschen an Klaus-Dieter Lehmann
Von Monika Grütters 29

Es besteht Aufbruchsstimmung
Laudatio von Klaus Gerhard Saur 29

Eine kleine Münze und die Kultur
Dankesrede von Klaus-Dieter Lehmann 30

KULTURELLES LEBEN

Stark sein durch weltweite Vernetzung
Klaus-Dieter Lehmann im Gespräch mit puk-Herausgeber Theo Geißler 31

Thomas Mann im Teebeutel
Von Georg Ruppelt 32

Das Leben ist eine einzige Fortbildungsveranstaltung
Interview mit Max Fuchs 35

PORTRAIT

Du malst und ich schreibe
Von Andreas Kolb 36

BÜCHER

Lola trifft zauberhafte Amélie
Eine Rezension von Stefanie Ernst 37

Arbeitsmarkt für Künstler
Eine Rezension von Stefanie Ernst 38

Neue Bücher: kurz notiert
Zusammengestellt von Stefanie Ernst 39

URHEBERRECHT

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Vorschlag der EU-Kommission zur Schutzfristverlängerung für Tonträger 38

Aus den Gremien 38

Bundestagsdrucksachen 39

DAS LETZTE

Wie ich kürzlich einmal einen Liebesbrief an die Bundeskanzlerin schrieb
Von Theo Geißler 40

BEILAGE INTERKULTUR

Feuerwehr sucht Migranten
Neue Beilage Interkultur zur Zeitung *politik und kultur*
Von Olaf Zimmermann 1

Risse im Paradies?
Integrationsprobleme in Kanada und eine politische Antwort
Von Max Fuchs 3

Zwischen Melonen und Kulturen: Ist die „Gastliteratur“ in den deutschen Literaturbetrieb integriert worden?
Von Imre Török 4

Mikrokosmos der Weltgesellschaft: Die Deutsche Welle und der Dialog der Kulturen
Von Erik Bettermann 6

Zur Vielfalt in Europa stehen: Das Europäische Jahr für den Interkulturellen Dialog 2008
Von Barbara Gessler-Dünchem 7

Kulturell komplexe Gesellschaften: Rückblick auf ein Jahr des interkulturellen Dialogs auf nationaler Ebene
Von Kristin Bäßler 8

Von der Hochkultur bis zu Computerspielen

Zu den aktuellen Veränderungen des Kunst- und Kulturbegriffs • Von Olaf Zimmermann

Von der Hochkultur bis zu Computerspielen eine Fragestellung, die sicherlich vor zwei Jahren fast undenkbar gewesen wäre. Computerspiele als Teil der Kultur? Computerspiele als Kunstwerke? Diese Vorstellung lässt auch heute noch so manchen erschüttern. Doch allein die Fragestellung zeigt bereits, dass der Kulturbegriff in Bewegung ist.

Spätestens seit der Weltkonferenz zur Kulturpolitik im Jahr 1982 in Mexiko fand der erweiterte Kulturbegriff Eingang in die kulturpolitischen Debatten. Unter Kultur wird laut dem erweiterten Kulturbegriff eher die Lebensweise als Kunst im engeren Sinne verstanden. Dieser Begriff ist die Folie für die Debatten im Kontext der UNESCO Diskussion zum Schutz des materiellen und des immateriellen Kulturerbes und er ist gespeist aus den Erfahrungen, dass die Kultur, das kulturelle Leben in anderen Kontinenten von anderen kulturellen und anderen künstlerischen Traditionen geprägt ist, als die abendländische Kultur der Industrienationen. Dieser erweiterte Kulturbegriff war ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Anerkennung auch des immateriellen Kulturerbes. Im Jahr 2003 wurde das „UNESCO-Übereinkommen zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes“ von der Generalkonferenz verabschiedet und bereits von 30 Staaten, leider nicht von Deutschland, ratifiziert. Im April 2006 ist es in Kraft getreten.

Die UNESCO zählt zum immateriellen Kulturerbe: „Praktiken, Darbietungen, Ausdrucksformen, Kenntnisse und Fähigkeiten – sowie die damit verbundenen Instrumente, Objekte, Artefakte und Kulturräume –, die Gemeinschaften, Gruppen und gegebenenfalls Individuen als Bestandteil ihres Kulturerbes ansehen“. Das immaterielle Kulturerbe wird also kontextbezogen definiert. Diese kontextbezogene Definition findet sich auch darin wieder, dass unterstrichen wird, dass das immaterielle Kulturerbe von Generation zu Generation weitergegeben und dabei auch verändert werden kann; es soll letztlich ein Gefühl von Identität und Kontinuität vermitteln. Kultur ist in diesem Zusammenhang also mehr als die klassische westliche Hochkultur, also als Ernste Musik, gehobene Literatur, Schauspiel, Oper, Ballett, Bildende Kunst.

Auch das „UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“, besser bekannt als Konvention Kulturelle Vielfalt, basiert auf diesem weiten Kulturbegriff. Diese Konvention soll als völkerrechtliches Abkommen dazu dienen, dass die Unterzeichnerstaaten, hier auch Deutschland, ihre jeweilige Kultur und Kulturwirtschaft fördern und schützen können. Es soll sichergestellt werden, dass trotz des weltweiten Handels mit Kulturdienstleistungen die Vielfalt der Kultur nicht eingeschränkt wird.

Der erweiterte Kulturbegriff hat aber noch in anderer Hinsicht große Bedeutung. In Westdeutschland entstanden Ende der 1970er Jahren in alten Industrieanlagen so genannte soziokulturelle Zentren. Zuerst wurden diese Häuser oftmals besetzt, sie sollten vor Spekulanten gerettet werden, danach wurden die Besetzer geduldet, schließlich gefördert und heute ist die daraus entstandene Soziokultur ein kaum mehr wegzudenkender Teil des kulturellen Lebens. Soziokulturelle Zentren sind Veranstaltungsorte zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses, sie sind nachbarschaftliche Begegnungsorte und sie sind Orte der kulturellen Bildung. Ihr Konzept, Teilhabe zu ermöglichen, fand inzwischen in fast allen künstlerischen Sparten Eingang und die kulturelle Bildung verdankt einen großen Teil ihres Erfolgs diesen soziokulturellen Konzepten. Immer geht es darum, möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen. Soziokultur im Osten Deutschlands versteht sich darüber hinaus oftmals als breitenkulturelle Arbeit, hier wird wesentlich unideologischer mit dem Begriff „Breitenkultur“ umgegangen als es im Westen der Fall ist. Die Anerkennung der Soziokultur als Teil des kulturellen Lebens spiegelt sich auch darin, dass sie sowohl auf kommunaler als auch Landes- sowie Bundesebene gefördert wird. Die Soziokultur ist die institutionalisierte Form der Aufweichung zwischen Hochkultur und Breitenkultur.

Betrachtet man die einschlägigen Gesetze zum Schutz von Künstlern, zum Beispiel das Künstlersozialversicherungsgesetz und das Urheberrecht, so werden hier keine Aussagen zu Hochkultur oder Breitenkultur getroffen. Im Gegenteil: im Künstlersozialversicherungsgesetz steht: „Künstler im Sinne dieses Gesetzes ist, wer Musik, darstellende oder bildende Kunst schafft, ausübt oder lehrt. Publizist im Sinne dieses Gesetzes ist, wer als Schriftsteller, Journalist oder in anderer Weise publizistisch tätig ist oder Publizistik lehrt.“ Das Künstlersozialversicherungsgesetz knüpft also bewusst an die berufliche Ausübung der künstlerischen Tätigkeit an. Entscheidend ist, dass der Künstler seinen Lebensunterhalt mit seiner künstlerischen Tätigkeit verdient. Dabei ist es egal, ob er „Ölschinken für das Kaufhaus“ malt oder anspruchsvolle zeitgenössische bildende Kunst macht. Es ist unerheblich, ob er einen „Lore-Roman“ schreibt oder eine anspruchsvolle Lyriksammlung verfasst. Diese Fokussierung auf die erwerbsmäßige Ausübung des künstlerischen Berufs ist ein Ergebnis des Künstlerreports aus dem Jahr 1975, in dem deutlich herausgearbeitet wurde, wie viele Menschen künstlerisch tätig sind und dass diese Tätigkeit in sehr verschiedenen Zusammenhängen stattfindet. Auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ hat den Künstlerbegriff des Künstlersozialversicherungsgesetzes noch einmal bestätigt. Sie hat unterstrichen, dass das kulturelle Leben in Deutschland sehr vielgestaltig ist und alle Bereiche des kulturellen Lebens Anerkennung erfahren müssen.

Schaut man sich als zweites für den Kulturbereich relevantes Gesetz das Urheberrecht an, so wird auch hier deutlich, dass kein Unterschied zwischen Hochkultur und anderen kulturellen Ausdrucksformen gemacht wird. Im Urheberrechtsgesetz steht: „Die Urheber von Werken der Literatur, Wissenschaft und Kunst genießen für ihre Werke Schutz nach Maßgabe dieses Gesetzes.“ Entscheidend für den Schutz von Werken ist, dass es sich um persönliche geistige Schöpfungen handelt. Unter Werken werden verstanden: Sprachwerke wie Schriftwerke, Reden und Computerprogramme; Werke der Musik; Pantomimische Werke einschließlich Werke der Tanzkunst; Werke der bildenden Künste einschließlich der Werke der Baukunst und der angewandten Kunst und Entwürfe solcher Werke; Lichtbildwerke einschließlich der Werke, die ähnlich wie Lichtbildwerke geschaffen werden; Filmwerke einschließlich der Werke, die ähnlich wie Filmwerke geschaffen werden. Das Urheberrecht trifft keine Aussage darüber, ob es sich um Hochkultur handelt oder um Werke, die die breite Masse ansprechen sollen.

Die zwei wesentlichen Gesetze zum Schutz und zur Förderung von Künstlern und von Kunst helfen also nicht weiter, sucht man einen klar definierten Unterschied zwischen Hochkultur und anderen kulturellen Ausdrucksformen. Im Gegenteil, der am Beispiel der UNESCO dargestellte und in der Soziokultur institutionalisierte weite Kulturbegriff ist auch hier wiederzufinden. Es werden keine Geschmacksurteile getroffen, es wird kein Unterschied zwischen Hoch- und Breitenkultur getroffen.

Blickt man zurück in die Geschichte mancher künstlerischer Sparten, so wird deutlich, dass gewisse Ausdrucksformen, die noch vor einiger Zeit als trivial galt, inzwischen längst zur Hochkultur arriviert ist. Besonders deutlich wird dieses am Beispiel Comic. Ich erinnere mich noch, dass in meiner Kindheit und Jugend der Comic eher für Schund stand und mir wurde das Comiclesen weitgehend verboten. Heute werden Comiczeichnern Ausstellungen in Museen gewidmet, an Kunsthochschulen wird das Handwerkszeug zum Comiczeichner gelehrt. Die Kunstform Comic wurde im Laufe der Jahre regelrecht geadelt.

Ich bin mir sicher, dass dieses ähnlich bei Computerspielen stattfinden wird. Zum Kulturbereich

Weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Von der Hochkultur bis zu Computerspielen

gehören sie unstreitig, weil Künstler an der Entwicklung dieser Spiele beteiligt sind, sei es als Komponisten, als Musiker, als Grafiker, als bildende Künstler, als Drehbuchautoren. Ich bin mir auch sicher, dass es nicht mehr lange dauert, bis das künstlerische, anspruchsvolle Computerspiel seinen Platz in Museen aber vor allem seinen Markt finden wird. Die Computerspielebranche arbeitet in der Regel ohne öffentliche Förderung. Spiele, deren Entwicklung mehrere Millionen Euro kosten, müssen durch den Verkauf finanziert werden. Das führt dazu, dass vor allem marktgängige Spiele entwickelt werden, die auf den Geschmack eines breiten Publikums treffen. Der Deutsche Computerspielepreis der Bundesregierung, der im kommenden Jahr erstmals verliehen werden soll, soll andere Akzente setzen, hier sollen Spiele ausgezeichnet werden, die pädagogischen und künstlerischen Ansprüchen genügen.

Diese Förderung setzt an Mechanismen an, die in anderen künstlerischen Sparten längst üblich sind. Der Deutsche Literaturfonds fördert Autoren, die auf dem Markt noch nicht etabliert sind, der Kinder- und Jugendliteraturpreis stellt pädagogisch wertvolle und künstlerisch bedeutende Bücher ins Rampenlicht, der Deutsche Übersetzerfonds unterstützt Übersetzungen, die nach reinen Marktgesichtspunkten nicht realisiert werden würden und die Stiftung Kunstfonds fördert künstlerische Projekte und Künstler, die nicht marktgängig sind. All diese Förderungen und noch viele andere mehr tragen zur Vielfalt des kulturellen Lebens bei. Sie ermöglichen, dass die Kunst, die kein breites Publikum anspricht, verwirklicht wird. Sie fördern letztlich Hochkultur und tragen damit zur Weiterentwicklung der zeitgenössischen Kunst bei. Ich bin mir sicher, dass in einigen Jahren eine Entgegensetzung von Hochkultur und Computerspielen gerade auch vor diesem Hintergrund als absurd erscheinen wird. Es wird dann Spiele geben, die zur Hochkultur gezählt werden und eine öffentliche Förderung erhalten, ebenso wie solche, die einen Massengeschmack bedienen – genauso, wie es in anderen künstlerischen Sparten der Fall ist. Der Kulturbegriff ist nicht statisch, er muss immer wieder den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Deshalb besteht aus meiner Sicht zwischen Hochkultur und Computerspielen kein unüberbrückbarer Gegensatz, sondern im Gegenteil ein positives Wechselspiel mit großem Annäherungspotenzial.

Gekürzter Vortrag des Geschäftsführers des Deutschen Kulturrates, der vor dem Forum Tiberius am 20.10.2008 auf Schloß Proschwitz bei Meißen gehalten wurde ■

Eine hervorragende kulturpolitische Bestandsaufnahme

Die Empfehlungen der Kultur-Enquete-Kommission aus Sicht des Deutschen Bühnenvereins • Von Rolf Bolwin

„Kultur in Deutschland“ zu untersuchen, war der Auftrag, mit dem die Enquete-Kommission angetreten war. Um die soziale Lage der Künstler sollte es insbesondere gehen, und da gab es ja genug zu tun. Das gilt auch bezogen auf die darstellenden Künstler in diesem Lande, also insbesondere Schauspieler, Sänger, Tänzer und Orchestermusiker. Denn schon seit Jahren plagen sich Theater- und Orchester-Arbeitgeber mit Problemen herum, die immer wieder – auch seitens des Bühnenvereins – gegenüber dem Deutschen Bundestag und den ihm angehörenden Parteien artikuliert wurden. Dass die Enquete-Kommission einige dieser Probleme nun aufgegriffen hat, ist in jeder Beziehung erfreulich.

Warum deshalb eine der im Theater für das nichtkünstlerische Personal zuständige Gewerkschaft sogleich meint, der Bühnenverein habe der Kommission alles in die Feder diktiert, bleibt unerfindlich. Denn die Enquete-Kommission stützte sich bei der Aufarbeitung der für die Theater und Orchester relevanten Fragen gerade nicht vorrangig auf die Eingaben der unterschiedlichen Tarifparteien, obwohl zumindest der Bühnenverein der Enquete-Kommission eine über 300 Seiten umfassende Studie zu den Problemen der Theater und Orchester vorgelegt hatte. Vielmehr beauftragte die Kommission einen Gutachter, sich mit diesen Fragen zu befassen. Damit handelte sie sich zwar die Kritik des Bühnenvereins ein, zumal der Gutachter in einer von den Theatern und Orchestern sehr beanstandeten, zweifelhaften Fragebogenaktion versuchte, den Dingen auf den Grund zu kommen. Letztlich hatte die Debatte aber – wie so oft – etwas Konstruktives. Der Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ist, wie es seitens der Hauptversammlung des Bühnenvereins ausdrücklich bestätigt wurde, eine hervorragende kulturpolitische Bestandsaufnahme. Das bedeutet natürlich nicht, dass der Bühnenverein mit allem einverstanden wäre, was darin steht, doch dazu später.

Zunächst muss es hier um die Empfehlungen gehen, in denen sich die Kommission ausschließlich mit den Theatern und Orchestern befasst. Nicht oft genug ist das deutliche Bekenntnis der Kommission zum Ensemble- und Repertoire-Betrieb hervorzuheben. Dieser hat in Deutschland eine große Tradition, erlaubt ein künstlerisches Schaffen, das in der Welt seinesgleichen sucht und ist in der Ausnutzung der personellen sowie finanziellen Ressourcen außerordentlich effektiv. Hier zeigt die Enquete-Kommission ein Verständnis für die deutsche Theater- und Orchesterstruktur, das beispielgebend ist, zumal dies noch durch die an die Länder und Kommunen gerichtete Anregung ergänzt wird, den Bereich Kinder- und Jugendtheater zu stärken. Schwieriger ist die uneingeschränkte Empfehlung der GmbH als Rechtsform eines Kulturbetriebes. Seit der Konkursandrohung, der das städtische Theater in Bremen durch die Stadt Bremen ausgesetzt wurde,

Deutsches Theater, Berlin **© Freese/drama-berlin.de**

sind die Vorbehalte sowohl der Arbeitnehmer als auch der Kulturbetriebe selbst gegenüber dieser Rechtsform sehr viel größer geworden. Das ist umso bedauerlicher, als der Kommission in einem zuzustimmen ist: Die GmbH gewährt dem Theater- oder Orchesterbetrieb eine wirtschaftliche und damit auch letztlich künstlerische Freiheit, die nicht zu unterschätzen ist. Angesichts des Konkursrisikos, das mit der Rechtsform GmbH verbunden ist, wird man aber wohl dem Eigenbetrieb, der öffentlich-rechtlichen Anstalt oder der öffentlich-rechtlichen Stiftung den Vorzug geben müssen. Denn diese Organisationsformen gewährleisten ähnliche Freiheiten, ohne jedoch zugleich das genannte Risiko aufzuweisen. Umso wichtiger ist es, dass sich die Enquete-Kommission hinsichtlich der Frage der Freiheit, die ein Theater oder Orchester braucht, einige über die Organisationsform hinausgehende Gedanken gemacht hat. Hier sind hervorzuheben die im Bericht genannte für mehrere Jahre geltende Finanzierungsgarantie des oder der Träger, die Möglichkeit der Rücklagenbildung oder die Entlassung aus der Verdingungsordnung für Leistungen. Aber auch die Empfehlung, im Arbeitszeitgesetz eine allgemeine Öffnungsklausel zugunsten von tariflichen Vereinbarungen vorzusehen, zielt ebenso in die richtige Richtung wie die Einschränkung der Mitbestimmung von Personal- und Betriebsräten. Denn beides würde den Kunstbetrieb erheblich stärken, ohne Arbeitnehmerrechte an entscheidenden Punkten ernsthaft einzuschränken. Verstöße gegen europäisches Recht, die, wie zuweilen behauptet wird, im vorliegenden Zusammenhang auftreten könnten, sind nicht festzustellen. Hier wäre deshalb ein möglichst schnelles Handeln der Gesetzgeber wünschenswert, zumal die Theater vor allem in der Mitbestimmungsfrage zurzeit mit zahlreichen Gerichtsverfahren überzogen werden, die ausschließlich die Einschränkung der künstlerischen Freiheit zum Ziel haben.

Einige Sätze sind auch zu den Tariffragen, die die Kommission be-

Weiter auf Seite 5

Kultur-Enquete

Im Dezember 2007 legte die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ ihren Schlussbericht vor. Der Deutsche Bundestag debattierte in der so genannten Kernzeit von 9.00 bis 11.00 Uhr am 13.12.2007 diesen Bericht.

In *politik und kultur* 1/2008 kamen Mitglieder der Enquete-Kommission zu Wort und stellten dar, welche Aspekte aus dem Schlussbericht ihnen besonders wichtig sind und für welche Handlungsempfehlungen sie sich besonders einsetzen wollen. Die Vorsitzenden der Fachausschüsse des Deutschen Kulturrates gaben eine erste Bewertung zu den Aussagen des Schlussberichts ab.

Die Literatur stand in der Ausgabe 2/2008 von *politik und kultur* im Mittelpunkt. *Gabriele Beger*, Vorsitzende des Deutschen Bibliotheksverbands, stellte dar, wie von Seiten des Bibliothekswesen der Schlussbericht bewertet wird und welche Handlungsempfehlungen jetzt dringend umgesetzt werden sollen. *Rolf Pitsch*, Vorsitzender Stiftung Lesen und Direktor des Borromäusvereins, setzte sich mit den Aussagen zur Leseförderung auseinander.

In Ausgabe 3/2008 beschrieben die Bundesminister *Michael Glos*, MdB und *Brigitte Zypries*, MdB sowie Staatsminister Bernd Neumann, MdB, wie sie die Ergebnisse der Enquete-Kommission aufnehmen. Welche Rolle die Ergebnisse in den Ausschussdiskussionen im Deutschen Bundestag spielen, darüber gaben die Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie *Edelgard Bulmahn*, MdB, die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend *Kerstin Griese*, MdB und der Vorsitzende des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement *Michael Bürsch*, MdB Auskunft. Mit dem Staatsbegriff setzten sich *Max Fuchs* und *Tobias Knoblich* auseinander. *Olaf Zimmermann* und *Gabriele Schulz* hatten den Bericht quergelesen. Weiter wurden die neun Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates zum Schlussbericht der Enquete-Kommission veröffentlicht.

In der Ausgabe 4/2008 wurde an verschiedenen Stellen auf die Kultur-Enquete eingegangen. Die Debatte um das Thüringer Bibliotheks- bzw. Bibliotheksrechtsgesetz ist ein unmittelbares Ergebnis der Enquete-Kommission. Die Auseinandersetzung mit der Kultur im ländlichen Raum geht direkt auf die Enquete-Kommission zurück. Die Frage nach dem Verhältnis von Kultur und Kirche ist nicht zuletzt auch eine Folge der Debatte in der Enquete-Kommission. Mit einer konkreten Forderung der Enquete-Kommission aus dem Bereich des Urheberrechts befasste sich *Stefan Haupt*. Er setzte sich mit der Vergütungspflicht für die Verwertung von Kunstwerken im öffentlichen Raum auseinander, wie sie von der Enquete-Kommission gefordert wurde. In der Ausgabe davor hatte Bundesjustizministerin Zypries angekündigt, dass sie sich noch in dieser Legislaturperiode dieser Forderung annehmen wird.

Die Museen und die Museumspädagogik standen im Mittelpunkt der Ausgabe 5/2008. Die Enquete-Kommission hat konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Museen und zur Erhöhung des Stellenwerts der Museumspädagogik formuliert. *Mechtild Kronenberg*, Geschäftsführerin des Deutschen Museumsbundes, *York Langenstein*, Vorsitzender des ICOM-Deutschland und *Hannelore Kunz-Ott*, Vorsitzende des Bundesverband Museumspädagogik, setzen sich mit den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission auseinander.

Schwerpunkt dieser Ausgabe von *politik und kultur* ist: Theater. Mit der Vergabe eines Gutachtens „Rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen des Betriebs von Theatern, Kulturorchestern und Opern in Deutschland“ hat die Enquete-Kommission einen deutlichen Akzent in diesem Bereich gesetzt. Zu keiner anderen künstlerischen Sparte wurde ein derart umfängliches Gutachten in Auftrag gegeben. In dieser Ausgabe positionieren sich zu dem Bericht: *Rolf Bolwin*, Geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins, *Hans Herdlein*, Präsident der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger, *Alexander Opitz*, Vorsitzender des Bundesverband Freier Theater, *Norbert Radermacher*, Präsident des Bund Deutscher Amateurtheater, *Brigitte Dethier*, Vorstandsmitglied der ASSITEJ und *Christian Schönfeld*, Dramaturg am Jungen Enemble Stuttgart. *Raimund Finke* setzt sich mit Fragen der Theaterpädagogik auseinander und *Cornelia Dümcke* zeigt auf, wie die Empfehlungen der Enquete-Kommission zum Bereich Tanz bereits aufgenommen wurden.

Die Redaktion ■

Fortsetzung von Seite 4

zogen auf die Theater und Orchester aufwirft, notwendig. So wünschenswert es wäre, die Tarifzuständigkeit in eine Hand zu legen, es bleibt schon angesichts des teilweise vorhandenen gewerkschaftlichen Widerspruchs eine Illusion. Vielleicht ist es aber nicht einmal die entscheidende Frage. Denn zwischen den beteiligten Tarifverbänden auf Arbeitgeberseite, dem Bühnenverein, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und den Kommunalen Arbeitgeberverbänden gibt es eine äußerst enge Verbindung, die es erlaubt, alle tariflichen Notwendigkeiten in die Tarifverhandlungen einzubringen. Das Problem ist mehr ein gewerkschaftliches, denn einige aus künstlerischen Gründen sinnvolle Regelungen scheitern nicht an der Arbeitgeberseite, sondern werden eher von Gewerkschaftsseite aus oft unsachlichen Gründen verhindert. Dies gilt im Übrigen weniger, wie auch die Enquete-Kommission hervorhebt, im Bereich des vom Bühnenverein ausgehandelten NV Bühne, der in der Tat ein für die Theater und Orchester vorbildhafter Tarifvertrag ist. Denn hier wurden erfolgreich die künstlerischen Freiheiten und das Schutzbedürfnis der Arbeitnehmer im Interesse aller Beteiligten zur Übereinstimmung gebracht.

Zurück zu den gesetzlichen Regelungen. Hier ist die Enquete-Kommission auf einige besonders dringende Fragen eingegangen. Sie reichen von der Beurteilung eines Beschäftigungsverhältnisses als selbstständig oder abhängig, über die Rahmenfrist für den Bezug von Arbeitslosengeld I bis hin zur Frage der sozialversicherungsmäßigen Abrechnung der unständigen Beschäftigung. Alle drei Bereiche müssten in der Tat bald einer Neuregelung unterzogen werden. Kaum eine verwaltungstechnische Problematik beschäftigt die künstlerischen Betriebe mehr als die Beurteilung eines Beschäftigungsverhältnisses. Denn es ist bei der sehr individuellen und unterschiedlichen Gestaltung des künstlerischen Schaffens besonders schwierig einzuschätzen, wer selbstständig und wer abhängig beschäftigt ist. Von dieser Entscheidung hängen aber eine ganze Reihe Verpflichtungen steuerrechtlichen, arbeitsrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Inhalts ab, die mit erheblichen Risiken für die Arbeitgeberseite verbunden sind. Dies gilt umso mehr, als in der Beurteilung von staatlichen Behörden, Versicherungseinrichtungen und Gerichten erhebliche Unterschiede festzustellen sind, die die Rechtslage nahezu unübersichtlich machen. Nicht verschwiegen werden darf jedoch an dieser Stelle, dass die Beurteilung des Beschäftigungsverhältnisses zur allgemeinen Zufriedenheit fast der Quadratur des Kreises gleichkommt. Viel leichter wäre es, die anderen beiden oben genannten Fragen einer gesetzlichen Klärung zuzuführen, nämlich im Sinne der Erleichterung beim Bezug von Arbeitslosengeld I und im Sinne der tagesbezogenen sozialversicherungsrechtlichen Abrechnung bei unständiger Beschäftigung. An dieser Stelle sei erwähnt, dass auch die Vorschläge der Kommission zur Neuregelung der Pauschalsteuer für ausländische Künstler eindeutig zu unterstützen sind. Die Bundesregierung hat ja bereits eine Lösung in diese Richtung auf den Weg gebracht.

Was fehlt aus Sicht der Theater und Orchester oder was ist unzulänglich behandelt? Hier ist in erster Linie das Urheberrecht zu erwähnen. Die Theater und Orchester hätten sich gewünscht, dass sich die Enquete-Kommission stärker mit ihren spezifischen Belangen auseinandergesetzt hätte. Dass beispielsweise weder im Bundesgesetz noch in der einschlägigen EU-Richtlinie eine Regelung vorgesehen wird, die es den Theatern erlaubt, ihre Inszenierungen auf Bild-Tonträger aufzuzeichnen und zu betriebsinternen Zwecken zu nutzen, ist ein Defizit, das die Notwendigkeiten eines Theaterbetriebs völlig verkennt. Wie soll beispielsweise ein Sänger, der für einen plötzlich erkrankten Kollegen einspringen muss, sein Rollenspiel auch nur ansatzweise innerhalb weniger Stunden einstudieren, wenn nicht anhand einer Videoaufzeichnung? Aber auch hinsichtlich der sozialen Absicherung der Tänzer für den Fall der oft sehr frühzeitig notwendigen Beendigung ihrer Karriere zeigen sich einige Defizite im Bericht der Kommission. Man hat sich viel zu schnell mit dem Gedanken zusätzlicher Schutzeinrichtungen, wie einer Stiftung „Transition“ vertraut gemacht, ohne genauer zu beachten, was über die Bayerische Versorgungskammer von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bereits geleistet wird. Auch hier ist Deutschland beispielhaft, jedenfalls was die von der Arbeitgeberseite bereitgestellten Mittel angeht.

Trotzdem: Der Bericht, den die Enquete-Kommission vorgelegt hat, ist eine Fundgrube für jeden, der den Theatern und Orchestern helfen möchte. „Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehen“, sagt der Theaterdirektor in Goethes Faust. In diesem Sinne ist nun vor allem der Gesetzgeber gefragt.

Der Verfasser ist Geschäftsführender Direktor des Deutscher Bühnenverein – Bundesverband der Theater und Orchester ■

Reformresistente Reformer

Die Empfehlungen der Kultur-Enquete-Kommission aus Sicht der GDBA • Von Hans Herdlein

Die Einsetzung der Enquete-Kommission „Kunst in Deutschland“ wurde vom Deutschen Bundestag einstimmig über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg beschlossen. Die Arbeit der Enquete-Kommission führte zu einer exzellenten Bestandsaufnahme über die gesellschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur und deren Institutionen in dieser Zeit. Daraus wurden Handlungsempfehlungen zur rechtlichen Situation der Künstler und Kulturberufe für die unterschiedlichen Adressaten abgeleitet. Für die Bereiche Theater und Tanz richten sich diese vornehmlich an die Bundesländer und Kommunen, als Träger der Theater soweit die arbeitsrechtliche Seite betroffen ist. Aber auch die Systeme der sozialen Sicherung sind angesprochen, für die der Bund als Gesetzgeber zuständig ist. Die mit Nachdruck vorangetriebenen Reformen des Arbeitsmarkts und die sich daraus ergebenden „Modernisierungsgesetze“, wie sie in den Sozialgesetzbüchern kodifiziert wurden, führten zu einschneidenden Umgestaltungen der Existenzgrundlagen künstlerischer Berufsausübung. Es ist das Verdienst der Enquete-Kommission, in der objektiven Bestandsaufnahme ihres Schlussberichts neu entstandene Problemlagen aufgezeigt und Wege zu ihrer Lösung gewiesen zu haben. Jetzt lautet die Aufgabe, diese Handlungsempfehlungen umzusetzen.

Die seit langem rückläufige Finanzierung der Theater durch Länder und Kommunen erfordert dringende Stützungsmaßnahmen, um das einstmals in hohem Ansehen stehende Ensemble- und Repertoiretheater in seinem jetzigen, dezimierten Bestand zu halten. Insbesondere die Theater in den neuen Bundesländern sind mit einem Netz von Notlagentarifverträgen überzogen worden, entgegen Artikel 35 – Kultur – des Einigungsvertrages, der bestimmt, dass die kulturellen Einrichtungen keinen Schaden nehmen dürfen. Haustarifverträge sind reine Notlagentarifverträge, mit deren Hilfe die Mindestnormen des geltenden Tarifrechts unterschritten werden. Sie werden in der Erwartung abgeschlossen, sie bei gebesserter Wirtschaftslage wieder in den Normalzustand zurückzuführen. Die Handlungsempfehlung an Bund, Länder und Kommunen wird jedoch mit dem Vorschlag konterkariert, durch Haustarifverträge „die deutsche Theaterlandschaft insbesondere in ihrer Vielfalt an Kooperationen, Netzwerken und Modellen zu stärken“.

Die das gesamte Bühnenwesen durchziehende grundsätzliche Problematik der haushaltsrechtlichen Zweiteilung in einen nichtkünstlerischen Bereich, der dem Recht des öffentlichen Dienstes zugeordnet ist, und einem als freiwillige Leistung ausgewiesenen künstlerischen Bereich, ist auf diese Weise nicht zu lösen. Der nichtkünstlerische Bereich wird als öffentliche Pflichtaufgabe finanziert, während die freiwilligen Leistungen dann zurückzunehmen sind, wenn die Mittel für die Pflichtaufgaben nicht mehr ausreichen. Einen Lösungsweg hat das Bundesland Sachsen mit seinem Sächsischen Kulturraumgesetz gewiesen, bei dem dieser Gegensatz aufgehoben ist und beide Bereiche als öffentliche Pflichtaufgabe finanziert werden.

Aus den zahlreichen Handlungsempfehlungen sind die positiv zu wertenden herauszuheben: Das „Kinder- und Jugendtheater zu fördern“, „Regionale Theaterentwicklungsplanungen zu erstellen“, die „Vielfalt der Produktionsformen erhalten“, die „Förderstrukturen des Freien Theaters weiter zu entwickeln“. Wenn aber dem Bund empfohlen wird, das Arbeitszeitgesetz um eine allgemeine Öffnungsklausel zu erweitern, „welche es den Tarifvertragsparteien ermöglicht, von den bestehenden Regelungen abzuweichen“, dann sollte es bei der bereits im Arbeitszeitgesetz enthaltenen Bestimmung § 10 Abs. 1 Nr. 5 bleiben, nach der abweichende Regelungen wie auch Sonn- und Feiertagsarbeit zulässig sind. Diese Norm dient dem Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer. Der Gesetzeszweck besteht schließlich darin, den einzelnen Arbeitnehmer vor einer Überbeanspruchung zu schützen.

Mit der Empfehlung an die Kulturbetriebe: „Gastspielverträge im Sinne von § 1 Abs. 5 Normalvertrag Bühne für die Dauer der Aufführungsphase pro Aufführungstag kalendertäglich abzurechnen, es sei denn, die Zahl der Auftritte im Monat überschreitet zehn Auftritte“, nähert man sich wieder einem Grenzbereich – aber hier überaus hilfreich – auf sozialversicherungsrechtlichem Gebiet. Haben sich doch die Spitzenverbände der Sozialversicherung am 26./27.6.2002 darauf verständigt, eine oder zwei Beitragsleistungen im Monat als für den ganzen Monat entrichtet anzusehen. Diese Übereinkunft hat zwar in ihrer Ausgestaltung keine Rechtsverbindlichkeit – aber dennoch nachteilige Rechtsfolgen, im Hinblick auf die Hartz-Gesetzgebung. Die Arbeitsagenturen bewerten diese rentenrechtliche Fiktion – ein Sozialversicherungsbeitrag gilt als für einen ganzen Monat entrichtet – und zahlen demgemäß kein Arbeitslosengeld! Auch wenn es sich nur um einen geringfügigen Betrag für eine oder zwei Aufführungen oder Drehtage handelt, wird das Arbeitslosengeld versagt. Hier haben die Gerichte das letzte Wort.

Auch die Problematik der verkürzten Rahmenfrist nach § 124 SGB III, die dazu führt, dass mit den im Kulturbereich üblichen kurzfristigen Beschäftigungen der Anspruch auf das Arbeitslosengeld I nicht erreicht werden kann, soll einer gerechten Lösung zugeführt werden. Die Enquete-Kommission räumt ein, dass sich „die Anspruchsberechtigung für den Bezug von Arbeitslosengeld für im Kulturbereich abhängig Beschäftigte erheblich verschlechtert hat“. Trotz Beitragsleistung kann kein Anspruch auf Arbeitslosengeld I erworben werden. Die Kommission gelangt zu der Feststellung, dass es fraglich ist, „ob die derzeitige Regelung im Kulturbereich nicht gegen die in Artikel 14 Grundgesetz verbürgte Eigentumsgarantie verstößt“. Es werden Pflichtbeiträge an die Arbeitslosenversicherung abgeführt, aber kein Leistungsanspruch erworben. Ein Idealzustand für die Arbeitslosenversicherung – aber für die Kulturschaffenden befürchtet die Enquete-Kommission, dass ihnen bei dieser Rechtslage nur der Weg in die Selbständigkeit bleibt. „Daraus folgt eine finanzielle Mehrbelastung der Künstlersozialkasse und damit im Ergebnis eine Umverteilung der Lasten“. Auch eine Umverteilung zu Lasten der Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen und ihres künftigen Versichertenbestandes – ist hierzu ergänzend anzumerken.

Auf bahnbrechende Vorschläge hat man sich für die arg gebeutelte Kunstgattung Tanz verständigt: „Die Enquete-Kommission empfiehlt Bund und Ländern, Tänzer während und nach der Tanzkarriere durch die Einrichtung einer entsprechenden Stiftung ‚Transition’ auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeitsgruppe ‚Transition und soziale Aspekte’ zu unterstützen“. Sie empfiehlt weiter, eine Uraltforderung der gesamten professionellen Tanzwelt Wirklichkeit werden zu lassen: „Tanz als nachweisbaren Ausbildungsberuf anzuerkennen und das Berufsbild, Tanz- und Ballettpädagoge’ durch Regelungen zur Ausbildung und Zertifizierung zu definieren“. Und mit der Empfehlung an die Bundesagentur für Arbeit endlich das Nächstliegende zu tun: „neben einer zentralen Anlaufstelle für Tänzer spezielle Beratungsangebote zu erarbeiten, die zu einer weiteren beruflichen Qualifizierung führen“. Maßnahmen, die im Zusammenwirken mit der Projektförderung der Kulturstiftung des Bundes – „Tanzplan Deutschland“ – hervorragend geeignet sind, dieser Kunstform wieder auf die Sprünge zu helfen, vorausgesetzt: Länder und Kommunen spielen dabei ihren Part mit.

Deutsches Theater, Berlin **© Freese/drama-berlin.de**

Auf diese Akteure im kulturpolitischen Zusammenspiel wird es wesentlich ankommen, ob und inwieweit die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission verwirklicht werden. Deutet man das Nichterscheinen des Bundesrates zur Schlussdebatte über Kultur in Deutschland im Deutschen Bundestag am 13. Dezember 2007 als Omen, verheißt das nichts Gutes. Ein Prüfstein wäre die Änderung des Grundgesetzes zur Aufnahme des Staatsziels Kultur gewesen. Die „Reformer“ in der Länderkammer setzten jedoch ihre „Kulturhoheit“ dagegen, und somit ist das hohe Ziel gescheitert. Es bleibt abzuwarten, wie der Deutsche Bundestag auf die Handlungsempfehlungen reagiert, ob er den Anliegen abhilft oder ob deren Umsetzung an der anscheinend unüberwindlichen Resistenz der Länderkammer wieder scheitert.

Der Verfasser ist Präsident der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA) ■

Freies Theater – Eine tragende Säule der Darstellenden Kunst

Die Empfehlungen der Kultur-Enquete-Kommission aus Sicht der Freien Theater • Von Alexander Opitz

„Es ist vollbracht. Das Werk ist getan“, schreibt Gitta Connemann, Vorsitzende der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“, in ihrem Vorwort zum 675 Seiten umfassenden Schlussbericht, in dem sie zu Recht mit Stolz auf die erfolgreiche Arbeit der letzten vier Jahre verweist. Das Werk mag getan sein, doch die wirkliche Arbeit hat mit der Vorstellung dieses Standardwerks im Dezember 2007 erst begonnen. Es gilt seitdem, die knapp 500 Empfehlungen für alle Bereiche der Kultur in Deutschland umzusetzen.

„Das Oslo-Syndrom“ des Autors Markus Völl in einer Inszenierung des Blackout-Theaters von 2001, Regie: Markus Völl **Foto: Georg Hilgemann**

Für das Freie Theater ist dieser sehr gut strukturierte und lesenswerte Schlussbericht von immenser Bedeutung, da die künstlerische Arbeit Freier Tanz- und Theaterschaffender und ihr großes Potential in der Bestandsaufnahme ausführlich gewürdigt wird. Vorbei die Zeiten, als im Zwischenbericht der Arbeitsgruppe „Bündnis für Theater“ des Bundespräsidenten Johannes Rau noch zu lesen war: „Das Angebot der öffentlich getragenen Theater wird auf eindrucksvolle Weise ergänzt durch zahlreiche private Theater und freie Gruppen. Ohne diese Bühnen wäre das Theaterleben in Deutschland um vieles ärmer.“ Freies Theater war und ist niemals eine Ergänzung, sondern bildet „seit mehr als 25 Jahren mit seiner künstlerischen Leistungsfähigkeit eine unverzichtbare Säule in der Theaterlandschaft Deutschlands“. Diese Feststellung ist keine reine Angelegenheit des Prestiges, sondern von grundlegender Bedeutung: Freies Theater wird als Ergänzungsangebot finanziert, was die Expertengruppe zu dem Hinweis veranlasst, „dass der Eindruck entsteht, dass die Leistungen des Freien Theaters bislang in deutlichem Missverhältnis zur Wahrnehmung, Anerkennung und Förderung durch alle politischen Ebenen stehen“.

Um Missverständnissen von Beginn an vorzubeugen, soll an dieser Stelle hervorgehoben werden, dass der Bundesverband Freier Theater und seine angeschlossenen Landesverbände die Existenz der bestehenden Landesbühnen und Stadt- und Staatstheater grundsätzlich nicht in Frage stellen. Die Förderpraxis in Kommunen, Ländern und Bund muss jedoch dringend dahingehend überprüft und geändert werden, dass die Bereitstellung von Finanzmitteln gemessen an den erbrachten, nachweisbaren Leistungen aller Säulen der Darstellenden Kunst auch in einem vertretbaren Verhältnis zueinander steht. Dies ist in Deutschland bisher nirgendwo der Fall.

An der Qualität Freier Tanz- und Theaterproduktionen kann es kaum liegen, denn im Zuge der Beantragung von Projekt- oder Konzeptionsförderungen bei Kommunen, Ländern, Landesstiftungen und dem Bund wird diese gleich mehrfach begutachtet. Von Förderinstitution zu Förderinstitution, durch all deren Kuratorien und Jurys, von Produktion zu Produktion. Und doch müssen die meisten Projekte aufgrund der viel zu eng bemessenen Förderetats von den Freischaffenden Künstlern zu einem großen Teil aus Eigenmitteln finanziert werden. Der Einsatz von „Eigenmitteln“ bedeutet in der Regel, dass Honorare und Eintrittsgelder statt für den Lebensunterhalt zur Deckung der Produktionskosten verwendet werden. „Doch selbst mit dem Einsatz dieser „unbezahlten Arbeit“ und den begrenzten Einnahmen wie Eintritt lässt sich die Finanzierungslücke Freier Theaterarbeit nicht schließen“ wird von der Expertenkommission konstatiert.

Addiert man bundesweit die Förderetats für das Freie Theater inkl. der vorhandenen Spielstätten in Kommunen, Ländern und Bund, ergibt sich, großzügig gerechnet, ein Gesamtbetrag von jährlich ungefähr 28 bis 30 Millionen Euro für ca. 1.000 Freie Theater mit ca. 14.000 Beschäftigten. Diese Summe entspricht der Förderung eines einzigen, großen Stadttheaters mit Dreispartenbetrieb.

Hinzu kommt ein Verdrängungswettbewerb unter finanziell vollkommen ungleichen Voraussetzungen vonseiten vieler öffentlich getragener Theater. „Dies geschieht nicht nur durch die Bespielung von theateruntypischen Orten, sondern auch in Bereichen, die bislang den Freien Theatern vorbehalten waren wie Schulen, Kindergärten etc. Hier bieten die öffentlich geförderten Theater oft Produktionen zu finanziellen Bedingungen an, welche für Freie Theater nicht einmal zur Deckung der Kosten reichen. Damit fehlt dem Freien Theater eine wichtige Einnahmequelle und wird ihm de facto die Existenzgrundlage entzogen“ stellt die Enquete-Kommission ausdrücklich fest.

Die strukturelle Konstellation der ohnehin vom Rotstift betroffenen Theaterhäuser in Deutschland lässt eine Kürzung der Fördermittel nicht zu, ohne die künstlerische Substanz noch mehr zu gefährden als bisher. Deshalb muss dringend nach Lösungen mittels Strukturumwandlungen gesucht werden, sodass die Erhaltung dieser Institutionen in ihrer jetzigen Form die weitere Entwicklung neuer Strukturen in der Darstellenden Kunst nicht vollkommen erstickt; denn das starre Festhalten am institutionellen Status Quo verbunden mit stagnierenden oder sinkenden Kulturhaushalten geht vertrauend auf ihre angebliche Bereitschaft zur Selbstausbeutung schon seit Jahren zulasten der Freien Tanz- und Theaterschaffenden.

Niemand kann es auf Dauer verantworten, wenn Freie Darstellende Künstler durchschnittlich über ein jährliches Nettoeinkommen von knapp 10.000,- Euro verfügen und nach vierzig Jahren harten Berufslebens eine monatliche Rente von gerade einmal 400,- Euro zu erwarten haben. Wenn man ernsthaft daran interessiert ist, die Vielfalt der deutschen Tanz- und Theaterlandschaft zu erhalten, so müssen endlich die Fördermittel für das Freie Theater dem realen Bedarf angepasst und die Förderstrukturen je nach Gegebenheiten und Voraussetzungen neben der Projektförderung um erprobte Elemente wie Nachwuchs-, Konzeptions-, Basis-, Produktionsstätten-, Spielstätten-, Gastspiel-, Aufführungs- und Wiederaufnahmeförderungen erweitert werden.

Die Enquete-Kommission hat sich der hauptsächlichen Problemstellungen in einer Bestandsaufnahme angenommen und diese auch zutreffend formuliert. Es wäre nur konsequent gewesen, wenn manche Schlussfolgerung aus diesem Kapitel auch in den Handlungsempfehlungen ebenso wiedergegeben worden wäre. So fehlt bezüglich des geschilderten „Eindrucks des deutlichen Missverhältnisses der Leistung des Freien Theaters zur Wahrnehmung, Anerkennung und Förderung durch alle politischen Ebenen“ die notwendige Handlungsempfehlung, dies zukünftig nachhaltig zu ändern. Stattdessen wird sehr schwammig empfohlen, neben der Erhaltung der Strukturelemente „Ensemble“ und „Repertoire“ auch „alle anderen Strukturen – etwa die des Freien Theaters – zu nutzen, um eine Vielfalt der Produktionsformen zu gewährleisten“. Die Strukturen des Freien Theaters werden ja schon seit Jahrzehnten genutzt, nur eben in dem angemahnten Missverhältnis.

Sehr erfreulich ist die Handlungsempfehlung an Bund, Länder und Kommunen, sich verstärkt für die Förderung des Kinder- und Jugendtheaters einzusetzen. Auch hier sollte jedoch für viele Kulturpolitiker der Hinweis nicht fehlen, dass nicht ausschließlich die Einrichtungen der öffentlich getragenen Theater gemeint sind. Schon seit den 1960er Jahren, als kaum ein Stadttheater diese Zielgruppe wirklich ernst nahm, entwickeln Freie Tanz- und Theaterschaffende Konzepte ausschließlich für Kinder- und Jugendliche. Bei der Schaffung angeblich neuer Strukturen und Modelle in der Darstellenden Kunst im Zuge der Diskussion um die Kulturelle Bildung werden vonseiten der Politik in der Regel jedoch nur Vertreter von Stadttheatern zu Rate gezogen, die sich die Konzepte des Freien Theaters zu eigen machen, um so neue Publikumsschichten an sich zu binden. Es ist auch nicht nachvollziehbar, dass in Kommunen, in denen seit Jahren und Jahrzehnten Freie Theatermacher erfolgreich Kinder- und Jugendtheater pädagogisch konzeptioniert und betreut anbieten, in den Stadttheatern mit zusätzlicher, öffentlicher Bezuschussung neue Sparten für diese Zielgruppe eingerichtet werden.

Unmissverständlich wird Bund, Ländern und Kommunen empfohlen, „neben der institutionellen Förderung und der Projektförderung auch die Konzeptionsförderung mit mehrjähriger Planungssicherheit zu gewähren sowie darüber hinaus Produktionsstättenförderung, Gastspielförderung und Netzwerkförderung für Koproduktionen und Kooperationen zu ermöglichen“. In diesem Zusammenhang ist auch die Empfehlung an den Bund von großer Bedeutung, die Rolle des Fonds Darstellende Künste zu stärken, um „die Förderstrukturen des Freien Theaters weiter zu entwickeln und damit die künstlerische Kontinuität im Freien Theater zu erhalten“. Klarer kann man es eigentlich nicht formulieren: Bund, Länder und Kommunen werden aufgefordert, sich mit den Vertretern für Freies Theater und dem Fonds Darstellende Künste zusammenzusetzen, um Strukturen zu erarbeiten, die es Freien Tanz- und Theaterschaffenden ohne „Bereitschaft zur Selbstausbeutung“ erlauben, als Säule der Darstellenden Kunst ohne tagtägliche Existenzängste von ihrer wertschöpferischen Arbeit auch leben zu können.

Die ersten Ansätze gibt es bereits wie die vor fast zwei Jahren beschlossene Arbeitsgruppe zur „Verbesserung der Rahmenbedingungen und Förderstrukturen für Freies Theater“ des Deutschen Städtetags, die nun endlich ihre Arbeit aufgenommen hat, oder die geplante Ergänzung der bundesweiten Gastspielförderung für Tanz und Performance um einen zweiten Förderbereich für alle anderen Genres des Freien Theaters ab 2009, die eigentlich laut Beschlussfassung durch die Kultusministerkonferenz schon in diesem Jahr 2008 hätte eingeführt werden sollen, aber mangels Finanzierungsbereitschaft des Bundes und einiger Länder nicht umgesetzt werden konnte.

Mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitsbedingungen hat sich 1991 als Vertreter für Freie Tanz- und Theaterschaffende der Bundesverband Freier Theater e.V. gegründet. Mittlerweile sind 13 funktionierende Landesverbände unter diesem Dach zusammengeschlossen, die mit dem Bundesverband der Theater im öffentlichen Raum und der Ständigen Konferenz Tanz eng zusammenarbeiten. Mit der ständig wachsenden Bedeutung des Freien Theaters und der daraus resultierenden Fülle an Problemstellungen ist zukünftig die verantwortungsvolle Arbeit im Bundesverband ehrenamtlich nicht mehr zu erbringen. Nachdem sich das Verbandsgefüge in den letzten Jahren solide gefestigt hat, wird der Bundesverband gemäß der für ihn existentiell wichtigen Empfehlung an den Bund, „entsprechend vergleichbarer Bereiche eine Förderung für die bundeseinheitliche Vertretung der Interessen des Freien Theaters zu gewähren“, Fördermittel beantragen, um mit einer hauptamtlich besetzten Geschäftsstelle Projekte zur weiteren Strukturentwicklung für das Freie Theater umsetzen zu können.

Zusammenfassend muss man anerkennen, dass der Abschlussbericht der Enquete-Kommission mit all den anhängenden Gutachten ein äußerst gelungenes Werk ist. Durch die umfassende Bestandsaufnahme der deutschen Kulturlandschaft ist er wohl auch einzigartig. Nun bleibt es zu hoffen, dass die Kulturpolitik in Bund, Ländern und Kommunen sich ernsthaft entschließen kann, die Empfehlungen mutig und kreativ umzusetzen. Legt man jedenfalls kulturpolitischen Entscheidungsträgern dieses Standardwerk als Argumentationshilfe auf den Tisch, so ist die am häufigsten gestellte Frage: „Wo finde ich denn die Handlungsempfehlung, wie die Empfehlungen finanziert werden sollen?“ … Manchmal kann man doch verzweifeln…

Der Verfasser ist Vorsitzender des Bundesverbandes Freier Theater e.V. ■

Begegnung auf Augenhöhe

Breiten- und Hochkultur auf dem Weg zu gleichberechtigten Partnern • Von Norbert Radermacher

Der Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland" befasst sich ausführlich mit dem Thema „Breiten- und Laienkultur". Aus der Sicht des Amateurtheaters, der Theaterpädagogik und verwandter Bereiche ist diese Auseinandersetzung von grundsätzlicher Bedeutung. Es geht in der Diskussion vor allem um die Neubestimmung von breitenkulturellen und basisorientierten Kulturansätzen im Verhältnis zur so genannten „Hochkultur". Dabei handelt sich nicht um ein Statusproblem, sondern zunächst um die Frage: „Wie funktioniert das kulturelle Leben in Deutschland?"

Bereits im Vorwort zum Bericht wird festgestellt, „Spitzenkultur braucht den Antrieb einer starken Breitenkultur" (Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland", Drucksache 16/7000 des Deutschen Bundestages, S. 9). Diese Erkenntnis stellt m. E. einen Paradigmenwechsel in der Bewertung von Kultur dar. Die Vorsitzende der Enquete-Kommission Gitta Connemann (MdB) formuliert diesen Wechsel im Grundverständnis wie folgt: „Es darf keinen Unterschied zwischen staatlich geförderter „guter" Kultur und auf bürgerschaftlichem Engagement gegründeter Breitenkultur gemacht werden. Diese künstliche, schädliche Trennung sollte nach diesem Bericht der Vergangenheit angehören." (aus: *politik und kultur*, Nr. 1/2008, Seite 2)

Die Anerkennung und Neubewertung spezieller Kulturbereiche wie Soziokultur, Laienkultur, kulturelles Leben im ländlichen Raum oder Kulturarbeit mit Minderheiten oder Migranten ist aus Sicht des Bund Deutscher Amateurtheater (BDAT) begrüßenswert. Insbesondere die Forderung nach der gleichberechtigten Behandlung der Kulturschaffenden kann, wenn sie auf kommunaler und staatlicher Ebene ernst genommen wird, deutlich zur Stärkung des Amateurtheaters in Deutschland beitragen. Die Debatte ist allein deshalb sinnvoll, weil es sich bei diesem Thema nicht um ein kulturelles Randphänomen handelt. Vielmehr ist neben den professionellen Theatern die gesamte Kultur- und Theaterszene betroffen, die den Bereich des Theaters in der Schule, in den vielen Vereinen und soziokulturellen Zentren einschließt. Allein die 2.300 Mitgliedsbühnen des BDAT prägen mit ca. 6.000 Inszenierungen jährlich unsere Kulturlandschaft. Nach aktuellen Schätzungen werden die Aufführungen in 2008 von rund 6,5 Millionen Zuschauern frequentiert. Allein die über den Verband Deutscher Freilichtbühnen im BDAT organisierten Mitglieder erreichten laut ihrer Statistik rund 1 Million Besucherinnen und Besucher.

Das sind gewaltige Zahlen, die man ernst nehmen sollte. Darüber hinaus machen sie deutlich, wie fruchtbar der Boden ist, aus dem die Spitzenkultur in Deutschland erwächst und wie sehr Hoch- und Breitenkultur aufeinander angewiesen sind.

Deshalb sollte aus Sicht des BDAT gemäß den Schlussfolgerungen des Enquete-Berichts eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der professionellen Theaterlandschaft und dem Amateurtheater, der Theaterpädagogik und der Soziokultur angestrebt werden. Dabei sind die Begegnung auf Augenhöhe und die gegenseitige Anerkennung der jeweiligen kulturellen Verantwortung zentrale Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung der Empfehlungen. Es gibt bereits gute Beispiele für kooperative Projekte, so z. B. die Jugendclubs an den Theatern, die aus der Theaterpädagogik heraus entstanden sind. Sie können heute sowohl für die freie Szene der Theaterpädagogik als auch für die Betriebe der Staats- und Stadttheater als Erfolgsmodell bezeichnet werden.

Dem BDAT haben sich über die Mitgliedsverbände derzeit mehr als 50 Seniorentheatergruppen angeschlossen und es ist denkbar und wünschenswert, dass auch hier solche Kooperationsmodelle entwickelt werden. Die ablehnende Haltung des Badischen Staatstheaters Karlsruhe zur gemeinsamen Durchführung eines europäischen Seniorentheaterfestivals ist allerdings kein ermutigendes Beispiel. Dagegen ist die tatkräftige Unterstützung des Thüringer Landestheaters in Rudolstadt bei der Ausrichtung des 1. Internationalen Kinder- und Jugendtheaterfestes „Junge Bühne Europa"" im Mai dieses Jahres ein für beide Seiten äußerst positives Beispiel einer effektiven und nachhaltigen Zusammenarbeit.

Immer mehr professionelle Regisseure, Dramaturgen, Tänzer und Schauspieler arbeiten mit Amateuren zusammen. Dies macht deutlich, dass im Amateurtheater nicht nur Quantität, sondern in erster Linie die Qualität der künstlerischen Arbeit im Mittelpunkt des Interesses steht. In der Kinder- und Jugendtheaterarbeit des BDAT sind Protagonisten der professionellen deutschen Theaterszene tätig und auch das bundesweite Ausbildungsprogramm für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen wird in zahlreichen Bereichen von engagierten professionellen Theatermachern bedient.

Über die Fragestellung des Verhältnisses von Breiten- und Hochkultur hinaus, greift der Bericht der Enquete-Kommission zahlreiche Forderungen des BDAT auf. Das Amateurtheater wird im Kontext des ehrenamtlichen Engagements und der Kultur im ländlichen Raum beispielhaft herausgestellt. In der Tat übernimmt das Amateurtheater in diesen besonderen gesellschaftlichen und kulturellen Feldern wichtige Aufgaben. So haben in diesem Jahr 60.000 Besucherinnen und Besucher die Aufführungen der Waldbühne in Ahmsen besucht – eine 200-Seelengemeinde im niedersächsischen Landkreis Emsland – fernab jeglicher Angebote der Hochkultur. Diese Theaterarbeit ist nur möglich, weil hier ein ganzes Dorf vor und hinter der Bühne aktiv mitwirkt. Von daher ist die Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission an den Bund und die Länder „in ihrer Kulturpolitik die besonderen Anforderungen einer die ländlichen Regionen stärkende Strukturpolitik gezielt zu berücksichtigen" (vgl. Schlussbericht der Enquete-Kommission, S. 139), nur zu begrüßen. Auch die Forderung, „bei der Vergabe öffentlicher Mittel die Förderung kultureller Vielfalt und aktivierender Kulturarbeit genauso zu schätzen wie kulturelle Spitzenförderung" (vgl. ebd., S. 140), kann den Theatergruppen und Projekten vor Ort wirksam helfen, werden sie doch bislang zu wenig vom Land und den Kommunen unterstützt. Ob diese Forderung aber so schnell von den Verantwortlichen in Bund, Land und Kommune umgesetzt wird, muss stark bezweifelt werden, da die Breitenkultur in ihrer gesellschaftlichen und kulturellen Relevanz noch nicht genügend wahrgenommen wird.

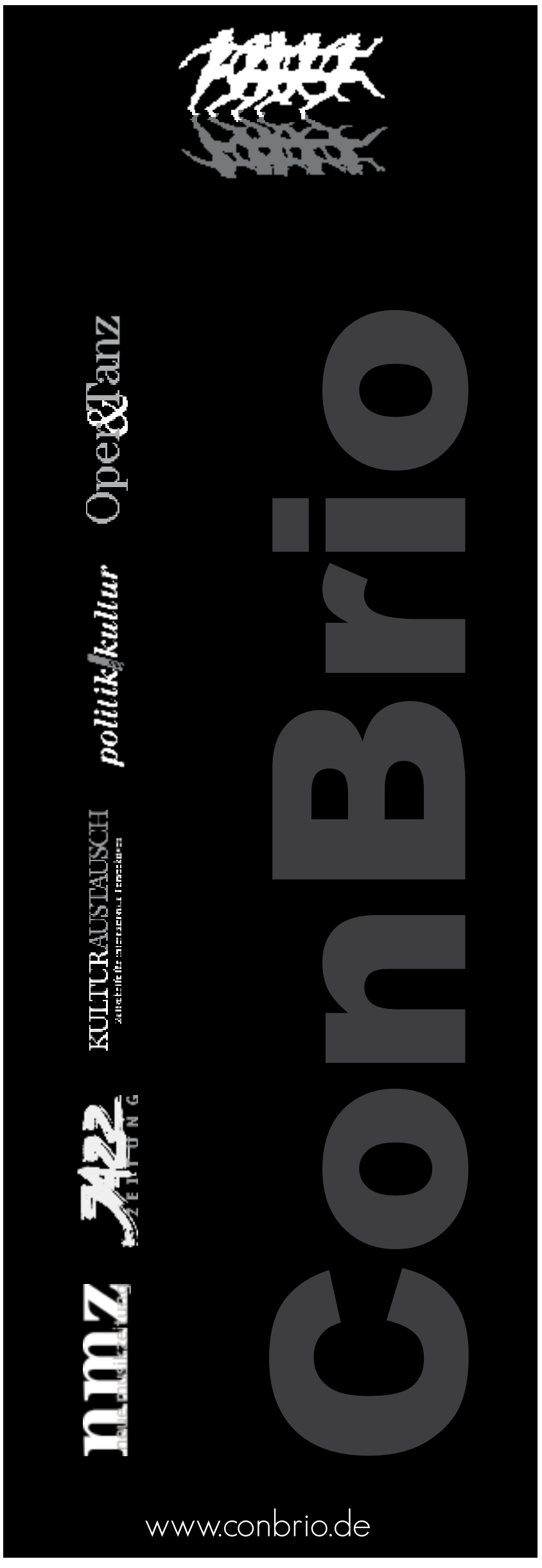
Auch in den Empfehlungen der Kommission zur Stärkung der Festbetragsfinanzierung, der verstärkten Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements oder in der Aufhebung der Jährlichkeit bei Zuschüssen an Kulturverbänden, liegt eine Chance. Die Rahmenbedingungen für Breiten- und Laienkultur zu garantieren und zu verbessern, ist von daher eine grundsätzliche Empfehlung der Enquete-Kommission, die möglichst schnell umgesetzt werden sollte.

Der Bund Deutscher Amateurtheater hat sich in der Vergangenheit mit der Frage eines bundesweiten Wettbewerbes und der Auslobung eines Theaterpreises beschäftigt, wie das in anderen Kunstsparten und im professionellen Tanz- und Theaterbereich durchaus üblich ist. Die Enquete-Kommission hat diesen Vorschlag aufgenommen und „empfiehlt der Bundesregierung einen Theaterwettbewerb im Bereich Amateurtheater ins Leben zu rufen" (vgl. ebd. S. 193). Mittlerweile haben auf Anregung von Gitta Connemann verschiedene Gespräche zwischen dem BDAT und dem Amt des Beauftragten für Kultur und Medien, u. a. mit Kulturstaatsminister Bernd Neumann, stattgefunden. Der Kulturstaatsminister unterstützt diese Idee und es wird voraussichtlich im Herbst 2010 zu einer ersten konkreten Umsetzung dieser Handlungsempfehlung kommen. Der Theaterpreis ist dabei nicht nur eine Anerkennung für die Preisträger, sondern für das Amateurtheater insgesamt, weil es damit seinen gesellschaftlichen und kulturellen Stellenwert öffentlich und nachhaltig in Deutschland dokumentieren kann.

Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" gab den Startschuss für eine neue Debatte über die besondere Qualität des Amateurtheaters und seine Bedeutung in der deutschen Kulturlandschaft. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg!

Der Verfasser ist Präsident des Bund Deutscher Amateurtheater (BDAT) ■

Waldbühne Ahmsen: Szene aus „Pippi in Taka-Tuka-Land" (2008). **Foto: BDAT**



Experten für die ästhetische Erziehung des jungen Menschen

Kinder- und Jugendtheater im Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ • Von Brigitte Dethier und Christian Schönfelder

„Kinder- und Jugendtheater spielen eine wichtige Rolle im Theatersystem Deutschlands.“ Mit dieser schlichten Feststellung beginnt die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ ihr Kapitel über das Kinder- und Jugendtheater. Dass dieser Satz als Feststellung formuliert wird und nicht als Forderung, ist erfreulich und bemerkenswert. Denn das Kinder- und Jugendtheater vor allem in den alten Bundesländern blickt auf eine eher kurze Geschichte zurück und hat sich demnach binnen der vergleichsweise kurzen Zeitspanne von vier Jahrzehnten zu einem wichtigen Teil des Theatersystems entwickelt. Dass diese Feststellung allerdings noch explizit getroffen werden muss, zeigt andererseits auch: Die Bedeutung des Kinder- und Jugendtheaters ist noch keineswegs selbstverständlich im allgemeinen Bewusstsein verankert. Der Bericht der Enquete-Kommission nennt das Kinder- und Jugendtheater im Weiteren vor allem auch im Zusammenhang mit der viel diskutierten Kulturellen Bildung – das birgt für das junge Genre weitere Entwicklungschancen, aber auch Risiken. Vor allem dann, wenn die Begrifflichkeiten nicht eindeutig genug definiert sind.

Eine innovative Form der Kulturellen Bildung: Drei professionelle Darsteller gemeinsam mit drei Jugendlichen in der Inszenierung „Noch 5 Minuten“ am Jungen Ensemble Stuttgart **Foto: Nina Urban**

Die Zahlen, die die Enquete-Kommission nennt, um die Bedeutung des Kinder- und Jugendtheaters zu unterstreichen, müssen in der Tat beeindrucken: Vier- bis fünf Millionen Besucher jährlich (der Statistik des Deutschen Bühnenvereins zufolge rund ein Fünftel aller Theater- und Opernbesucher), statistisch gesehen geht jeder zweite Heranwachsende einmal im Jahr ins Theater, und zwar quer durch alle sozialen Schichten. Neugründungen von eigenständigen Theatern (wie unserem Jungen Ensemble Stuttgart) und eigenständigen Sparten (wie den Jungen Schauspielhäusern in Hamburg, Hannover oder Bochum) zeigen, dass auch viele Kulturpolitiker die Chance erkannt haben, die das Theater für Kinder und Jugendliche bietet: „Kulturelle Bildung ist eine Form der Weltaneignung“, schreibt die Enquete-Kommission im Zusammenhang mit den Kinder- und Jugendtheatern. „Junge Zuschauer trainieren im Theater die Fähigkeit, die Zeichen der Zeit zu entschlüsseln, ihre schöpferische Kraft zum abstrakten Denken und das kreative Vermögen zur Weltanschauung.“

Flexibel und innovativ

Die Macher des Kinder- und Jugendtheaters sollten im Übrigen mittlerweile selbstbewusst genug sein, nicht nur auf die Bedeutung ihres Genres für Kinder- und Jugendliche hinzuweisen, sondern auch für die Kunstform Theater. Immer wieder begegnet man Kollegen aus den so genannten „großen Häusern“, die eingebunden in den festgefügten hierarchischen Strukturen der Stadt- und Landestheater die Kinder- und Jugendtheater um deren Freiräume beneiden. Kleinere und damit flexiblere Organisationsstrukturen ermöglichen künstlerische Freiräume und Experimentierfelder. So haben sich manche Arbeitsweisen, Erzählformen und Ästhetiken entwickeln können, die mittlerweile auch selbstverständlicher Bestandteil im Theater für Erwachsene geworden sind.

Das Kinder- und Jugendtheater spielt also eine wichtige Rolle. Und dennoch verdienen Schauspieler oder Regisseure hier (noch) weniger Geld als ihre Kollegen an großen Häusern, dennoch bleibt die öffentliche Wahrnehmung ihrer Arbeit vergleichsweise gering, dennoch erfährt man kaum etwas über das Kinder- und Jugendtheater in überregionalen Medien und liest in den regionalen Zeitungen nicht selten eher Notizen als Rezensionen. Folglich kann man die Handlungsempfehlung nur unterstreichen: Bund, Länder und Kommunen sollten sich verstärkt für die Förderung des Kinder- und Jugendtheaters in Deutschland einsetzen. Dabei geht es ausdrücklich nicht um eine Bewahrung des Status Quo, es muss um einen Ausbau gehen, um eine Stärkung der vorhandenen Theater, von denen viele ihr derzeitiges Potenzial ausreizen und dennoch die Nachfrage kaum befriedigen können. Es geht um eine dauerhafte Sicherung der neuen Sparten, die vielfach auf Initiative der noch amtierenden Intendanten entstanden sind und deren Existenz nicht beim nächsten Intendantenwechsel wieder in Frage gestellt werden darf, sondern Teil der kommenden Intendanten-Verträge sein sollte. Es geht um eine Stärkung der Freien Szene und damit nicht zuletzt um ein deutlich ausgebautes Angebot qualitätsvollen Kinder- und Jugendtheaters auch jenseits der Metropolen.

Das Kinder- und Jugendtheater spielt auch für die viel diskutierte Kulturelle Bildung eine wichtige Rolle. Das zeigt sich in der vielfachen Verknüpfung beider Bereiche im Bericht der Enquete-Kommission. Es zeigt sich uns auch in unserer täglichen Arbeit am Jungen Ensemble Stuttgart (JES), an der kaum steigerbaren Zahl und Auslastung der Vorstellungen und an der Resonanz auf die theaterpädagogischen Angebote: dem Interesse an den fünf Spielclubs und drei Werkstätten für Kinder und Jugendliche ebenso wie an einer Vielzahl von Angeboten für Lehrer und Erzieher: Vor- und Nachbereitungen von Vorstellungsbesuchen sowieso, aber auch ein vielfältiges Fortbildungsprogramm bis hin zur Weiterbildung zum Theaterlehrer und nicht zuletzt eine intensive Kooperation mit den Kindertagesstätten der Stadt bei der Sprachförderung für Vorschulkinder.

Kooperationen nötig

Obwohl am JES bei nur 19 fest angestellten Mitarbeitern (inklusive dem dreiköpfigen Schauspiel-Ensemble) gleich vier Theaterpädagogen arbeiten, können wir die Nachfrage nicht befriedigen. Das zeigt: Nicht nur Theater haben schon lange die Notwendigkeit der Kooperation mit der Schule erkannt, sondern auch viele Lehrer haben verinnerlicht, welche Bedeutung das Theater, insbesondere das Kinder- und Jugendtheater, für die Kulturelle Bildung hat.

Weil aber viele Institutionen ohnehin an der Kapazitätsgrenze arbeiten und jetzt mit immer neuen Ideen und Begehrlichkeiten aus dem Schlagwortkatalog der Kulturellen Bildung konfrontiert werden, wäre eine Aufstockung der Mittel zur Förderung der Kulturellen Bildung in der Tat sehr zu begrüßen. Wobei eines wichtig ist festzuhalten, was im Bericht benannt ist, aber von Funktionsträgern in Politik, Verwaltung, Verbänden und Stiftungen gelegentlich übersehen wird: Ästhetische Erfahrungen können Heranwachsende im Theater auf zweierlei Arten sammeln: Durch die Schule des Spielens und die Schule des Sehens. Also durch die künstlerisch-eigenkreative Praxis und durch die künstlerische Rezeption. Förderungswürdig sind deshalb neben (oft medienwirksamen) Projekten mit (wenigen) Jugendlichen eben auch Aufführungen für (vergleichsweise viele) Jugendliche mit allen begleitenden Maßnahmen, die den Zugang zur Kunst und damit deren Rezeption erleichtern.

Die Forderung der Enquete-Kommission, „öffentlich geförderte Kultureinrichtungen in den Bewilligungsbestimmungen zu verpflichten, kulturelle Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche zu entwickeln und nachzuweisen“, ist, soweit es das Kinder- und Jugendtheater betrifft, möglicherweise missverständlich: Kinder- und Jugendtheater haben allein durch ihre Vorstellungen nahezu täglich kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche im Angebot. Sie sind somit ihrem Wesen nach wesentlicher Teil des so bezeichneten „Kindertellers an Bildung und Kultur“. Darauf muss niemand, der in diesem Bereich arbeitet, eigens verpflichtet werden, das ist seit jeher unser Beruf im Sinne von Berufung: Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche zu machen.

Im Bereich der Schule empfiehlt die Kommission unter anderem eine Stärkung der musischen Fächer und nennt dabei gleichberechtigt Kunst, Musik, Tanz und Darstellendes Spiel. Dazu zwei kleine Anmerkungen: Ein Schulfach „Theater“ (statt „Darstellendes Spiel“) würde genauer die beschriebene notwendige Verbindung zwischen der Schule des Spielens und der Schule des Sehens beschreiben. Und zunächst müsste es doch sicher Ziel sein, Tanz und Theater überhaupt den gleichen Stellenwert im Schulunterricht erreichen zu lassen wie Bildende Kunst und Musik.

Schlechte Bedingungen vor Ort

Ferner wird die verstärkte Förderung von Kooperationen zwischen Kinder- und Jugendtheatern und Schulen beispielsweise im Rahmen von Schultheatertagen empfohlen. Eine sicher lobenswerte Empfehlung, die sich nach unseren Beobachtungen jedoch beißt mit der schulischen Realität. Zu den Schultheaterwochen bewerben sich immer weniger Theater-AG, die Bedingungen vor Ort würden, so berichten die Lehrer, im Zeitalter der verlässlichen Grundschule und des achtjährigen Gymnasiums immer schlechter, die Bereitschaft der Kollegen, auch mal eine Mathe-Stunde zu opfern immer geringer. Ein Paradoxon: Einerseits wird die Kulturelle Bildung als Allheilmittel gegen den PISA-Schock gehandelt, andererseits wird der kreative Freiraum für junge Menschen in der Schule offensichtlich beschnitten – auch das nicht selten mit Hinweis auf Notwendigkeiten, die sich aus dem PISA-Schock ergäben.

Plattform für Initiativen

Hier Überzeugungsarbeit zu leisten, wäre beispielsweise auch Aufgabe für eine von der Enquete-Kommission geforderte Bundeszentrale für Kulturelle Bildung. Wirkungen und Methoden der Kulturellen Bildung zu erforschen und damit die schier uferlosen Diskussionen zu diesem Thema zu erden, wäre sehr verdienstvoll. Nur dürfte sich eine solche Bundeszentrale eben nicht allein als Forschungsinstitut begreifen und in der Förderung von Modellversuchen erschöpfen. Es müsste Überzeugungsarbeit leisten, vernetzen, Erfahrungen vermitteln, eine Plattform sein für die so unterschiedlichen Initiativen und Erfahrungen. Die Kinder- und Jugendtheater – frei nach Schiller als Experten für „die ästhetische Erziehung des (jungen) Menschen“ – stünden als Partner sicher gerne zur Verfügung.

Brigitte Dethier ist Intendantin des Jungen Ensembles Stuttgart und Vorstandsmitglied der deutschen Assitej, der Internationalen Vereinigung des Theaters für Kinder und Jugendliche. Christian Schönfelder ist Dramaturg am Jungen Ensemble Stuttgart ■

Gute Argumente und verbesserungswürdige Strukturen

Zum Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ • Von Raimund Finke

Der Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Kultur in Deutschland“ enthält eine Reihe interessanter Einschätzungen, die geeignet sind, wichtige Impulse für eine Weiterentwicklung der schulischen und außerschulischen Kulturarbeit zu geben.

Zentral aus Sicht der Theaterpädagogik erscheinen mir dabei folgende Argumente:

- Ganzheitlichkeit der Bildung mit den herausragenden Aspekten Allgemeinbildung, Kreativität, Emotionalität als Pendant zum nur kognitiven Lernen
- Persönlichkeitsbildung und Kompetenz zur Gestaltung des eigenen Lebens
- Kulturelle Bildung als interkulturelles Lernen
- Kulturelle Bildung als lebenslanges Lernen

Die Theaterpädagogik als ein wesentliches Feld der kulturellen Bildung hält für alle genannten Aspekte vielfältige Chancen und Angebote bereit, insbesondere bei der Forderung nach Ganzheitlichkeit der Bildung und der Förderung der Persönlichkeitsbildung.

Folgt man den in letzten Jahren vermehrt unternommenen Versuchen, die Wirkungen des Theaterspielens von Jugendlichen und Erwachsenen zu erforschen, so ist dabei einmal der Aspekt der Erweiterung der individuellen künstlerischen und kulturellen Ausdrucksmittel – körperlich-gestisches Spiel, Emotionalität, sprachliche Gestaltung, rhetorische und kommunikative Kompetenzen etc. – hervorzuheben. Theater als Querschnittsmedium, das quasi zwangsläufig auch zur Auseinandersetzung mit anderen künstlerischen Bereichen und Genres führt, erscheint zugleich besonders geeignet, das ganze Spektrum künstlerischer Ausdrucksmöglichkeiten von Menschen zu fördern und weiter zu entwickeln.

Auch auf der Ebene der Persönlichkeitsbildung im engeren Sinne sind die positiven Effekte des aktiven Theaterspielens kaum zu überschätzen. Theater zu spielen stellt für Kinder und Jugendliche ein geeignetes, ja notwendiges Korrektiv zur oft einseitig kognitiv orientierten Wissensvermittlung in der Schule dar. Dass dies ähnlich auch für Erwachsene gelten kann, belegen die vielen Firmen, die sich dem Unternehmenstheater geöffnet haben oder gar ihre Auszubildenden dazu verpflichten, an einem Theaterprojekt teilzunehmen. Weitere häufig beschriebene Wirkungen des Theaterspielens auf die Persönlichkeitsbildung der Teilnehmenden sind u.a. ein größeres Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, verbesserte soziale und Gruppenbildungskompetenzen, sowie eine gesteigerte Fähigkeit zur Empathie.

Im Bericht der Enquete-Kommission finden sich wichtige Kritikpunkte und Forderungen zu den Rahmenbedingungen der Kultur und damit auch der Kulturellen Bildung in Deutschland. Sie lassen sich für den Bereich der Theaterpädagogik so konkretisieren:

Die Forderung nach einem durchlässigen Gesamtsystem der Kulturellen Bildung kann nur nachhaltig unterstützt werden. Die Abgrenzung der Ressorts Bildung, Kultur, Schule und Jugend stellt in der Tat ein gewichtiges Problem bei der Realisierung innovativer Projekte und Initiativen im Theaterbereich dar. Anträge auf Förderung theaterpädagogischer Projekte, die oft qua Definition an der Schnittstelle zwischen künstlerischen und soziokulturellen Ambitionen angesiedelt sind, werden von Förderinstituten nicht selten mit Verweis auf das jeweils andere Ressort abgelehnt oder hin- und hergereicht. Ähnliche Probleme ergeben sich auf der Ebene der Ministerien bei der Zuordnung von Projekten, die sowohl Bildungs- wie künstlerische Aspekte umfassen oder sich auf unterschiedliche Generationen beziehen.

Die im Bericht formulierte Kritik an der unzureichenden Finanzierungssituation manifestiert sich auch beim Kinder- und Jugendplan des Bundes, der sicherlich nach wie vor ein hervorragendes und hoch wirksames Förderinstrument darstellt. Bei vielen Trägern der kulturellen Kinder- und Jugendbildung, auch im Theaterbereich, werden die Mittel aus dem Kinder- und Jugendplan „nur“ als Projektförderung gewährt. Die Infrastrukturförderung wurde seit Beginn der 1990er Jahre drastisch eingeschränkt bzw. neueren Verbänden gar nicht mehr gewährt – mit negativen Folgen für die Planungssicherheit und Kontinuität der Arbeit.

Die Forderung nach einer Aufstockung des Etats für Kulturelle Bildung im Kinder- und Jugendplan ist zusätzlich auch deshalb von großer Bedeutung, weil auch im Bereich der Projektförderung seit etlichen Jahren die stets gleichen Summen gewährt werden. Dies bedeutet natürlich zunächst eine überaus wichtige relative Absicherung der vielfältigen Projekte der Träger. Zugleich aber unterliegen die Zuwendungen angesichts der massiven Kostensteigerungen auf manchen Gebieten und der Inflationsentwicklung einem stetigen realen Wertverlust. Exemplarisch sei hier das Bundestreffen „Jugendclubs an Theatern“ genannt, bei dem etwa die Reise- und Übernachtungskosten für die bundesweit agierende Jury in den letzten Jahren ganz erheblich angestiegen sind. Ähnliches gilt ohne Zweifel für andere Theaterfestivals, nicht nur im Bereich des Kinder- und Jugendtheaters.

Neben der Forderung nach Aufstockung der Mittel für die Kulturelle Bildung sind aus unserer Sicht vor allem folgende Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission interessant:

- der Ausbau der außerschulischen kulturellen Angebote für Kinder und Jugendliche,
- die Förderung und Finanzierung längerfristiger kultureller Bildungsangebote,
- die aktive Mitgestaltung von Kindern und Jugendlichen in der außerschulischen kulturellen Bildung, etwa in der Rolle von Vermittlern bzw. Mentoren,
- die Stärkung von Kinder- und Jugendtheaterfestivals sowie,
- Netzwerke für die Kooperation von Schulen und Kultureinrichtungen.

Für die Institutionen im Bereich der Theaterpädagogik, andererseits die Ministerien und Förderinstitutionen, lassen sich daraus als wünschenswerte Handlungsstrategien ableiten:

1. Der Ausbau der kulturellen Angebote für Kinder und Jugendliche muss als Langzeitaufgabe begriffen werden und einhergehen mit einer Verbesserung der Qualität, künstlerisch wie pädagogisch. Ein konkreter Handlungsansatz zu Letzterem: Im Feld „Theaterarbeit mit Kindern“ haben sich sechs bundesweite Theaterverbände zusammengeschlossen, um mit einem Modellprojekt die künstlerische und pädagogische Kompetenz der für diese Theaterarbeit Verantwortlichen nachhaltig zu verbessern – schulisch wie außerschulisch. Das Know-How und ein Konzept liegen vor, die Realisierung scheitert bisher an den fehlenden finanziellen Ressourcen.
2. Bei der Förderung längerfristiger Bildungsangebote ist auch die weitgehend privatwirtschaftlich organisierte Aus- und Weiterbildung von Theaterpädagogen zu berücksichtigen – vor allem im Sinne bundesweit verbindlicher Standards und der Qualitätssicherung. Die wenigen Fachhochschulen und Hochschulen mit entsprechenden Angeboten decken nicht den Bedarf an qualifizierten Fachkräften in diesem wichtigen Bereich der Kulturellen Bildung.
3. Die Forderung nach Kooperationen von Schulen und Kultureinrichtungen in der Kulturellen Bildung ist inzwischen fast Allgemeingut. Gerade Theaterpädagogen sind dank ihres Berufsbildes und bei guter Ausbildung hervorragend geeignet, solche Kooperationen von Schulen – etwa mit Theatern oder Theaterpädagogischen Zentren – zu planen und durchzuführen. Weniger verbreitet scheint der Gedanke zu sein, dass damit auf beide Seiten erhebliche zusätzliche Aufgaben zukommen, die personell bzw. finanziell abgesichert werden sollten. Es wäre besonders gut angelegtes Geld, stellt es doch – im besten Sinn – eine Investition in die Zukunft dar.

Der Verfasser ist Bildungsreferent Bundesverband Theaterpädagogik ■

„Noch 5 Minuten“ am Jungen Ensemble Stuttgart **Foto: Nina Urban**

TRANSITION Zentrum TANZ

Gründungsinitiative zur Umsetzung einer Empfehlung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ • Von Cornelia Dümcke

„TRANSITION“ ist im Tanzberuf unvermeidlich. Die Mehrheit der Tänzerinnen und Tänzer muss sich nach einer relativ kurzen aktiven Zeit auf der Bühne beruflich neu orientieren. Jeder professionelle Tänzer wird daher im frühen Berufsalltag mit Umschulung und Weiterbildung konfrontiert.

Damit ist „Career TRANSITION“, wie das Problem des Karriereübergangs im angloamerikanischen Bereich genannt wird, weltweit integraler Teil im Berufsleben von Tänzern. Gleichwohl scheint es ungeschriebene Gesetze zu geben, an denen Tänzer festhalten. Denn das Verständnis des Tanzberufs beruht auf anderen Ansprüchen und Kriterien als Einkommenshöhe oder Beschäftigungszeit. Dieser Zwiespalt hat das Phänomen von „TRANSITION’“im Tanzberuf lange Zeit auch tabuisiert.

Das Interesse der Autorin dieses Beitrags an „TRANSITION“ im Tanzberuf wurde vor ca. fünf Jahren durch eine Anfrage des „Research Center for Arts and Culture“ der Columbia Universität mit Sitz in New York geweckt. Diese Anfrage hatte auch Sabrina Sadowska, heute Leiterin der Arbeitsgruppe (AG) Transition und soziale Aspekte der Ständigen Konferenz (SK) Tanz e.V. sowie stellv. Ballettdirektorin am Vorpommerschen Tanztheater Stralsund/Geifswald, erreicht. Angefragt wurde eine empirische Recherche zu „TRANSITION“ im professionellen Tanz in Deutschland, gedacht als deutscher Länderbeitrag in dem weltweiten Forschungsprojekt „aDvANCE: Making Changes - Facilitating The Transition Of Dancers To Post-Performance Careers“. Für eine bundesweite Recherche war damals weder eine politische Wahrnehmung noch eine Lobby für eine Finanzierung zu finden. Mittlerweile hat sich die Situation geändert.

Studie zur Modellentwicklung eines TZTD

Die AG Transition und soziale Aspekte der SK Tanz e.V. hat – den Bedarf erkennend – im Sommer 2007 eine Projektstudie zu „TRANSITION“ im Tanz in Deutschland in Auftrag gegeben. Die Studie wurde gefördert vom Fonds Darstellende Künste e.V. sowie von Akteuren der Tanzszene selbst. Mit der Untersuchung wurde Culture Concepts, ein unabhängiges Forschungs- und Projektentwicklungsbüro mit Sitz in Berlin, beauftragt.

Erstmalig konnten die Rahmenbedingungen und der Handlungsbedarf zu „TRANSITION“ im Tanz in Deutschland mit einer bundesweiten Befragung im freien und festen Tanzbereich untersucht und bewertet werden. Zugleich konnten erste Orientierungen für die Errichtung eines „TRANSITION Zentrum TANZ in Deutschland“ (TZTD) gegeben werden. Die Ergebnisse der Studie wurden im März 2008 im Max-Liebermann-Haus in Berlin auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Download der Studie über die Website der Ständigen Konferenz Tanz e.V. unter http://www.sk-tanz.de/docs/Duemcke_Transition_Lang.pdf

Zentrale Ergebnisse der Studie

Folgende Ergebnisse der Studie haben die politischen Argumente geschärft und einen Beitrag zur Konzeptionsbildung für ein TZTD geleistet:

- Das Konzept der „dualen Karriereplanung“ – beispielsweise im Profisport in Deutschland praktiziert – wurde in Bezug auf den Tanzberuf bislang nicht umgesetzt. „Duale Karriereplanung“ im Tanzberuf findet momentan keine Entsprechung in einem ganzheitlich konzipierten Modell, dass die „strukturelle Lücke“ zu „TRANSITION“ im Tanz schließt. Warum soll jedoch das bei Profisportlern praktizierte Modell der „dualen Karriereplanung“ nur auf den Sport beschränkt bleiben?
- Im Ausland existieren Modelle einer professionellen Begleitung von Tänzern in den „zweiten Beruf“ (z.B. „TRANSITION“ Zentren in Holland, England, Kanada und den USA). Sie haben uns Anregung dafür gegeben, auch in Deutschland ein erkennbares Zentrum für „TRANSITION“ im Tanzberuf zu schaffen. Die Forschung zur Wirksamkeit der „TRANSITION“ Zentren im Ausland zeigt, dass der Schlüssel zu einem „erfolgreichen TRANSITION“ darin

Weiter auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

TRANSITION Zentrum TANZ

liegt, im Tanzberuf auf Veränderungen vorbereitet zu sein und begleitet zu werden. Die Ergebnisse der Befragung deuten an, dass in Deutschland zersplittert Angebote unterbreitet werden, für Tänzer aber schwer zu identifizieren und wahrzunehmen sind.

- Die Untersuchung gibt mit Daten und qualitativen Bewertungen von insgesamt 940 Tänzern und Choreografen – das sind ca. 25 % der ca. 3.800 Tanzschaffenden im freien und festen Tanzbereich in Deutschland – einen Aufschluss über die gegenwärtige Lage. Die Befunde deuten, was Einkommen, Versichertenstatus, Möglichkeiten der Vorsorge, Transparenz und Akzeptanz der bisherigen Angebote, Bewusstseinsbildung in Bezug auf „TRANSITION“ im Tanzberuf anbelangt, bislang nicht auf eine Verbesserung der Lage. Eher das Gegenteil ist der Fall. Mangel an Informationen und Zersplitterung der Szene kommen hinzu.
- Folgende Auswahl der empirischen Untersuchungsergebnisse begründet den Bedarf: Auszugehen ist nach Hochrechnungen von ca. 80 abhängig beschäftigten Tänzern sowie ca. 60 selbständigen freien Tänzern und Choreografen in Deutschland, die jährlich in „TRANSITION“ gehen. Zwei Drittel der Befragten fester Kompanien bewerten die Möglichkeiten zum Verbleib am eigenen Haus als verschlechtert. Der allgemeine Stellenabbau und die Schließung von Tanzsparten wurden als Hintergründe benannt. 45% der befragten freien Tänzer und Choreografen bewerten die Rahmenbedingungen und Hilfestellung zu „TRANSITION“ negativ, die Übrigen mit „ich weiß nicht“. Zwei Bewertungen ließen sich schlussfolgern: mangelnde Aufklärung, Information und Sensibilisierung durch die gegenwärtig zuständigen Institutionen, aber auch eine Verdrängung der Herausforderung von „TRANSITION“, besonders in der jungen Generation von freien Tänzern und Choreografen. Gleichwohl haben alle Tänzer und Choreografen fester Kompanien sowie ca. 90 % der freien Kompanien den Bedarf für die Errichtung eines TZTD als hoch bewertet.
- Wie international die freie und feste Tanzszene in Deutschland ist, wird mit der Befragung wiederholt deutlich. Ca. 75% der befragten Tänzer in den Kompanien der Staats- und Stadttheater sind nicht deutscher Herkunft. Unterstellt man, dass ein Großteil dieser Tänzer in Deutschland bleibt, sollte die Schaffung verbesserter struktureller Voraussetzungen für „TRANSITION“ im Tanzberuf auch als ein Beitrag zur Integration gesehen werden.
- Die Studie gibt erste Orientierungen für die Errichtung eines TZTD. Das Leitbild und ein Leistungsportfolio eines TZTD, das Tänzern und Choreografen im freien und festen Bereich offen stehen soll, werden beschrieben. Für Organisation und Finanzierung werden erste Orientierungen gegeben. In Szenarien werden die „Eckwerte“ einer zu errichtenden Stiftung TZTD bestimmt, um eine Vorstellung von zu erwartenden Größenordnungen zu geben. Der Klärungsbedarf zur Weiterentwicklung des Modells wird benannt sowie eine „Roadmap“ für nächste Schritte vorgeschlagen.

Umsetzung einer Kommissionsempfehlung

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat in ihrem Abschlussbericht – mit Bezug auf Ergebnisse der Studie – dem Bund und den Ländern die Empfehlung gegeben, „Tänzer während und nach der Tanzkarriere durch die Einrichtung einer entsprechenden Stiftung ‚TRANSITION’ … zu unterstützen.“ (BT Drucksache 16/7000, S. 321)

Das Stück „Klassen Feind“ des Autors Nigel Williams in einer Inszenierung des Blackout-Theaters von 2002, Regie: Thorsten Fröhling Foto: Georg Hilgemann

Zu weiteren Schritten ermutigt haben neben dem Enquete-Bericht auch die aktuellen tanzpolitischen Initiativen. Wir gehen davon aus, dass das Projekt zur Gründung eines TZTD über den „Tanzplan Deutschland“ hinaus Nachhaltigkeit gewinnen kann.

Damit ist unser Ziel bestimmt: Für den Tanz in Deutschland wollen wir eine erkennbare und nachhaltig wirksame Struktur schaffen, die mit einem ganzheitlichen Ansatz das Potential von Tänzern und Tänzerinnen in ‚TRANSITION’ erkennt und nutzt. Tänzer und Tänzerinnen können aus ihrem erworbenen Beruf viel zurückgeben.

Nächste Schritte

Die Studie empfiehlt zur Umsetzung der Ziele der Gründungsinitiative eine Reihe „nächster Schritte’“. Dafür hat der Tanzplan Deutschland e.V., eine Initiative der Kulturstiftung des Bundes, für die nächste Projektphase der AG Transition und soziale Aspekte der SK Tanz e.V. als Projektträger im September 2008 eine finanzielle Förderung gewährt. Die Autorin dieses Beitrags hat die weitere fachliche Beratung übernommen und begleitet die Gründungsinitiative. Weitere Projektpartner ergeben sich aus der weiteren Qualifizierung des Konzepts zu einem TZTD.

Die aktuelle Projektphase beinhaltet zum einen die Vorbereitung und Durchführung eines zielorientierten Workshops zur Koordinierung und Vernetzung relevanter Akteure in Sachen Aus- und Weiterbildung sowie Umschulung im Dezember 2008. Hier wird es entscheidend darauf ankommen, bei relevanten Partnern auf Bundesebene (zum Beispiel Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesagentur für Arbeit u.a.m.) das Interesse zu wecken und Kooperationsbereitschaft für strategische Partnerschaften zu erzeugen. Parallel werden zum anderen rechtliche Prüfungen und das Fundraising für ein Stiftungsmodell vorangetrieben, das gegenwärtig als Vorzugsvariante für die Gründung des Zentrums gilt.

Die Gründungsinitiative braucht Partner innerhalb und vor allem außerhalb des Tanzbereichs. Die Umsetzung des ambitionierten Vorhabens wird nicht ohne ein Interesse am Tanz und ein klares politisches Votum gelingen.

Die Verfasserin ist Kulturökonomin und Projektentwicklerin (www.cultureconcepts.de) ■

Das Subjekt und die Macht

Überlegungen zu Kultur, Bildung und Politik im Anschluss an Michel Foucault • Von Max Fuchs

„Wer Visionen hat, sollte sich in ärztliche Behandlung begeben.“ So ähnlich hat es vor einigen Jahren ein damals prominenter Politiker formuliert. Nun müssen es nicht gleich Visionen sein. Doch ist in der Kulturpolitik die Idee durchaus verbreitet, dass es die Künste ermöglichen könnten, Vorstellungen über die Art und Weise entwickeln zu helfen, wie man selbst oder die Gemeinschaft in Zukunft leben könnten.

Man kann dies als Vision des „Projektes des guten Lebens in einer wohlgeordneten Gemeinschaft“ bezeichnen (vgl. meinen Aufsatz in puk 4/2005). Und eine solche Vision ist durchaus nötig. Wie denn sonst sollte man Gründe dafür finden, dass die Gesellschaft erhebliche Anstrengungen unternimmt, einen vielseitigen und teuren Kulturbetrieb aufrecht zu erhalten? Selbst der pragmatischste Akteur in diesem Feld, für den Kulturpolitik ausschließlich in alltäglichen Mauscheleien um Personen, Positionen und Gelder besteht („politics“), wird sich gelegentlich diese Frage nach dem Wozu des Ganzen stellen oder zumindest gefallen lassen müssen. Wenn dies aber so ist, dann wird die Kulturpolitik zweierlei zur Kenntnis nehmen müssen: Zum einen tatsächlich feststellbare Veränderungen im Alltag und zum anderen neue Deutungen und Interpretationen, mit denen man versucht, diese Veränderungsprozesse zu begreifen. Permanente Veränderungen im alltäglichen Leben sind dabei geradezu das zentrale Charakteristikum der Moderne. Während man das Mittelalter eher in Begriffen der Statik, der starren Ordnung erfasst, ist Wandel und Entwicklung – zumindest in der Selbstbeschreibung der Moderne – ihr Charakteristikum. Dabei gibt es von Anfang an kulturpessimistische Deutungen, die jeglichen Wandel als Verfall interpretieren. Ein früher Höhepunkt ist dabei Rousseaus Preisschrift, dass der Fortschritt in den Wissenschaften definitiv nicht zu einer Verbesserung von Tugenden und Moral geführt habe. Diese negative Bewertung des gesellschaftlichen Wandels hatte immer wieder prominente Nachfahren: Ein ständiger Begleiter der Kultur der Moderne ist eine handfeste Kulturkritik (Bollenbeck: Kulturkritik, 2006). Ein entscheidender Aspekt dieses angenommenen Verfalls ist die Feststellung einer zunehmenden Entzweiung und Entfremdung des Menschen von sich selbst und von seinen Erzeugnissen, so wie sie etwa Hegel und in seiner Folge Marx beschrieben haben. Die sich in Subsysteme ausdifferenzierende Gesellschaft erfordert auf der Seite des Einzelnen ein sich ebenso ausdifferenzierendes (und zum Teil einander widersprechendes) Kompetenzspektrum, um in einer solchen komplexen Gesellschaft überleben zu können. Es ist daher kein Wunder, dass eine Vision – gerade in der Pädagogik – in der erneuten Herstellung einer Ganzheitlichkeit bestand. „Bildung“ war der Schlüsselbegriff, mit dem das handlungsfähige Subjekt („ganzheitlich“) seine Souveränität gegenüber den vielfältigen Handlungserfordernissen erfasste. Das „Subjekt“, bis zur Sattelzeit (1770 – 1830) das Unterworfene, wurde nunmehr zum Agierenden. Die Bedeutung von „Subjekt“ drehte sich also gerade zu um. Nunmehr verband man mit einem Subjekt denjenigen Menschen, der aufgrund eigener Willensentscheidungen handelte – und der deshalb auch verantwortlich für seine Taten gemacht werden konnte. Das Subjekt wurde zum Ausgangpunkt des Handelns und ist daher auch Basis für jedes Verständnis von „Autonomie“ (= Selbstgesetzgebung). Kant ist derjenige, der ein solches Subjekt in Erkenntnistheorie, Ästhetik und Moral in diese zentrale Rolle gesetzt hat. Für uns mag dieses Denken in Kategorien des Ich selbstverständlich sein. Daher ist daran zu erinnern, dass der bekannte Ethnologe Clifford Geertz einmal darauf hinwies, dass der Gedanke einer individuellen Persönlichkeit im größten Teil der Welt eine „sehr eigenartige Idee“ sei. Als literarischer Bezug ist die Textstelle in Thomas Manns Josephsroman interessant, in der er auf die ungesicherte Zurechnung von wichtigen Ereignissen zu bestimmten Personen hinweist: „…ist etwa des Menschen Ich überhaupt ein handfest in sich geschlossen und streng in seine zeitlich-fleischlichen Grenzen abgedichtetes Ding?“ (Werk in 13 Bänden, Bd. IV, S. 123, vgl. auch Fuchs: Persönlichkeit und Subjektivität, 2001). Fast ist daher das Spiel mit dem Ich ein roter Faden dieses wuchtigen Romans, wenn etwa die Zurechnung historischer Ereignisse (das Linsengericht von Jakob und Esau, die Übertölpelung von Jakob, die Opferung des Sohnes) zu Personen immer unsicher bleibt und letztlich unwichtig erscheint.

Ein emphatischer Subjektbegriff ist allerdings notwendig als Grundlage eines Bildungsbegriffs, der die umfassende Entwicklung der Persönlichkeit als Voraussetzung für eine Gesellschaft sah, in der der Mensch in Freiheit leben kann. Neben dem „Subjekt“ sind es viele weitere Begriffe, die in der Sattelzeit ihre heute gültige Bedeutung erlangt haben und die ein Begriffsnetz bilden, das unser Denken prägt: Kunst, Geschichte, Kultur gehören dazu.

Die Künste spielten in diesem groß angelegten Emanzipationsprozess des Einzelnen eine entscheidende Rolle. Ob Kant oder Schiller, ob Goethe oder Humboldt: Alle waren sich einig in der Überzeugung, dass ohne Kunst menschliches Leben ein unvollständiges Leben sei. Der Genie-Kult, die Übersteigerung des Ichs bei Fichte und in der Romantik strapazieren diesen Gedanken bis zur Lächerlichkeit (Safranski: Romantik 2007). Diese Lächerlichkeit blieb in der Tat nicht aus. Der Übersteigerung des Autonomiegedankens folgte nämlich Hohn und Spott angesichts der wachsenden Machtlosigkeit des Einzelnen in Wirtschaft und Politik. Die sich dynamisch entwickelnde kapitalistische Industriegesellschaft brachte zwar durchaus Vertragsfreihit, brachte das Wahlrecht, brachte eine vorher nicht vorstellbare Versorgung mit Dingen des täglichen Lebens. Sie schuf aber auch eine Masse von Menschen, für die die versprochene Entscheidungsfreiheit und Souveränität angesichts einer totalen ökonomischen Abhängigkeit bestenfalls ein sozialistischer Traum blieben. Hierin lag vermutlich ein Grund dafür, dass sich recht bald eine Endzeitrhetorik verbreitete. Nietzsche, erst am Ende seines Lebens, dann allerdings mit größtem Einfluss, öffentlich anerkannt, sprach vom „Tod Gottes“ und vom „Tod des Subjektes“. Hegel äußerte sich bereits einige Jahrzehnte früher über das „Ende der Kunst“. Und auch das „Ende der Geschichte“ wurde mehrfach – lange vor dem Bestseller Fukuyamas – verkündet.

Doch welches Subjekt ist tot? Und was hätte dies für Folgen gerade für die Kultur- und Bildungspolitik? Diese Frage ist für diese beiden Politikfelder von entscheidender Bedeutung. Denn ohne eine Idee von individueller Handlungsfähigkeit, von individueller Kompetenz für eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung ist jegliche Rede von „Bildung“ sinnlos. So sah es bereits Niklas Luhmann, der „Bildung“ zu den alteuropäischen, also für die heutige Gesellschaft unbrauchbaren Kompetenzen zählte. Ohne einen solchen emphatischen Bildungsbegriff lässt sich zwar weiter über notwendige „Qualifikationen“, über „employability“ und die Lissabon-Ziele (Europa zum stärksten wissensbasierten Wirtschaftraum machen zu wollen) reden, nur hat dies mit der Vorstellung von sinnhafter Lebensgestaltung in Freiheit wenig zu tun: „Bildung“

Weiter auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

braucht eine gehaltvolle Vorstellung von Subjektivität. Doch wie ist eine solche noch vorstellbar, wo doch die umfassenden Unterdrückungsmechanismen ebenfalls für jedermann offenliegen? An dieser Stelle ist das Werk des französischen Philosophen Michel Foucault relevant. Er ist inzwischen schon über 20 Jahre tot. Doch scheint erst jetzt die Relevanz seiner Untersuchungen in den verschiedenen Wissenschaften – allerdings mit erheblichen Ungleichzeitigkeiten – erkannt zu werden. Sein Thema ist genau dieses: Wie erzeugt die (bürgerliche) Gesellschaft diejenigen Menschen, die sie zu ihrem Funktionieren benötigt? Es geht also um Macht und Unterwerfung, es geht um Anpassung und die (Un-)Möglichkeit eines selbstgestalteten Lebens. Im Hinblick auf die Mechanismen der Anpassung zeigt Foucault, wie immer neue und subtilere Verfahren der Unterwerfung entwickelt werden. Ob Ärzte, Psychiater, Lehrer oder Gefängnisbeamte: alle praktizieren einen Blick der Disziplinierung, wobei – ähnlich wie es Norbert Elias in seinen kulturhistorischen Studien gezeigt hat – äußere Unterdrückungsverfahren in eine innere Selbstdisziplinierung umgewandelt werden. Wichtig ist, dass es dabei eine Dialektik der Macht gibt: Der Einzelne ist zwar Objekt von Unterwerfungsstrategien, doch funktionieren diese ohne seine Mithilfe nicht. Es scheint vielmehr so zu sein, dass der Einzelne nach Foucault notwendig in Strategien des gesellschaftlichen Machterhalts einbezogen werden muss. Aber wie kann dies gelingen? Bereits Marx hatte gezeigt, dass der Prozess der Unterwerfung der Arbeiter unter die gnadenlose Fabrikdisziplin gleichzeitig diejenige Disziplin erzeugt, die für eine erfolgreiche Interessensvertretung („Klassenkampf“) notwendig ist. Macht und Herrschaft können offenbar nur dialektisch verstanden werden, ganz so, wie es Hegel in seinen Überlegungen zum Verhältnis von Herr und Knecht (in seiner Phänomenologie des Geistes) gezeigt hat: In dem der „Herr“ den unterworfenen Knecht zu seinen vielfältigsten Dienstleistungen zwingt, wird er immer mehr von diesem abhängig, bis sich zuletzt das Abhängigkeitsverhältnis geradezu umgekehrt hat.

An dieser Stelle werden Analysen des neuen „flexiblen Kapitalismus“ (etwa von Richard Sennett) relevant. Denn das Neue am derzeitigen Kapitalismus scheint nicht nur in seiner digitalen Basis (wie von M. Castells beschrieben) und seiner Internationalität („Globalisierung“) zu bestehen. Es wird auch eine neue Stufe in Hinblick darauf erreicht, wie der Einzelne in die Pflicht genommen wird. Dies kommt in den Bezeichnungen wie „Ich-AG“ oder in der Rede vom „Einzelnen als Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft“ zum Ausdruck, so wie sie die Zukunftskommissionen in Bayern und Sachsen (unter dem Einfluss von Ulrich Beck), die Agenda 2010 der ersten rot-grünen Bundesregierung oder die New Labour von Tony Blair vorgetragen und politisch umgesetzt haben. In der Soziologie spricht man inzwischen von „Subjektivierung“ und meint damit neue Politik- und Managementstrategien, die die fast vollständige Übernahme gesellschaftlicher oder betrieblicher Risiken durch den Einzelnen anstreben. Wie dies im einzelnen geschieht, haben Boltanski u.a. (Der neue Geist des Kapitalismus, 2006) anhand umfangreicher Analysen aktueller Managementliteratur aufgezeigt. Neu ist dies übrigens nicht. Man hat vielmehr immer wieder versucht, die für eine Gesellschaftsordnung typischen bzw. notwendigen Formen von Subjektivität und Individualität zu ermitteln. Hegel identifiziert bereits den Bourgeois und den Citoyen als zwei widersprüchliche Modelle von Bürgerlichkeit. Marx kannte die „Charaktermasken“ des Lohnarbeiters und des Kapitalisten. Später versuchten Adorno & Co. den „autoritären Charakter“ als denjenigen Untertan zu beschreiben, der die Barbarei des Faschismus getragen hat. So ergeben sich immer wieder neue Konstellationen zwischen Gesellschaft und Individuum. Die Frage ist, wie diese Prozesse der Subjektgenese heute ablaufen und inwieweit sie zum Gegenstand von Kultur- und Bildungspolitik werden. Heute scheinen solche Formen von Subjektivität zu entstehen, die nichts mehr mit traditionellen Kategorien von Freiheit und Emanzipation zu tun haben, bei denen jedoch trotzdem der Anteil freier Wahlentscheidungen erheblich anwächst (Reckwitz: Das hybride Subjekt, 2006). Diese betreffen die vielfältigen Prozesse der Ästhetisierung des Alltags und der Lebensstile, so wie sie als Kennzeichen der Postmoderne überzeugend belegt wurden. Kultur, speziell die Angebote der Kulturwirtschaft spielen in diesem Prozess eine wichtige Rolle. Wird also Kulturpolitik lediglich relevant in Hinblick auf ihren Beitrag, Anregungspotential für die Inszenierung postmoderner Lebensstile (natürlich nur der Besserverdienenden und der neuen Finanzdienstleister) zu werden?

Treffen all diese Beobachtungen und ihre Theoretisierungen zu, dann hat dies offensichtlich erhebliche Folgen für die Kultur- und Bildungspolitik. In der pädagogischen Arbeit ist zu fragen, inwieweit Ansätze zur Entwicklung einer individuellen Lebenskunst bloß noch der Herstellung einer marktkonformen „Subjektivität“ dienen. Wie steht es dann mit dem unabgegoltenen Rest an Emanzipationswünschen, die im Bildungsbegriff notwendig enthalten sein müssen? Welches Konzept von Subjektivität ist innerhalb und außerhalb der Schule anzustreben und zu realisieren? Wie gelingt es, die oben angesprochene Dialektik der Macht so zu gestalten, dass das alteuropäische „Subjekt“ seine Gestaltungschancen behält? Das zu lösende Problem besteht darin, dass fortschrittliche reformpädagogische Konzepte (autonome Schule, Abschluss von Bildungsverträgen zwischen Schule, Schülern und Eltern, subjektorientierte Lernorganisation etc.) durchaus im Kontext einer solchen „Subjektivierungsstrategie“ gesehen werden können und somit nur Teil einer subtilen Anpassungstechnologie ohne jede Hoffnung auf emanzipatorische Wirkungen wären (Fuchs: Kulturelle Bildung, 2008). Ist also die Idee der Emanzipation des Subjekts angesichts immer neuen Vereinnahmungstechniken überhaupt noch aufrecht zu erhalten oder erstickt die institutionelle Handlungslogik der pädagogischen und kulturellen Einrichtungen jeglichen Ansatz dazu bereits im Keim?

Auch in der Kulturpolitik stellt sich die Frage nach der Gestaltung solcher Rahmenbedingungen, die den Eigensinn der Künste stärken und die Perspektive auf die Unverfügbarkeit menschlichen Lebens aufrechterhalten. Immer wieder werden Stimmen – gerade von Künstlerinnen und Künstlern – laut, die den größten Feind einer künstlerischen Kreativität in der Selbsterhaltungslogik der Kulturbetriebe sehen: Die Macht der Kulturverwaltung erstickt das Potential der Künste. So ähnlich hat es bereits Anfang der neunziger Jahre der Soziologe Gerhard Schulze in seinem Bestseller „Die Erlebnisgesellschaft“ beschrieben. Gerade in dieser Hinsicht ist Kulturpolitik von erheblicher gesellschaftlicher und individueller Bedeutung. Denn man hat in den Künsten, im Theater oder in der Literatur immer schon Formen gelingender oder misslingender Lebensbewältigung vorgestellt. Die meisten Kunsttheorien reflektieren deshalb diese Wirkung der Künste als ihren genuinen Wesenszug: als Mittel der Selbstreflexion des Menschen zu dienen. Gerade in Zeiten eines verstärkten gesellschaftlichen Umbruchs gab es etwa Schlüsselromane, in denen individuelle Schicksale und gesellschaftliche Entwicklungen kollidierten. Dabei sind es nicht nur die klassischen Bildungsromane (wie Wilhelm Meister oder der Grüne Heinrich), sondern in allen großen Werken finden Soziologen heute Typen, die in ihrer Entwicklung an der Veränderung gesellschaftlicher Verhaltenserwartungen zerbrechen. So gerät heute etwa Christian Buddenbrook, der lange Zeit vernachlässigte Bruder von Thomas, als jemand in den Blick, der sich systematisch der protestantischen Arbeitsethik seines Bruders entzog und sich in den Wahn flüchtete. Neu ist also die literarische Darstellung typischer Subjektivitätsformen nicht. Doch scheint das Problem heute deshalb größer als früher zu sein, als die neuen ökonomischen und politischen Strategien der Subjektformung aufgrund ihrer Subjektorientierung auch auf den zweiten Blick noch eine große Ähnlichkeit mit emanzipatorischen Konzepten des empowerments haben. Es könnte also durchaus sein, dass heute Unterdrückungsmechanismen in emanzipatorischer Verkleidung auftreten. Kulturpolitik hätte dann nicht nur die Aufgabe, die gesellschaftlich notwendige Eigenlogik des Kulturbereichs gegenüber Wirtschaft und Politik zu verteidigen. Sie muss auch eine selbstkritische Diskussion innerhalb des Kulturbereichs – etwa gegenüber Vereinnahmungstendenzen durch die Kulturverwaltung, den Staat oder aber gegen bloße Selbsterhaltungsstrategien der Kulturbetriebe selbst – führen. Auch dies findet etwa in den Romanen des Unternehmers Ernst-Wilhelm Händler eine eindrucksvolle literarische Aufarbeitung. In den verschiedenen Romanen Händlers, die sich mit verschiedenen Arbeitsfeldern aus dem Kernbereich kapitalistischen Wirtschaftens befassen, werden dabei die großen Unterschiede zwischen den Subjektformen deutlich. So ergibt sich durchaus eine Wertehierarchie, bei der der Unternehmer, der auf eigenes Risiko Dinge mit einem gewissen Gebrauchswert herstellt, an der Spitze steht und wo Unternehmensberater und Banker mit ihrem bloß noch abstrakten Interesse an einer einzigen Zahl, dem Profit, das verachtete Ende bilden. Der „Variety of Capitalism“, die die ökonomische Forschung kennt, steht also eine ebensolche Variety unterschiedlicher kapitalistischer Subjektivitätsformen innerhalb desselben Kapitalismustypus gegenüber.

Es ist also heute etwas komplizierter geworden, Unterdrückung von Emanzipation zu unterscheiden. Daher wird man umso gründlicher prüfen müssen, in welche argumentative Sackgasse man womöglich gerät, wenn man ideologisch und historisch belastete Konzepte in diesem schwierigen Theorie- und Politikgeschäft übernimmt. Zu denken ist etwa an das Konzept des „Kulturstaates“ oder das eindeutig neoliberal imprägnierte Konzept des „aktivierenden Staates“. Denn all diese Konzepte haben – in ihrer Geschichte reichhaltig belegbar – das Problem, dass sie den Staat (und nicht die Gesellschaft, den Einzelnen oder die Künste) in den Mittelpunkt stellen. Es scheint – die Spatzen pfeifen es von den Dächern – gerade im Neoliberalismus zu einer Wiederkehr eines starken Staates zu kommen, den man übrigens auch schon seit längerer Zeit für tot erklärt hat. Diesen starken Staat findet man vom amerikanischen patriot act bis zu den Trojanern des Innenministers, die die privaten Festplatten durchstöbern sollen. Offenbar will man es weniger denn je dem Selbstlauf überlassen, ob sich die passfähigen Subjektivitätsformen auch wirklich herstellen. Die Freiheit des Einzelnen wird daher gerade in einer demokratischen Gesellschaft zu einem kostbaren Gut, das man vielleicht sogar gegen diejenigen verteidigen muss, die es in gutem Glauben mit untauglichen Mitteln schützen wollen. In den Worten Foucaults und seiner Schüler: Aus der Disziplinargesellschaft entwickelt sich eine umfassende Kontrollgesellschaft. Die Kulturpolitik ist dabei nicht frei von einem solchen, letztlich freiheitsgefährdenen Etatismus. Man möge sich nur einmal den stark etatistisch geprägten Enquête-Bericht „Kultur in Deutschland“ ansehen (vgl. meinen Aufsatz in puk 3/08). Von daher ist mehr denn je auf die Gesellschaft, auf die gesellschaftlichen Kräfte – eben auf die Zivilgesellschaft – zu setzen, wenn man diesen neuen Staatszentrismus vermeiden will. Dies gilt erst recht für die Ebene der Europäischen Union, bei der ohne ernsthafte Begrenzung durch das Parlament und die Mitgliedsstaaten ein hocheffektiver Verwaltungsapparat geschickt seine Ziele durchsetzt.

„Visionen“ sind also alles andere als zu therapierende Schwächen von Kulturakteuren, sondern notwendig im Hinblick auf die Selbstvergewisserung des eigenen Tuns („policy“; vgl. Fuchs: Kulturpolitik 2007), vielleicht aber ein wenig schwerer zu formulieren als in früheren Jahren. Die Zeit vollmundiger kulturpolitischer Weltverbesserungskonzepte scheint daher endgültig vorbei zu sein. Was erforderlich ist, ist vielmehr eine theoretische Anstrengungsbereitschaft, ist die Mühe des Begriffs und der Empirie.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Frankfurter Buchmesse 2008 **© Frankfurter Buchmesse/Heimann**

Literaturbetrieb

Die Frankfurter Buchmesse konnte in diesem Jahr am Samstag, dem ersten Publikumstag, den besucherstärksten Tag seit ihrer Geschichte verzeichnen. Insgesamt 78.218 Besucher drängten sich an diesem Tag durch die Hallen des Frankfurter Messegeländes. Die Messe verzeichnete 299.112 Besucher und gehört damit im Kulturbereich zu den am meisten besuchten Messen.

Dennoch, wenn über Kulturwirtschaft gesprochen wird, ist selten über den Literaturbetrieb die Rede. Zu „old fashioned“ scheint diese Branche zu sein, zu wenig hip, zu wenig nomadisierend wie mancherorts die Kulturwirtschaft betrachtet wird.

Mit dieser Ausgabe von *politik und kultur* wollen wir mit einer Reihe zur Kulturwirtschaft beginnen und verschiedene Branchen vorstellen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Wechselwirkungen zwischen Künstlern, Verwertern und Förderinstitutionen. Für diese Ausgabe hat *Barbara Haack* den Geschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels *Alexander Skipis* zu den aktuellen Entwicklungen im Buchmarkt befragt. Interviewt wurde von ihr ebenfalls der Vorsitzende des Verbands deutscher Schriftsteller *Imre Török*, der zu den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten von Autoren Auskunft gibt. Die Geschäftsführerin des Verbands Freiberuflicher Lektorinnen und Lektoren *Carla Meyer* informiert über die Arbeit freiberuflicher Lektoren. *Jürgen Jakob Becker* stellt die Arbeit des Deutscher Übersetzerfonds vor und verdeutlicht, welche Bedeutung Übersetzungen – und damit Übersetzer – für den deutschen Literaturbetrieb haben und wie wichtig die Förderung durch den Deutschen Übersetzerfonds ist. Der Markt ist beides: vergesslich und gierig, vergesslich bezieht sich auf Bücher und die Gier auf Waren, schreibt *Dagmar Leupold*, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Literaturfonds. Sie stellt die Arbeit des Deutschen Literaturfonds vor, der anspruchsvolle Literatur fördert, die oftmals nicht marktgängig ist. Im Portrait stellt *Andreas Kolb* die letztjährige Preisträgerin des Deutschen Buchpreises Julia Franck vor. In der Beilage Interkultur setzt sich *Imre Török* mit der besonderen Situation von Migranten im deutschen Literaturbetrieb auseinander.

Die Arbeit von Bibliotheken, insbesondere die Rahmenbedingungen, waren in den letzten Ausgaben von *politik und kultur* immer wieder Thema. In dieser wird die Frage der Sonntagsöffnung von Bibliotheken erneut aufgegriffen.

Die Redaktion ■

Aus den Fehlern der Musikindustrie lernen

Ein Gespräch mit Alexander Skipis, dem Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, auf der Frankfurter Buchmesse

puk: Welche Rolle spielt die Frankfurter Buchmesse für den Buchmarkt?
Alexander Skipis: Die Frankfurter Buchmesse ist die weltgrößte Messe für Bücher. Von daher ist sie natürlich der maßgebliche Wirtschaftsfaktor, in deren Mittelpunkt das Buch als Wirtschaftsgut steht. Es ist aber zugleich auch Kulturgut. Die Protagonisten unserer Branche sind Menschen, die sich Inhalten und Werten verpflichtet fühlen, die Anliegen haben und sie auch mitteilen wollen. Dies macht unsere Branche so einzigartig und auch im weiteren Sinne sehr politisch.
puk: Hat sich an dieser Bedeutung im Lauf der vergangenen Jahre etwas verändert?
Skipis: Der Meinung bin ich nicht. Allerdings verändern sich Diskussionen und Schwerpunkte um das Buch in dem Maße, wie sich unsere Gesellschaft verändert. So war zum Beispiel in den 60er Jahren die Buchmesse ein Ort der intensiven gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung. Hier verschieben sich Akzente. Aber gerade in diesem Jahr haben wir mit unserem Gastland Türkei auch die große politische Brisanz erlebt, die mit dem Anspruch auf die freie Verbreitung des geschriebenen Wortes verbunden ist. Orhan Pamuk hat in der Eröffnungsveranstaltung eine Rede gehalten, die enorm mutig war. Er hat ganz klar gesagt, dass die Lage in der Türkei solange inakzeptabel ist, solange Schriftsteller noch verfolgt werden und solange der Wissenszugang dadurch beschränkt wird, dass bestimmte Internet-Plattformen in der Türkei nicht zugelassen werden. Er hat das in Anwesenheit des Staatspräsidenten Gül gesagt, der sich auf diese Fragen sehr diplomatisch eingelassen hat. Die Türkei sei noch nicht ganz so weit, aber habe die Hürden bereits gesenkt. Die Türkei sei deshalb auf einem guten Weg.

Ich persönlich finde es unerträglich, Schriftsteller wegen ihrer Arbeit zu verfolgen. Genauso unerträglich ist es, wenn man den Zugang zu Informationen, die weltweit verfügbar sind, beschränkt. Das ist mit einem freiheitlich-demokratischen Staat nicht zu vereinbaren.
puk: Die Buchmesse hat also auch eine kulturpolitische Funktion?
Skipis: Auf jeden Fall. Ich denke, diese Funktion muss sie auch haben. Man kann keine Messe für Bücher veranstalten und das ausschließlich unter dem Wirtschaftsaspekt sehen. Die Frankfurter Buchmesse muss auch Ort der Auseinandersetzung sein, in deren Zentrum Inhalte stehen.
puk: In den Medien wurde in den letzten Tagen das E-Book als zentrales Thema der Buchmesse bezeichnet. Sehen Sie das auch so? Ist das E-Book hier auf der Messe das zentrale Thema?
Skipis: Die starke Resonanz der Medien auf das Thema E-Book in den letzten Wochen und Monaten ist sehr gut nachvollziehbar. Die E-Reader haben einen technischen Standard erreicht, der jetzt marktfähig ist. Ich denke, wir werden spätestens im nächsten Jahr die ersten E-Books in Deutschland auf dem Markt haben.
Der Börsenverein hat mit der Plattform libreka! genau die Voraussetzungen geschaffen, um elektronische Inhalte auf diese neuen Lesegeräte schnell herunterladen zu können – und zwar unter Beachtung des Urheberrechts. Da sind wir mit Sicherheit einen wesentlichen Schritt weiter, als es vor ein paar Jahren die Musikindustrie war.
puk: Libreka! ist ein Instrument des Börsenvereins, um sich zum Beispiel gegen amazon oder Google zu behaupten. Sehen Sie sich als Konkurrenten zu diesen Anbietern?
Skipis: Nein, wir betreiben eine Plattform, die ausschließlich vermittelt. Wir wollen weder unseren Mitgliedern noch anderen Anbietern Konkurrenz machen. Aber wir streben einen offenen Markt an. Deshalb setzen wir uns vehement für offene Formate ein, die von verschiedenen Geräten gelesen werden können. Wir wollen keine Verhältnisse haben, in denen ein Anbieter den ganzen Markt beherrscht.

Und das Urheberrecht muss ganz klar beachtet werden. Insofern werden wir in aller Schärfe gegen Plattformen vorgehen, die dies nicht beachten.
puk: Sie wollen auch hier das vermeiden, was die Musikindustrie falsch gemacht hat.
Skipis: Ja, wir haben daraus gelernt. Ich halte die Entwicklung des E-Books in unserem Bereich für eine große Chance, weil so die Verbreitung und die Verfügbarkeit von Büchern rasant zunehmen wird. Es können relativ schnell weltweit Inhalte auf dem E-Book zur Verfügung gestellt werden, wodurch die Leser unmittelbaren Zugang zu mehr Literatur erhalten. Das ist durchaus vergleichbar mit der Revolution, die vor über 500 Jahren mit der Erfindung des Buchdrucks einher ging. Damals hat diese Technik dazu geführt, dass Inhalte sehr schnell verbreitet worden sind. Ohne diese Technik wären die Aufklärung und die großen Entwicklungen der Gesellschaft gar nicht denkbar gewesen. Vielleicht stehen wir heute an einer Schwelle, die zumindest vergleichbar ist.
puk: Ist das das Ende des gedruckten Buchs?
Skipis: Das halte ich für Unsinn – nicht weil ich in dieser Beziehung ein Romantiker bin, sondern weil beides, gedrucktes Buch und E-Book, dem Leser bestimmte Vorteile bietet. Und der wird situationsbedingt entscheiden, was er nutzt.
puk: Vor acht bis zehn Jahren war das E-Book bereits totgesagt. Was ist eigentlich der Unterschied der heutigen Geräte zu denen, die den Durchbruch nicht geschafft haben?
Skipis: Damals waren es noch unhandliche Geräte mit schwer lesbaren Bildschirmen. Heute spricht man von E-Ink oder elektronischem Papier. Das sind keine Bildschirme mehr, die hinterleuchtet sind, sondern Folien, die Partikel enthalten, die durch elektrische Impulse entweder auf schwarz oder weiß gedreht werden. Dadurch entsteht das Bild, das dann statisch ist, es fließt dabei kein Strom mehr. Man kann mit diesem Gerät wunderbar in der Sonne oder mit der Taschenlampe unter der Bettdecke lesen, weil eben der Schirm nicht hinterleuchtet ist, sondern wie ein Blatt mit elektronischer Tinte wirkt.

Hinzu kommt, dass sich unsere Gesellschaft in der Zwischenzeit viel mehr an die Nutzung von solchen elektronischen Geräten gewöhnt hat. Sie sind mittlerweile zu normalen Arbeitswerkzeugen geworden. Allerdings haben die heute verfügbaren Lesegeräte aus meiner Sicht noch einen Nachteil: Für den großen Durchbruch sind sie noch nicht „sexy“ genug. Am Design muss also noch ein wenig gearbeitet werden. iPod und iPhone haben uns gezeigt, wie es geht. Sobald die Anbieter da noch weiter sind, wird es richtig „in“ sein, so ein Gerät zu nutzen.
puk: Die Einführung des E-Books wirft gesetzgeberische Fragen auf, mit denen der Börsenverein sich auseinandersetzen muss. Zum Beispiel die Buchpreisbindung: Wird es die auch für das E-Book geben?
Skipis: Sie gibt es bereits. Das gegenwärtig gültige Preisbindungsgesetz enthält bereits die Preisbindung für E-Books. Wir haben das in einem Schreiben an die Verlage sowie in Presseerklärungen bereits ausgeführt. Es ist jetzt Sache der Verlage, die Preise für die von ihnen angebotenen E-Books festzulegen.

Die Preisbindung des E-Books ist vom Gesetzeswortlaut her eindeutig und liegt auch in der Intention des Gesetzgebers. Die Preisbindung soll die kulturelle Vielfalt, sowohl die Vielfalt der Verlagsprodukte wie die Vielfalt eines Buchhandelsnetzes erhalten. Die Preisbindung erfüllt diese Intention des Gesetzgebers und muss deshalb natürlich genauso für das E-Book gelten.
puk: Kritische Stimmen in diesem Zusammenhang verlauten, dass es schwierig sein wird zu unterscheiden: Welche digitalen Dokumente sind E-Books, welche nicht?
Skipis: Das ist richtig. Wir haben zur Abgrenzung gesagt: Es kommt darauf an, dass das E-Surrogat, also das Surrogat des Buches, sehr nah an dem physischen Buch ist. Es muss tatsächlich ein Eins-zu-eins-Ersatz sein.
puk: Stichwort Mehrwertsteuer: Da gilt im Moment für das E-Book die volle Mehrwertsteuer, also 19%.
Skipis: Das bedarf noch einer gesetzlichen Regelung, vor allem auf europäischer Ebene. Wir setzen uns für den verminderten Steuersatz auch für E-Books ein.
puk: Den Buchhandel haben Sie im Zusammenhang mit dem E-Book schon erwähnt. Er ist schon heute in einer nicht ganz einfachen Situation, weil eine starke Konzentration von Buchhandelsketten in Deutschland zu beobachten ist. Haben kleinere Buchhändler, Nischenbuchhändler überhaupt noch eine Chance in der Zukunft?
Skipis: Natürlich stellt das E-Book auch eine Herausforderung gerade für die Buchhandlungen dar. Es bietet aber auch die Chance, mit veränderten oder ergänzten Geschäftsmodellen diese erfolgreich zu nutzen. Die Nachfrage für Beratung und persönliches Gespräch wird es mit Sicherheit auch in Zukunft geben. Übrigens auch eine Erfahrung aus der Musikindustrie, die ein Großteil ihres Vertriebsnetzes verloren hat und genau diese Nachfrage kaum befriedigen kann.

Es ist aber richtig: Der Konzentrationsprozess, der übrigens durch die Preisbindung zumindest verlangsamt wird, ist in unserer Branche weiter im Gange. Trotzdem gilt auch da, mit einer starken Kundenorientierung, zusätzlichem Service und Dienstleistungsangeboten sowie ggf. der Erweiterung des Sortiments um Nonbooks hat unsere Branche gute Entwicklungschancen.
puk: Auch in Zeiten von Online-Buchhandel und E-Book? Was können Buchhändler konkret tun, um nicht aus dem Vertriebssystem herauszufallen?
Skipis: Der Mehrwert der Buchhandlung besteht in der persönlichen Beratung, Orientierung und der Auswahl; dazu kommt der technische Service. Ich stelle mir das so vor: Sie gehen in die Buchhandlung, nehmen Ihr E-Book oder iPhone und der Buchhändler lädt Ihnen auf Ihre Plattform das, was Sie haben wollen. Jedes Buch, das Sie sich wünschen... Das ist ein Service, den es zurzeit überhaupt nicht gibt, auch nicht in der Musikindustrie.
puk: Der Börsenverein ist Dachverband für Verlage, Buchhandel und Zwischenbuchhandel. Es ist sicher nicht immer ganz einfach, die Interessen unter ein Dach zu bringen?
Skipis: Das ist in der Tat nicht immer einfach, weil es bei einer so breiten Palette unterschiedlicher Unternehmen zum Teil widerstreitende Interessen gibt. Deshalb besteht auch ein Großteil unserer Arbeit darin, auf verschiedenen internen Plattformen Interessen zu formulieren, sie zu diskutieren und zu einem Ausgleich zu bringen. Seit 1825 klappt das gut – obwohl es gelegentlich die Vorstellung gibt, man müsse sich separieren. Aber die Vernunft hat sich immer wieder durchgesetzt. Das hat einen guten Grund: Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels spricht mit einer Stimme für die gesamte Branche. Nicht zuletzt deshalb haben wir ein enormes Gewicht in Gesellschaft und Politik. Je partikularer Interessen vertreten werden, umso schwieriger sind sie in der Politik durchzusetzen.

Alexander Skipis © Börsenverein

puk: Zurück zum Internet: Piraterie spielt auch im Buchmarkt inzwischen eine Rolle. Wie gefährlich ist das?
Skipis: Das ist die ganz große Herausforderung, vor der wir heute stehen. Schon jetzt gibt es eine Fülle illegaler Downloads von Hörbüchern aber auch physischer Bücher. Das Thema wird sich in Kürze verschärfen, wenn die elektronischen Reader auf dem Markt sind. Dann wird es eine sprunghaft ansteigende Nachfrage nach elektronischen Buchinhalten geben. Alle Erfahrungen zeigen, dass die zweifelhaften Plattformen, die illegale Downloads anbieten, ihr Angebot auf diesem Sektor noch viel stärker ausweiten werden. Genau das macht uns im Moment zu schaffen und genau das wird auch der Gesellschaft sehr stark zu schaffen machen, wenn durch die fortschreitende Internetpiraterie intellektuelle und kulturelle Inhalte gefährdet sind. Ein Land, dessen Ressourcen fast ausschließlich aus geistiger Leistung bestehen, sollte es sich sehr gut überlegen, ob es diese im Internet schutzlos preisgibt.

Die Politik, genauer gesagt das Bundesjustizministerium, unterstützt die Rechteinhaber da nicht wirklich und trägt zum Errosionsprozess des Urheberrechtes durch Unterlassen bei.
puk: Wie könnte die Lösung aussehen?
Skipis: Wir schlagen eine vergleichbare Vereinbarung wie das Olivennes-Modell in Frankreich vor. Kurz gesagt geht es dabei darum, dass der Provider bei Urheberrechtsverstößen, über die er durch die Rechteinhaber aufmerksam gemacht wird, eine Warnmail an den jeweiligen Verletzter schickt. Bei mehrmaligem Verstoß müssen Sanktionen greifen, wie z.B. die Verminderung der Bandbreite bis hin zur zeitweisen Abschaltung. Untersuchungen zeigen, dass dies schon über 80% der Nutzer veranlasst, rechtstreu zu bleiben. Nur für einen kleinen meist gewerbsmäßig agierenden Kern würden die Rechteinhaber auf zivilrechtliche und strafrechtliche Verfahren als Ultima Ratio zurückgreifen. Der französische Staatspräsident Sarkozy bezeichnete dieses Verfahren als den Beginn des „zivilisierten Internets“. Es hätte den weiteren Vorteil, dass die Rechteinhaber, da sie dann von einem rechtmäßigen Umgang mit ihren Urheberrechten ausgehen können, weit umfangreichere digitale Angebote im Internet machen könnten.

Ein solches Vorgehen hätte darüber hinaus den Vorteil, dass die Namen derjenigen, die rechtswidrig Dateien herunterladen, immer anonym bleiben. Nur der kleine, übrig bleibende Kern müsste mit zivilrechtlicher oder strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

Vorraussetzung für ein solches Verfahren ist eine Vereinbarung zwischen Rechteinhabern und Providern. Letztere sind allerdings noch nicht dazu bereit.
puk: Ist es da nicht auch nötig, eine Art pädagogisches Programm aufzulegen, um ein Bewusstsein für den Wert des geistigen Eigentums, für das Urheberrecht zu schaffen?
Skipis: Ja, so etwas machen wir gerade. Aber, bei der derzeit so unbefriedigenden rechtlichen Situation für die Rechteinhaber gehen wir im Moment ebenso mit aller Härte gegen solche Urheberrechtsverletzungen vor, das heißt, wir versuchen unseren Auskunftsanspruch gegenüber den Providern über die Namen der jeweiligen Urheberrechtsverletzer zu realisieren.
puk: Was ist der entscheidende Wunsch des Börsenvereins an die Politik?
Skipis: Der zentrale Wunsch ist, dass sich die Politik den drängenden Fragen, die sich mit dem Internet für das Urheberrecht ergeben, stellt und nicht an Einzelsymptomen herumkuriert. Wir brauchen eine Gesamtstrategie für den Schutz des geistigen Eigentums im Internetzeitalter.

Im Übrigen ist die Verletzung des Urheberrechts, also die Rechtswidrigkeit der Downloads, ja nur ein Teil der Rechtsbrüche und Straftaten, die im Internet passieren. Denken Sie zum Beispiel an die Verletzungen des Persönlichkeitsrechts oder die gesamten Vermögensstraftaten. Das Thema heißt „Rechtsfreie Räume“, eine Fragestellung, die über unseren Kernbereich Urheberrecht hinausgeht. Mein Wunsch an die Bundesregierung: Sie soll sich diesen Fragen wirklich inhaltlich stellen und nicht vor technischen Möglichkeiten oder populistischen Ansprüchen kapitulieren.

Das Gespräch führte Barbara Haack ■

Die Verlage sind nicht unser Feind

Ein Gespräch auf der Frankfurter Buchmesse mit Imre Török, dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS)

puk: Der Verband deutscher Schriftsteller (VS) ist Teil der Gewerkschaft ver.di, vertritt aber keine Angestellten. Inwieweit verstehen Sie sich als Gewerkschaft, wo liegen Ihre spezifischen Aufgaben?

Imre Török: Der VS vertritt in der Tat ausschließlich Schriftsteller, die in dieser Tätigkeit freiberuflich arbeiten. Viele von ihnen haben aber zusätzlich einen „Brotberuf", weil das Schreiben sie nicht ernährt.

puk: Das heißt, der VS ist keine Gewerkschaft im herkömmlichen Sinne, um zum Beispiel Tarife zu verhandeln?

Török: Das stimmt so nicht ganz. Im rein gewerkschaftlichen Sinne machen wir keine Tarifverträge. Aber wir streben an, mit der Verlegerseite Honorarregelungen für die Mitglieder auszuhandeln. Die sind vergleichbar mit Tarifen. Wir haben sowohl für die literarischen Übersetzer als auch für die Schriftsteller Tarifkommissionen. Diese Kommissionen führen die Vorverhandlungen. Die beiden Verbände, also der Börsenverein bzw. die Verlage einerseits, und der Schriftstellerverband andererseits, verhandeln die Honorartarife dann weiter.

Es gibt Normverträge zwischen Verlagen und Schriftstellern, die schon vor mehr als 20 Jahren ausgehandelt wurden. Und seit der Neuregelung des Urheberrechtsgesetzes ist es geboten, auch über Honorarfragen miteinander zu sprechen. Das ist vergleichbar mit Tarifverhandlungen.

puk: In der Neuregelung gab es plötzlich die gesetzliche Forderung, dass angemessene Vergütungen zu zahlen seien bzw. zwischen den Verbänden verhandelt werden sollten. Ist das im Fall des VS geglückt?

Török: Wir haben schon vor einigen Jahren eine Honorarvereinbarung für die Belletristik getroffen. Das war schwierig, und beide Seiten sind viele Kompromisse eingegangen. Aber wir haben – nach einer Mediation durch das Justizministerium – eine gemeinsame Vergütungsregelung unterzeichnet. Das heißt: Es gibt jetzt eine eindeutige Regelung für belletristische Autoren.

puk: Sind Sie damit zufrieden?

Török: Es sind Mindeststandards. Ich bin insofern damit zufrieden, weil damit auch anerkannt worden ist, dass wir Vertragsparteien und auch Partner sind, die eben miteinander sprechen, miteinander Lösungen finden müssen. Die Verlage und der Börsenverein sind nicht unser Feind. Sie sind für uns wichtige Verwerter. Sie vertreten ihre Interessen, und wir als VS vertreten die Interessen der Urheber. Dazwischen muss man sich bewegen. Vor dem neuen Urhebergesetz war das überhaupt nicht möglich. Jetzt haben wir einen Mindeststandard, und nach zwei oder drei Jahren muss man sich wieder zusammensetzen und schauen, ob man Verbesserungen erreicht.

puk: Sind diese verhandelten Ergebnisse denn verbindlich?

Török: Die sind verbindlich. Ob sie eingehalten werden, das kann ich nicht in allen Einzelfällen nachprüfen. Aber sie sind auf jeden Fall rechtsverbindlich, d.h. die Autoren können sie vor Gericht einklagen.

puk: Den Übersetzern geht es nicht so gut in dieser Hinsicht?

Török: Die literarischen Übersetzer sitzen ja auch bei uns im Boot. Sie sind Teil des Schriftstellerverbandes, haben aber einen eigenen Status, gerade in Honorarfragen. Ihre Arbeitsweise, ihre Arbeitsbedingungen weichen von denen der Schriftsteller ab. Wir kämpfen Seite an Seite.

Die Verhandlungen zwischen Übersetzern und Verlegern haben jetzt fünf oder sechs Jahre gedauert, es ging auf und ab, bis schließlich ein Kompromiss gefunden wurde. Bei den Übersetzern gab es allerdings Meinungsverschiedenheiten: Das eskalierte dann; bei einer Mitgliederversammlung im September hat die Mehrheit „Nein" gesagt.

Ich kann nicht verhehlen, dass ich ein bisschen traurig bin. Aber es war wohl eine strategische Entscheidung: Einigen wir uns jetzt auf einen Abschluss und verbessern ihn dann in den nächsten Jahren? Oder wollen wir gleich bessere Bedingungen erreichen? Die Übersetzter haben sich für den zweiten Weg entschieden. Jetzt kann ich den Übersetzern nur viel Erfolg bei den weiteren Verhandlungen wünschen.

puk: Wir sind hier auf der Buchmesse. Was bedeutet diese Messe für die Schriftsteller. Ist sie ein bedeutendes Forum, ein wichtiger Marktplatz? Oder ist das eher eine Sache der Verlage?

Török: Nein, die Messe ist ganz gewiss nicht nur für die Verlage wichtig. Für die Verlage ist sie ein Marktplatz. Für uns Schriftsteller ist sie ein Ort der Begegnungen, des Informationsaustauschs. Und natürlich wollen wir unsere Bücher präsentieren. Es gibt ja auch Lesungen, Veranstaltungen. Es sind unsere Werke, es ist unser geistiges Eigentum, das hier vermarktet wird. Wir brauchen Messen, wir brauchen Verlage, die dafür sorgen, dass das, was wir schreiben, auch unter die Leute kommt. Darüber hinaus ist es schön, ich treffe hier sehr viele Kollegen, mit denen ich sonst selten zusammen komme.

Orhan Pamuk hat die Eröffnungsrede zur Messe gehalten, und er hat damit angefangen, was ihn an der Buchmesse stört. Das sei ihm erst nach vielen Jahren klar geworden, nämlich dass die Buchmesse den einzelnen Schriftsteller erdrückt. Die ganze Atmosphäre ist wunderbar, sie ist toll. Aber nach 2 Tagen ist man ganz klein in dieser Vielfalt an wundervollen Ergebnissen schriftstellerischer Tätigkeit. Und – das sagt jetzt wieder Imre Török – es erzeugt auch ein gewisses Gefühl von Demut vor der Mannigfaltigkeit an guten Publikationen. Man sieht: Ich bin ein Teil davon, aber es gibt Hunderte und Tausende, die ihre Emotionen, ihren Intellekt in das Schreiben, von Büchern stecken. Das zu erleben ist einerseits berauschend und andererseits erdrückend.

puk: In der Literaturszene gibt es eine Vielfalt an Preisen. Marcel Reich-Ranicki hat uns gerade wirkungsvoll gezeigt, wie man Preise in der Öffentlichkeit kritisiert. Der Deutsche Buchpreis spielt sicher in einer anderen Kategorie als der Fernsehpreis. Trotzdem wird er vielfach kritisiert. Auch der VS – als Mitträger des Deutschen Literaturfonds – vergibt Preise und Stipendien. Was bedeuten diese Preise für die Schriftsteller?

Török: Der Deutsche Literaturfonds vergibt in erster Linie Förderungen, aber auch zum Beispiel den Celan-Preis.

Grundsätzlich finde ich Preise und Auszeichnungen ganz wichtig. Zum einen, um in der Öffentlichkeit auf Literatur und Bücher aufmerksam zu machen. Zum anderen, weil diese Preise als geldwerte Leistungen auch für viele Schriftsteller ihre Arbeitsexistenz erleichtern. Sie sind ein sehr wichtiges Zubrot für viele. Dass man über Preise geteilter Meinung sein kann, ist sicher richtig. Manche Preise befriedigen mehr die Eitelkeit der Preisgeber als dass sie wirklich einem nützlichen Zweck dienen. Aber auf die Diskussion, die auf die Behauptung hinausläuft: „Es gibt in Deutschland so viele Literaturpreise, man soll sie ja abschaffen", würde ich mich auf keinen Fall einlassen. Das ist eine fatale und ganz falsche Sichtweise. Ich wehre mich dagegen, wenn es heißt, die Schriftsteller würden nur auf die Preise hin schreiben. Das geht an der Realität vollkommen vorbei und diese Behauptung ist sehr gefährlich. Ich glaube in der FAZ wurde die Diskussion geführt, man solle die Schriftsteller doch lieber aushungern und die Preise abschaffen, dann würden sie besser schreiben. Das ist ein Urteil der Satten.

Zum Deutschen Buchpreis: Mich freut es sehr, dass Uwe Tellkamp diesen Preis bekommen hat. Nach wie vor ist es sehr wichtig, dass wir die Entwicklungen im Osten, in der früheren DDR genauer beleuchten, dass diese Geschichte immer wieder thematisiert wird. Ich gratuliere Uwe Tellkamp von Herzen. Diesen Preis hat der Richtige bekommen.

puk: Das E-Book war – vor allem auch in den Medien – als das zentrale Thema der diesjährigen Buchmesse angekündigt. Wie stehen die Schriftsteller dazu: Ist das E-Book überhaupt ein Thema, oder warten Sie einfach ab, weil Sie ja direkt gar nicht davon betroffen sind, auf welchem Weg Ihre Werke zum Leser kommen?

Török: In erster Linie freuen wir Schriftsteller uns über jede gute Vervielfältigungsmöglichkeit, die von den Kunden angenommen wird. Da kann es nicht genug geben. Das Hörbuch finden die Schriftsteller mehrheitlich sicher sehr gut. Vor einigen Jahren gab es viele Diskussionen über Vorgängermodelle des E-Book. Dann hieß es, das würde nicht angenommen. Jetzt also ein erneuter Versuch, es gibt zudem Podcast und den Roman auf dem Handy und vieles mehr. Für mich sind das erst einmal Spielereien mit technischen Möglichkeiten. Und wenn sie sich tatsächlich bewähren werden und die Leute gerne auch auf diese Weise lesen, dann ist es gut so. Ich glaube, dass das ganz normale Buch zum Blättern, das man im Bett und auf der Wiese lesen kann, noch eine sehr, sehr lange Zukunft hat.

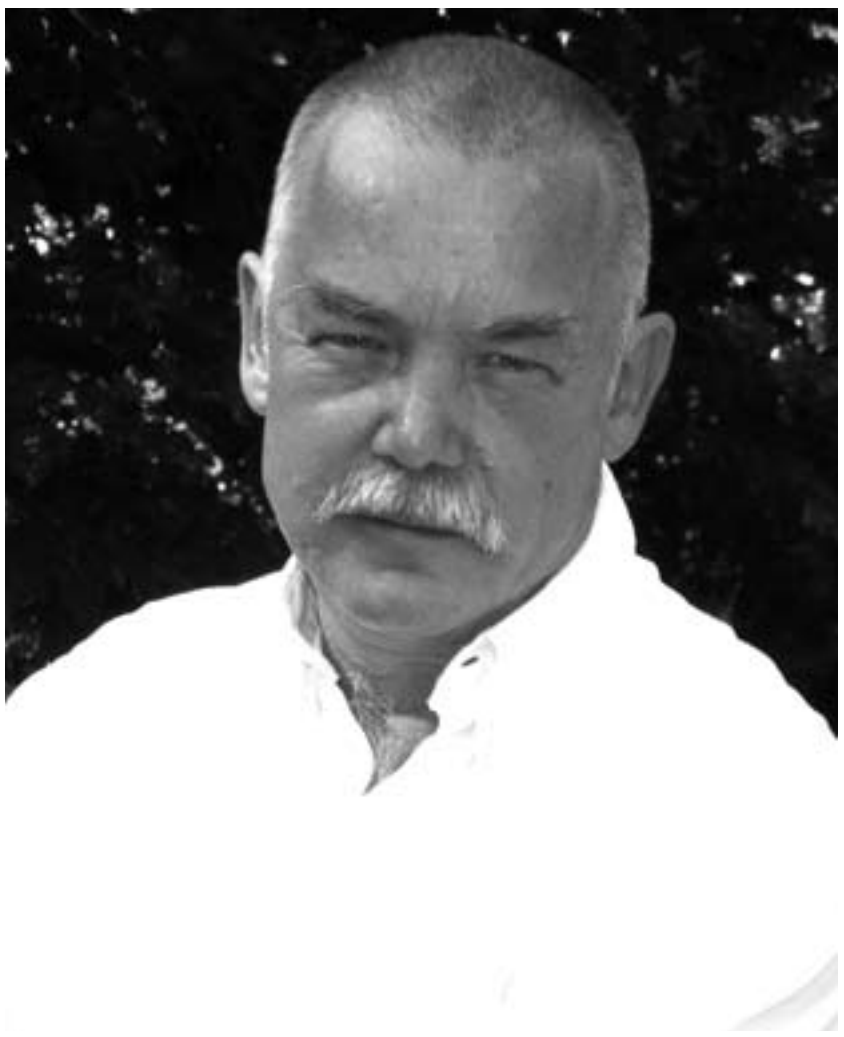
puk: Das Partnerland der Buchmesse ist in diesem Jahr die Türkei. Gibt es einen intensiven Austausch zwischen türkischen und deutschen Schriftstellern? Zwischen den Verbänden?

Török: Es gibt beides. Den Austausch zwischen den Schriftstellern und auch den zwischen Verbänden. Wir haben schon im Vorfeld der Buchmesse zusammen mit einem türkischen Schriftstellerverband vier Veranstaltungen durchgeführt – in Berlin, Darmstadt, Köln und Hamburg. Hier auf der Buchmesse gibt es eine gemeinsame Veranstaltung zwischen literarischen Übersetzern aus Deutschland und der Türkei. Diese gemeinsamen Veranstaltungen mit türkischen Autoren sind gut angekommen. Wir hatten einen interessanten Austausch, bei dem auch über Probleme und über Aufgaben gesprochen wurde. Die Begegnungen haben bewirkt, dass die beiden Verbände gesagt haben: Das soll nicht einmalig bleiben, wir werden vielmehr in den nächsten Jahren darauf hinarbeiten, dass wir diese Brückenbaufunktion, die die Literatur hat, ausweiten.

Es gibt natürlich seit langem spannende Berührungspunkte zwischen den Literaturen, und zwar dadurch, dass wir im VS etliche Autoren haben, die aus der Türkei stammen, inzwischen aber auch auf Deutsch schreiben. Einige Dutzend türkischstämmige Schriftsteller, die Mitglied im Schriftstellerverband sind. Die bilden natürlich eine besonders wichtige Brücke zur türkischen Literatur.

puk: Imre Török ist ja nicht im Hauptberuf Vorsitzender des VS, sondern in erster Linie Schriftsteller. Haben Sie – neben Ihrer Verbandsarbeit – überhaupt noch Zeit zum Schreiben?

Török: Eine schmerzliche Frage… Es bleibt zu wenig Zeit dafür. Das belastet mich, weil die Kreativität darunter leidet. Das Schreiben, die Kreativität ist ja etwas, das einem im Blut liegt, und wenn man so etwas immer wieder zurückstellen muss, tut das nicht gut. Auf der anderen Seite habe ich mich dazu bereit erklärt, und ich stehe dazu. Auch die Verbandsarbeit mache ich mit Herzblut. Es sind diese zwei Seelen in der Brust, und es ist schwierig, beide zusammen zu bringen.



Imre Török Foto: privat

Ich habe jetzt ein Buch hier zur Buchmesse veröffentlicht , zusammen mit dem Fotografen Helmut Hirler: „Great Landscapes". Aber für die schriftstellerische Tätigkeit müsste viel mehr Zeit bleiben. Ich wünsche, dass ich die Lebenskurve zum literarischen Schreiben intensiv hinsteuern werde.

puk: Das ist vermutlich auch eine Frage des eigenen geistigen Freiraums?

Török: Der VS-Vorsitz ist traditionell ein Ehrenamt. Leider ist das so. Inzwischen ist dieser Aufgabenbereich so angewachsen, dass es eine Halbtagsstelle ist. Das kann schon zum Problem werden. Wenn man jetzt nur die Arbeitsstunden nimmt, könnte man sagen: Er arbeitet 20 Stunden pro Woche, da hat er ja noch viel Zeit zum Schreiben. Aber mental sind es manchmal 80 Stunden pro Woche. Wenn ich 15 Minuten für den VS telefoniere, kann das im Kopf noch mal 2 Stunden zusätzliche Arbeit bedeuten. Und an der Spitze weht manchmal – wie auch sonst in den Bergen – ein etwas kälterer Wind. Man muss einiges aushalten. Die Aussicht bietet nicht nur das Schöne. Ich muss mich mit Gesetzen beschäftigen, mit dem Urheberrecht, habe mit juristischen und sozialen Fragen zu tun, auch mit Zwistigkeiten. Auf meinen Schreibtisch kommen meist die ungelösten Fälle. Zeitweilig schafft das ein Gefühl: „Ich manage ja nur noch den Schriftstellerverband."

puk: Auf Ihrer Webseite bezeichnen Sie sich als Publizist, als Kultur-Arbeiter, der „hier und da auch „Schrift-Entsteller" oder „ungarer Deutscher" genannt wird. Wie sehen Sie sich und Ihre Arbeit im Spektrum der deutschen Literatur?

Török: Ich habe ungarische Wurzeln, die Kindheit und Jugend habe ich in Ungarn verbracht. Auch wenn diese Wurzeln immer weiter zurückliegen, wirken sie noch. Ich lese bis heute gerne ungarische Literatur in der Originalsprache. Aber ich fühle mich nicht zwischen den beiden Kulturen, sondern lebe in beiden Kulturen. Ich finde es höchst spannend, zwei Kulturen so intensiv zu kennen. Sie streiten sich auch manchmal etwas oder sie ergänzen sich. Dem Schreiben kommt das auf der einen Seite zu Gute. Auf der anderen Seite muss ich aber auch gewisse Vorsichtsmaßnahmen geltend machen. Wenn ich versuche, ungarische Mentalität in das Schreiben zu integrieren, muss ich dies noch einmal „übersetzen".

„Ungarer Deutscher" ist ein Zitat. So bin ich einmal spaßeshalber in irgendeiner Zeitschrift genannt worden. Das hat mir gut gefallen. Ein Buch von mir heißt „Un-GAR." Das ist einer, der trotz Studium der Philosophie, der Germanistik, der Geschichte von sich meint, er müsse immer dazulernen. Das passt zu mir.

puk: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Barbara Haack ■

KONZERTE FÜR KINDER
PRAKTISCHE MODELLE AUF DEM PRÜFSTAND

Barbara Stiller:
ERLEBNISRAUM KONZERT
Prozesse der Musikvermittlung in Konzerten für Kinder

252 Seiten, Paperback
ConBrio Fachbuch · Band 13
CB 1190
ISBN 978-3-932581-90-8
39,– €

Herausforderungen und Fährnisse eines Berufs

Gedanken zum Freien Lektorat • Von Carla Meyer

Am Anfang steht zwar immer noch der Text, am Ende jedoch längst nicht mehr in allen Fällen das Imprimatur, das klassische „wird gedruckt“. Ersetzen könnte man den Begriff mit „Publicatur – wird veröffentlicht“, in welcher Form auch immer, als Buch, als Hörbuch, CD-ROM, im Internet, in Dialogsequenzen untergliedert, auf Beipackzetteln, Reklametafeln, Firmenflyern, in Fachzeitschriften, als Gebrauchsanweisung und vieles mehr.

Das Tätigkeitsfeld Freies Lektorat hat sich im Laufe der letzten zwanzig Jahre enorm gewandelt. Ursprünglich hervorgegangen aus dem klassischen Verlagslektorat, unterstützt das Freie Lektorat heute nicht nur Verlage, sondern auch sonstige Unternehmen, Institutionen und Verbände aller Art sowie Agenturen oder Einzelpersonen, ihre Texte, Schriften, Publikationen korrekt, inhaltlich nachvollziehbar und sachdienlich im Hinblick auf Textgenre, Medium und Zielgruppe aufzubereiten. Im Freien Lektorat werden heute Texte verschiedenster Art gemäß dem Medium, das sie transportiert, bei ihrem Werdegang hin zum „Publicatur“ mitgestaltet, werden Projekte abgewickelt, die weder etwas mit der Buchproduktion noch mit Printmedien generell zu tun haben. Als eigenständiger Dienstleister ist das Freie Lektorat inzwischen also nicht mehr nur Teil der Buch-, sondern der gesamten Medienbranche. Analog zu den Anforderungen unterschiedlichster Auftraggeber, Medien und Zielgruppen haben sich so auch seine Dienstleistungen und Kernkompetenzen mit der Zeit sehr stark erweitert.

Wurden dem Freien Lektorat im Bereich der Buchproduktion bzw. der Printmedien ursprünglich vor allem Einzeltätigkeiten übertragen, etwa Manuskriptbearbeitung, Recherche, Schlussredaktion, so werden ihm heute von Verlagen zum Teil ganze Projekte überantwortet, beginnend bei der Akquise von Autorinnen und/oder Übersetzern über die Bildbeschaffung, die Erstellung von Grafiken, die Einholung von Rechten, die Abwicklung von Lektorat bzw. Redaktion, Korrektorat und Index-Erstellung bis hin zum Schreiben von Klappen- und Werbetexten. Als weitere Dienstleistung über das Freie Lektorat hinaus wird das Ganze dann druckreif, das heißt gesetzt, layoutet, digitalisiert, und selbstverständlich termingerecht der Druckerei XY online übersendet. Gefragt sind hier also zusätzliche Kompetenzen, etwa im Bereich Produktmanagement, Kommunikation, Teamkoordination; wichtig sind zudem gute Kontakte zu Autoren, Übersetzerinnen, Grafikerinnen, Indexern, Herstellerinnen, zu Kolleginnen, Kollegen, die ggf. einen Teil der Lektoratsarbeit übernehmen.

Manche Aufträge wiederum sind eher „kleinteilig“, z.B. wenn es gilt, ein paar Zeilen Text auf einem reich bebilderten Werbeflyer kritisch zu prüfen, auch nachts noch, zwischen zwölf und zwei – im Werbelektorat, in der Zusammenarbeit also mit Werbeagenturen, keine Seltenheit. Für einen Online-Redakteur hingegen hat „kleinteilig“ eine ganz andere Bedeutung: Texte „web-userfreundlich“ aufzubereiten, so etwa Teaser schreiben, Seiten verlinken, entscheiden, wie weit zu scrollen dem Leser, der in diesem Falle „Nutzer“ heißt, zuzumuten ist.

Freie Lektorinnen und Lektoren sind selbstständige Unternehmer und Unternehmerinnen, die nicht nur sich, sondern auch ihr Unternehmen zu unterhalten haben. Gerade in den Verlagshäusern jedoch, dem, historisch betrachtet, „Mutterboden“ des Freien Lektorats, wird dies kaum gesehen. Als „Nährboden“ für freie Lektorinnen und Lektoren sind Verlage nämlich nur bedingt geeignet – so das Ergebnis der großen Honorarstudie des VFLL (Verband der Freien Lektorinnen und Lektoren e. V.) aus dem Jahr 2005: Buchverlage haben lediglich einen Anteil von 26% an der Gesamtzahl jener Auftraggeber, die ein gutes bis sehr gutes, jedoch einen Anteil von 55% an jenen, die ein schlechtes oder sehr schlechtes Honorar zahlen. Was in diesem Fall „gut“, was „schlecht“ ist, verdeutlicht der mittels genannter Studie festgestellte Stundensatz, der im Freien Lektorat für alle für unterschiedlichste Auftraggeber erbrachten Leistungen durchschnittlich erzielt wird: 22,04 Euro (siehe hierzu: Kamphuis, Andrea: Honorare im Freien Lektorat – Ergebnisse und Konsequenzen der VFLL-Honorarumfrage 2005. Hrsg.: VFLL e. V., E. i. S. 2006; S. 74 u. S. 60).

Diesen Einnahmen stehen Ausgaben gegenüber, die gerne übersehen werden: die Kosten für Büro, Büroausstattung, der Zeit- und somit Kostenaufwand für Auftragsakquise, Kundenpflege und Büroorganisation, für Fortbildungen, Tagungen und Messen. Hinzu kommen die Aufwendungen für Sozialversicherungen, für zusätzliche Altersvorsorge, für den Fall der Berufsunfähigkeit oder einer Schadenshaftung (Vermögensschadenhaftpflichtversicherung), für Steuerberatung sowie ggf. juristische Beratung/Unterstützung und natürlich der Steuerabzug. Ein Großteil der freien Lektorinnen und Lektoren ist über die Künstlersozialversicherung versichert, und anders böte das Freie Lektorat für viele auch keine Existenzgrundlage. Denn von einem Stundensatz von 22 Euro bleiben KSK-Versicherten im Freien Lektorat nach Abzug aller genannter Kosten (mit Ausnahme Steuerberatung und juristische Beratung/Unterstützung) durchschnittlich etwa 7 Euro (a. a. O.; S. 82). Bei über zwei Dritteln der an das Freie Lektorat vergebenen Aufträge besteht jedoch bezüglich des Honorars nur wenig Verhandlungsspielraum (a. a. O., S. 24).

Einer der Gründe hierfür ist mit Sicherheit, dass „Lektor/Lektorin“ kein Ausbildungsberuf ist, keine akademisch zertifizierte Tätigkeit und somit auch keine geschützte Berufsbezeichnung. Mit anderen Worten: Wer will, der kann – und dies ganz offensichtlich nicht nur theoretisch, denn der Markt ist groß – und unübersichtlich. Wie viele freie Lektorinnen und Lektoren es tatsächlich gibt, kann niemand sagen, jedoch ist die Fluktuation im Kreis der Anbieter freiberuflicher Lektoratsarbeit signifikant – so der Erfahrungswert des VFLL. Ein weiterer Erfahrungswert: Auf diesem Markt behaupten kann sich nur, wer sich dort professionell bewegt, das heißt, wer Qualität liefert, als Unternehmer bzw. Unternehmerin handelt und sich auf bestimmte Fachgebiete und/oder technologische Arbeitsmittel (z.B. Computerprogramme) spezialisiert. Denn die Redaktion eines 10-bändigen Lexikons oder eines mit vielen Fotos und Grafiken ausgestatteten, großformatigen Ausstellungskatalogs erfordert jeweils völlig andere Spezialkenntnisse und technologische Arbeitsmittel als das Lektorat einer 1200-Seiten-Biografie in Übersetzung, das einer wissenschaftlichen Arbeit, eines Beipackzettels oder die Projektbetreuung der Online-Präsentation eines Museums.

Impression **© Frankfurter Buchmesse/Heimann**

Die meisten freien Lektorinnen und Lektoren sind Einzelunternehmer bzw. -unternehmerinnen, nicht wenige jedoch arbeiten mit einem Partner, einer Partnerin oder in einer Bürogemeinschaft. Etwa 700 freie Lektorinnen und Lektoren, darunter ca. 80% Frauen, sind Mitglied im VFLL, dem im deutschsprachigen Raum diesbezüglich einzigen Netzwerk und Berufsverband. Sein Augenmerk gilt unter anderem der Qualität freiberuflicher Lektoratsarbeit: Ein lektoratsspezifisches Wiki, Checklisten für die Auftragsabwicklung, die Festlegung von Qualitätskriterien und ein breit gefächertes Angebot an Seminaren, auch für Berufsanfänger und -anfängerinnen, sind beispielsweise Leistungen für seine Mitglieder – im Interesse einer qualitativ hochwertigen Medienproduktion. Wichtiger Bestandteil der Verbandsarbeit sind jedoch auch jene Fragen, die die wirtschaftliche und soziale Situation im Freien Lektorat betreffen. Gerade auf steuerpolitischem Gebiet gibt es z.B. eine für unzählige freie Lektorinnen und Lektoren existenzbedrohende Gefahr, nämlich die Einstufung als Gewerbetreibende und nicht als Freiberufler bzw. Freiberuflerinnen. Bislang sind dies Einzelfälle, jedoch: Anlass genug, auf politischer Ebene dringendst darauf hinzuwirken, dass „Freie Lektorin/Freier Lektor“ als Katalogberuf gemäß § 18 EStG anerkannt wird. Gelingt dies nicht, droht freien Lektorinnen und Lektoren neben einer ggf. zusätzlichen Steuerbelastung der Ausschluss aus der Künstlersozialkasse, und das könnte für die Existenz dieses Berufsstandes das Ende sein.

Die Verfasserin ist Geschäftsführerin des Verbandes der Freien Lektorinnen und Lektoren (VFLL) ■

Grenzgänger der Literatur

Warum es den Deutschen Übersetzerfonds gibt • Von Jürgen Jakob Becker

Deutschland ist ein Übersetzerland, war es schon immer. Luthers Bibelübersetzung legte den Grundstein für die deutsche Literatursprache, die Blütezeit der deutschen Literatur im 18. Jahrhundert war zutiefst geprägt von Übersetzungen, die Shakespeare und Homer mit großer Emphase im Deutschen heimisch machten. Solche Traditionen wirken fort: im „Heimatland der Fremde“ (SZ) sind im Jahr 2007 6.160 (7,2 Prozent der Erst- und Neuauflagen) übersetzte Titel erschienen – 3.088 davon allein im Bereich Belletristik, wo sie einen Anteil von 22 Prozent ausmachen.

Die Bestsellerlisten zeigt die dominierende Rolle internationaler Literatur in der Gunst deutschsprachiger Leser. Weniger als ein Drittel der im Jahr 2007 auf den TOP 100 gelisteten Belletristiktitel sind im Original deutschsprachig! Abseits des Mainstream sind die Literaturen der Welt in einer Breite präsent, die in anderen Ländern undenkbar wäre. Ungarische Romane, die karibische Moderne, die jüngsten ukrainischen Autoren finden eine deutsche Stimme – gar nicht so selten als ersten Resonanzboden für ein internationales Echo. Eine Renaissance der großen Werke der Weltliteratur bringt Jahr für Jahr spektakuläre Neuübersetzungen hervor: Don Quijote, Licht im August, Die Kartause von Parma, um nur drei aktuelle Beispiele mit großem Nachhall in den Feuilletons zu nennen. Im weltweiten Vergleich, mit Blick auf die Zahlen der UNESCO und die Auslagen von Buchhandlungen anderer Länder kann man hinzufügen: in keine Sprache wird so viel übersetzt wie ins Deutsche. Der Reichtum an fremder Welterfahrung, den wir auf diese Weise zu uns hereinholen, ist enorm. Unsere Lesegewohnheiten, unser Sprachgefühl werden davon geprägt. Übersetzungen sind ein Lebenselixier unserer Kultur.

Den deutschen Literaturübersetzern geht es wirtschaftlich schlecht. Wer das Übersetzen berufsmäßig betreibt, sieht sich prekären Verhältnissen ausgesetzt. Die Honorare stagnieren seit Jahren. Die Normseitenhonorare bewegen sich in der Belletristik zwischen 15 und 22 Euro, im Taschenbuch meist darunter. Erfolgs- und Nebenrechtsbeteiligungen (sofern vorhanden und nicht verrechenbar mit dem Seitenhonorar) greifen in der Regel erst bei sehr hohen Auflagen. Mit einem Monatsumsatz von 2.000 Euro ist man „gut im Geschäft“; je schwieriger das zu übersetzende Buch, umso geringer die Chance, damit seine Existenz dauerhaft zu bestreiten. Der Gesetzgeber hat das augenfällige Missverhältnis zwischen Leistung und Honorierung der Literaturübersetzer erkannt und bei der Reform des Urhebervertragsrechts 2002 die Übersetzer ausdrücklich genannt. Dennoch, die Verhandlungen zwischen Verlegern und Übersetzern über neue Vergütungsregeln kommen seit Jahren nicht von der Stelle, eine Einigung über die Frage, wie die vom Gesetzgeber geforderte angemessene Vergütung aussehen könnte, ist nicht in Sicht. Dass die Stellschrauben (Seitenhonorar, Erfolgs- und Nebenrechtsbeteiligungen, Autorenhonorar, Buchpreis) neu justiert werden müssen, erscheint jedoch nahe liegend.

Gelöst wäre das Problem damit noch nicht. Wollte man bei allen Büchern die Honorare für die Übersetzer kostendeckend gestalten, müssten die heute üblichen Seitenhonorare um das Zwei- bis Vierfache steigen. Dies aber gibt der Buchmarkt nicht her. Der Blick in europäische Nachbarländer bestätigt, dass sich gutes literarisches Übersetzen nicht allein nach marktwirtschaftlichen Prinzipien finanzieren lässt. Es ist nicht weniger auf Förderung angewiesen als die anderen Künste. Diese Einsicht setzte sich in mehreren Schüben durch: mit ersten Stipendien in den 1970er Jahren in Baden-Württemberg, später auch in einzelnen anderen Bundesländern, mit der Gründung des Europäischen Übersetzer-Kollegiums in Straelen (1978) und schließlich 1997 mit der Etablierung des Deutschen Übersetzerfonds (DÜF), einer Gründung von acht in der Übersetzerförderung aktiven Organisationen. Es gelang, im Budget des neuen Fonds Finanzen des Bundes wie der Länder zusammenzuführen – eine für einen Kunstfonds einmalige Situation. Die heutige Ausstattung beträgt rund 400.000 Euro/Jahr, wobei der Löwenanteil (ca. 300.000 Euro) von der

Weiter auf Seite 15

Fortsetzung von Seite 14

Kulturstiftung des Bundes kommt, ein weiterer Bundeszuschuss vom Auswärtigen Amt (20.000 Euro), zugleich ist nach wie vor die Kulturstiftung der Länder mit knapp 60.000 Euro beteiligt. Ab 2010 erhält der Übersetzerfonds dank BKM, KSB und AA – und der Unterstützung aus der Kulturpolitik! – Budgeterhöhungen, und für die weitere Zukunft ist die Hoffnung groß, möglichst bald das von der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ empfohlene Ziel zu erreichen, nämlich mit den anderen Kunstfonds gleichzuziehen, und das würde bedeuten – einen Etat in Höhe von 1 Mio. Euro jährlich.

Stipendien als Kerngeschäft

Wir bauen dabei auf drei Ebenen: Vor allem wollen wir es Literaturübersetzern ermöglichen, dass sie ohne Not und Nebenverdienst, ungehetzt und locker, mit ausreichend langem Atem für sprachliche Kreativität, für Recherchen und stilistische Feinarbeit sich ihrer Arbeit widmen können. Stipendien sind das Kerngeschäft: Rund 80 Stipendien vergibt der DÜF derzeit pro Jahr, vorwiegend Arbeitsstipendien, außerdem Reisestipendien zu Recherchen im Land der Ausgangssprache oder zum Gespräch mit dem Autor, und Aufenthaltsstipendien zum Besuch eines der Übersetzerhäuser in Straelen, Arles oder Visby; hinzu kommt unsere „historische Reihe“, thematisch ausgerichtete Förderungen, benannt nach berühmten deutschen Übersetzern der Vergangenheit: das Barthold-Heinrich-Brockes-Stipendium, ein „sabbatical“ für erfahrene und – oft genug – erschreckend ausgebrannte Kollegen, das Johann-Joachim-Christoph-Bode-Stipendium, unser höchst erfolgreiches Mentorenmodell, bei dem ein erfahrener Kollege einem jüngeren zur Seite steht, und schließlich das Luise-Adelgunde-Victorie-Gottsched-Stipendium, das der persönlichen Weiterbildung dient.

Hohe Schule des Literaturübersetzens

Daneben bauen wir die „Akademie der Übersetzungskunst“ auf, die der Fortbildung und dem Erfahrungsaustausch dient, der Reflexion und dem sprachlichen Experiment. Zum Literaturübersetzen sind die meisten Profis über Umwege gekommen und sammeln Wissen und Können zunächst in der Vielfalt der täglichen Praxis an. Der Deutsche Übersetzerfonds veranstaltet oder unterstützt Seminare und Werkstätten, die, an wechselnden Orten, der Fortbildung der Literaturübersetzer dienen, der Diskussion und Reflexion über Qualitätsmaßstäbe und Textstrategien. Thematisch ausgerichtet oder sprachpaarbezogen bieten sie Weiterbildung für praktizierende Literaturübersetzer („Über den Umgang mit Umgangssprache“, „Unser Deutsch und meines“, „Auf ins Getümel! Historischer Roman“, „Zur Seite gesprungen – Übersetzer und Lektoren gemeinsam am Text“, um nur einige der letzten Seminarthemen zu nennen). Zweisprachige Werkstätten wie die bereits etablierten Deutsch-Französischen oder Deutsch-Russischen Übersetzerwerkstätten mit Teilnehmern aus zwei Sprachen schaffen einen idealen Diskussionsraum, um an konkreten Arbeiten die Grenzen und die enormen Möglichkeiten der Ausgangs- und der eigenen Zielsprache auszuloten. Der Deutsche Übersetzerfonds trägt hier mit Kofinanzierungen zur Realisierung der Projekte bei. Zu unserem „Akademieprojekt“ gehört auch die an der Freien Universität ins Leben gerufene August-Wilhelm-von-Schlegel-Gastprofessur für Poetik der Übersetzung, die erste derartige Professur im deutschsprachigen Raum, die großes Aufsehen erregt hat. Nach dem Shakespeare-Übersetzer Frank Günther übernimmt nun Burkhart Kroeber das Amt, der mit seinen Übersetzungen von Eco, Calvino und Manzoni Maßstäbe gesetzt hat. Leitgedanke und Fernziel der „Akademie“: eine Hohe Schule der deutschen Sprachkunst, damit die übersetzte Literatur tatsächlich im Deutschen „ankommt“, Vielfalt und Reichtum des Deutschen nutzt und erweitert.

Übersetzungsprojekt Kalima der Abu Dhabi © FrankfurterBuchmesse/Enderlein

Das dritte Standbein: Wir wollen in der Öffentlichkeit für das Übersetzen werben, wollen aufklären über diese Kunst, Übersetzer darstellen als Sprachwerker mit besonderer Verantwortung für den Literaturaustausch wie für das Deutsche. Der Deutsche Übersetzerfonds versteht sich als Versuchsfeld für die öffentlichkeitswirksame Präsentation des Literaturübersetzens: Symposien wie „In Ketten tanzen – Übersetzen als interpretierende Kunst“ oder der jährlich stattfindenden „Übersetzertag“ im Literarischen Colloquium zeigen Übersetzer als Sprachkünstler, Essayisten, als bühnenreife Performer.

Übersetzer sind in den letzten Jahren sichtbarer geworden, treten aus dem Schatten, ohne Zweifel. Der Deutsche Übersetzerfonds hat seinen Anteil daran: die Fundamente für den Neubau „Übersetzerförderung“ sind gelegt.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Übersetzerfonds ■

Der Deutsche Literaturfonds

Mehr als ein Vierteljahrhundert Literaturförderung • Von Dagmar Leupold

Seit mehr als fünfundzwanzig Jahren fördert der Deutsche Literaturfonds mit Sitz auf der Darmstädter Mathildenhöhe zeitgenössische deutschsprachige Literatur sowie bundesweit wirksame literarische Initiativen. Durch Unterstützung wichtiger Editionsvorhaben sichert er überdies bedeutende literarische Traditionen.

Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Übersetzerinnen und Übersetzer können im Rahmen der Autorenförderung für ein bestimmtes literarisches Projekt ein Stipendium in Höhe von 2.0000 Euro monatlich für maximal ein Jahr beantragen. Innerhalb der Vermittlungsförderung werden Projektzuschüsse vergeben für Publikationsvorhaben deutschsprachiger Gegenwartsliteratur, Übersetzungen von Gegenwartsliteratur, überregional erscheinende Zeitschriften, Symposien sowie überregionale Initiativen zur literarischen Rezeption.

Darüber hinaus veranstaltet der Literaturfonds Workshops in den Bereichen Drama und Hörspiel; geplant ist für nächstes Jahr außerdem eine Initiative im Bereich Jugendbuch und Literaturkritik.

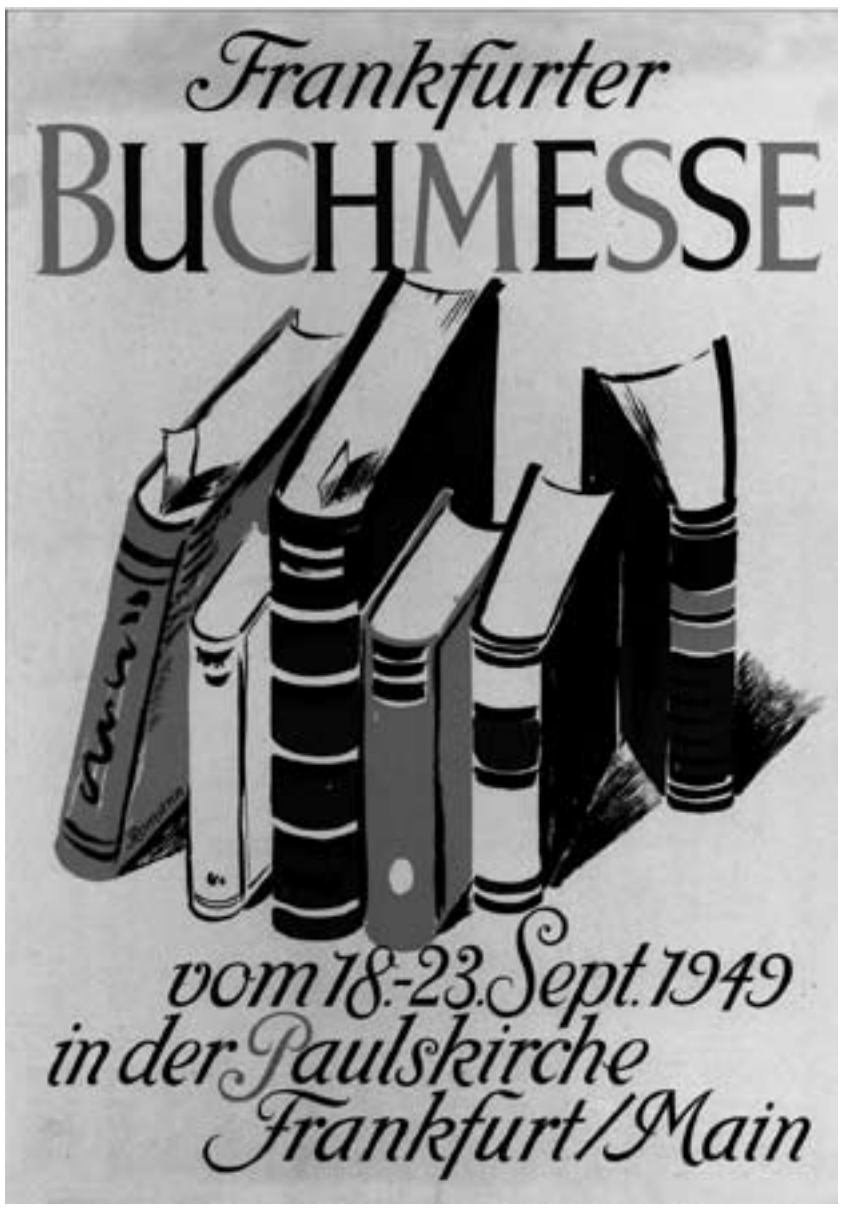
Der Deutsche Literaturfonds e.V. ist mithin die einzige Institution in der Bundesrepublik Deutschland, die die deutschsprachige Gegenwartsliteratur überregional, marktunabhängig und jenseits politischer oder konfessioneller Vorgaben fördert. Die alleinige Verantwortung für Aufgaben, Ziele und Entscheidungen tragen die sieben literarischen Verbände, die den Fonds im Jahr 1980 gegründet haben.

Seine Arbeit gewinnt für die Entwicklung der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur zunehmend an Bedeutung. Denn nur durch Stipendien – die ausschließlich nach künstlerischen Kriterien vergeben werden – ist es vielen Autoren möglich, über einen längeren Zeitraum ohne finanziellen Druck an einem literarischen Projekt zu arbeiten. Anders als bei vielen ortsgebundenen Stipendien, entfällt der Zwang zur mehrmonatigen Verlagerung des Lebensmittelpunktes, die ja häufig mit großem logistischem Aufwand verbunden ist.

Der Kranichsteiner Literaturpreis, zu dem zusätzlich seit einigen Jahren noch ein Förderpreis für junge Autoren ausgelobt wird, der Paul-Celan-Preis für eine herausragende literarische Übersetzung und die Stipendienaufenthalte in London und New York (alle werden jährlich vergeben) runden die Fördertätigkeit des Fonds ab.

Während wirtschaftliche Effizienzkriterien im Kulturleben immer größere Bedeutung gewinnen, geht es bei der Arbeit im Literaturfonds ausschließlich um die künstlerische Qualität des jeweiligen Vorhabens. Um die Entstehung literarisch herausragender Werke und ihre Vermittlung zu ermöglichen, stellt er dafür einen Betrag von 1 Million Euro im Jahr bereit.

Der Literaturfonds besteht aus drei Gremien: der Mitgliederversammlung, dem Vorstand und dem Kuratorium. Die Mitgliederversammlung bestellt die Mitglieder des Vorstands und des Kuratoriums. Die Verweildauer im Kuratorium beträgt maximal zweimal drei Jahre; eine Rotation ist also gewährleistet; die Bildung von „Geschmacksmonopolen“ wird dadurch erschwert.



Das Plakat der 1. Frankfurter Buchmesse 1949 © Frankfurter Buchmesse

In den letzten Jahren gab es verstärkt das Bemühen, überregional bedeutsame Literaturzeitschriften zu fördern, die eine wichtige Vermittlerrolle spielen und gleichzeitig aufgrund geringer Auflagen und geringer Nachfrage stets um ihre Existenz kämpfen müssen.

Die geförderten Autoren, Übersetzer, Institutionen und Herausgeber verpflichten sich, die Unterstützung durch den Deutschen Literaturfonds beim Erscheinen publik zu machen. Dadurch steht in gewisser Weise eine Wechselwirkung, deren Ausmaß man sich in Literatur und Lektüre nicht besonders geneigten Zeiten allerdings auch nicht zu gewaltig vorstellen darf. Aber der Hinweis gilt durchaus als ein Gütesiegel.

Die Liste der in achtundzwanzig Jahren geförderten Autorinnen und Autoren, Preisträgerinnen und Preisträger ist ein regelrechtes Who is Who deutschsprachiger Gegenwartsliteratur: Marcel Beyer, Friedrich Christian Delius, Sibylle Lewitscharoff, Wilhelm Genazino, Robert Schindel, Uwe Timm, Katja Lange-Müller, Arnold Stadler, Elfriede Jelinek – und viele andere mehr. Unmöglich, sie alle zu nennen.

Der Buchmarkt ist beides: vergesslich und gierig. Die Vergesslichkeit bezieht sich auf Bücher, die Gier auf Waren.

Eine Einrichtung wie der Deutsche Literaturfonds sorgt nicht zuletzt dafür, dass die Nachhaltigkeit und Vitalität von Literatur nicht von ihrer Zirkulationsfähigkeit und Durchsetzung als Produkt, das es optimal zu platzieren gilt, abhängt.

Die Nachhaltigkeit und Vitalität von Literatur sind vielmehr noch immer an ihrer ästhetischen und formalen Kraft, hinterlassungsfähige Gebilde zu schaffen ab- und – vor allen Dingen – nachzulesen.

Die Verfasserin ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Literaturfonds e.V. ■

Sonntags gehört Papa mir

Der Sonn- und Feiertagsschutz als Verfassungsgarantie • Von Hans Michael Heinig

Das wohl erfolgreichste Plakat der deutschen Gewerkschaften zeigt einen kleinen Jungen, der den Zeigefinger in die Höhe streckt und kundtut: „Samstags gehört Vati mir!“ Würde man die Kampagne heute wiederauflegen, müsste man statt des Samstags den arbeitsfreien Sonntag in das Zentrum der Auseinandersetzung stellen. Denn die Arbeitsruhe am Sonntag ist nicht mehr selbstverständlich. Signifikanten Ausdruck findet das Schwinden des Sinns für den Sonntag im Berliner Ladenschlussgesetz. Es erlaubt an bis zu 10 Sonntagen die Öffnung der Geschäfte, einschließlich aller vier Adventsonntage.

Doch in dem Maße, wie die Bevölkerung die Möglichkeiten des Shoppings am Sonntag wahrnimmt, zerstört sie die im 19. Jahrhundert hart erkämpften Grundlagen, auf denen der zum Einkauf genutzte freie Sonntag überhaupt beruht: dem Grundkonsens, dass Sonntage besondere Tage sind, die sich von den anderen Tagen unterscheiden sollen. Gegen die Berliner Ladenschlussregelung haben die katholische und evangelische Kirche in Berlin Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben. Sie erinnern damit daran, dass die Gestaltung des Sonntags nicht in das Belieben des Gesetzgebers gestellt ist, sondern der Sonntag durch das Grundgesetz in besonderer Weise geschützt wird. Wie kam es aber zu diesem Schutz und wie wirkt er genau?

Ein kurzer Rückblick: wie kam es zum heutigen Sonntagsschutz?
Einen rechtlichen Festtagsschutz hat es von alters her gegeben. Die Ausbildung der Vorläufer unseres heutigen Sonntagsschutzes erfolgte im 4. Jh. n. Chr. Zunächst hatte sich in der frühen Christenheit die wöchentliche Begehung eines Gottesdienstes am Sonntag als Tag des Herrn etabliert, ohne dass es ein Arbeitsverbot für diesen Tag gab. Erst 321 wurde von Konstantin das erste Gebot der öffentlichen Sonntagsruhe erlassen. In der Folgezeit entwickelte sich die Pflicht, der Messe beizuwohnen, und das Verbot weltlicher Unternehmungen zu den zentralen sowohl kirchlichen wie weltlichen Geboten für die Sonn- und Feiertage. Mit der Säkularisierung der Staatszwecke und der Ökonomisierung des Zeitbewusstseins im Gefolge der frühen Neuzeit und der Aufklärung sowie den Synchronisationsbedürfnissen der Industrialisierung schwanden die kulturellen Grundlagen für den staatlichen Zwang zur Sonn- und Feiertagsheiligung. In der Praxis des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts hatten staatliche Arbeitsverbote für Sonn- und kirchliche Feiertage eine immer geringere Bedeutung; Mitte des 19. Jahrhunderts war der Sonntag für die Mehrheit der Bevölkerung ein regulärer Arbeitstag. So wurde die Sonntagsarbeit zu einem Bestandteil der als „soziale Frage“ thematisierten Folgelasten der Industrialisierung. Die Forderung der Arbeiterbewegung nach einem arbeitsfreien Tag in der Woche und das Interesse kirchlicher Kreise nach einem stärkeren Schutz der Sonntagsfeier führte zwei ungleiche Partner zu einem Zweckbündnis zusammen, das gegen den erbitterten Widerstand Bismarcks 1891 ein Verbot der Sonntagsarbeit in der Gewerbeordnung durchsetzte. Dieses ließ freilich wie alle entsprechenden Verbote in der Geschichte Ausnahmen zu. Mit der Weimarer Republik schließlich gewann der staatliche Sonn- und Feiertagsschutz dann Verfassungsrang. Im über Art. 140 GG noch heute geltenden Art. 139 WRV heißt es: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“

Das geltende Verfassungsrecht: Was soll und wie wirkt der heutige Sonntagsschutz?
Sonn- und Feiertage rhythmisieren und koordinieren das soziale Leben, organisieren die Zeit, schaffen Raum für die ordnende Kraft von Ritualen, bilden Zeitfenster der Erinnerung, Vergewisserung und biographischen Passage und der Sinnstiftung in der Distanz zum Alltag. In dieser sozialen Ordnungsfunktion werden Sonn- und Feiertage durch das Grundgesetz besonders geschützt. Doch die Zielsetzung des Sonntagsschutzes wird durch die Verfassung noch weiter konkretisiert, indem seine sozialpolitische und seine religiöse Dimension besonders herausgestrichen wird („als Tage der Arbeitsruhe und seelischen Erhebung“). Er stellt einerseits eine Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips, andererseits eine Ausprägung des Schutzes der freien Religionsausübung dar. Auch zu weiteren hohen und höchsten Rechtsgütern des Grundgesetzes weist der Sonntagsschutz enge Bezüge auf: Die Freihaltung einer bestimmten Zeit für die selbst bestimmte Entfaltung der Persönlichkeit weist ferner enge Bezüge zur Würde des Menschen auf; sie ermöglicht die physische und psychische Rekreation und dient so der körperlichen Unversehrtheit. Darüber hinaus kommt der Gesetzgeber bei der Ausgestaltung des Art. 139 WRV auch dem verfassungsrechtlichen Gebot zum Schutz der Familie nach. Die durch den Wochen- und Feiertagsrhythmus erfolgende synchrone Taktung des sozialen Lebens befähigt zu familiären, religiösen und sonstigen gemeinschaftlichen Aktivitäten in der Gesellschaft. Schließlich weist die Verfassung mit der in Art. 139 WRV getroffenen Regelung einen spezifischen Schutz der Kulturstaatlichkeit auf und entfaltet die Bedeutung der Sonn- und Feiertage als „kulturelle Identitätsmerkmale des Verfassungsstaats“ (so der Bayreuther Staatsrechtslehrer Peter Häberle).

Schaut man sich den Art. 139 WRV genauer an, kann man feststellen, dass er eigentlich zwei Schutzgehalte kennt. Er garantiert zum einen die Einrichtung des Sonntags als solche, daneben aber auch einen Kernbestand an den sonntagsschützenden Regelungen, wie sie die Feiertagsgesetze und das Arbeitsrecht kennen. Juristen sprechen mit Blick auf den Sonntagsschutz hier von einer „Institutsgarantie“. Die inhaltliche Ausrichtung der institutionellen Garantie wird durch die Zweckbestimmung der „Arbeitsruhe“ und Möglichkeit zur „seelischen Erhebung“ näher bestimmt. Daraus folgt das grundsätzliche verfassungsrechtliche Verbot von Tätigkeiten mit werktäglichem Gepräge an Sonntagen. Mit dem dem Sonntag zugesagten Schutz verweist die Verfassung unmittelbar auf die für unseren Zeitrhythmus maßgebende christlich-abendländische Tradition. Die Verfassung knüpft bewusst an die durch den Gregorianischen Kalender vorgegebenen Tage an. Es besteht eine verfassungsrechtliche Status-quo-Garantie der 7-Tage-Woche mit dem grundsätzlich der Ruhe gewidmeten Sonntag. Ruhe und Arbeit stehen also von Verfassungs wegen am Sonntag in einem Regel-Ausnahme-Verhältnis. Die Ausgestaltung der Einrichtung ist dem Staat aufgegeben, der insoweit schutzpflichtig ist. Der Gesetzgeber hat bei der Festlegung der einzelnen sachlichen Ausprägungen einen Gestaltungsspielraum, an den Wesenskern der Einrichtung, die prägenden Merkmale, ist er aber gebunden.

In der Rechtswissenschaft durchaus umstritten und vom Bundesverfassungsgericht in dem von den Berliner Kirchen angestrengten Verfahren nun gerichtlich zu klären, ist allerdings die Frage, ob die Verfassungsgarantie des Sonntags nur objektiv-rechtlich wirkt, also nur den Staat verpflichtet, oder ob sie auch subjektiv einzelne Bürger und ihre Vereinigungen (wie etwas die Kirchen) berechtigt, so dass sie gegen den Staat klagen und die Einhaltung der Verfassung gerichtlich durchsetzen können. Lange Zeit dachte man, Art. 139 WRV kenne keinen individuellen Rechtsschutz. Diese traditionelle Auslegung birgt jedoch die Gefahr eines Vollzugsdefizits. Deshalb gibt es gute Gründe, subjektiv-rechtliche Gehalte des verfassungsrechtlichen Sonntagsschutzes zu rekonstruieren.

Freilich kann auch die auf diese Weise neu interpretierte Verfassung den Sonntag nur dann effektiv schützen, wenn die Bevölkerung in ihrer Breite willens ist, dem Sonntag einen besonderen Charakter zu verleihen. Verliert der Sonntag in seiner tradierten Form wegen des globalen ökonomischen Wettbewerbs in der Güterproduktion, aber auch wegen der Individualisierung und Pluralisierung religiöser Überzeugungen und der besonderen Entchristlichung in Ostdeutschland an Akzeptanz, wird das auch für den Sonntagsschutz auf Dauer nicht folgenlos bleiben können. Veränderte Freizeitbedürfnisse und der wirtschaftliche Kostendruck führen zu einem erkennbar gestiegenen Bedürfnis nach Arbeit an Sonn- und Feiertagen. Bis zu einem gewissen Umfang wird an diesem Bedürfnis auch nachgeben können. Denn seit jeher kennt der Sonntagsschutz Ausnahmen. Jede Durchbrechung der Arbeitsruhe an Sonntagen muss sich aber im Lichte des von der Verfassung gewollten Sonntagsschutzes rechtfertigen. Erforderlich ist deshalb eine Abwägung der involvierten Interessen. Bei Arbeit für das Zweckprogramm des Sonntagsschutzes (Arbeitsruhe und seelische Erhebung) sind dabei geringere Anforderungen zu stellen als bei Arbeit trotz des Sonntags, stets aber ist zu berücksichtigen, dass gerade die von der Sonntagsarbeit betroffenen Arbeitnehmer in ihrem Bedürfnis nach sonn- und feiertäglicher Arbeitsruhe von Verfassungs wegen geschützt sind. Ein Recht auf ungehinderte Verwirklichung von Freizeitbedürfnissen zulasten Dritter kennt das Grundgesetz nicht. Diese Grundeinsicht gilt es gerade im Zusammenhang mit dem Karlsruher Verfahren gegen die Berliner Ladenschlussregeln erneut ins Bewusstsein zu bringen.

Der Verfasser ist Professor für Öffentliches Recht an der Georg-August-Universität Göttingen und Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD ■

Gebäude des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD in Göttingen **© Kirchenrechtliches Institut der EKD**

Immer wieder Sonntags...

Immer wieder Sonntags, so begann ein Schlager des Gesangduos Cindy und Bert in den 1970er Jahren, in dem die Erinnerung an vergangene Zeiten beschworen wurde. Oder ebenfalls aus dieser Zeit der Liedtext „Blöder Sonntag, blöder Sonntag, keiner geht ans Telefon“, in dem die Langeweile des Sonntags beklagt wird.

Die Auseinandersetzung mit dem Sonntag ist also keineswegs neu. Der Sonntag ist für die einen: ein Tag der Ruhe, der Entspannung, des Ausschlafens, der Freizeit, des Miteinanders. Und für die anderen: ein Arbeitstag wie jeder andere auch, nur mit noch mehr Stress, weil weniger Personal da ist.

Für Kultureinrichtungen wie Museen und Theater sind Sonntage wichtige Besuchertage. Hier erreichen sie die Familien: Konzerte für Kinder, besondere museumspädagogische Angebote für Kinder, aber auch Kinderbetreuung, während die Eltern ungestört eine Theateraufführung besuchen können, das alles gehört inzwischen zum Alltag vieler Museen, Theater und Konzerthäuser. Davon ausgenommen sind kommunale öffentliche Bibliotheken. Sie dürfen aufgrund bestehender arbeitsrechtlicher Bestimmungen sonntags nicht öffnen.

Bereits in der letzten Ausgabe von *politik und kultur* (5/2008) hat die Direktorin der Stadtbibliothek und Präsidentin von Bibliothek & Information Deutschland *Barbara Lison* ein Plädoyer für die Sonntagsöffnung von kommunalen öffentlichen Bibliotheken gehalten. In dieser Ausgabe soll das Thema fortgeführt und in den Zusammenhang von Sonntagsöffnungen gestellt werden.

Wie die juristischen Normen zur Sonntagsöffnung entstanden sind, erläutert *Hans Michael Heinig*, Professor für Öffentliches Recht an der Georg-August-Universität Göttingen. Der Ratsvorsitzende der EKD *Wolfgang Huber* setzt sich mit dem Sonntag aus kirchlicher Perspektive auseinander. *Monika Grütters* erläutert die spezifische Situation in Berlin. *André Schmitz*, Staatssekretär für Kultur in Berlin, spricht sich für die Möglichkeit von Bibliotheken aus, Sonntags öffnen zu können. *Gerhard Matter*, Kantonsbibliothekar im Kanton Baselland, berichtet von den dortigen Erfahrungen. Wie sich die zuvor übliche Sonntagsöffnung bei den kirchlichen öffentlichen Bibliotheken hin zu einer Öffnung an den Randstunden der Werktage ändert, beschreibt *Rolf Pitsch*, Direktor des Borromäusvereins.

Die Redaktion ■

Gott sei Dank, es ist Sonntag

Überlegungen zur Sonntagsruhe und Sonntagsöffnung • Von Wolfgang Huber

Manche sagen, es sei doch egal, an welchem Tag der Woche man frei hat. Hauptsache freie Zeit. Andere nehmen gern die Sonntagszuschläge mit; man kann das Geld brauchen. Aber wie sieht es in Familien aus, in denen der Vater am Dienstag, die Mutter am Donnerstag und das Kind am Wochenende frei hat? Wann finden Familien Zeit, miteinander zu reden? Wann sollen Freunde etwas zusammen unternehmen? Was wird aus dem gemeinsamen Gottesdienst?

Lesesaal der Berliner Stadtbibliothek **© Zentral- und Landesbibliothek Berlin**

Du sollst den Feiertag heiligen!“ So heißt das dritte Gebot. Jesus hat es sehr eindeutig ausgelegt: „Der Sabbat ist um des Menschen willen da und nicht der Mensch um des Sabbats willen.“ Er hat freilich nicht gesagt: „Der Sonntag ist um der Wirtschaft willen da.“ Manche politischen Entscheidungen aber erwecken den Eindruck, als folgten sie einem solchen Satz. Damit wird der Sonntag zu einem Thema der Zeitpolitik.

Erst neuerdings wurde die Zeit auch als Thema der Politik entdeckt. Inzwischen hat der Begriff der Zeitpolitik einige Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Auch die Zeit darf nicht vollständig ökonomisiert werden. In der jüdisch-christlichen Tradition steht der wöchentliche Ruhetag stellvertretend für diese Grenze, die der Ökonomisierung der Zeit gezogen ist. Die gegenwärtige Debatte um den Sonntagsschutz zeigt die Zuspitzung, die die Debatte über Zeitpolitik gegenwärtig erfährt.

Nachdem die Zuständigkeit für Fragen der Ladenöffnung durch die Föderalismusreform auf die Bundesländer übergegangen ist, kündigen sich regional höchst unterschiedliche Reaktionen an. Manche Bundesländer scheinen gewillt zu sein, die bisher möglichen vier verkaufsoffenen Sonntage pro Jahr zu reduzieren – aus Respekt gegenüber dem Verfassungsgebot, den Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage „als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“ zu achten, wie Artikel 140 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 139 der Weimarer Reichsverfassung sagt.

In Baden-Württemberg scheint man bisher diesen Weg gehen zu wollen. Andere Bundesländer dagegen meinen, die Umsatzchancen des Handels steigern zu können, indem sie die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage über das Maß des Notwendigen hinaus erweitern und dabei – das wird in Berlin mit besonderer Konsequenz betrieben – auch die Adventssonntage einbeziehen. Damit wird der besondere Schutz des Sonntags in sein Gegenteil verkehrt. Denn insbesondere in der Adventszeit kann damit von einem solchen Schutz nicht mehr die Rede sein.

Besonders spitzfindige Wege entwickelt eine „Bäderregelung“, nach der Menschen, die im Meer oder auch nur in der Sonne baden wollen, einen besonders hohen Konsumbedarf haben und deshalb auch am Sonntag offene Geschäfte vorfinden müssen. Unlängst hat man diese Regelung auch auf die Stadt Potsdam angewandt. Dann sind die Geschäfte plötzlich an vierzig Sonntagen im Jahr geöffnet.

Der besondere Schutz des Sonntags wird durch solche Entwicklungen aufgehoben. Ein solches Vorhaben nimmt den Menschen nur noch als Konsumenten wahr. Der Eindruck drängt sich auf, dass die Pflicht zum Schutz des Sonntags, die sich aus den entsprechenden Verfassungsbestimmungen ergibt, bei solchen Vorhaben überhaupt nicht im Bewusstsein ist. Wer die Wertebasis des gesellschaftlichen Zusammenlebens stärken will, muss sorgsam mit den Institutionen der Sozialkultur umgehen; dafür ist auch der Sonntag ein Beispiel.

Dabei werden die verlängerten Öffnungszeiten zum Teil bereits wieder zurückgenommen. Große Kaufhäuser in Berlin öffnen schon längst nicht mehr bis Mitternacht. Bis abends um neun reicht offenbar auch. Man muss nicht bis in den späten Abend einkaufen. Das haben die Menschen erkannt. Und die Kaufhäuser ziehen die Konsequenzen. Dabei ist grundsätzlich gegen flexible Ladenöffnungszeiten nichts einzuwenden. Warum soll man nicht noch am Abend neue Milch für den nächsten Morgen kaufen, wenn sie gerade leer geworden ist? Am Urlaubsort ist man froh, wenn es die Zahnpasta, die man zu Hause vergessen hat, auch noch am Abend gibt. Zu enge Vorschriften sind nicht mehr zeitgemäß.

Anders ist es mit dem Sonntag. Durch die Wirkungsgeschichte der zehn Gebote ist er zu einem wichtigen Element unserer Sozialkultur geworden. Im christlichen Verständnis ist der Sonntag der Tag der Auferstehung Christi. Deshalb ist er zum Tag des Gottesdienstes geworden. Bereits vor 1700 Jahren hat man den Sonntag mit dem arbeitsfreien Tag verbunden. Diese Tradition hat sich bewährt.

Beide Aspekte sind daran wichtig: die kollektive, gemeinsame Arbeitsunterbrechung an einem gemeinsamen freien Tag und die Schaffung eines Freiraums für den Gottesdienst und andere Formen der „seelischen Erhebung“, also eines Freiraums von den Verwertungszwängen der Ökonomie. Eine solche, über die ökonomische Verwertung hinausgehende Perspektive trifft auf eine wachsende Resonanz. Menschen sind interessiert an einer Neuausrichtung ihres Lebens, das nicht restlos den Gesichtspunkten von Effizienz und Nützlichkeit unterworfen werden soll.

Die christlichen Kirchen bringen in diese Diskussion das christliche Menschenbild ein. Wir sagen deutlich: Der Sonntag ist als Tag des Gottesdienstes, der Muße und der Besinnung zu erhalten. „Ohne Sonntag gibt es nur noch Werktage“ – dieser Satz, den wir als evangelische Kirche vor wenigen Jahren in einer öffentlichen Kampagne vertreten haben, gilt auch heute. Denn es geht in der Diskussion um den Sonntagsschutz um die Bewahrung einer wichtigen sozialen Institution, um die kulturelle Qualität des Zusammenlebens, um den Raum für die Freiheit der Religion. Dabei muss man betonen, dass eine Aushöhlung des Sonntagsschutzes, wie dies Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio deutlich gemacht hat, keineswegs der Religionsneutralität des Staates entspricht. Eine Regelung, die kommerziellen Überlegungen und Regelungen den Vorrang vor kulturellen und religiösen Werten und Interessen einräumt, erkennt damit zugleich einer religionslosen, ja atheistischen Einstellung die Priorität zu. Das ist gerade kein Ausdruck von Religionsneutralität, sondern von religiöser Parteinahme, wenn auch in antireligiöser Absicht.

Ich rate deshalb sehr dazu, die soziale Institution des arbeitsfreien Sonntags zu erhalten und mit ihr pfleglich umzugehen. Es ging und es geht uns als evangelischer Kirche um soziale und kulturelle Nachhaltigkeit und zugleich um einen christlich geprägten Wert, der für die Zukunft unserer Gesellschaft ein unerlässliches Gut darstellt. Wir wollen nicht zulassen, dass das Menschenbild in unserer Gesellschaft auf Konsumentengröße gestutzt wird. Am Sonntag zeigt sich, wie wir mit unserem Leben umgehen. Zeit und Aufmerksamkeit füreinander zu haben, ist ein hohes Gut. Kaufen kann man es nicht. Der Sonntag ist ein Symbol für die Würde und die Freiheit, die dem Menschen von Gott aus zukommt und durch die das Bild des Menschen in unserer Gesellschaft grundsätzlich geprägt ist.

Natürlich gibt es Arbeit, die für den Sonntag wichtig ist: Gottesdienste und kulturelle Veranstaltungen, Gaststätten und Verkehrsbetriebe sind Beispiele dafür. Natürlich muss die Krankenversorgung gewährleistet sein; und manche Betriebe arbeiten sowieso rund um die Uhr. Aber so weit es irgend geht, wünschte ich, unsere Gesellschaft insgesamt könnte den Sonntag mit den Worten begrüßen: „Gott sei Dank, es ist Sonntag!“

Der Verfasser ist Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ■

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates

Der „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ will zur Finanzierung des Deutschen Kulturrates beitragen und damit einen Beitrag zu dessen Unabhängigkeit leisten. Der „Verein der Freunde des Deutschen Kulturrates“ versteht seine Förderung subsidiär. Jeder ist eingeladen, im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ mitzuwirken und durch finanzielles oder ehrenamtliches Engagement einen Beitrag zur Stärkung des Deutschen Kulturrates zu leisten.
Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung *politik und kultur* kostenlos.

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerderverein@kulturrat.de
Internet: www.kulturrat.de/foerderverein

Vorstand
Dr. Georg Ruppelt (Vorsitzender)
Regine Lorenz (Stellvertretende Vorsitzende)
Stefan Piendl (Stellvertretender Vorsitzender)
Schriftführerin: Gabriele Schulz

Mitgliedschaft im Förderverein des Deutschen Kulturrates
Bitte senden Sie mir unverbindlich Informationen zur Mitgliedschaft im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ zu:

Name: _____

Vorname: _____

Anschrift: _____

E-Mail: _____

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerderverein@kulturrat.de

Zur kulturellen Bedeutung des Sonntags

Kulturzeit ist wertvolle arbeitsfreie Zeit – ein Plädoyer für den Sonntag • Von Monika Grütters

Welche Bedeutung hat der Sonntag als Tag der Muße und des Kulturgenusses, will *politik und kultur* wissen. Und ausgerechnet an einem Sonntag nun wird dieser Aufsatz mit seinen Antworten auf diese wichtige und virulente Frage verfasst – denn die Woche war einmal mehr so hektisch, dass nur die Mußestunden des Sonntags für das Nachdenken bleiben.

Innenansicht des Berliner Doms **© Berliner Dom, Foto: Lutz-Henrik Basch**

Gott sei Dank. Ganz wörtlich: Gott sei Dank, dass es diese arbeitsfreien Sonntage – ein biblisches Gebot, am siebten Tage zu ruhen – gibt. Noch. Denn in Deutschland wird mehr und mehr darüber nachgedacht, auch diese Sonntage dem Kommerz zu widmen, die Ladenöffnungszeiten auf den Sonntag auszudehnen. In Berlin können die Geschäfte inzwischen an zehn Sonn- und Feiertagen geöffnet sein, darunter an allen Adventssonntagen. Das ist eine regelrechte Perversion dessen, was die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nach wie vor mit der Zeit des Advent, der Ankunft des Herrn, vor Weihnachten verbindet: Einkehr, Besinnlichkeit, Ruhe.

Mit der Forderung des Einzelhandels, die Ladenöffnungszeiten komplett zu liberalisieren, sympathisiere ich insofern, als sie mit der Erwartung verbunden war, dann auf die Öffnung am Sonntag vollständig verzichten zu können. Leider wird das von denjenigen in Politik und Wirtschaft ignoriert, die mit einer Art der Sonntagsgestaltung jenseits alltäglicher Bedürfnisbefriedigung nicht mehr viel verbinden: mit dem Gottesdienstbesuch, mit Familienereignissen und mit Kontemplation. Diese wird vor allem grundiert von Kulturerfahrungen im konkreten wie im übertragenen Sinne.

Welche Bedeutung hat also der Sonntag als Tag der Muße?

Zuallererst ist der Sonntag ein Ruhetag. Gott selbst hat es uns vorgemacht: Am siebten Tage ruhte er von seiner Arbeit. Es gibt Zeiten der Arbeit und Zeiten der Ruhe. Der Sonntag ist der Ruhetag. Bestimmte Arbeitsbereiche sind selbstverständlich davon ausgenommen, Sicherheit, Gesundheit, die Fürsorge für den Nächsten, auch einige Bereich industrieller Produktion. Aber sie müssen die Ausnahme bleiben.

Nur als ein allgemein gültiger Ruhetag gibt der Sonntag der Woche ihren Rhythmus – und damit den Menschen. Ohne eine minimale Regelmäßigkeit wäre unser aller Leben ungeordnet, ja chaotisch.

Und der Sonntag ist ein Tag der Familie und der Freundschaften, wie auch immer sie sich heutzutage definieren. Wenn der Vater, die Mutter und die Kinder an unterschiedlichen Tagen ihre Freizeit haben, wie sollen Familie und Gesellschaft dann noch funktionieren? Es hat ja offensichtlich diesen Grund, dass die Besucherzahlen beispielsweise in den Kultureinrichtungen am Sonntag weit über dem wöchentlichen Durchschnitt liegen. Denn die Kultur zu erleben, ist vor allem auch ein Gemeinschaftserlebnis.

Der Sonntag ist ein Feiertag. Wir alle können nicht nur von der Arbeit leben, von Effizienz, von Verkaufserfolgen und vom Aktenstudium, von Produktion und von Beschäftigung. Wir Christen feiern am Sonntag unseren Gottesdienst, das Feiern ist hier wörtlich gemeint. Vielen bedeutet das sehr viel. Es ist eine andere Stimmung als die alltägliche. Man kommt zu Ruhe, besinnt sich, auch auf Gottes Botschaft, und erlebt Gemeinschaft. Das ist zu wertvoll, um es im allgemeinen Allerlei verkaufsoffener Sonntage untergehen zu lassen.

Auch die Kunst, die Kultur, leben von diesem buchstäblich Außergewöhnlichen. Auch sie entziehen sich dem Durchschnittlichen. Sie sind das Andere, das Besondere, die intensive Beschäftigung mit der Wirklichkeit. Diese Kultur zu erleben, setzt voraus, sich auf sie einzulassen, innezuhalten im Alltag, das Angebot wertzuschätzen statt es in die hektischen Alltagsabläufe wie einen Termin unter anderen einzubauen.

Künstler, ihre Kunst, die Kultur im Ganzen leben davon, dass ihr Publikum sich ihnen stellt, ihnen wach und vorurteilsfrei begegnet. Das gelingt nicht im täglichen Tempo, sondern viel eher in einer Stimmung der Ruhe und Innerlichkeit. Auch dafür ist der Sonntag da.

An einem arbeitsfreien Sonntag wird so auch ein Wertebewusstsein gepflegt, das uns davor schützt, immer und überall dasselbe zu tun, immer und überall kaufen zu wollen, immer und überall dem Druck der Ökonomie nachzugeben. Ein Sonntag gibt uns die Chance zur Besinnung auf das, was zählt, was uns besonders viel wert ist.

Die Ruhe am Sonntag, die Zeit für die Familie, für Freunde, Sport auch oder gerade eben Kulturerfahrungen geben uns Kraft für die nächsten Arbeitstage. Dies alles gemeinsam erleben zu können und nicht als einzelner sich die individuelle Freizeit gestalten zu müssen, ist eine zusätzliche Quelle für Bestätigung und Freude.

Die Sonntagsruhe ist ein hohes Kulturgut. Es war Kaiser Konstantin, der im 3. Jahrhundert den Sonntag zum öffentlichen Ruhetag erhoben hat. Ein allzu kurzsichtiges Konsumdenken sollte diese kulturelle Errungenschaft nicht leichtfertig in Frage stellen.

In Deutschland besitzt dieser Schutz des Sonntags sogar Verfassungsrang, er ist in Artikel 140 des Grundgesetzes festgeschrieben. Die Gewährleistung der Religionsfreiheit ist dort gemeint ebenso wie der Schutz der Sonn- und Feiertage überhaupt. Auch das sollte uns Verpflichtung sein, selbst in einer säkularen Gesellschaft.

Für die Kultur geht es bei all dem um mehr als um kleinliche Änderungen beliebiger Alltagsmechanismen.

In der Verfassung heißt es, der Sonntag solle der „seelischen Erhebung“ dienen. Das geschieht sicher nicht beim Einkaufen, wohl aber in der Auseinandersetzung mit Kunst, beim Erleben der Kultur. Diese bietet die Chance für eine sinnvolle Gestaltung arbeitsfreier Zeit.

Gemeinsame (!) freie Zeit ist die Voraussetzung für eine minimale Synchronisation unserer Gesellschaft. Auch in dieser Hinsicht ist der Sonntag ein zentrales Element unserer kulturellen Prägung. Eine solche Tradition darf man nicht zugunsten vordergründiger ökonomischer Interessen schleifen. Die Argumente für verkaufsoffene Sonntage stehen in keinem Verhältnis zu der jahrtausende alten Tradition. Gerade Berlin sollte aufpassen, einer wachsenden Entsolidarisierung der Republik mit ihrer Hauptstadt weiteren Vorschub zu leisten, weil es sich auch mit zehn offenen Sonntagen weit an den Rand dessen stellt, was in allen anderen Bundesländern üblich ist.

Gegen eine durchkommerzialisierte Woche steht gerade in der Hauptstadt ein beispielloses Kulturangebot. Es gilt, hier Prioritäten zu setzen.

Am Sonntag sollen die Menschen das tun können, was sie dürfen und wollen – nicht das, was sie tun müssen. Gottesdienst, Familienzeit und gemeinschaftlich genutzte Stunden, nicht zuletzt für Kultur – sie stärken das Bewusstsein dafür, dass der Mensch mehr ist als das, was er allein aus sich macht.

Die Verfasserin ist Obfrau für Kultur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ■

Und sonntags in die Bibliothek

Von André Schmitz

Wem am Sonntag der Sprit ausgeht, der darf sich darauf verlassen, dass die nächstgelegene Tankstelle offen hat, das Auto betankt wird und bei Bedarf auch noch alle möglichen Waren von der Grillkohle bis zum Stadtplan den Besitzer wechseln können. Tabak und Alkohol sowieso. Es gibt Gegenden in unserem Land, da sind Tankstellen an Sonn- und Feiertagen die kommunikativsten Orte im Umkreis von vielen Kilometern, ein Treffpunkt für junge Leute mit und ohne fahrbaren Untersatz.

Was den Tankstellen recht ist, ist Sportstätten, Erholungseinrichtungen, Vergnügungsparks aber auch „Museen und wissenschaftlichen Präsenz-Bibliotheken“ per Gesetz billig. Sie alle dürfen (nicht: müssen!) an Sonn- und Feiertagen für ihr Publikum geöffnet sein. Und das ist auch gut so.

Öffentliche Bibliotheken hingegen müssen geschlossen bleiben. Das ist ein Anachronismus, den der Bundesgesetzgeber beiseitigen könnte, wenn er in dem entsprechenden Gesetz nur zwei Worte streichen würde: „wissenschaftlich“ und „Präsenz“.

Für einen solchen Schritt gibt es viele gute Gründe. Bibliotheken gehören neben den Museen zu den meistbesuchten Kultur- und Bildungseinrichtungen. Bibliotheken gewährleisten den ungehinderten und demokratischen Zugang zu Information, Bildung und Kultur für jedermann. Sie sind längst mehr als bloße Ausleihstationen mit Lesesaal. Bibliotheken fungieren heute auch als Bildungsstätte für den Umgang mit modernen Medien, sie sind ein unverzichtbarer Ort kultureller Kommunikation.

Diese gesellschaftliche Aufgabe können sie jedoch nur erfüllen, wenn sie sich den Lebensumständen ihrer Zielgruppen anpassen, indem sie sich ihnen z.B. auch an Sonn- und Feiertagen öffnen dürfen. Zumal wenn diese werktags anderweitig eingebunden sind. Wer Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen und bildungsfernen Schichten erreichen möchte, der sollte ihnen ein niederschwelliges Kulturangebot mit modernen Medien und Internetzugang in der öffentlichen Bibliothek auch an Sonn- und Feiertagen gewähren.

Was also spricht dagegen? Warum ziert sich der Gesetzgeber, diese offensichtliche Lücke zu schließen? Das erste – und stärkste – Argument ist der Schutz von Arbeitnehmerinteressen und -rechten. So familienfreundlich ein gemeinsamer Museums- oder Bibliotheksbesuch an Sonn- und Feiertagen für viele ist bzw. wäre, so familienunfreundlich kann er für jene sein, die in dieser Zeit dort arbeiten müssen. Doch warum soll, was an Theatern, in Krankenhäusern, in Museen, Vergnügungsparks und Sportstadien möglich und regelbar ist, nicht auch für öffentliche Bibliotheken gelten dürfen? Ich verstehe Gewerkschaften und Kirchen, wenn sie die geltenden Sonn- und Feiertagsregelungen gegen eine um sich greifende Liberalisierung und Kommerzialisierung verteidigen. Aber wer meint, diese grundsätzliche Auseinandersetzung – nach dem Motto: wehret den Anfängen – ausgerechnet am Beispiel der öffentlichen Bibliotheken führen zu wollen, ist mit Sicherheit auf dem falschen Feld.

Richtig ist auf den ersten Blick auch das zweite Argument: Für eine Öffnung der Bibliotheken an Sonn- und Feiertagen hat die öffentliche Hand schlichtweg kein Geld. Das stimmt oft genug auch. In Berlin beispielsweise sind viele Stadtteilbibliotheken schon am Samstag geschlossen; nicht weil der Gesetzgeber das so vorschreibt, sondern weil den Einrichtungen die entsprechenden Mittel (meist: fürs Personal) fehlen – und: weil dort, wo es probiert wurde, der Publikumszuspruch zu gering ausfiel.

An einer besseren finanziellen Ausstattung der Bibliotheken führt deshalb kein Weg vorbei. Solche Investitionen können sogar helfen, langfristig (Personal-) Kosten zu senken, wenn sie beispielsweise in automatisierte Ausleih- und Rückgabetechnologie (RFIT) fließen. Im Kern geht es jedoch um Flexibilisierung, das heißt konkret, um die Möglichkeit, das Angebot der öffentlichen Bibliotheken auch an Sonn- und Feiertagen vorhalten zu dürfen. Eine solche Möglichkeit bedeutet ja nicht, dass alle Bibliotheken an allen Sonn- und Feiertagen geöffnet haben müssen. Schon gar nicht aus wirtschaftlichen Zwängen heraus, denn der Konkurrenzdruck spielt hier – im Unterschied zu Tankstellen oder Warenhäusern – keine Rolle. Bibliotheken sollten deshalb vom Gesetzgeber in die Lage versetzt werden, auf Publikumswünsche flexibel reagieren

Weiter auf Seite 19

Immer wieder sonntags…

Erfahrungen der Kantonsbibliothek Baselland mit der Sonntagsöffnung • Von Gerhard W. Matter

Die öffentlichen Bibliotheken der Schweiz sind sonntags geschlossen. Eine Ausnahme stellt die Kantonsbibliothek Baselland dar. Seit 10 Jahren heißt sie ihre Besucher auch sonntags herzlich willkommen. Wie kam es dazu? Welche Erfahrungen hat sie mit der Sonntagsöffnung gemacht?

Kantonsbibliothek Baselland. 2005 eröffnet **© Kantonsbibliothek Basel**

Angeregt durch die Bibliotheksphilosophie der public libraries initiierte die Kantonsbibliothek Baselland 1994 ein nationales Projekt zur Einführung der Sonntagsöffnung in fünf Pilotbibliotheken der Schweiz. Damit sollte das Bedürfnis nachgewiesen und mit einer wissenschaftliche Begleitstudie die gewünschten Entscheidungsgrundlagen für eine definitive Einführung erarbeitet werden. Trotz Unterstützung durch den Verband der Bibliotheken sowie der Bibliothekarinnen und Bibliothekare der Schweiz (BBS) konnte das Projekt nicht realisiert werden. Immerhin hatte eine Sensibilisierung stattgefunden, die es ermöglichte, dass der BBS zu seinem 100-Jahr-Jubiläum alle seine Mitglieder aufrief, am Sonntag, den 25. Mai 1997 ihre Bibliotheken zu öffnen. Der Erfolg dieser Jubiläumsaktion war so überwältigend, dass in der Folge öffentlich und in der Fachwelt über die Sonntagsöffnung diskutiert wurde.

Im gleichen Jahr wurde im Kanton Basel-Landschaft das Ladenschlussgesetz in einer Volksabstimmung aufgehoben. Mit dieser Liberalisierung wurde u.a. auch der Sonntagsverkauf in den Geschäften möglich. Der Slogan, wer am Sonntag einkaufen kann, soll auch die Bibliothek besuchen können, brachte den Durchbruch für ein grundsätzliches Ja zur Sonntagsöffnung der Kantonsbibliothek. Der Kanton als Bibliotheksträger stellte dafür jedoch keine zusätzlichen Budgetmittel zur Verfügung. Als für die ersten zwei Betriebsjahre ein Sponsor gefunden werden konnte, sicherte der Kanton schliesslich die Weiterführung der Sonntagsöffnung zu. Sie wurde am 7. November 1999 offiziell eingeführt.

Kantonsbibliothek Baselland – www.kbl.ch

Als Regionalbibliothek ergänzt die Kantonsbibliothek die Angebote und Dienstleistungen der Schul- und Gemeindebibliotheken des Kantons Basel-Landschaft mit seinen 275.000 Einwohnern. 80% der Besucher nutzen sie als Zweitbibliothek und wohnen nicht in der Standortgemeinde. Die Kantonsbibliothek wird täglich von rund 1.000 Personen besucht. Die 20.000 eingeschriebenen Benutzer leihen 750.000 Bücher und Medien pro Jahr aus. Sie ist werktags von 09.00 - 18.30 Uhr sowie samstags und sonntags 09.00 - 16.00 Uhr geöffnet. Seit 2005 ist die Kantonsbibliothek in einem attraktiven Gebäude mit Leseterrasse und Café untergebracht. Sie versteht sich stark als gesellschaftlicher und kultureller Treffpunkt sowie als Gastgeberin für repräsentative Empfänge und literarische Veranstaltungen.

Besucher an Sonntagen

An Sonn- und Feiertagen bietet die Kantonsbibliothek den gleichen Service wie an Werktagen und hat die gleichen Öffnungszeiten wie an Samstagen. Die Anzahl der Besucher liegt am Sonntag bei 115% gegenüber Werktagen. 45% davon besuchen die Bibliothek ohne etwas auszuleihen. Dieser Anteil liegt werktags bei 17%. Auch die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Bibliothek liegt am Sonntag mit 90 Minuten doppelt so hoch wie an Werktagen. An Werktagen ist der Einzelbesucher die Regel, an Sonntagen besuchen über 70% die Bibliothek in Begleitung von Freunden oder Familienmitgliedern. Der Anteil der erwachsenen Besucher ist mit 70% am Sonntag klar höher. Eine Ausnahme bilden die Rentner, die am Sonntag weniger häufig die Bibliothek besuchen. Jugendliche besuchen die Bibliothek bei schlechtem Wetter und während den Schulferien an Sonntagen überdurchschnittlich stark. Männer sind in der Kantonsbibliothek sonntags deutlich häufiger anzutreffen. Noch nach 10 Jahren ist die Anzahl der Neueinschreibungen an Sonntagen deutlich höher als an Werktagen. Die Sonntagsöffnung hat zu einer generellen Zunahme der Bibliotheksnutzung und nicht zu einer Verlagerung von den Werktagen auf die Sonntage geführt.

Eine Befragung durch die Hochschule für Technik und Wirtschaft in Chur zeigt die hohe Wertschätzung der Sonntagsöffnung bei den Besuchern deutlich auf. Dreiviertel der Befragten erklärten, dass sie nur am Sonntag die nötige Zeit und Muße hätten, mit der Familie oder mit Freunden die Bibliothek zu besuchen. Alleinstehende und Jugendliche wiederum schätzen vor allem die Möglichkeit, Sonntage an einem attraktiven und anregenden Ort ohne Konsumationszwang verbringen zu können.

Arbeiten am Wochenende

Trotz Aufhebung des Ladenschlussgesetzes 1997 sind heute nur sehr wenige Geschäfte am Abend und sonntags geöffnet. Das hat auch mit dem geltenden Arbeitsgesetz zu tun, das die Sonntagsarbeit einer Bewilligung unterstellt. Für Arbeitnehmer des Staates – früher Beamte genannt – gilt nicht dieses Arbeitsgesetz, sondern das Personalrecht des öffentlichen Arbeitgebers. In unserem Falle legen also die politischen Behörden des Kantons Basel-Landschaft Arbeitstage und Arbeitszeit der kantonalen Angestellten fest.

In der Kantonsbibliothek arbeiten an Sonn- und Feiertagen die gleichen Personen wie an Werktagen. Für den Sonntagsbetrieb sind fünf Bibliotheksmitarbeiter sowie eine Studentin/Aushilfe nötig. Sonntags wird eine Lohnzulage von 50% ausbezahlt. Fast alle der 40 Mitarbeiter der Kantonsbibliothek arbeiten Teilzeit und sind vertraglich verpflichtet, Samstags- und Sonntagsdienst zu leisten. Bei einem großen Teil der Mitarbeiter ist die Wochenendarbeit beliebt bis sehr beliebt. Sie übernehmen gerne und aus unterschiedlichen Gründen zusätzliche Arbeitseinsätze an Wochenenden. Einige schätzen die weniger hektische Arbeitssituation oder die bessere Entlöhnung am Sonntag. Anderen ist die Möglichkeit, während der Woche arbeitsfreie Tage zu haben, sehr wichtig. Mütter wiederum können Wochenendarbeit vorteilhaft finden, weil sie ihnen ermöglicht, teilweise berufstätig zu bleiben. Die Wochenendarbeit ist in der Kantonsbibliothek zur Selbstverständlichkeit geworden. Fast alle Mitarbeiter kennen im Verwandten- und Bekanntenkreis Personen, die ebenfalls an Wochenenden arbeiten – so im Gesundheitswesen, bei Kultur- und Freizeiteinrichtungen, beim öffentlichen Verkehr, bei der Polizei, in der Gastronomie, etc.

Erfahrungen und Beurteilung

Die Einführung der Sonntagsöffnung hat der Kantonsbibliothek sehr viel Sympathien eingebracht. Der Bekanntheitsgrad der Bibliothek ist sprunghaft angestiegen. Selbst Nicht-Nutzer der Kantonsbibliothek kennen heute die Sonntagsöffnung und beurteilen sie sehr positiv. Kundengerechte Öffnungszeiten versteht die Kantonsbibliothek als sehr wichtiger Teil ihres Dienstleistungsangebotes. So betreibt sie im Sommer eine Zweigstelle im Schwimmbad, benachrichtigt die Benutzer per SMS oder E-mail, bietet die Möglichkeit zur Neueinschreibung sowie zur Gebührenbezahlung via Internet an, macht digitale Angebote zum Herunterladen und ist als Veranstalterin in der Kulturszene aktiv.

Aus Sicht der Benutzer ist die Notwendigkeit für die Sonntagsöffnung seit der Einführung vor 10 Jahren größer geworden. Die Individualisierung in der Gesellschaft ist weiter fortgeschritten, die Berufstätigkeit der Frauen hat weiter zugenommen, die Zahl der allein erziehenden Eltern ist gewachsen, die 5-Tage-Woche an den Schulen ist umgesetzt und der Weiterbildungsbedarf in der Informationsgesellschaft ist gestiegen. Dies und weitere Faktoren führen dazu, dass die Bibliotheken ihre Funktion als soziale Treffpunkte verstärken und ihre Öffnungszeiten anpassen müssen. Öffentliche Bibliotheken können auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, wenn sie in der Gesellschaft eine integrative Kraft darstellen sowie bei der Informations- und Literaturvermittlung einen Mehrwert für die Informationsgesellschaft anbieten.

Die ausgewiesenen Besucherzahlen, die Ergebnisse von Befragungen sowie die faktische Ungleichbehandlung der Bibliotheken im Vergleich zu den übrigen Kulturinstitutionen sind so überzeugende Argumente für die Sonntagsöffnung, dass ihnen in der aktuellen politischen Diskussion kaum noch widersprochen wird. Gegner gibt es selbstverständlich noch und ihre Argumente sind allgemeiner und grundsätzlicher geworden. Widerstand regt sich aus dem Lager derer, die Bibliotheken immer noch als etwas verstaubte Leihstellen und nicht als soziale Treffpunkte für alle gesellschaftlichen Gruppierungen sehen. Schlimmer noch, sie trauen den Bibliotheken kaum zu, einen Beitrag zur Förderung der Bildung und des Kulturverständnisses sowie zur Lösung wichtiger gesellschaftlicher Herausforderungen – wie gesellschaftliche Integration, Bekämpfung des Illettrismus, lebenslanges Lernen, etc. – zu leisten. Auf der anderen Seite gibt es Kräfte, denen die Liberalisierung von Ladenöffnungszeiten sowie die Flexibilisierung der Arbeitszeiten schon zu weit fortgeschritten sind. Sie versuchen dieser aus ihrer Sicht unerwünschten Entwicklung mit der Ablehnung der Sonntagsöffnung in den Bibliotheken Einhalt zu gebieten.

Der Verfasser ist Kantonsbibliothekar Baselland und Dozent an der Universität Zürich sowie den Fachhochschulen Luzern und Chur ■

Fortsetzung von Seite 18

Und sonntags in die Bibliothek

und diese so auch gezielt wecken zu können.

Man stelle sich einmal folgende Situation vor: Das Humboldt-Forum auf dem Berliner Schlossplatz öffnet im Jahr 2014 seine Pforten und zieht – gerade auch an Sonn- und Feiertagen – Tausende Besucher an. Die könnten dann – nach heutiger Gesetzeslage – zwar die außereuropäischen Sammlungen besichtigen oder Veranstaltungen im Atrium besuchen. Die in das Humboldt-Forum integrierte Bibliothek aber müsste geschlossen bleiben. Das kann niemand wollen. Einen solchen Publikumsverlust könnte sich die betreibende Zentral- und Landesbibliothek Berlins übrigens auch wirtschaftlich nicht leisten. Im Kern aber geht es, wie gesagt, nicht allein um solche Leuchttürme. Sie tauchen das Problem gesetzlich verordneter Unflexibilität nur in einem besonders scharfes Licht. Was seit Jahr und Tag in den staatlichen Theatern und Museen Alltag ist, muss auch für öffentliche Bibliotheken gelten dürfen. Wer deshalb, wie ich, dafür plädiert, dass diese Bibliotheken auch an Sonn- und Feiertagen offen bleiben dürfen, singt nicht das Hohelied der Liberalisierung oder Kommerzialisierung auf Kosten der Beschäftigten. Der redet nicht dem Zwang, sondern der Freiheit das Wort etwas tun zu dürfen, wenn es für die Besucher und Nutzer sinnvoll und arbeitsorganisatorisch und finanziell möglich ist. Mit zwei Worten weniger im Gesetz wäre diese Möglichkeit eröffnet. Sie sollten gestrichen werden – besser heute als morgen.

Der Verfasser ist Staatssekretär für Kultur beim Regierenden Bürgermeister von Berlin ■

Sonntagsöffnung: Gerne freiwillig für das Gemeinwohl

Seit über 150 Jahren können öffentliche Bibliotheken sonntags öffnen • Von Rolf Pitsch

Seit über 150 Jahren können öffentliche Büchereien sonntags geöffnet haben. Zumindest gilt dies für öffentliche Bibliotheken in freier, also nicht kommunaler Trägerschaft. Wer in Bibliotheksgeschichte und -gegenwart schaut, sieht bei den Gewerkschaftsbibliotheken im z.B. 19. Jahrhundert und bis heute bei den öffentlichen Bibliotheken in kirchlicher Trägerschaft diesen Sachverhalt sehr selbstverständlich. Und dieses Selbstverständnis – aus den angenehm unruhigen Jahren um 1848 – ruht bei den diese Angebote prägenden ehrenamtlich Arbeitenden und bei den Büchereikunden in zivilisatorischen Emanzipationsprozessen, die heute angesichts mangelnder Medienkompetenz und Bildungsdivergenz wieder besonders angesagt sind.

Veranstaltung für Kinder und ihre Familien mit Christian Schenker. Sonntag Morgen in der Kantonsbibliothek Baselland **© Kantonsbibliothek Basel**

Es lohnt sich, auf das spezifische Profil dieser Bibliotheksarbeit in seiner Entwicklung und dem heutigen Zuschnitt zu schauen, weil sich daraus im Ergebnis eine differenzierte Begründung für geöffnete Einrichtungen an Sonntag- und Feiertagen ergibt.

Der ehrenamtlich Arbeitende in seinem Engagement fragt nach dem Beitrag für das Gemeinwohl. Dieser Aspekt ist konstituierend für seine Tätigkeit. Und er meint einerseits die Gemeinschaft, in der und für die er sich engagiert, andererseits zielt dies auf die öffentliche Gemeinschaft. Die christlichen Kirchen mit ihren eigenen Selbstverständnissen verstehen sich als öffentliche Anbieter profilierter Dienste für die Gesellschaft. Dem Eröffnungssatz der Präambel unseres Grundgesetzes („Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“) entsprechend, investieren die Kirchen und die einzelnen Menschen, die im kirchlichen Kontext ehrenamtliche Arbeit leisten intensiv in unser Gemeinwesen. Dies belegte auch mit Zahlen im vergangenen Jahr die Studie im Kontext der Arbeit der Kulturenquete des Deutschen Bundestages, die zum Ergebnis kam, dass rund 20% der kirchlichen Mittel in ihre – öffentlich zugänglichen – kulturellen Aktivitäten fließen.

Natürlich führt kein Weg daran vorbei, dass kirchliche Büchereiarbeit am Sonntag Arbeit ist. Die so Tätigen, in den 4.445 Standorten öffentlicher Büchereien in kirchlicher Trägerschaft (Quelle für alle genannte Zahlen: Deutsche Bibliotheksstatistik 2007, online unter http://www.hbz-nrw.de/dokumentencenter/produkte/dbs/aktuell/auswertungen/oeb_bund_02gesamt07.pdf) wirken rund 40.000 Personen, legen selbst Wert darauf, dass sie eine ehrenamtliche Arbeit leisten. Sie verstehen ihren Beitrag selbstbewusst als berechenbaren Anteil zum Kulturprodukt von Kirche und Gesellschaft. (Sonntags-) Reden zum Tag des Ehrenamtes werden gerne registriert, aber auch rasch auf ihre Tauglichkeit dahingehend unter die Lupe genommen, ob dem Bekenntnis zum freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagement auch entsprechende handfeste Zusagen und konkrete Unterstützungsleistungen für motivierende und unterstützende Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Arbeit folgen. So ist es für die ehrenamtlich geprägte Büchereiarbeit zum Beispiel immer wieder eine Nagelprobe, ob die hauptamtliche Unterstützungsstruktur z.B. durch die Büchereifachstellen und die bibliothekarischen Fachverbände der Kirchen oder die kontinuierliche Leistung von Erwerbungsmitteln im rechten Verhältnis zu den Dank- und Lobreden stehen.

Die Sonntagsöffnung öffentlicher Büchereien ist in diesem Kontext kein Selbstzweck. Und dies kommt in der öffentlichen Diskussion um Sonntagsarbeit vielleicht immer wieder zu kurz. Für die Arbeit in kirchlichen öffentlichen Büchereien am Sonntag – oder besser für den Sonntag – sind zwei Aspekte konstituierend:

Die Arbeit wird freiwillig und unentgeltlich geleistet. Sie folgt nicht der Eigengesetzlichkeit der Erwerbsarbeit und sie ist durch den Träger der Einrichtung bei den Arbeitenden auch nicht einklagbar. Die Selbstverpflichtung der Einzelnen, ihre persönliche Motivation sind entscheidend. Für die tätigen Frauen und Männer geht es um von ihnen selbstbestimmt zu gestaltende Freizeit, für die sie sich aus eigenem Antrieb in Abstimmung mit ihren Familien und ihrem Lebensumfeld freiwillig melden. Die in der Büchereiarbeit seit Jahrzehnten zu verzeichnende hohe Zuverlässigkeit des Angebotes (der Öffnungszeiten) wird erreicht durch die Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit im Büchereiteam. Die gemeinsame freiwillige Verpflichtung zu Sonntagsöffnungszeiten entwickelt sich aus der Dynamik, dass man sich in einer Gruppe ähnlich Gesinnter getragen fühlt, was im zeitlichen Konfliktfall auch das solidarische Einspringen für das Angebot an die Gemeinschaft bedeutet. Verpflichtung und Zuverlässigkeit sind keine aus dem Orbit gespeiste Selbstverständlichkeit. Sie generieren sich aus der Grundhaltung der Engagierten und der Bereitschaft der kirchlichen Träger, dafür einen Rahmen zur Verfügung zu stellen, ihn durch fachliche Begleitung abzusichern und die Handelnden fortwährend zu qualifizieren.

Neben dieser subjektiven Einstellung der handelnden Personen muss ein weiterer Aspekt genannt werden. Angebote der Kirchen am Sonntag, für die gearbeitet werden muss, sind Aktivitäten für die dem Sonntag zugeschriebenen Aufgaben. Ohne in tiefere biblische oder theologische Begründungen abzutauchen: Der Sonntag ist für Christen der Tag der Ruhe und reflektierenden Betrachtung des Erreichten und des vor einem Liegenden. Es ist der Tag für den Dank für das (vielleicht ein wenig) selbst Geschaffene und weit mehr noch für den Dank für das für einen selbst Geschaffene. Und in besonderer Weise ist der Sonntag der Tag der Gemeinschaft. Ob dies für eine Zweierbeziehung, eine Familie, für den Freundeskreis, für die Gottesdienstgemeinde oder für weit größere Kontexte zu beschreiben ist: Wenn schon Arbeit am Sonntag, dann soll diese dem Zweck der Gemeinschaftsbildung, der zwischenmenschlichen Stärkung, des erfüllten Erlebens und Gestaltens von Freizeit dienen.

Freiwilligkeit der Arbeitenden und Gemeinschaftsorientierung des Angebotes treffen natürlich in der Büchereiarbeit dann in besonderer Weise zusammen, wenn es einen inneren Zusammenhang zwischen den Gottesdiensten und dem Angebot der Bücherei gilt. Dies ist in öffentlichen Büchereien in kirchlicher Trägerschaft vordergründig allein gewährleistet durch einen entsprechenden Medienbestand in den Themenbereichen Bereich Religion, Persönlichkeitsbildung oder Erziehung. Und dies gilt gerade in einer sozialen Aspekten verpflichteten Büchereiarbeit, die sich (gerade auch) Menschen zuwendet, denen der Zugang zu Medien nicht einfach und selbstverständlich von der Hand geht. Weiter kann diese Verbindung konkretisiert werden durch Veranstaltungen, die mit und durch das Büchereiteam während der Gottesdienste z.B. für Kinder angeboten werden. Oder nach den Gottesdiensten finden Gesprächskreise zu den biblischen Themen des Sonntags oder zu besonderen thematischen Akzentsetzungen im Themenspektrum „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ statt.

Die formulierten Positionsbestimmungen betreffen eine bibliothekarische Arbeit, die sich als Teil der bibliothekarischen Angebotswelt unserer Gesellschaft versteht. Wenn also nach neuen Wegen zu verstärkten (Sonntags-) Öffnungszeiten für Bibliotheken gefragt wird, so ist auch der nüchterne Blick auf Zahlen angemessen: Für die 6.849 öffentlichen Bibliotheksstandorte mit ehrenamtlicher Leitung (davon 4.548 in kirchlicher oder freier, 2.301 in kommunaler Trägerschaft) gelten die Regeln des Arbeitszeitgesetzes nicht. Bleibt die Frage, was an den 3.516 Bibliotheksstandorten mit hauptamtlicher Leitung geschehen kann, um einen spezifischen Beitrag zum Gemeinwohl für kleine und große Gemeinschaften am Sonntag zu leisten. Diese Standorte – allen voran die Stadtbibliotheken – stehen zweifelfrei bezüglich ihrer Größe, ihrem Medienbestand, ihrem Informationsangebot u.v.a.m. völlig unangefochten im Kontext von Bildung, Information und Dokumentation in der allervordersten Reihe öffentlicher Dienstleister – in Angebot und Nachfrage.

Zum Thema Öffnungszeiten muss jedoch auf noch weiterführende Entwicklungen hingewiesen werden: Nicht wenige katholische öffentliche Büchereien verzichten inzwischen auf die Sonntagsöffnung: Weil die zunehmend erwerbstätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Sonntag mit den Nächsten verbringen wollen und weil leider der Gang zum Gotteshaus in der Nachbarschaft seltener geworden ist. Dies erfolgte in katholischen Pfarreien jedoch meist nicht mit der Konsequenz der Büchereischließung, sondern mit der Öffnung zu anderen Randzeiten des (Erwerbs-) Alltags und nicht zuletzt die Öffnung an neuen Orten. Dies greift auch die strukturellen Veränderungen in Pfarreien und Kirchengemeinden der letzten Jahre betont auf. Denn immer mehr spricht sich herum, dass Büchereien als öffentliche Orte die letzten niedrigschwelligen Kommunikationsräume für die persönliche Begegnung sind. Je mehr in Kirchen- und Zivilgemeinden andere Versammlungsräume aus finanziellen Zwängen reduziert werden, steigt der Wert von Büchereien wegen ihrer inhaltlichen und räumlichen Angebote.

Die Schließung von Bibliotheksstandorten oder auch die mangelnde Weiterentwicklung von Medienbussen halte ich für eine besonders problematische Entwicklung. Um wirklich eine Zugangsgerechtigkeit zu Medien für möglichst viele Menschen aller Altersgruppen und Herkünfte zu verwirklichen, um einen kompetenten Umgang mit Medieninhalten für möglichst viele zu erzielen, fehlen neue Orte, zu denen auch Menschen gehen, die wir in den öffentlichen Bibliotheken kaum sehen oder denen wir mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht wirklich (auch sozialpädagogische) Angebote zu bieten haben. Wenn also der bildungspolitische Ansporn des 19. Jahrhundert zum verpflichtenden Ziel für alle Bibliotheksträger würde, dürfte sich die Diskussion nicht nur um Orte mit neuen Öffnungszeiten und attraktiven Zugangsanreizen drehen. Die Bibliotheksträger müssten dann mit ehrenamtlichen, nebenamtlichen und hauptamtlichen Bibliothekaren und Bibliothekarinnen eine „aufsuchende Bibliotheksarbeit“ entwickeln, die den Menschen dient, in ihrer Freude und Hoffnung, ihrer Trauer und Angst.

Der Verfasser ist Direktor des Borromäusvereins ■

Die Kuh ist vom Eis, das Thema aber noch nicht ausgestanden

Zur Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes • Von Olaf Zimmermann

Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe, der federführende Wirtschaftsausschuss des Bundesrats forderte in seiner Beschlussempfehlung (Drucksache 558/1/08) zum „Entwurf eines Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft“ (Drittes Mittelstandsänderungsgesetz), „dass die Künstlersozialversicherung abgeschafft oder zumindest unternehmerfreundlich reformiert wird.“ Die Beschlussempfehlung vom 08.09.2008 sollte Grundlage der Bundesratsentscheidung am 19.09.2008 sein.

Nachdem der Deutsche Kulturrat in einer Eilmeldung am 09.09.2008 auf die Beschlussempfehlung hingewiesen hatte, ruderten gleich einige Länder zurück und erklärten, dass sie diesem Passus in der Beschlussempfehlung nur aufgrund eines Missverständnisses zugestimmt hätten. Nach zehn Tagen intensiver Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Kulturrates, der Verbände der Künstler und der Verwerter aus der Kulturwirtschaft, von Landtagsabgeordneten und Bundestagsabgeordneten, dem Bundesarbeitsminister und dem Kulturstaatsminister war der Spuk vorbei. In der Bundesratssitzung fand die Empfehlung zur Abschaffung der Künstlersozialversicherung keine Mehrheit. Damit war die Kuh fürs Erste vom Eis. Das Thema ist wahrscheinlich aber noch nicht ausgestanden.

Was war geschehen? Wie in dieser Zeitung bereits mehrfach berichtet (zuletzt in der Ausgabe 5/2008), wurde im Sommer 2007 das Künstlersozialversicherungsgesetz novelliert. Seither ist die Deutsche Rentenversicherung dafür verantwortlich zu erfassen, ob Auftraggeber ihrer Abgabepflicht auch tatsächlich nachkommen. Das Erfüllen dieser bereits seit dem Jahr 1988 bestehenden Abgabepflicht konnte aufgrund der knappen Personalausstattung von der Künstlersozialkasse nicht umfassend kontrolliert werden. Das änderte sich schlagartig als im vergangenen Jahr die Deutsche Rentenversicherung in einer ersten Erhebungswelle 70.000 Unternehmen, die mehr als sechs sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben, anschrieb. Bereits diese erste Erhebungswelle förderte zu Tage, dass viele Unternehmen in der Vergangenheit ihrer Abgabepflicht nicht nachgekommen sind. Die erste Erhebungswelle löste – wie von vielen erwartet wurde – viel Unmut bei abgabepflichtigen Unternehmen, die zum überwiegenden Teil nicht der Kulturwirtschaft zu zurechnen sind, aus. Die zweite Erhebungswelle, die zwischenzeitlich stattgefunden hat, traf auf wesentlich weniger Unverständnis als die erste. Inzwischen hatten sich viele Unternehmen selbst bei der Künstlersozialkasse, als Einzugsstelle für die Künstlersozialabgabe, gemeldet und kommen nunmehr ihrer Verpflichtung nach. Es kehrte also eine gewisse Ruhe ein. Konkret wurden bis zum 01. September dieses Jahres 138.000 Unternehmen angeschrieben. 75.000 Unternehmen haben bereits einen Bescheid erhalten. Knapp 800 Unternehmen haben Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt und nur acht Unternehmen haben gegen den Bescheid geklagt. 32.000.000 Euro flossen durch diese Aktion bislang zusätzlich in die Kasse der Künstlersozialversicherung. Der Satz für die Künstlersozialabgabe konnte so von 4,9 auf 4,4% der an Künstler und Publizisten gezahlten Honorarsumme sinken. Damit werden alle abgabepflichtigen Unternehmen entlastet. Die Aktion ist also extrem erfolgreich!

Die Künstlersozialkasse ihrerseits hat vermehrte Anstrengungen unternommen, um über so genannte Ausgleichsvereinigungen zu informieren. Abgabepflichtige Unternehmen können sich in Ausgleichsvereinigungen zusammenschließen. Die Unternehmen werden nicht mehr einzeln geprüft, sondern nur noch die Ausgleichsvereinigung, die ihrerseits Abgabeschuldner gegenüber der Künstlersozialkasse ist. Innerhalb einer Ausgleichsvereinigung können Modelle entwickelt werden, so dass umsatzstärkere Unternehmen einen größeren Teil der Beitragslast übernehmen als umsatzschwächere. Ausgleichsvereinigungen sind ein hervorragender Weg zur Entbürokratisierung. Überdies tragen sie in der Regel dazu, dass alle abgabepflichtigen Unternehmen einer Branche auch tatsächlich ihrer Verpflichtung nachkommen und sich nicht einige auf Kosten anderer Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Denn eines ist klar, Trittbrettfahren bei der Künstlersozialabgabe schadet nicht den Künstlern. Es schadet den ehrlichen Unternehmen. Diese ehrlichen Unternehmen, die sich gesetzestreu verhalten, müssen für die Trittbrettfahrer mitbezahlen und haben einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Unternehmen, die sich vor ihrer Verpflichtung drücken. Es waren darum auch Verbände von Abgabepflichtigen aus dem Kulturbereich, die auf eine Reform der Künstlersozialversicherung gedrungen haben, damit endlich Beitragsgerechtigkeit entsteht.

Nicht vergessen werden darf bei der Beurteilung der Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes aus dem Jahr 2007, dass nicht nur die abgabepflichtigen Unternehmen einer schärferen Kontrolle unterzogen werden, sondern auch die versicherten Künstler und Publizisten. Bis zum

Der Deutsche Kulturrat informiert auf seiner Website unter www.kulturrat.de regelmäßig über wichtige Neuigkeiten in der Künstlersozialversicherung

01. September dieses Jahres wurden zusätzlich zu den üblichen Untersuchungen 8.000 Künstler mittels ausführlichem Fragebogen kontrolliert. Gegen 150 Versicherte wurde ein Bußgeldverfahren eingeleitet.

Nachdem der Passus zur Abschaffung der Künstlersozialversicherung im o.g. Dritten Mittelstandsänderungsgesetz im Bundesrat keine Mehrheit gefunden hat, sagen einige, dass dem Vorgang keine so große Bedeutung beigemessen werden sollte, da einer Forderung nach Abschaffung der Künstlersozialversicherung ohnehin niemand gefolgt wäre. Da muss schon die Frage erlaubt sein, warum eine solche Forderung dann erst die Mehrheit der Länderstimmen in der vorbereitenden Bundesratausschüssen auf sich vereinen konnte. Sind Beschlussempfehlungen von Bundesratsausschüssen generell nicht ernst zu nehmen? Dienen sie öfter als Trojanische Pferde, um Vorhaben, die nachher doch keiner ernst nimmt, im Bundesrat zu platzieren? Doch wohl eher nicht. Die Ausschüsse des Bundesrats bereiten die Plenumssitzungen vor. Ihre Voten geben Aufschluss über das Meinungsbild in den Ländern. Der Bundesrat wollte seine Empfehlung zum „Entwurf eines Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft“ mit der darin erhalten Forderung nach Abschaffung der Künstlersozialversicherung mit Mehrheit beschließen und wurde nur durch den großen öffentlichen Protest davon abgehalten.

Federführend für die Beratungen des genannten Mittelstandsentlastungsgesetzes war der Wirtschaftsausschuss des Bundesrates. Einige Wirtschaftsministerien von Ländern haben sich in den letzten Jahren für die Kulturwirtschaft stark gemacht. Sie erhoffen sich daraus positive Impulse für die Volkswirtschaft, für die Beschäftigung, für die Zahl der Selbständigen und die weitere Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Die Kultur- und noch stärker die Kreativwirtschaft scheint mancherorts zum Hoffnungsträger für den Strukturwandel zu werden. Vor diesem Hintergrund ist es umso bedenklicher, dass im Wirtschaftsausschuss des Bundesrats ein Vorschlag die Mehrheit fand, die Künstlersozialversicherung abzuschaffen oder so umzugestalten, dass letztlich nur noch der engere Kern der Verwerter aus der Kulturwirtschaft abgabepflichtig wäre. Dieser Rückfall in einen Zustand vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Künstlersozialversicherung aus dem Jahr 1987 hätte den Unternehmen der Kulturwirtschaft großen Schaden zugefügt.

Der Vorstoß im Wirtschaftsausschuss des Bundesrats zeigt zweierlei eindrücklich: Kulturwirtschaftlichen Fragen muss stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden und gemeinsames Handeln der Kulturverbände und der Kulturpolitiker kann etwas bewegen. Letzteres sollte Mut machen.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Bildungsgipfel: Außer Reden nichts gewesen?

Ein Kommentar von Gabriele Schulz

Am 22. Oktober dieses Jahres fand der Bildungsgipfel der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten der Länder in Dresden statt. Von Länderseite war bereits frühzeitig davor gewarnt worden, allzu große Hoffnungen in diesen Bildungsgipfel zu setzen. Dass diese ohnehin geringen Erwartungen dann aber auch noch unterboten werden konnten, erstaunte aber doch.

Bemerkenswert ist die Einleitung des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Ministerpräsident Stanislaw Tillich, zur gemeinsamen Erklärung „Aufstieg durch Bildung. Die Qualifizierungsinitiative für Deutschland“. Er schreibt dort: „Der Föderalismus im Bildungsbereich hat sich bewährt.“ Und weiter: „Föderalismus im Bildungsbereich bewirkt Wettbewerb und Innovation wie sonst in keinem Politikfeld. Das kommt den Kindern und Jugendlichen durch mehr Qualität in Schule und Ausbildung zugute“.

Solche Aussagen sind geeignet Eltern, Schülern, Pädagogen, Erziehern usw. Schaum vor den Mund zu treiben. Denn der Bildungsgipfel wurde doch nicht ins Leben gerufen, um ein erfolgreiches Bildungssystem zu feiern. Ganz im Gegenteil, das deutsche Bildungssystem schneidet in internationalen Vergleichsstudien keineswegs gut ab. Von struktureller Demütigung von Schülern ist Rede, von mangelnder Durchlässigkeit, einer zu geringen Zahl an Studierenden, der Ausgrenzung von Kindern mit Migrationshintergrund und mangelnden Ressourcen. Dann zu behaupten, dass der Föderalismus Wettbewerb bewirke, der zu mehr Qualität in Schule und Ausbildung führe, grenzt entweder an Beleidigung oder zeugt von Ignoranz der Verantwortlichen.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben sich in der Lissabon-Strategie darauf verständigt, Europa bis zum Jahr 2010 zum größten wissensbasierten Wirtschaftsraum zu entwickeln. Hier geht es nicht um klein-klein, sondern vielmehr um eine Anstrengung, im globalen Wettbewerb Boden wett zu machen. In Deutschland hingegen wird geradezu gebetsmühlenartig hervorgehoben, dass bayerische Schüler vermeintlich besser seien als bremische. Es wird im Länderranking danach geschaut, welches Land welchen Platz bei den PISA-Tests erreicht. Geradezu als würde man sich über ein besonders gutes Ergebnis in der Oberliga freuen, während alle anderen über die Champions-League sprechen.

Was soll innerstaatlicher Wettbewerb im Bildungswesen? Ziehen Eltern massenweise in ein Bundesland, weil die Kinder dort bessere Bildungschancen haben? Doch wohl nicht. Im Gegenteil, Kinder gehen dort zur Schule, wo ihre Eltern arbeiten und leben. Und die Eltern arbeiten und leben dort, wo sie Arbeit finden. In der Arbeitsmarktpolitik wird bereits seit Jahrzehnten Flexibilität gefordert, Arbeitnehmer sind dieser Forderung gefolgt und sind bereit dorthin zu ziehen, wo sie einen Arbeitsplatz finden. Eine Schlussfolgerung daraus sollte sein, dass das Bildungswesen so angeglichen wird, dass ein durch Umzug entstehender Schulwechsel verkraftbar ist.

Die „Krähwinkelmentalität“ macht aber nicht an den Schulen halt. Auch den Hochschulen wird ein innerstaatlicher Konkurrenzkampf aufgedrängt, obwohl sie sich eigentlich in einem internationalen Bildungsmarkt platzieren müssen. Die Umstellung der Studienabschlüsse auf Bachelor und Master tut ihr Übriges, um Bildung an Hochschulen zu verhindern. Hier geht es nur noch um rasche Qualifizierung und keine akademische Bildung im humboldtschen Sinne mehr.

Wer einmal erlebt, wie sich Kinder im jahrgangsübergreifenden Lernen in einer Grundschule mit dem Thema „Apfel“ befassen, erfährt wie Bildung aussehen kann: Es beginnt mit dem Auflesen von Äpfeln in der Gartenarbeitsschule sowie dem Aufschreiben der Apfelsorten, die im Supermarkt zu kaufen sind. Es wird fortgeführt mit dem Zeichnen eines Apfels – von außen von innen – sowie der Beschäftigung, welche Funktion die Kerne, das Kerngehäuse usw. haben. Es geht weiter mit der sensorischen Prüfung, also dem Schmecken eines Apfels bis hin zum Schälen von Äpfeln und dem anschließenden Backen eines Apfelkuchens. In diesem Zusammenhang lernen überdies die Erstklässler das Wort Apfel zu schreiben, was sie nach sechs Wochen Schulbesuch auch fehlerlos meistern. So praktizierte Bildung spricht die Sinne an, wählt verschiedene Zugangsweisen und führt zu einem nachhaltigen Bildungserlebnis. Dieses findet statt in staatlichen Grundschulen mit einem über 25%igen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund – und das in einem Bundesland, das eher auf den hinteren Rängen des PISA-Rankings zu finden ist.

Dem gegenüber steht auf der einen Seite die Frustration von Schülern an Hauptschulen, die sehr wohl merken, dass sie sich am unteren Rand befinden. Auf der anderen die Überforderung von Gymnasiasten im so genannten G8 (Gymnasium mit acht statt neun Schuljahren bis zum Abitur). Es kann hier nicht die Rede davon sein, wie wenig es nachvollziehbar ist, wenn Jugendliche im Wachstumsalter ohne ein Mittagessen bis zum Nachmittag in der Schule lernen müssen, weil sie nur G8 machen und keine Ganztagsschule besuchen. – Auch wenn dieses angesichts von Initiativen, Schüler für gesunde Ernährung zu sensibilisieren, ein Hohn ist. – Entscheidend ist meines Erachtens vielmehr, das bei Initiativen wie dem Bildungsgipfel vollständig aus dem Blick gerät, dass Bildung mehr ist als Qualifizierung.

Bildung ist auch Selbstbildung, Bildung bedeutet Entwicklung einer Persönlichkeit, Bildung bedeutet verschiedene Disziplinen – Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften, Kultur usw. – kennen gelernt zu haben. Dieses umfassende Verständnis von Bildung, das den ganzen Menschen und die Gesellschaft in den Blick nimmt, wird in den Hintergrund gedrängt. Ein solches Verständnis von Bildung bedarf aber mehr als eines mehrstündigen Qualifizierungsgipfels, der aus Marketinggesichtspunkten dann zum Bildungsgipfel umetikettiert wird.

Vielleicht hilft den Verantwortlichen ja einer der einschlägigen Bildungsromane wie Goethes *Wilhelm Meister*, Stifters *Nachsommer* oder Kellers *Grüner Heinrich* als Lektüre zwischen den Jahren, Bildung aufzufrischen, Bildungslücken zu schließen und eine Ahnung davon zu erhalten, was Bildung sein kann. Dem Bildungswesen in Deutschland ist es zu wünschen.

Die Verfasserin ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Kulturlandschaft sehen und verstehen

Monokulturen bedrohen die Vielfalt • Von Inge Gotzmann

Die Kulturlandschaft ist der Raum, in dem wir leben – unsere Alltagslandschaft. Die jeweilige Schönheit und Eigenart einer Landschaft sind jedoch sowohl subjektiv als auch objektiv von Region zu Region verschieden. Dennoch bzw. gerade durch diese Unterschiedlichkeit sind Kulturlandschaften identitätsstiftend. Sie spiegeln die Geschichte(n) und Veränderungen wider, die sich in den jeweiligen Naturräumen abgespielt haben. Damit sind sie Teil der Kultur des Menschen und auch wert, dass wir uns für ihre Erhaltung und Entwicklung engagieren. Ein aktueller Handlungsbedarf besteht dadurch, dass Landschaften immer gleichförmiger werden – und dies gilt von der regionalen bis hin zur europäischen Ebene. So geht Vielfalt verloren durch gleichförmige Bauweisen, Verlust kleinräumiger Wirtschaftsweisen und geschichtsträchtiger Kulturlandschaftselemente. Die Folge ist ein hohes Maß an Gleichförmigkeit – wir entwickeln Monokulturen in unserer Alltagskultur und verlieren damit regionale Identitäten.

Die Sorge um die Kulturlandschaft war bereits im Jahr 1904 der Auslöser für die Gründung des Bund Heimat und Umwelt (BHU). Der Musikprofessor Ernst Rudorff beklagte öffentlich den Verlust der landschaftlichen Vielfalt und gründete mit Gleichgesinnten diesen Verband, der heute als Dachverband der Bürger- und Heimatvereine über seine Landesverbände rund eine halbe Million Mitglieder vertritt. Seitdem beschäftigt sich der BHU mit dem Thema Kulturlandschaft unter Berücksichtigung zahlreicher Gesichtspunkte. Hierzu zählen Landschafts- und Naturschutz, Denkmalpflege, Förderung von Regionalsprachen und Mundarten und nicht zuletzt die Förderung der Festekultur. Dieser interdisziplinäre Ansatz hat sich bewährt und bringt unterschiedlichste Zielgruppen zusammen.

Um Kulturlandschaften mit ihren regionale Identitäten zu erhalten hat der Bund Heimat und Umwelt ein Bündel an abgestimmten Projekten und Initiativen entwickelt. Es werden dabei fünf wesentliche Aspekte berücksichtigt, die aufeinander aufbauen und ineinander greifen: Kulturlandschaft erfassen, erhalten, entwickeln, vermitteln und Akteure vernetzen. Diese Aspekte werden im Folgenden vorgestellt.

Unsere Kulturlandschaft ist wesentlich durch Land- und Forstwirtschaft geprägt, Nähe Steinhuder Meer, Niedersachsen
Foto: Inge Gotzmann

Kulturlandschaft erfassen

Grundlage für die Erhaltung ist das Wissen über die vorhanden Kulturlandschaftselemente und ihre Geschichte in der Landschaft. Erst dann können in einem Entscheidungsprozess gezielt Werte erhalten und vermittelt werden. Der Großteil der Kulturlandschaftselemente ist noch nicht erfasst, oder wenn doch, schlummern die Daten in verschiedensten Archiven. Hinzu kommt, dass Erfassungs- und Darstellungsmethoden von Region zu Region und von Bundesland zu Bundesland stark variieren und damit auch schwer vergleichbar sind. Der Bund Heimat und Umwelt hat daher diejenigen Initiativen zusammengebracht, die in der Erfassung tätig sind. Hieraus hat sich eine ständige Arbeitsgruppe entwickelt, bei der Akteure aus dem Ehrenamt, aus Universitäten und Fachämtern zusammentreffen. Das daraus entstandene Netzwerk trifft sich regelmäßig, um Erfahrungen auszutauschen und eine Standardisierung anzustreben. Auch wenn die Erfassung die Grundlage für den Kulturlandschaftserhalt bildet, so müssen daraus auch weitere Aktivitäten erfolgen, denn sonst stellen wir eines Tages anhand der erstellten Listen nur noch fest, was alles verloren gegangen ist.

Kulturlandschaft erhalten

Neben den amtlich zur Kulturlandschaftspflege Beauftragten engagiert sich auch eine Vielzahl Ehrenamtlicher vor Ort aktiv für die Kulturlandschaftserhaltung. Gerade im Bereich der Kleindenkmale gibt es viele Initiativen. Hierzu zählen beispielsweise die Erhaltung von Wegekreuzen, Grenzsteinen, Weinbergsmauern oder Kapellen. Wesentlich ist auch die Bedeutung des ländlichen Raumes. Hier prägen die Land- und Forstwirtschaft zusammen mehr als zwei Drittel der Landschaft. Daher tragen Land- und Forstwirte gemeinsam mit den Verbrauchern eine wesentliche Verantwortung für einen sensiblen Umgang mit der Landschaft. Zunehmende Intensivierung sind aus ökonomischen Gründen zwar nachvollziehbar, gefährden aber die Lebens- und Erholungsqualität, die Landschaften für uns Menschen haben. Der Bund Heimat und Umwelt hat daher einen Wettbewerb in Kooperation mit dem Deutschen Bauernverband durchgeführt, bei dem Engagement für die Kulturlandschaft prämiert wurde und nachahmenswerte Beispiele in einer Publikation veröffentlicht wurden. Das Ergebnis zeigt Beispiele für eine erhaltenswerte Vielfalt in der Landschaft und ihrer Bewirtschaftung. Mit Landschaftsvielfalt wird auch ein Beitrag zum Naturschutz geleistet, denn dadurch wird ein breites Lebensraumspektrum erhalten, das einem großen Artenreichtum der Tier- und Pflanzenwelt Platz bietet.

Kulturlandschaft entwickeln

Auch wenn die aktuelle Kulturlandschaft das Ergebnis eines historischen Prozesses ist, so bedeutet die Beschäftigung mit ihr keineswegs nur einen rückwärtsgewandten Blick, sondern gleichzeitig auch die Entwicklung von Zukunftsvisionen. Wie sieht die Landschaft von morgen aus? Welche Entwicklung möchten wir fördern, welche dagegen betrachten wir als kritisch? Die Bewertung von Kulturlandschaft wandelt sich. Ein gutes Beispiel für diesen Wandel ist

die Industriekultur, deren kultureller Wert erst seit einigen Jahren zunehmend entdeckt wird. Die Europäische Landschaftskonvention ist ein gutes Mittel, den gemeinsamen Diskurs zu fördern, was mit unseren Landschaften geschehen soll. Umso bedauerlicher ist es, dass Deutschland dieses wichtige Dokument noch nicht unterzeichnet hat. Die Europäische Landschaftskonvention kann wesentliche Impulse zur Entwicklung eines Landschaftsbewusstseins und einer kulturellen Landschaftspolitik setzen. Damit wird auch das bürgerschaftliche Engagement für die Erhaltung der Kulturlandschaften gestützt und gefördert. Der BHU bringt sich daher in die Arbeit der entsprechenden Gremien ein und befürwortet die Umsetzung der Europäischen Landschaftskonvention.

Kulturlandschaft vermitteln

Landschaften erzählen Geschichten. Es braucht jedoch Menschen, die diese Geschichten entdecken und weitererzählen. Das Verständnis von Kulturlandschaften ist ein wichtiger Schlüssel, um eine emotionale Beziehung zu einer Landschaft zu entwickeln. Daher setzt sich der Bund Heimat und Umwelt dafür ein, dieses Verständnis zu fördern. Das Spektrum umfasst u.a. Multiplikatorenschulungen von Kulturlandschaftsführern, Tagungen, Internetauftritte und Publikationen.

Akteure vernetzen

Unsere Kulturlandschaft braucht eine starke Lobby, denn sie ist Grundlage unserer Lebensqualität – gleich ob im städtischen oder im ländlichen Raum. Dies ist nur möglich, wenn die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammenwirken und ihre Kräfte bündeln. Daher hat der BHU das Netzwerk „Deutsches Forum Kulturlandschaft“ gegründet. Eingeladen zur Mitwirkung am Deutschen Forum Kulturlandschaft sind Vereinigungen, Verbände und Stiftungen, die überwiegend bundeseinheitlich tätig sind bzw. über die Grenzen einzelner Bundesländer hinweg Verantwortung für das Thema Kulturlandschaft tragen. Der Zusammenschluss der engagierten Vereinigungen vertritt gemeinschaftlich die Interessen der Kulturlandschaft und bildet ein breitgefächertes Informationsnetzwerk. Diese Informationen sind allen Interessierten zugänglich, so über die Internetseite www.forum-kulturlandschaft.de. Das Deutsche Forum Kulturlandschaft steht unter der Schirmherrschaft des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Die geschilderten Aktivitäten zeigen, dass das Thema Kulturlandschaft ideal ist, um verschiedene Interessengruppen – und damit Menschen – zusammenzuführen und gemeinsames Engagement für unsere Landschaft zu fördern. Der Bund Heimat und Umwelt versteht sich hierbei als Mittler zwischen den Interessensgruppen und steht gerne als Ansprechpartner zur Verfügung.

Die Verfasserin ist Bundesgeschäftsführerin des Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU), Bundesverband für Natur- und Denkmalschutz, Landschafts- und Brauchtumspflege e. V. ■

Kulturlandschaft Deutschland

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ hat ihren Auftrag ernst genommen und eben nicht nur jene Bereiche des kulturellen Lebens betrachtet, die jedem selbstverständlich sind, sondern hat eine umfassende Bestandsaufnahme des Kulturlebens in Deutschland vorgelegt.

In diesem Zusammenhang hat die Enquete-Kommission „blinde Flecken“ in der Kulturlandschaft und Kulturpolitik Deutschlands untersucht, so u.a. auch die Kultur im ländlichen Raum. Obwohl die Mehrzahl der Bundesbürger nicht in Großstädten, sondern vielmehr in Mittelstädten oder Dörfern lebt, spielt die Kultur in den Regionen zumeist eine untergeordnete Rolle. Kultur in der Provinz wird oftmals gleichgesetzt mit provinziell.

Dass dem so nicht aus, wurde bereits in der Reihe „Kulturregionen“ in *politik und kultur* deutlich. In sieben Ausgaben – von der Ausgabe Januar-Februar 2007 bis zur Ausgabe März-April 2008 – haben jeweils zwei der im Arbeitskreis Kulturregionen zusammengeschlossenen Kulturregionen ihre Arbeitsweise sowie ausgewählte Projekte vorgestellt. Die Unterschiedlichkeit dieser Projekte bot einen Einblick in die Vielfalt des kulturellen Lebens in Deutschland, sie zeigte den Ideenreichtum der Akteure vor Ort und machte deutlich, dass interessante kulturelle Vorhaben überall in Deutschland zu finden.

Mit der Ausgabe 4/2008 von *politik und kultur* begann unter dem Titel „Kulturlandschaft Deutschland“ eine neue Reihe, die sich dem kulturellen Leben in den Regionen widmet. Zum Auftakt dieser Reihe stellte *Wolfgang Suttner*, Kulturreferent des Kreises Siegen-Wittgenstein und Stellvertretender Sprecher des Deutschen Kunstrats, das kulturelle Leben dieses Kreises vor; *Adalbert Kienle*, Stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands, setzte sich mit Vorurteilen, mit denen der Kulturarbeit des Bauernverbands begegnet wird, auseinander; *Hans-Peter Kröger*, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands, unterstrich, dass die Musikverbände der Feuerwehren die größte Einzelgruppen im Bereich des instrumentalen Laienmusizierens darstellen; *Jakob Johannes Koch*, Kulturreferent der Deutschen Bischofskonferenz, präsentierte die kulturelle Leistung der katholischen Kirche im ländlichen Raum und *Axel Noack*, Bischof der Evangelischen Kirche in der Kirchenprovinz Sachsen, verdeutlichte, dass die Kirchen gerade in den vom demografischen Wandel betroffenen Regionen Ostdeutschlands oftmals der einzig verbliebene kulturelle Ort sind, der seine Bedeutung behält, obwohl die Mehrzahl der Ortsbewohner keiner Kirche angehört.

In Ausgabe 5/2008 setzten sich *Gitta Connemann*, Mitglied des Deutschen Bundestags und *Gerd Dallmann*, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Niedersachsen, mit dem Thema auseinander.

In dieser Ausgabe stellt Inge Gotzmann die Arbeit des Bund Heimat und Umwelt vor und *Horst Conradt* berichtet von der filmkulturellen Arbeit in der Basiskulturfabrik in Neustrelitz.

Die Redaktion ■

Kino in der Provinz

„Unterhaltung kann die wirksamste Art des Lernens sein.“ (Herbert Marcuse) • Von Horst Conradt

Olaf Zimmermann fragte mich in einem Schreiben des Deutschen Kulturrates vom 22.9.2008: „Für unsere Leserinnen und Leser wäre sehr interessant zu erfahren, warum Sie sich dafür entschieden haben, im ländlichen Raum auf Filmvermittlung zu setzen und wie es Ihnen gelingt, ein Publikum für die von Ihnen gezeigten Filme zu gewinnen“.

Bevor ich auf diese Frage eingehe, möchte ich den „ländlichen Raum“, in dem ich seit 1991 lebe und arbeite, kurz darstellen. Denn die Besonderheiten, die ich hier angetroffen habe, waren und sind ein wesentlicher Teil meiner Motivation, mich hier anzusiedeln – und zu bleiben.

„Die Provinz ist bunt und lebendig!“ Dieses Motto trifft zu auf sehr viele Regionen in Deutschland und erst recht auf den Landkreis Mecklenburg-Strelitz, im Südosten von Mecklenburg-Vorpommern gelegen, unmittelbar an der nördlichen Grenze Brandenburgs, genau 100 km nördlich von Berlin (70 Min. von Berlin Hbf bis Neustrelitz Hbf). Dieser Landkreis umfasst im wesentlichen das ehemalige Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz. Die ehemalige Residenzstadt heißt Neustrelitz und ist heute Kreisstadt. 22.500 Menschen leben hier mitten in der Mecklenburgischen Seenplatte, mitten im Müritz-Nationalpark. Die Stadt feiert dieses Jahr ihr 275-jähriges Bestehen. Der Baumeister Julius Löwe aus Braunschweig legte die Stadt nach einer italienischen Idealstadtvorlage des 16. Jahrhunderts an und gestaltete das barocke Stadtzentrum mit Markt und acht strahlenförmig von ihm abgehenden Straßen. Friedrich Wilhelm Buttel, ein Schüler Schinkels, wirkte im 19. Jahrhundert 50 Jahre lang in Neustrelitz und prägte das Stadtbild in bevorzugter Synthese aus Neugotik und Klassizismus.

Seit mehr als 300 Jahren wird Theater gespielt in der Region und seit 1775 mit einer eigenen Theatertruppe. Das Landestheater in Neustrelitz sowie das Schauspielhaus und die Konzertkirche im 30 km entfernten Neubrandenburg bilden die Theater- und Orchester GmbH mit eigenem Schauspiel- und Musiktheaterensemble sowie einer Philharmonie. Die Gesellschafter sind ca. 30 Kommunen im Umkreis von ca. 40 km. Die Angebote reichen von Konzerten, Opern, Operetten und Musicals bis hin zu Schauspielaufführungen wie z.B. „Der Sturm“ von Shakespeare oder „Jubiläum“ von Tabori. Es gibt in Neustrelitz eine professionelle Tanzkompanie und eine bundesweit bekannte Musikschule. Im Landkreis leben mehr als 30 professionelle Bildende Künstler (Maler, Bildhauer, Fotografen), und es gibt die inzwischen auch überregional beachtete „Plastikgalerie Schlosskirche“.

Der Landkreis Mecklenburg-Strelitz leistet sich einen mit 5.000 Euro dotieren „Daniel-Sanders-Kulturpreis“, benannt nach dem großen deutschen Sprachforscher Daniel Sanders, der hier im 19. Jahrhundert „Das Wörterbuch der deutschen Sprache“ entwickelt hatte, er war Schulleiter und maßgeblicher Aktivist der 1848er Bewegung in Mecklenburg-Strelitz und verantwortlicher Redakteur bei den „Blättern für freies Volksthum“, Schriften, die die demokratischen Ziele der 1848er Bewegung propagierten. So liegt seiner Sprachwissenschaft und seinem Kulturkonzept eine überraschend moderne, kritisch-emanzipatorische Didaktik zugrunde: „Fühlen und Denken, das zum Handeln führt!“ In seinem Wörterbuch definiert Sanders Kultur so: „Kultur heißt Übung aller Kräfte auf den Zweck der völligen Freiheit, der völligen Unabhängigkeit von Allem, was nicht wir selbst, unser reines Selbst ist.“ Eine präzise Sprache, eine klare Orientierung auf die kulturellen Leitideen einer aufgeklärten, humanistischen Gesellschaft, der bewusste Bezug genau auf diese Traditionen unserer Geschichte und das sich praktisch-gestaltende Einmischen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sind die Elemente einer emanzipatorischen – auch wissenschaftlichen – Arbeit. Es ist bei Sanders die Definition eines Kulturbegriffs zu entdecken, der davon ausgeht, dass am besten am konkreten eigenen Denken und Fühlen gelernt und erlebt werden kann, was Kunst und Kultur für die eigene Lebensqualität bedeutet.

Fühlen und Denken, das zum Handeln führt, das ist sozusagen das didaktische Kredo für meine kulturvermittelnde Praxis in Neustrelitz.

In diesem historischen und kulturellen Umfeld betreibe ich das „Kulturzentrum Alte Kachelofenfabrik“ mit zwei Kinos, einer Galerie und einer Gaststätte (fabrik - kino - kneipe - galerie). Schwerpunkt der kulturellen Arbeit ist die Kinoarbeit mit einem Programmkino (kino 1 mit 70 Plätzen in der ehemaligen Glasurstube), in dem täglich auf zwei Abendschienen zwei verschiedene Arthouse-Filme gezeigt werden und ein Klubkino (kino 2 mit 40 Plätzen in der ehemaligen Schlosserei) mit Filmreihen zu Regisseuren, Themen, Filmländern usw., sehr vielen Filmgesprächen mit Filmemachern und Filmemacherinnen, Vorträgen usw.

Kino mache ich seit 1983, seit ich in der oberhessischen Kleinstadt Lich in der Nähe von Gießen das KINO TRAUMSTERN mit gegründet habe. 1993 eröffnete ich gemeinsam mit vielen Filmfreunden in Neustreliltz erst das Klubkino, und seit 2000 gibt es die beiden Kinos. Kino ist der maßgebliche Raum für die Präsentation von Filmkunst. Kino ist – wenn in ihm Filmkunst gezeigt wird – ein kultureller Ort. Dieser kulturelle Ort – eingebettet in das Ambiente der denkmalgeschützten „Alten Kachelofenfabrik“ – lädt ein zur Auseinandersetzung über die gesehenen Filme. Dadurch, dass der Gang ins Kino sich nicht reduziert auf das schnelle Konsumieren eines (leicht verdaulichen) Films, wird Kino zu einem Erlebnis, das wiederholt werden will, den Blick für die Filmkunst schärft und den Blick wandern lässt zu den anderen Künsten und für diese interessiert. Dafür ist die „Alte Kachelofenfabrik“ prädestiniert: Eine Verbindung zu Ausstellungseröffnungen, Filme in Bezug auf aktuelle Produktionen im Theater, Film begleitend zu unseren Lesereihen, Film in Verbindung mit kulinarischen Erlebnissen, Film als Ausgangsbasis für Gespräche und Diskussionen, Film als Medium der Auseinandersetzung zwischen den Generationen, als äußerst anregendes Medium, sich mit gesellschaftlich wichtigen Fragen zu beschäftigen. So waren z.B. die beiden Filmfestivals „ueber arbeiten“ und „ueber morgen“, die bundesweit durchgeführt wurden, in Neustrelitz ein großer Erfolg, weil hier Experten aus den verschiedensten sozialen und politischen Bereichen mit dem Publikum ins Gespräch kommen konnten. Kino als spannende und wirksame Art des Lernens und der kulturellen Bildung!

Aber immer wieder ist es wichtig von „Film im Kino“ zu sprechen. Die Form der Präsentation der Filme bestimmt nicht unwesentlich die Rezeptionsbedingungen für die Vermittlung der Inhalte. Und im Kinoraum den Film zu diskutieren mit allen, die ihn (meistens) unterschiedlich wahrgenommen haben, führt zu neuen Erkenntnissen. Oft ist zu beobachten, dass erst im Gespräch (über den Film) eigene Sichtweisen und Anschauungen in Frage gestellt werden, die vorher und auch noch unmittelbar nach dem Filmerlebnis (noch vor der Diskussion) unerschütterlich fest zu

Die „Alte Kachelofenfabrik“ mit den beiden Kinos **© Horst Conradt, Neustrelitz**

stehen schienen. Filme werden nach solche Gesprächen genauer und auch anders, fachkundiger gesehen. Es beginnt eine wirklich kreative Aneignung von Film im Sinne der vorher zitierten Sanderschen Kulturdefinition. Die gemeinschaftliche Aussprache über das Kunsterlebnis/Filmvorführung im Kino trägt zur Emanzipation des einzelnen Kinobesuchers bei, fördert eindeutig seine Emanzipation vom normiertem Denken.

So erklärte der Galerist Bernd Heise (jetzt Leiter des Leonardi-Museums in Dresden) in seiner Laudatio auf den Sanders-Kulturpreisträger 2000 (den Preis habe ich für meine Arbeit im „Kulturzentrum Alte Kachelofenfabrik“ erhalten): „So gelang es in der Summe eine völlig neue Qualität des Kulturangebotes im Territorium zu etablieren – es entstand ein Ort, an dem sich eine Öffentlichkeit unter Anregung durch verschiedene Künste über ästhetische, soziale und ethische Fragen ihrer Zukunft verständigen konnte. Dieser Ort bietet eine nicht zu unterschätzende Chance für unsere Region und verlangt eine ebenso große Verantwortung.“ Frei nach Brechts Gedicht „Wer erbaute ...“, ist natürlich zu ergänzen, dass diese wirklich besondere Chance für kulturelle Bildung im besten hedonistischen Sinne eine echte Gemeinschaftsleistung ist! Ohne die vielen ehrenamtlich Aktiven (als Leserin/Leser dieser Zeitung kennen Sie das genau) müssten wir schon morgen schließen. Aber es passt gut (auch wenn es sehr anstrengend ist) in die Didaktik solcher Kulturarbeit, dass sie auf das Mittätigsein anderer angewiesen ist. Und der Laudator für den Daniel-Sanders-Kulturpreisträger beendete seine kurze Rede mit einem Rück- und Ausblick: „Ich danke den Stiftern des Daniel Sanders-Kulturpreises für den gewährten kulturellen Spielraum, ich danke Horst Conradt, dass er sich mit gewährten Spielräumen nie zufrieden gibt, sondern versucht, sie beständig zu erweitern, um seinerseits erweiterte Spielräume zu schaffen, ich lade Sie, meine Damen und meine Herren, ein, die Spielräume dieser kulturell so gesegneten Region im allgemeinen und der Kachelofenfabrik im besonderen zu nutzen, zu schützen und zu erweitern ... so nämlich (um die didaktische Pointe eines Gedichtes zu bemühen) ehren wir ihn, indem wir uns nutzen.“

Angesichts der Tatsachen, dass es keine Hochschule gibt in Neustrelitz, also keine Studenten oder sonstiges wissenschaftliches Personal, und die Jugendlichen nach dem Schulabschluss weitgehend die Region aus beruflichen Gründen verlassen (müssen), sind wir darauf angewiesen, uns auf die kulturell interessierten Bildungsbürger zu konzentrieren. Von ihnen werden unsere Angebote gerne genutzt. Und auch die Gäste des angeschlossenen „Öko-Hotels“ (zumeist aus den alten Bundesländern) gehören zu den Besuchern und Besucherinnen, so dass es jeweils sehr spannende Ost-West-Begegnungen gibt. Das Zentrum präsentiert sich auch nach 15 Jahren immer noch bunt und lebendig und das Publikum dankt es uns – zuletzt dadurch, dass es blitzschnell 1.000 Unterschriften gegen die Kürzung des städtischen Zuschusses für das Kino 2 (Klubkino) gesammelt hat und viele Leserbriefe, die dagegen protestiert haben, erschienen sind: Der Betrag von 4.000 Euro pro Jahr sollte auf 2.000 gekürzt werden. Die Kürzungsentscheidung des Kulturausschusses der Stadtvertretung wurde danach zurück genommen. Dies ist die einzige öffentliche Förderung für das Kulturzentrum. Aber das ist schon ein anderes – den Leserinnen und Lesern dieser Zeitung allerdings sehr bekanntes – Thema.

Der Verfasser ist Geschäftsführer der basiskulturfabrik gmbh und Vorstandsmitglied des „Neustrelitzer Kulturrates e.V.“ ■

Abonnieren oder empfehlen Sie puk und Sie erhalten ein ganz besonderes Dankeschön!

STREITFALL COMPUTERSPIELE: COMPUTERSPIELE ZWISCHEN KULTURELLER BILDUNG, KUNSTFREIHEIT UND JUGENDSCHUTZ.

Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 140 Seiten,
ISBN 978-3-934868-15-1, ISSN: 1865-2689,
Preis: 9,00 Euro (+ 2,50 Euro für Porto und Verpackung)

2. überarbeitete und erweiterte Auflage

Ich möchte politik und kultur (puk) abonnieren (€ 18,00/6 Ausgaben im Jahr, inkl. Porto) und erhalte als Geschenk das Buch:

Streitfall Computerspiele

Meine Adresse (=Rechnungsanschrift)

Ich abonniere puk

Name

Straße

PLZ **Ort**

Unterschrift/Datum

Coupon einsenden/faxen an: Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin, Fax: 030/24 72 12 45

Die Welt ist tonreich und laut geworden

Hören und Kultur – eine unbeachtete Beziehung • Von Hans-Jürgen Krug

Anfang 2004 standen plötzlich die Videoaufnahmen von der Enthauptung des Amerikaners Nicholas Berg (im Irak) im Internet und gingen dann in die Berichterstattung der Massenmedien ein. Auch das ZDF nahm sich des Themas an, sehr vorsichtig und ausgewählt. Man verzichtete auf besonders brutale Ausschnitte, reduzierte das anonym hergestellte Video auf ein Standbild – und vergaß den Ton. Hinter der erklärenden Reporterstimme und den ausgewählten Standbildern waren die Schmerzenslaute original zu hören. Sie wurden mitgesendet. Im vermeintlichen Bilder-Medium Fernsehen kam der Schrecken aus dem Ton.

Töne und Originaltöne, Klänge und Geräusche, Worte und Musik, kurz: das Akustische und das Orale sind überall – und sie sind von großer Kraft. In den frühen Gesellschaften wurde vor allem gesprochen und das Orale, das Mündliche spielte im Alltag und in der Kultur eine herausragende, verbindende Rolle; jedes Individuum war „durch psychoakustische Nabelschnüre … mit dem Gruppenklangkörper mehr oder weniger kontinuierlich verbunden“ (Peter Sloterdijk). Erst in den Gesellschaften der „Gutenberg-Galaxis“ (nach 1450) wurde der Stellenwert des Oralen nach und nach zurückgedrängt; die Bevorzugung von Buch, Zeitung und leisem Lesen begann. Lesen und Schreiben wurden seit der Einführung der Schulpflicht in den Schulen gelehrt, das Hören nicht. Das Hören wurde in den modernen Gesellschaften deshalb zu einer eher vernachlässigbaren Sinnestätigkeit. Man hörte quasi naturwüchsig, ohne Hör-Alphabetisierung.

Der 1923 in Deutschland gestartete Hörfunk konnte diese Bevorzugung der Schrift nicht wirklich verändern. Das Radio mit seiner sekundären Oralität war flüchtig und die Programme waren lange nicht aufzuzeichnen; der Hörfunk wirkte eher indirekt durch seine Sprechstile auf die Hörer, ihr Hören und vielleicht sogar auf die Gemeinschaftsbildung. „Die Gemeinschaft“, so hielt der kanadische Klangforscher Murray Schafer fest, „die vorher durch ihre Glocke oder den Tempelgong definiert worden war, wurde jetzt durch ihren örtlichen Sender gebildet.“ Doch schon nach dem 2. Weltkrieg wurde das Bildmedium Fernsehen – das freilich nie ohne Ton auskam – zum populärsten elektronischen Medium. Erst die neuen digitalen Medien machen seit etwa 2000 offenbar auch eine Rückkehr zum Auditiven und Oralen möglich. Von einigen Marketingabteilungen wurde inzwischen die „Renaissance des Hörens“ ausgerufen; Medientheoretiker wie Nobert Bolz gehen sogar von einer „Kultur der neuen Oralität“ aus. Jetzt aber nicht mehr in „tribalem, sondern in globalem Maßstab“ in den elektronischen Netzwerken. Radio, Telefon, Fernsehen - alles ist hier jederzeit möglich. McLuhans frühe Prophezeiung von der ausstehenden „Neubelebung der oralen und auditiven Werte“ scheint eingetroffen.

Messestand auf der Leipziger Buchmesse 2008 „Offensive für das Ohr“ **© Initiative Hören**

Während die vormoderne Welt weitgehend aus (vergleichsweise) wenigen natürlichen Tönen bestand, ist die Moderne mit all ihren neuen, technisch produzierten Lauten tonreich und laut geworden. Man hört nicht mehr nur Menschen, Vögel oder Flüsse, sondern auch Flugzeuge und Autos, Baumaschinen und Radios, Kühlschränke und Fernseher, und längst bestimmt nicht mehr die Funktionalität den Klang von Autotüren, sondern der Klangtechniker. Die Bedeutung des Akustischen stieg also nicht nur in den Medien, sondern auch im Alltag; und sie wird dort mal als Bereicherung, und zunehmend vor allem als Belästigung oder Gesundheitsschädigung wahrgenommen.

Der Alltag ist das eine, die Mediennutzung etwas anderes. Auch die Kunst scheint sich wieder vermehrt des Akustischen anzunehmen, wie u.a. die Einführung des „Deutschen Klangkunst-Preises“ 2002 durch Initiative Hören, Kulturradio WDR 3 und Skulpturenmuseum Glaskasten Marl belegt. Für das Hörspiel und das Hörbuch wurde inzwischen eine „Renaissance des Hörens“ ausgerufen. Auch hier ist die Einführung eines bundesweiten Preises, des Deutschen Hörbuchpreises (seit 2004) zu verzeichnen.

Aber die verstärkte Beachtung des Akustischen findet nicht nur bei den Audiomedien statt. Die moderne Klangkunst geht weit über das Radio hinaus; Leser finden ihre Freude daran, Vorleseveranstaltungen zu besuchen und Buchstaben als Töne zu erleben. Auf der Lit.Cologne werden Bücher zu akustischen Events; Vorlesen ist wieder angesagt und das dem leisen Lesen Verborgene gewinnt neuen Reiz. Am Ende der Gutenberg-Galaxis scheint ein neues Kulturpublikum zu entstehen, das vom Hörerlebnis ausgeht.

Doch was ist gutes Hören? Das Projekt AUDITORIX versucht dieser Frage bereits für Kinder nachzugehen und Antworten zu geben, die zumindest eines mit Sicherheit bewirken: Dass die überkommende Hierarchie von Hören und Sehen nicht mehr unreflektiert weitergegeben wird.

Jedes Zeitalter hat seine eigenen Vorstellungen von Hörräumen und Akustik. Am Ende des 17. Jahrhunderts – so berichtete einst Richard Alewyn – ging es in manchen deutschen Universitätsstädten so zu: „Man mietete ein Gesellschaftszimmer wo man reihum Klopstock rezitierte, sich umarmte und Küsse tauschte“. Und ganz nebenbei auch noch eine – damals – vergängliche akustische Kultur lebte.

Es ist an der Zeit, neu über das Verhältnis vom Hören, Kultur und Medien nachzudenken.

Der Verfasser ist Publizist und Medienwissenschaftler. 2008 erschien sein Buch „Kleine Geschichte des Hörspiels“ (UVK) in der 2., aktualisierten und erweiterten Auflage ■

Initiative Hören

Haben Sie schon gehört… damit beginnen sechs knappe und prägnante Zusammenfassungen der Initiative Hören zur Bedeutung des Hörens. Das Thema Hören wird hier von unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Es kommen der gesundheitliche, der Bildungs- und der künstlerische Aspekt zum Ausdruck.

Darin finden sich die Mitglieder der am 2. März 2001 gegründeten Initiative Hören wieder. Mitglieder der Initiative Hören sind Verbände und Organisationen aus den Bereichen Gesundheit, kulturelle Bildung und Kunst. Sie verbindet das Anliegen, die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Hörens öffentlich zu vertreten und auf die gesundheitliche, die pädagogische und kulturelle Bedeutung des Hörens aufmerksam zu machen. Der Deutsche Kulturrat, die Deutsche Orchestervereinigung, der WDR und andere gehörten zu den Gründungsmitgliedern der Initiative Hören.

Ziele der Initiative Hören sind u.a.:
- Förderung der Zuhör-Fähigkeit bei Kindern und Jugendlichen
- Stärkung kultureller Grundlagenkompetenzen
- Prävention von Gesundheitsschäden
- Integration von Hörbehinderten
- Eindämmung der Ursache für Hörgeschädigungen
- Verminderung der Lärmbelästigung in Freizeit und Arbeit
- Entwicklung integrierter Ausbildungsmodelle zum Thema Akustik in Architektur und Städtebau
- Unterstützung gesellschaftsweiter Wissensvermittlung zur auditiven Wahrnehmung in Bildungseinrichtungen für alle Altersstufen
- Vermittlung der Grundschulungen für Fachberufe (Musiker, Pädagogen, Tontechniker, Tonmeister, Produzenten, Redakteure)
- Bereitstellung didaktischer Modelle der "Sinneskompetenz"-Bildung für Kindergärten und Grundschulen

Die Initiative Hören führt selbst Vorhaben durch und beteiligt sich als Kooperationspartner an Projekten. Seit ihrem Bestehen wurden folgende Projekte verwirklicht bzw. sich beteiligt: 2002 Deutscher Klangkunst-Preis (seither alle zwei Jahre) www.klangkunstpreis.de, 2004 SoundART Ausstellung (seither jährlich) www.soundart-nrw.net, 2004 PC-Spiel „Radio 108,8“ (BZgA, 200.000 Exemplare) www.radio108.de, 2005 Leopold-Preis (Medienpreis VdM) www.leopold-preis.de, 2005 AudioBooksCologne in der lit.COLOGNE www.litcologne.de, 2006 Macht Musik (Ausstellung DASA) www.macht-musik.de, 2006 FORUM HÖREN (seither jährlich) www.forumhoeren.de, 2006 Junge Ohren Wettbewerb (DOV, seither jährlich) www.junge-ohren.de, 2007 Hören mit Qualität (mit LfM NRW) www.hoerbuchsiegel.de, 2008 Lernsoftware AUDITORIX (mit LfM NRW) www.auditorix.de, 2009 Eltern und Medien: Elternfortbildung „Hören“ www.lfm-nrw.de .

Die folgenden Beiträge vermitteln einen Eindruck von der Arbeit der Initiative Hören. Der Publizist und Medienwissenschaftler *Hans-Jürgen Krug* setzt sich mit der Beziehung von Hören und Kultur auseinander. *Uwe Rüth* stellt den Deutschen Klangkunstpreis vor. *Helga Kleinen* berichtet über die Bildungsarbeit der Schule des Hörens in Köln.

Die Redaktion ■

Verfeinerung der Sinnenkompetenz

Zur Klangkunst • Von Uwe Rüth

Klangkunst nimmt das auf, was schon seit frühester Zeit in religiösen und profanen Riten die Atmosphäre der Versammlungen bestimmte: Akustische und optische Momente durchdringen sich zu einer einheitlichen sinnlichen Stimmung, die den Raum erfüllt und damit auch die Gefühle und Gedanken der dort versammelten Menschen. Die suggestive Kraft der durch Gesänge oder musikalische Darbietungen mit rituellen Handlungen und geheimnisvollen Räumen verbundenen Gesamterlebnisse wirkt heute noch in kirchlichen und weltlichen Festakten nach.

Die Bildenden Künstler Europas wiederum entwickelten die ästhetische Vorstellung und Ausdrucksweise des Raumes in ihren Kunstwerken seit der Frührenaissance ständig fort und spiegelten auf ihre Weise die sich erweiternde Weltsicht der Menschheit wider. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts mehren sich die Tendenzen, unterschiedliche künstlerische Gattungen und deren Sinnesansprache zur Intensivierung räumlicher und emotionaler Erlebnisweisen zu vernetzten: Richard Wagners Streben nach dem Gesamtkunstwerk und Alexander Skrjapins Versuche, Farben und Töne als äquivalente künstlerische Ausdrucksmittel parallel wirken zu lassen, sind wohl die bekanntesten Beispiele.

In den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts traten neben künstlerischen Präzisierungen, besonders am Bauhaus, auch literarische und wissenschaftliche Äußerungen hinzu. Paul Valérys 1923 geschriebener Satz: „Ich möchte den Gesang der Säulen hören und mir im klaren Himmel das Denkmal einer Melodie vorstellen“, lässt Bildkünstlerisches und Akustisches zur Einheit eines gemeinsamen sinnlichen Erlebnisses verschmelzen. Der Philosoph Edmund Husserl wiederum weist als erster 1925/26 auf die Vernetzung unterschiedlicher sinnlicher Reize im menschlichen Wahrnehmungsprozess hin: „Der Leib fungiert beständig mit als Wahrnehmungsorgan und ist dabei in sich selbst wieder ein ganzes System aufeinander abgestimmter Wahrnehmungsorgane. Der Leib ist in sich charakterisiert als Wahrnehmungsleib.“ Für den Künstler bedeutet diese Feststellung, dass das unterschiedliche Sinne ansprechende Werk eine intensivierte und sensibilisierte Reaktion und Erfahrung im „ganzen“ Rezipienten hervorruft.

Auf diesen Erkenntnissen baut die junge, mit dem Begriff „Klangkunst“ bezeichnete Kunstrichtung auf. Klänge beeinflussen den Raum sowie

Weiter auf Seite 25

Fortsetzung von Seite 24

die in ihm befindlichen Körper – der Raum und die in ihm befindlichen Körper beeinflussen die Klänge. Hierdurch werden umfassendere sinnliche Erlebnisse provoziert, die sich zum eigentlichen Kunsterlebnis – ästhetisch wie inhaltlich – verdichten. Als 1952 der amerikanische Avantgarde-Komponist John Cage seine „Komposition 4'33" vorstellte, erfuhren die Besucher die intensive Wirkung des Raums als einen aus sich selbst heraus sich formenden ästhetischen Körper: Der Pianist schlägt den Deckel des Klaviers auf, setzt sich in Position und verhält sich, ohne einen Ton zu spielen, vier Minuten 33 Sekunden still. Die sinnlich angespannten Besucher erfahren die natürlichen Klänge des Raumes in Verbindung mit dessen optischer Struktur als ein simultanes ästhetisches Ereignis – Raum und Geräusche vereinen sich in der Wahrnehmung und vermitteln dem konzentriert Anwesenden eine eindringliche, ganzheitliche Erfahrung. „Mit meinen Bildern schaffe ich einen musikalischen Raum. Mit meiner Musik schaffe ich einen bildnerischen Raum. Bilder und Musik sind gleichwertig. Sie treffen sich im Kopf des Betrachters und Zuhörers und ergeben in ihm etwas Neues", so fasst Rolf Julius, der wohl wichtigste deutsche Klangkünstler, dieses Phänomen der Klangkunst zusammen.

Heute hat sich die Klangkunst zu einer breit gefächerten, eigenständigen Ausdrucksform entwickelt, deren Grenzen nur schwer zu ziehen sind: So werden Jean Tinguelys klappernden, kreischenden oder klingenden Materialplastiken ebenso hinzugezählt, wie Christina Kubischs fast nicht zu hörende Ultraschallwellen-Arbeiten, Peter Vogels kybernetische Reflexobjekte ebenso wie die Klangwolken von Andreas Oldörp. Klangkünstler kommen sowohl von der experimentellen Musik wie von der Bildenden Kunst her – beide Richtungen eint das Bestreben, Raum-Zeit-Komponenten zu vereinen. Klangkunst sensibilisiert den Rezipienten auf der einen Seite für die Differenzierung alltäglicher Wahrnehmungen und deren ästhetischer Strukturen, wie sie den Künstlern auch neue Möglichkeiten der inhaltlichen Bearbeitung soziologischer, politischer und umweltbezogener Themen erschließt. „Die Welt ist Klang" heißt der Titel eines Buches von Joachim Ernst Behrendt: Es besitzt jeder Gegenstand, jeder Raum, jede Stadt, jede Landschaft, ja, jedes Volk und jeder Mensch einen eigenen, einzigartigen Klang, den zu finden, aufzudecken und ästhetisch und inhaltlich ‚in den Raum zu stellen, der Klangkünstler angetreten ist und den der Rezipient aufgerufen ist, nachzuvollziehen und zu erleben. Dies zu können aber heißt für den Künstler wie für den hörenden Betrachter, sich eine Sensibilität der Sinnenkompetenz zu erarbeiten, die sie feinfühliger machen für die Dinge, die unsere Welt bestimmen und charakterisieren.

Seit 2002 ist der Klangkunst durch den Deutschen Klangkunst-Preis ein Forum gegeben, sich darzustellen, neue Entwicklungen zu präsentieren und neu anzuregen. Gleichzeitig ist er aber auch durch die Vergabe zweier Ehrenpreise an jeweils einen verdienstvollen Künstler und einen Vermittler auf die Vergangenheit ausgerichtet: Neues fördern und realisieren sowie Verdienste ehren sind die Ziele dieses Preises, der mittlerweile

Uwe Rüth zur Eröffnung der SoundART 2006 in Köln © Initiative Hören

schon eine eigene Geschichte hat: www.klangkunstpreis.de.

Nicht von ungefähr sind gemeinsam mit der INITIATIVE HÖREN das Kulturradio WDR 3 und das Skulpturenmuseum Glaskasten Marl die Betreiber des Deutschen Klangkunst-Preises. Es haben sich damit Veranstalter zusammen gefunden, die in ihrer jeweiligen konzeptuellen Ausrichtung jeweils dem Experimentellen und dem Medialen einen bedeutenden Platz einräumen: WDR 3 in Bezug auf die Akustische Kunst und deren radiophone Komponenten, das Skulpturenmuseum Glaskasten Marl mit der Erweiterung der räumlichen Kunst durch die Neuen Medien, insbesondere Video- und Klangkunst; die INITIATIVE HÖREN als Netzwerk, das Medien und Bildung in besonderer Weise zusammenführt und mediale Kommunikationsplattformen aufbaut. Im Hintergrund der Unternehmung steht das Bestreben, die Sinnenkompetenz des Menschen anzusprechen und zu verfeinern. So konnte Karl Karst im Vorwort des Katalogs zum ersten Deutschen Klangkunst-Preis mit Bezug auf das Hören bemerken: „Der Deutsche Klangkunst-Preis setzt ein Zeichen für die Bedeutung einer Wahrnehmungs-Dimension, deren Wichtigkeit die Kunst – als Vorreiterin gesellschaftlicher Prozesse – längst erkannt hat."

Der Deutsche Klangkunst-Preis wurde am 15. Juni 2008 zum vierten Mal vergeben. Im Nachgang findet ebenfalls zum vierten Mal die SoundART-Ausstellung (www.soundart-nrw.net) statt, die bis zum 2. November im WDR-Funkhaus zu erleben ist.

Der Verfasser war bis Ende 2007 Direktor des Skulpturenmuseums Glaskasten Marl und ist Mitherausgeber des Deutschen Klangkunst-Preises ■

Schule des Hörens

Hör-Erziehung als Voraussetzung für eine gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe • Von Helga Kleinen

Kinder öffnen sich der Welt mit allen ihren Sinnen. Vornehmlich im Spielen eignen sie sich die Welt an, machen sie sich mit ihrer Umwelt vertraut, entwickeln ihre Kräfte und Fähigkeiten. Kinder sind neugierig, wollen ausprobieren, mitmachen, selber machen – hörend, fühlend, tastend, sehend, riechend, schmeckend bei einer Sache verweilen. Ihre Welterkundung und Weltaneignung verlangt Geduld, Behutsamkeit und Zeit.

Unsere schnelllebige Gesellschaft trägt diesem Bedürfnis jedoch nur selten Rechnung. Das Leben der Kinder verläuft nach festen Terminplänen, es ist durchstrukturiert und -organisiert. Kinder müssen sich den (Unruhe-) Zeiten und der Hast der Erwachsenen anpassen. Immer mehr Pädagogen, Therapeuten und Ärzte machen sich Sorgen über die Zunahme von Konzentrationsschwierigkeiten und die Abnahme der Zuhörfähigkeit bei Kindern. Der Fachbegriff ADS-Syndrom (Aufmerksamkeitsdefizit) ist in aller Munde.

Die Beeinträchtigung der auditiven Wahrnehmung bei Kindern führt zu erheblichen sprachlich-kommunikativen und psychosozialen Beeinträchtigungen und hat Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung. Defizite im emotional-sozialen, motorischen und kognitiven Bereich, in der Entfaltung des sprachlogischen Denkens und Handelns sowie im Lern- und Arbeitsverhalten sind nicht selten. Die Notwendigkeit, durch frühzeitige Vermittlung von Kenntnissen und Erfahrungen im Bereich des Zuhörens präventiv vorzugehen, ist mittlerweile erkannt. Doch eine gezielte Hör-Erziehung findet in den Kindergärten und Schulen in der Regel bislang nicht statt.

Ziel der Schule des Hörens ist es, die Schulung der Sinneskompetenz „Hören" – als Basis der menschlichen Kommunikation und als Voraussetzung für Medien- und Gesellschaftskompetenz – durch geeignete Maßnahmen und (meist kostenlos abgegebene) Materialien in der frühkindlichen Erziehung, im schulischen Bildungskanon und in der beruflichen und außerberuflichen Fortbildung fest zu verankern. Zu diesem Zweck entwickelt der gemeinnützige Projektkreis Schule des Hörens e.V. seit über 10 Jahren zielgruppengerechte Schulungsmaterialien, Bildungsmedien, Internetpräsenzen, Workshop-, Seminar- und Veranstaltungskonzepte in Verbindung mit Landes- und Bundeseinrichtungen sowie mit öffentlichen Trägern.

Weltkindertag-Aktion PC-Spiel Radio 108,8 für Kinder © Initiative Hören

„Prävention durch Faszination" lautet der grundlegende Ansatz, den Karl Karst, Gründer der Schule des Hörens und heutiger Programmchef WDR 3, für die Arbeit der Schule des Hörens geprägt hat. Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene sollen die Bedeutung des Hörens und Zuhörens durch eigenes Erleben begreifen und über direktes, oft spielerisches oder ästhetisches Erfassen nachhaltig und bleibend verinnerlichen. Die faszinierenden Qualitäten des Sinnesorgans Ohr können bei geeigneter Verdeutlichung bewusst machen, wie wichtig die Ohren (und die eigenen Sinne insgesamt) für das tägliche Leben sind. Wer sinnlich erfährt, wie sehr uns das Hören in allen Lebenssituationen prägt, wer fasziniert ist von der unglaublichen Leistung dieses Organs, der wird sein Gehör wertschätzen und es schützen – das ist die schon vielfach erprobte Grundthese von Karl Karst, die sich in allen Handreichungen und (in der Regel kostenlos abgegebenen) Publikationen der Schule des Hörens wiederfindet.

„Sinneskompetenz vor Medienkompetenz" lautet ein weiterer, von Karl Karst entwickelter Grundsatz der Schule des Hörens: Bewusst erlebt und eingesetzt können Medien die Freude an Informationsaustausch und Kommunikation steigern. Sie können die Bereitschaft zum Hin- und Zuhören fördern, Neugierde wecken, zur aktiven Weltaneignung beitragen und damit letztlich die Lebensfähigkeit stärken. Ein aktiver, kreativer und sicherer Umgang mit modernen Medien setzt aber die Kenntnis nicht nur der Medien, sondern auch der menschlichen Sinne voraus, die ihre Grundlage sind. Die Bildungsangebote der Schule des Hörens setzen dem weit verbreiteten unbewussten und passiven Konsum und „Nebenbeihören" ein aktives Tun und Hinhören entgegen. Sie wollen die positiven Aspekte und Möglichkeiten der Mediennutzung aufzeigen und wichtige Zusammenhänge vermitteln, die in den modernen Medien, aber auch in der Werbung und in der Produktentwicklung seit langem eingesetzt werden.

Mit einer sinnlich-kreativen Hör-Erziehung sollen sich die Hör- und Mediengewohnheiten der Kinder verändern – das ist z.B. das Ziel des Projekts „Hören mit Qualität", das die Schule des Hörens für die Landesanstalt für Medien NRW und die Initiative Hören in der Hörspielwerkstatt AUDITORIX umgesetzt hat. Die Kinder lernen ihr Geschmacksurteil zu verfeinern und zu kultivieren, um unterschieden zu lernen, was Qualität ist und was nicht.

„Hörerziehung" vermag Brücken zu anderen Sinneswahrnehmungen und Kulturtechniken zu schlagen. Damit wird auch der Zugang zum Buch bzw. zum Lesen, zur Sprachkompetenz und zum künstlerischen Gestalten gefördert. Langfristig soll die Arbeit der Schule des Hörens dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche zu einem sensiblen, bewussten

Weiter auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

Schule des Hörens

und schonenden Umgang mit ihrem eigenen Sinnen, aber auch mit ihrer sozialen Umwelt gelangen.

Das 1993 in der Bundeskunsthalle Bonn erstmals präsentierte Projekt einer „Schule des Hörens“ wurde von Karl Karst zunächst als Sendereihe des Hörfunks konzipiert. Die Resonanz auf sein Vorhaben führte Ende 1996 zur Gründung des gemeinnützigen Projektkreises Schule des Hörens e. V. in Köln, der seine Arbeit u.a. in Kölner Kindergärten und mit einer künstlerischen Veranstaltungsreihe im Kölner Jazzhaus „Stadtgarten“ aufnahm.

Die Kölner „HEAR.ing“-Veranstaltungen (eine über 4 Jahre laufende monatliche Klangkunst-Reihe) wurde ergänzt durch die „RadioDays“ für Schulen und Bildungseinrichtungen, durch öffentliche Veranstaltungen wie das erste NRW-Hörfestival „Blind Date“, das 1998 im Zusammenhang mit dem Wettbewerb „Jugend macht Radio“ im Kölner Mediapark stattfand und durch Tagungen, Seminare, Vorträge und Ausstellungsprojekte im gesamten Bundesgebiet.

An Bildungsmedien hat der Projektkreis Schule des Hörens entwickelt:

- Olli Ohrwurm und seine Freunde. Schule des Hörens für Kinder (Medienpaket mit zwei CDs für Kindergärten, herausgegeben von der Landeszentrale für Gesundheit in Bayern, nach Evaluierung durch das Bayerische Kultusministerium auch zugelassen für die Grundschulklassen 1 und 2)
- Die neuen Abenteuer mit Olli Ohrwurm und seinen Freunden, Schule des Hörens für Kinder der Klassen 3 und 4 (Medienpaket mit CD für die Grundschule, herausgegeben von der Landeszentrale für Gesundheit in Bayern mit dem Bayerischen Kultusministerium)
- Radio 108,8 PC-Spiel für Kinder ab ca. 10 Jahren (herausgegeben von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, kostenlos beziehbar über die nachfolgend genannte Kinder-Internetseite)
- „Internet für Kinder-Ohren“: www.radio108.de (Kinderdomain im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)
- AUDITORIX Hörspielwerkstatt Lernsoftware für die Grundschule, ausgerichtet an den curricularen Empfehlungen der Klassen 3 und 4 (herausgegeben von der Landesanstalt für Medien NRW, kostenlos beziehbar über die nachfolgend genannte Internetseite)
- www.auditorix.de (Kinderdomain und Informationsseite zum Projekt „Hören mit Qualität“ im Auftrag der Landesanstalt für Medien NRW und der Initiative Hören e.V.)

Die Schule des Hörens ist Gründungsmitglied des bundesweiten Netzwerks INITIATIVE HÖREN und führt dessen Geschäftsstelle in Köln.

Die Verfasserin ist Projektleiterin im Projektkreis Schule des Hörens e.V. in Köln und führt die Geschäftsstelle der Initiative Hören e. V. ■

Haben Sie schon gehört

… dass bereits bei Neugeborenen festgestellt werden kann, ob eine Hörschädigung vorliegt, die bislang aber durchschnittlich erst im 3. Lebensjahr erkannt wird?
Wir setzen uns ein für die Aufnahme des Neugeborenen-Hörscreenings in den Katalog kassenärztlicher Leistungen und fordern die Einführung dieser Vorsorgeuntersuchung, wie sie in Belgien (Flandern), Österreich, der Schweiz, in Polen und in den USA bereits praktiziert wird, flächendeckend für die U 1 nach der Geburt.

… dass das Hören genauso gelernt werden muss wie andere Sinnestechniken?
Wir setzen uns für eine umfassende Sinneskompetenzbildung ein. Bereits in der Ausbildung von Pädagogen soll der Sinneskompetenzbildung eine hohe Aufmerksamkeit geschenkt werden, damit ErzieherInnen und LehrerInnen in der Lage sind, Kinder und Jugendliche in ihrer Sinnesentwicklung zu fördern und gegebenenfalls auch Wahrnehmungsprobleme zu erkennen.

… dass Hören und Sprechen grundlegende Kulturtechniken des Menschen und unabdingbar miteinander verbunden sind?
Wir setzen uns für die Förderung der Hör- und Sprechkultur ein und fordern Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie die Medien dazu auf, durch geeignete Projekte das miteinander Sprechen und das gemeinsame Zuhören zu fördern. Jeder soll hören können und so sprechen lernen, dass andere ihm zuhören.

… dass gemeinsames aktives Musizieren und differenziertes Musikhören die Wahrnehmung schulen und ebenso die Persönlichkeitsbildung und Sozialkompetenz fördern?
Wir setzen uns ein für die Verwirklichung des Rechts aller Kinder auf musikalische Bildung von Anfang an. Grundlage dafür ist ein kontinuierlich aufbauender ganzheitlicher Musikunterricht. Kooperationen mit Musikschulen, Orchestern und anderen Kultureinrichtungen sind Bestandteil der Förderung musikalischer Grundbildung.

Haben Sie schon gehört …
… dass durch eine angemessene Bauakustik in Kindergärten und Schulen die Wahrnehmungs- und Leistungsfähigkeit von Kindern deutlich gesteigert und ihr Sozialverhalten sowie ihre emotionale Befindlichkeit verbessert werden kann?
Wir setzen uns ein für die Berücksichtigung bauakustischer Aspekte beim Neubau und beim Umbau von Kindertagesstätten, Schulen und allen öffentlichen Gebäuden sowie von kommunalen Plätzen und Versammlungsorten. Langfristig gilt es, neben der Stadtbildpflege auch die Stadtklangpflege als verpflichtende Aufgabe der Kommunen fest zu legen.

… dass extrem Lautes eine dauerhafte Hörschädigung verursachen kann?
Wir setzen uns für die Einhaltung von Arbeitsschutzmaßnahmen ein, um gesundes Hören zu erhalten. Ebenso machen wir uns für Lärmschutz im öffentlichen Raum sowie für lärmreduzierte Geräte im Haushalt stark. Wir engagieren uns für die Förderung der Hörverträglichkeit unserer Umwelt und wenden uns gegen die unfreiwillige Beschallung in Restaurants, Kaufhäusern usw.

… dass Hören das Leben lebenswert macht?
Wir setzen uns für Barrierefreiheit für Hörbehinderte ein. Wir fordern, dass in Kultureinrichtungen und öffentlichen Gebäuden angemessene Übersetzungs- und Übertragungstechniken vorhanden sind, damit auch Hörbehinderte gleichberechtigt am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

… dass Hören ein Kunstgenuss sein kann?
Wir setzen uns dafür ein, dass künstlerische Ausdrucksformen des Hörens und Sprechens wie Konzert, Oper und Theater, die auf die ältesten Ausdrucksformen des Menschen zurückgehen, erhalten bleiben und durch neue Formen wie Klangkunst, SoundART und Medienkunst zukunftsweisend ergänzt werden.

Europa braucht eine neue Kommunikationskultur

Über Abstimmungsprobleme der 27 in Krisensituationen • Von Dieter Spöri

Die zurückliegenden Wochen haben es wieder deutlich gezeigt: Selbst ein so starker und über Jahrzehnte gewachsener Zusammenschluss wie die Europäische Union hat enorme Abstimmungsprobleme, wenn regionale oder globale Krisen auftreten und operatives Handeln der EU gefordert ist. Die schlechte Nachricht ist: Die Europäische Union erscheint in solchen Fällen nach innen häufig unkoordiniert. Die gute Nachricht ist: Die Europäische Union ist sich dieser Schwäche bewusst und ist zunehmend in der Lage, eine gemeinsame Position zu finden und diese auch nach außen klar zu vertreten.

Diese gewisse Ambivalenz ist das Ergebnis eines nicht immer ausgewogenen Wechselspiels aus gemeinschaftlicher Verantwortung und dem Eintreten für nationale Interessen. Dieses Wechselspiel wird wohl auch in den kommenden Jahren die Zusammenarbeit der 27 in der EU bestimmen. Das ist so lange in Ordnung, wie die Interessenbalance nach den traditionellen Krisen doch noch gelingt und operatives Handeln wirtschafts-, finanz-, umwelt- und gar außenpolitisch funktioniert.

Die negative Erfahrung dieser Prozesse ist aber: Immer wenn die EU versucht hat, signifikante institutionelle Reformfortschritte zur Verbesserung ihrer unzureichenden Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit durchzusetzen, ist sie bisher gescheitert. Dies gilt für den Verfassungsvertrag genauso wie für den Vertrag von Lissabon. Es entstand dabei schon fast ein Mechanismus der Blockade, des Nein-Sagens, der mit den zu entscheidenden Fragen und gemeinschaftlicher Verantwortung nichts mehr zu tun hatte und der zugleich ein für die europäische Entwicklung verheerendes Signal setzt: Systematische Blockade und Obstruktion haben bisher für die Blockierer keine negativen Konsequenzen, sie werden vielmehr noch durch Zugeständnisse und „opt-outs“ belohnt. Dadurch gerät die Balance in der EU zudem in eine demokratische Schieflage.

Diese demokratische Schieflage sowie die Konfrontation zwischen Befürwortern und Gegnern der europäischen Integration wurden bei einer der wichtigsten politischen Weichenstellungen in der EU, dem Vertrag von Lissabon besonders offenkundig. Es steht außer Frage, dass Irland aufgrund seiner Verfassungslage ein Referendum zu wichtigen politischen Entscheidungen wie dem Vertrag von Lissabon durchführen muss. Aber was hat eigentlich die Befürworter in Europa davon abgehalten, der massiven „No-Campaign“ der EU-Gegner in Irland etwas Adäquates entgegenzusetzen? Nur so konnte es passieren, dass rund 490 Millionen Europäer zusahen, wie rund 800.000 Iren mit absurden Parolen, die nichts mit den Inhalten des Vertrages zu tun hatten, eine Reform stoppten, die Europa zu seiner Handlungsfähigkeit braucht.

Um die Balance von gemeinschaftlichen und nationalen Interessen auf Dauer wieder her- und sicherzustellen, bedarf es deshalb einer neuen Kommunikationskultur in Europa, damit die Mitgliedstaaten auch in Zukunft ein Zusammenschluss verlässlicher Partner sein können und vor allem die Bürgerinnen und Bürger in Europa das Gefühl haben, dass sie nicht Spielball irrationaler Entscheidungen sind. Letzten Endes muss diese Kommunikationskultur auf dem verantwortlichen Grundprinzip basieren, dass die Mehrheit derjenigen, die in der Integration weitergehen wollen, nicht von einer Minderheit blockiert werden kann. Diejenigen, die eine weitere Integration nicht wollen, bleiben zunächst auf der bestehenden Integrationsstufe. Sie haben die Option, später „nachzuziehen“. Dieses Europa der „zwei Geschwindigkeiten“ ist allemal entscheidungs- und zukunftsfähiger wie ein wachsender, aber bewegungsunfähiger geografischer Koloss.

Nur so kann verhindert werden, dass die EU in der neuen Tektonik der Weltpolitik vom Erfolgsmodell zum Abstiegskandidaten wird.

Die De-Briefings des Netzwerkes der EBD stoßen auf sehr große Resonanz **© Netzwerk EBD**

Europa-Kommunikation in Deutschland

In Deutschland ist die Mehrheit der gesellschaftlichen Gruppen mit ihrer Arbeit auf das Engste mit europäischer Politik verknüpft, profitiert in hohem Maße von der europäischen Integration und gestaltet sie aktiv mit. Das heißt, die nationale Regierung und die Organisationen der Zivilgesellschaft müssen sich als Verbündete verstehen, die dasselbe Interesse haben: ein starkes Europa, in dem nationale Interessen adäquat vertreten sind.

Im Gegensatz zu vielen anderen Mitgliedstaaten der EU ist in Deutschland die Europapolitik fachpolitisch dezentralisiert. Das heißt, die unterschiedlichen europapolitischen Themen und Entscheidungen werden in den jeweiligen Ministerien behandelt und abgestimmt. Dieses so genannte Ressortprinzip wirkt sich auch auf die europapolitische Kommunikation aus, da die unterschiedlichen Verbände, Unternehmen und NGOs eine Vielzahl von Ansprechpartnern haben, mit denen sie über sämtliche Facetten der Europapolitik kommunizieren. Das kostet nicht nur Zeit, es führt auch dazu, dass Europapolitik in diesen Strukturen oft als zu komplex, zu undurchschaubar und zu bürokratisch wahrgenommen und schlimmstenfalls emotional abgelehnt wird.

Das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland versucht mit seinen rund 155 Mitgliedsorganisationen aus nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen diese Parzellierung der europäischen Informations- und Entscheidungsprozesse zu überwinden, in dem es eine Schnittstellenfunktion übernimmt, an der dieser europapolitische Dialog der gesellschaftlichen Gruppen mit einem die Fachressorts übergreifenden Ansatz zusammen geführt wird. Damit haben wir eine neue Kommunikationskultur für Europa in Deutschland entwickelt, die als Grundlage die Bereitschaft aller relevanten Partner, d.h., der Bundesministerien, der zivilgesellschaftlichen Organisationen aller coleur sowie auch der Europäischen Kommission voraussetzt, sich diesem intensiveren Dialog konstruktiv zu öffnen und zu stellen.

Mit Blick auf die zurückliegenden drei Jahre kann man feststellen, dass das Netzwerk EBD mit diesem Ansatz einen Beitrag zu der nötigen Balance

Weiter auf Seite 27

Fortsetzung von Seite 26

der Interessen leisten konnte und damit in gewisser Weise – im Rahmen dieser zivilgesellschaftlichen Gruppen und Ressorts auf deutscher Ebene – einen „Code of Communication“ entwickelt hat. Dieser „Code of Communication“ manifestiert sich in Veranstaltungsformaten wie EU-De-Briefings, EU-Briefings und EU-Analysen, bei denen es weniger um das Ausbalancieren von Ablehnung und Kompromiss geht, sondern um eine Vereinbarung der Beteiligten, sich gegenseitig umfangreich und detailliert zu informieren. Darüber hinaus ist das gemeinsame Ziel, durch Fragen zu lernen, durch Anregungen Gestaltungsspielräume zu erschließen und durch vorausschauende Politik deutsche Interessen auf europäischer Ebene besser vertreten zu können – jeder Teil dieser „Verbündeten“ für seinen Bereich und letztendlich für Deutschland gemeinsam.

Im Sommer 2009 feiert das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland (EBD) sein 60jähriges Bestehen. 60 Jahre Balance für ein geeintes Europa – mit Hilfe von „Außenstellen“ in 42 weiteren europäischen Länder, über die Grenzen der Europäischen Union hinaus. Wenn es also darum geht, eine neue Kommunikationskultur in Europa zu etablieren, bedarf es der Unterstützung aller EU-Akteure, die sich im europäischen Sinne als Verbündete verstehen. Die Erfahrungen des Netzwerks EBD in Deutschland können dabei als Modell dienen. Gerade mit Blick auf die Europawahl im Sommer 2009, bei denen es in großem Maße um die demokratische Legitimation Europas geht.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass im Sommer 2008 der Deutsche Kulturrat Mitglied im Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland geworden ist. Für die EBD ist die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kulturrat eine wichtige Stärkung und kreative Chance.

Der Verfasser ist Präsident des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland ■

„Die ganze Welt ist in der Habsucht ersoffen wie in einer Sintflut“

Über gemeinen Nutz und Wucher bei Martin Luther • Von Friedrich Schorlemmer

Das frühkapitalistische Wirtschaftssystem und die Weisungen der Bibel sah Luther in scharfem Kontrast. Der Mammon sei in der Gesellschaft geradezu der Motor des Fortschritts geworden. Immer wieder nimmt er Bezug auf einen Satz im ersten Timotheus-Brief: „Denn Habsucht ist eine Wurzel allen Übels; wie etliche gelüstet hat und sind vom Glauben abgeirrt und machen sich selbst viel Schmerzen“ (1. Tim. 6,10).

Bereits in seiner Adelsschrift von 1520 sprach er sich gegen die Bettelei aus und forderte dazu auf, eine Ordnung zu machen, „dass jede Stadt ihre armen Bürger versorgte und keine fremden Bettler zuließe … Es könnte auch jede Stadt, die ihren ernähren, und wenn sie zu schwach wäre, sollte man auf den umliegenden Dörfern auch das Volk ermahnen, dazuzugeben; müssen sie doch sonst so viele Landstreicher und Buben unter dem Namen des Bettelns ernähren. So könnte man auch wissen, welche wahrhaft arm sind oder nicht.“

Luther argumentiert in zwei Richtungen. Einmal sagt er, „wer arm sein will, sollte nicht reich sein, will er aber reich sein, so greife mit der Hand an den Pflug und such's sich selbst aus der Erde. Es genügt, dass die Armen angemessen versorgt sind, so dass sie nicht Hungers sterben noch erfrieren. Es schickt sich nicht, dass einer aufgrund der Arbeit des anderen müßig gehe, reich sei und gut lebe, während ein anderer übel lebt, wie jetzt der verkehrte Missbrauch ist. Denn Sankt Paulus sagt: ‚Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.' Es ist niemandem von Gott verordnet, von den Gütern der anderen zu leben.“ Jeder solle arbeiten. Und jeder solle für seine Arbeit auch Geld bekommen. Niemand dürfe durch die Arbeit anderer so reich werden oder sein, dass er seinerseits nicht mehr arbeiten muss, während der „Arbeitnehmer“ übel sein Dasein fristet. Es geht um den gerechten Lohn und die faire Verteilung des erzielten Gewinns. Luther will keineswegs den größten Wirtschaftszweig – wie er sagt: den Handel, vernichten, sondern will, dass nicht verderbliche Sitten durch den Handel ins Land kommen. Das größte Unglück aber für die deutsche Nation „ist gewiss das Kreditwesen. Wenn das nicht wäre, müsste mancher seine Seide, Samt, Goldstickerei, Spezerei und allerlei Prunkwerk ungekauft lassen. Es besteht nicht viel länger als 100 Jahre und hat schon fast alle Fürstenstifte, Städte, Adel und Erben in Armut, Jammer und Verderben gebracht“. Würde es noch 100 Jahre bestehen, so wäre es nicht möglich, dass Deutschland einen Pfennig behielte; wir müssten uns gewiss untereinander fressen…fürwahr, das Kreditwesen muss ein Symbol und Anzeichen dafür sein, dass die Welt mit schweren Sünden und dem Teufel verkauft ist, dass es uns zugleich an irdischem und geistlichem Gut gebrechen muss. Dennoch merken wir nichts.“ Wer denkt da nicht an heutige Kommunalfinanzen und den horrenden Schuldendienst aufgrund der Staatsverschuldung? Was Luther geißelt, ist durchaus vergleichbar mit der dubiosen Praxis, wo zu Zeiten der „New Economy“ Aktienkäufe durch Kredite zu finanziert wurden, um ohne eigenes Kapital schnelle Gewinne zu machen. Das entspräche den Lehen auf Kreditbasis. Durch den Kurssturz an den Aktienmärkten ging das eingesetzte, kreditfinanzierte Kapital verloren, die Schulden aber gegen den Kreditgeber bleiben ohne Gegenwert als Sicherheit. Das kann damals wie heute ins Unglück führen, dem Missbrauch, der Habsucht und dem Elend Tor und Tür öffnen. Noch schlimmer kam es nun beim drohenden Zusammenbruch des ganzen Finanzmarktes in den USA. Der deutsche Außenminister erklärte im September 2008 vor der UNO-Vollversammlung, Leichtsinn, Gier und Unvernunft hätten in die Finanzkrise geführt und es sei noch nicht absehbar, wer weltweit mit in den Orkus gezogen wird. Hatten nicht Liberalisierung und Deregulierung die Zauberworte geheißen? Da in den USA das finanzielle Kartenhaus zusammenbricht (virtuelle Geldwerte führen zu realen, horrenden Verlusten!), weiß keiner mehr eine Zauberformel und ausgerechnet der geschmähte Staat soll nun eingreifen und ein 700-Milliardenrettungpaket schnüren.

Gemeinwesenverantwortung mit Regeln und deren Kontrolle muss auf dem Kapitalmarkt wieder Platz greifen, statt hohe und schnelle Rendite über alles zu stellen. Gier frisst letztendlich alles und alle auf.

Luther fordert, den Fuggern und dergleichen Gesellschaften einen Zaum ums Maul zu legen und weist auf den Widerspruch hin, dass die einen in einem überschwänglichen Überfluss in Bezug auf Aufwand, Kleider und Repräsentation leben während die anderen mehr und mehr verarmen. „Man muss wissen, dass zu unseren Zeiten (von denen schon der Apostel Paulus angekündigt hat, dass sie gefährlich sein werden) die Habsucht und der Wucher in der ganzen Welt nicht nur furchtbar eingerissen sind, sondern auch gewagt haben, sich Deckmäntel zu suchen, worunter sie für recht und billig gehalten, ihr böses Tun ungehindert ausüben können. Dabei ist es beinahe dahingekommen, dass wir das Heilige Evangelium für nichts achten. Deshalb ist es in dieser gefährlichen Zeit für einen jeden Menschen nötig, sich vorzusehen und in den Angelegenheiten der zeitlichen Güter mit der richtigen Unterscheidungskraft vorzugehen und aufmerksam auf das heilige Evangelium unseres Herrn Jesus Christus zu achten.“

Über allem steht das Gebot der Nächstenliebe. Weil wir Menschen „dieses Gebot aus den Augen lassen und allein auf den Handel mit seinem Gewinn oder Verlust achten, brauchen wir so viele Bücher, Gesetze, Gerichte, Streit, Blutvergießen und den ganzen

Lutherhaus in Schmalkalden
© Thüringer Tourismus GmbH/Bildarchiv, Toma Babovic

Jammer. So muss der Übertretung des Gebotes Gottes auf die Zerstörung des Reiches Gottes folgen, das in Frieden, Eintracht und brüderliche Liebe und Treue besteht.“

Das Problem hat sich längst globalisiert. Kriege werden rund um den Globus geführt – wegen mörderischen Gewinnstrebens. Was zu Luthers Zeiten noch recht harmlos wirkt, wird heute eine geradezu weltumspannende Gefahr und zu einer um den Erdball herumfloatenden Ungerechtigkeit.

„Lassen wir alle anderen Weisen beiseite und nehmen uns den Kauf vor, besonders den Zinskauf (also die Kapitalanlage in Hypotheken), weil er besonders hervorsticht als eine Methode, wie man ohne Sünde andere Leute belasten und ohne Sorge oder Mühe reich werden kann. Denn bei den anderen Geschäftsmethoden steht ein jeder selber vor Augen der Öffentlichkeit, ob er zu teuer oder falsche Ware verkauft oder ein falsches Erbe oder falsches Gut gibt oder besitzt. Aber dieses schnelle und neu erfundene Geschäft macht sich sehr oft zu einem offenbar gerechten und zuverlässigen Schutzherrn für die verdammte Habsucht und den Wucher. Obwohl dieser Zinskauf jetzt als ein erlaubter Kauf und zugelassener Handel bestätigt ist, ist er doch aus vielen Gründen verdammenswert und menschenfeindlich.“ Wie prophetisch!

Beim Darlehensgeschäft sieht Luther, wie damit nur Sicherheit, Habsucht und Wucher gesucht werden. „O, wie viele Städte, Länder und Leute müssen Zins zahlen, denen man längst schuldig gewesen wäre, noch Geld dazuzugeben… Mich wundert, dass bei solchem unermesslichen Wucher die Welt überhaupt noch steht.“

Freilich ist Luther ganz Realist. Er verdammt keineswegs den Handel mit Geld und Waren in toto. Im Gegenteil: „daß Kaufen und Verkaufen eine notwendige Sache ist, kann man freilich nicht leugnen. Man kann es nicht entbehren und kann es auch durchaus in christlicher Weise tun, nur muss dabei Wert und Preis einer Ware redlich bestimmt werden“. Aber er sieht überall Missbrauch, der aus Übervorteilungsabsicht geboren wird. „Die Kaufleute haben unter sich eine allgemeine Regel. Das ist ihr Wahlspruch und die Grundlage aller Geschäfte. Sie sagen: Ich kann meine Ware so teuer verkaufen, wie ich es vermag. Sie halten das für ein Recht. Tatsächlich aber ist damit der Habsucht Raum gegeben, und der Hölle sind alle Türen und Fenster geöffnet. Denn was heißt das anders als: Ich frage nicht nach meinem Nächsten. Wenn ich nur meinen Gewinn habe und meine Habsucht befriedige, was geht es mich an, wenn damit meinem Nächsten zehnfacher Schaden auf einmal entsteht? Da siehst du, dass dieser Wahlspruch direkt und schamlos nicht nur gegen die christliche Liebe, sondern auch gegen das Naturgesetz verstößt.“

Der Markt regelt eben nicht alles von selbst! Es bedarf einsichtiger Maßstäbe, die das Lebensrecht aller am Arbeitsprozess Beteiligten angemessen berücksichtigt. Dreihundert Jahre vor Karl Marx sieht Luther, wie der Markt seine eigenen (Wolfs-)Gesetze hat, die keinen sozialen Kriterien folgen, bis der Mensch dem Markt dient (und nicht umgekehrt) und gar selbst zur Ware wird.

„Es geschieht auch, dass einige ihre Ware teurer verkaufen, als sie auf dem allgemeinen Markt gehandelt wird und es im Handel sonst üblich ist. Sie steigern also den Preis der Ware nur aus dem Grunde, dass sie wissen, dass es davon im Lande nichts mehr gibt oder in absehbarer Zeit nichts mehr hereinkommen wird, man es jedoch braucht. Das ist eine Arglist der Habsucht, die nur auf die Bedürfnisse der Nächsten schielt, aber nicht, um ihnen zu helfen, sondern um sie für sich auszunutzen und an den Schaden seines Nächsten reich zu werden. Das sind alles offenkundige Diebe, Räuber und Wucherer“. So kommt es dann dazu, meint Luther, dass die ganze Welt vollkommen ausgeplündert wird und alles Geld in die Kassen der Monopole fließt.

Alles in den Wind der Jahrhunderte geredet?

Der Verfasser ist Theologe. Er war bis 2007 Studienleiter an der Evangelischen Akademie in Wittenberg ■

Regelmäßige Autoren der *puk* wünschen zu Weihnachten...

STEFANIE ERNST, WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES

1. Ess-Kultur. Nicht nur für Liebhaber der guten Küche, sondern vor allem für jene, die kulinarische Genüsse mal auf ungewohnte Weise erfahren wollen, empfehle ich einen Besuch in einem Dunkelrestaurant.
2. Haptisch anmutende Hochkultur mit intellektuell-morbidem Einschlag. Klingt komisch, macht aber durchaus Freude und schafft eine neue Beziehungsebene zu einem Buch. Die Vorgehensweise: Zuerst das neue Buch „Halbschatten“ von Uwe Timm lesen und im Anschluss daran die Geschichte der Protagonisten auf dem Invalidenfriedhof nachspüren.
3. Cineastische Heimatk(ult)ur: Fern ab von Opernhäusern und wissenschaftlichen Diskursen schwelt es in der Gesellschaft. In gewohnter Manier führt der ehemalige Chefredakteur des Satiremagazins Titanic und Gründer von „Die Partei“ den Kinozuschauern in seinem neuen Film Heimatkunde vor Augen, dass 18 Jahre nach Mauerfall nicht alles Gold ist was glänzt. Urkomisch aber auch nachdenklich machend: Heimat einfach mal anders.

Stefanie Ernst
Foto: Privat

MAX FUCHS, VORSITZENDER DES DEUTSCHEN KULTURRATES

1. Eine Woche ohne Kulturpolitik
2. Gemeinsames Kochen eines Festessens
3. Flucht in die Wärme

Max Fuchs
Foto: Akademie Remscheid

DR. GEORG RUPPELT, STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DES DEUTSCHEN KULTURRATES

1. Ein Kulturbeutel mit folgendem Inhalt: Reiseutensilien wie Zahnbürste, kleine Drogerieartikel (hält ein großer Discounter vorrätig) sowie Reisegutschein nach Bremerhaven oder Hannover. Eintrittsgutscheine für Ausstellungen.
2. Gutschein für einen Besuch des Deutschen Auswandererhauses in Bremerhaven: Aufregende, erlebnissatte Museumskonzeption! Viel versprechender Web-Auftritt (www.dah-bremerhaven.de).
3. Gutschein für Eintritt in die kestnergesellschaft Hannover: Ausstellung der größten Kostbarkeiten der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek. Exponate seit dem 8. Jahrhundert. Einige werden erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Darunter das einzige erhaltene Exemplar der Leibniz'schen Rechenmaschine von 1700 (Ausstellung 16.01.2009 bis 15.02.2009).
4. Schöne Buddenbrooks-Ausgabe: Zu Weihnachten immer angesagt. Zudem hochaktuelle Hinweise zu Geschäften, die man tagsüber macht und die einen nachts nicht ruhig schlafen lassen …

Georg Ruppelt
Foto: Maike Kandziora

GABRIELE SCHULZ, STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES

1. Weil mit dem kommenden Jahr, nachdem in diesem bereits an die 1968er so viel gedacht wurde, ein noch schwereres Gedenkjahr (60 Jahre Bundesrepublik, 20 Jahre Fall der Mauer) auf uns zukommt ein Buch: Uwe Johnson: Die Jahrestage. Auf unvergleichliche Weise werden hier Erinnerung an Nazideutschland, die Nachkriegsjahre in Mecklenburg, der Prager Frühling und schließlich das Leben in Amerika kunstvoll miteinander verwoben.
2. Zur Entspannung zwischendurch die CD: John Coltrane: A love supreme.
3. Eine Sammlung mit Filmen von Pedro Almodovar, schrill, exzentrisch, tiefgründig und immer bewegend.

Gabriele Schulz
Foto: Deutscher Kulturrat

BARBARA GESSLER-DÜNCHEM, LEITERIN DER EU-VERTRETUNG IN BONN

1. Einen Trip nach London in die Francis-Bacon Ausstellung in der Tate! Aber, Vorsicht: die läuft nur noch bis zum 4.1.09. Könnte man mit einem kleinen Weihnachts-Shopping in der Konsumhauptstadt Europas verbinden!
2. Bereiten Sie sich schon mal vor: Auf die Kulturhauptstadt Europa 2010, Essen für das Ruhrgebiet. Die Sprechtheater der Region laden schon 2009 zur Einstimmung auf ihre „Odyssee Europa“ ein, zu der sechs internationale Autoren eine neue Version des Klassikers mit neuem, unvertrautem Blick auf das kulturelle Europa zur Aufführung bringen werden.
3. Ohne mindestens einmal in die Berlinale einzutauchen, wäre das kulturelle Jahr nur halb so aufregend. Und das Schönste an der Berlinale mit Publikum: Man kann tatsächlich Tickets kaufen und verschenken!

Barbara Gessler-Dünchem
Foto: EU-Kommission

OLAF ZIMMERMANN, GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES, HERAUSGEBER DER PUK

Lieber Weihnachtsmann, als Kind habe ich fest an dich geglaubt. Schade, dass mit den Jahren mein Glaube an dich geschwunden ist. Einen wirklichen Ersatz habe ich im vorweihnachtlichen Kaufexzess auch nicht gefunden. Also wirst du hier wieder kurzerhand reanimiert. Also, mein erster Wunsch ist die Rückkehr meines Glaubens an den Weihnachtsmann. Lieber Weihnachtsmann, mein zweiter Wunsch ist nicht für mich, sondern für die vielen Computerspielekritiker in den Reihen des Deutschen Kulturrates, die noch nie selbst am PC oder an der Konsole gespielt haben. Bitte leg diesen sympathischen Ignoranten doch bitte eine nagelneue Spielkonsole unter den Weihnachtsbaum und sorge dafür, dass der Spaß sie überwältigt. Lieber Weihnachtsmann, nun muss ich mit dem letzten Wunsch aber auch mal vollkommen egoistisch an mich selbst denken. Ich wünsche mir dass alle Menschen, die mich dorthin wünschen, wo der Pfeffer wächst, mehr innere Ruhe und Stärke von Dir geschenkt bekommen, damit sie mich noch einige Zeit ertragen können.

Olaf Zimmermann
Foto: Deutscher Kulturrat

DIEKO MÜLLER, KARIKATURIST VON PUK

1. Ein ostfriesisches Teeservice. Wunderschön. Und hält gesund, wenn man es benutzt.
2. Ein puk-Abo, wenn der zu Beschenkende nicht schon eines hat.
3. Für ältere Semester: Duden, Deutsche Rechtschreibung. Ein Buch mit vielen Überraschungen.

Dieko Müller
Foto: privat

BARBARA HAACK, REDAKTION POLITIK UND KULTUR

1. „Adams Äpfel“ (DVD): Wer es gerne ein bisschen skurril mag, darf diesen Film von Anders Thomas Jensen über einen dänischen Landpfarrer, der Straffällige zu resozialisieren versucht und dabei seine vermeintliche Nächstenliebe zur Besessenheit entwickelt, auf keinen Fall verpassen!
2. Julia Franck, „Lagerfeuer“. Die Buchpreisträgerin des Jahres 2007 schreibt einen Roman über das Leben im Aufnahmelager für DDR-Flüchtlinge.
3. Das Wahl-Abonnement des Berliner Ensembles. Mit freier Auswahl der Vorstellungen und Übertragbarkeit der Karten zu erheblich reduzierten Preisen in diesem nach wie vor „besonderen“ Theater

Barbara Haack
Foto: nmz

ANDREAS KOLB, REDAKTION POLITIK UND KULTUR

In den Archiven der Rundfunkanstalten schlummern Schätze, die es verdienten, systematisch gehoben zu werden. Dies zeigen wieder einmal zwei ganz aktuelle Entdeckungen mit Aufnahmen von Friedrich Gulda und Wilhelm Kempff, die sich als das „kulturelle Geschenk“ für Liebhaber der Klaviermusik anbieten. Die Deutsche Grammophon veröffentlicht am 7. November aus den Archiven des Deutschlandradios, der RBB und der Familie Gulda bislang unbekannte Bach-Interpretationen des österreichischen Pianisten Friedrich Gulda. Eine Rarität. Wilhelm Kempff konzertierte vor genau 45 Jahren, am 7. Oktober 1963, in Potsdam im Nikolaisaal. Der Rundfunk der DDR hat diesen Klavierabend damals mitgeschnitten und das Plattenlabel classical excellence präsentiert diese Aufnahme jetzt in Kooperation mit dem Deutschen Rundfunkarchiv (DRA).
Gulda plays Bach
Deutsche Grammophon DG 477 8020
Wilhelm Kempff in Potsdam
Bach - Schubert - Brahms
Deutsches Rundfunkarchiv
Classical Excellence claXL HCD 0808

Andreas Kolb
Foto: nmz

KRISTIN BÄßLER, WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES

1. Eine Reise nach Istanbul mit Besuch des Museums Istanbul Modern. An keinem anderen Ort hat man einen schöneren Blick auf Wasser und Kunst zugleich. Im Vorfeld lesen: Orhan Pamuks: „Istanbul“ und die Gedichte des türkischen Dichters Nâzım Hikmet „Das schönste Meer ist das noch nicht befahrene“.
2. Das Buch von Hanno Rauterberg „Worauf wir bauen: Begegnungen mit Architekten“.
3. Eine Stadtwanderung in Berlin mit Walter Benjamins Erinnerungen „Berliner Kindheit um 1900.“

Kristin Bäßler
Foto: privat

PETRA PFAFFENHEUSER, MITARBEITERIN DES CONBRIO VERLAGES UND LAYOUTERIN DER PUK

1. Fünf Deutschland und ein Leben (Hörbuch): Erinnerungen des Historikers Fritz Stern … eine ungewöhnliche Zeitreise in die Geschichte unseres Landes von der Weimarer Republik bis zum wiedervereinigten Deutschland.
   Hoffmann und Campe, 29,95 €
2. Koch-Kultur verschenken: Was früher eine Selbstverständlichkeit war, ist in Zeiten von Mikrowelle und Fertiggerichten vom Aussterben bedroht: die Kunst bzw. die Kultur des Kochens. Eine nicht ganz uneigennützige Geschenkidee sind Kochkurse für Anfänger bis zu „Profis“, je nach Können des Beschenkten und dem Gaumen des Schenkenden
3. Wertvoll nicht mit Geld zu bezahlen: Zeit bzw. ungeteilte Aufmerksamkeit schenken

Petra Pfaffenheuser
Foto: Jürgen Kemmerer

THEO GEIßLER, HERAUSGEBER VON PUK, NMZ, CONBRIO-VERLEGER

Was ich mir schenken würde, wenn ichs nicht schon hätte:
1. Einen Roman für Gläubige, Agnostiker und Ketzer: Maarten ´t Haart: Der Flieger, 320 Seiten, Piper Verlag.
2. Einen Film für Musik-Muffel und –Fanatiker: „Clara“ von Helma Sanders-Brahms (ab 6.12 im Kino – und sicher bald auf DVD)
3. Ein Sachbuch, gewissermaßen in eigener Sache: „Kultur in Deutschland“ – Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, samt DVD supergünstig bei ConBrio.

Theo Geißler
Foto: Charlotte Oswald

Kulturgroschen an Klaus-Dieter Lehmann

Preisverleihung im Max-Liebermann-Haus der Stiftung Brandenburger Tor • Von Monika Grütters

Der Deutsche Kulturrat zeichnet heute mit Professor Klaus-Dieter Lehmann den Präsidenten des Goethe-Instituts und vormaligen Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit dem Kulturgroschen 2008 aus – es ist die 16. Verleihung dieser Auszeichnung für ein herausragendes kulturpolitisches Engagement.

Und zum siebten Mal findet diese Preisverleihung hier im Max Liebermann Haus der Stiftung *Brandenburger Tor* statt – für uns ist das eine große Ehre und entwickelt sich allmählich zu einer schönen Tradition.

Jede Tradition beginnt mit einer Premiere, und – mal abgesehen davon, dass es sicher für den Kulturrat heute eine Premiere ist, einen doppelt präsidialen Jubilar auszuzeichnen – verbindet uns, lieber Herr Professor Lehmann, gerade an diesem Ort, an dem wir uns mittlerweile auch schon geradezu traditionell begegnen, eine ganz entscheidende Premiere: Am 3. Mai 2000 haben wir genau hier, an diesem Ort, gesessen und das erste „Torgespräch" der Stiftung *Brandenburger Tor* absolviert. Es trug den provozierenden Titel: „Das Berliner Schloß – Fassade ohne Inhalt?"

Sie haben diesen unseren ersten öffentlichen Stiftungsabend genutzt, um der staunenden Öffentlichkeit Ihre Idee von der Nutzung des Schlossplatzes durch die außereuropäischen Sammlungen der Berliner Museen zu präsentieren. Damit haben Sie nicht nur die bahnbrechende Vision für das Schloss formuliert, sondern wegen ihrer großartigen Überzeugungskraft eben dieser Idee dem Projekt den mittlerweile gültigen Namen Humboldtforum gegeben. Es geht bei dem auf dem Schlossplatz zu errichtenden Gebäude, dem Schloss, eben nicht nur um seine äußere Gestalt, sondern dort wird das Selbstverständnis Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhundert sichtbar. Welch eine beeindruckende Botschaft also, in der neuen Mitte Berlins gegenüber der Museumsinsel mit dem kulturellen Erbe Europas auf dem zentralen Platz der Republik die außereuropäische Kultur zu würdigen!

Die Frage nach dem Inhalt hinter der Fassade des Schlosses hat seit dem 3. Mai 2000 eine einleuchtende Antwort erhalten – und ganz nebenbei haben Sie der damals noch sehr jungen Stiftung *Brandenburger Tor* zu einem fulminanten Start am Pariser Platz verholfen. Dafür danken wir Ihnen, und ich freue mich, dass ich auch zu diesem Dank genau hier heute die Gelegenheit erhalte.

Ein anderes Ergebnis Ihres unermüdlichen Wirkens durfte ich ebenfalls „auskosten": Als Generaldirektor der Deutschen Bibliothek haben Sie nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten die Deutsche Bibliothek in Frankfurt am Main und die Deutschte Bücherei in Leipzig zusammengeführt. Hierfür waren nicht nur großes Verhandlungsgeschick, sondern vor allem Einfühlungsvermögen erforderlich – es war die gerade gebildete Regierung Merkel mit ihrem Kulturstaatsminister Bernd Neumann, die die Früchte ernten und die Deutsche Nationalbibliothek aus der Taufe heben konnte. Zwar passt Ihnen der neue Name nicht, daran erinnere ich mich aus unseren damaligen Gesprächen noch, aber das Ergebnis ist gut für Deutschland und seine Bibliothekskultur – auch dafür gilt Ihnen unser aller Dank.

Und genau zu diesem Thema durfte ich dann meine erste Bundestags- (!) Rede halten.

Uns beide verbindet über diese Einzelereignisse hinaus aber noch viel mehr: Im Verlauf unserer Zusammenarbeit hat sich ganz generell eine sehr schöne professionelle Partnerschaft für die Kultur entwickelt, so zumindest empfinde ich das. Zunächst habe ich Sie aus der Landesperspektive wahrgenommen und konnte mit Ihnen als Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz hervorragend kooperieren, und seit einigen Jahren sind Sie für mich als Obfrau meiner Fraktion im Kulturausschuss des Deutschen Bundestages einer der wichtigsten Gesprächspartner in der Bundeskulturpolitik. Und seit April diesen Jahres zieren Sie die Wege in der auswärtigen Kulturpolitik und sind auch dort als Vertreter des wichtigsten Kulturmittlers ein enger Vertrauter.

Ein „Verhältnis" zwischen Politik und Kultur sieht wahrlich nicht immer so harmonisch aus – es hat hier sicher auch mit der Persönlichkeit Klaus-Dieter Lehmann zu tun.

Ich habe eingangs den Auftakt der Stiftungstätigkeit an diesem Ort und Klaus-Dieter Lehmanns Rolle dabei beschrieben, lassen Sie mich mit einer anderen kleinen Geschichte schließen: Im Präsidentenbüro der Preußenstiftung hing ein herrliches Gemälde Oskar Kokoschkas, es zeigt den Pariser Platz von Osten her und ist im Januar 1926 fertiggestellt worden. Auf dieses Bild war auch diese Stiftung *Brandenburger Tor* immer mal wieder „scharf", dann nämlich, wenn es in einer Ausstellung aus der Zeit unseres Namensgebers und damaligen Hausherrn Max Liebermann

Klaus-Dieter Lehmann und Max Fuchs bei der Verleihung des Kulturgroschens
© Stiftung *Brandenburger Tor*

präsentiert werden sollte, schließlich zeigt es auch das historische Domizil des damaligen Akademiepräsidenten.

Zweimal haben Sie, lieber Herr Professor Lehmann, dann tatsächlich für jeweils drei Monate auf Ihre Büroausstattung verzichtet, zuletzt 2006, als wir die Leistungen des Kunsthändlers und Verlegers Paul Cassirer hier gewürdigt haben.

Er war es auch, der dieses Bild in Auftrag gegeben hatte, seine Fertigstellung hat er nicht mehr erlebt. Die Nachwelt aber, nicht zuletzt mehr als 100.000 Besucher der jeweiligen Ausstellungen hier, lieben diese anschauliche Studie des Übergangs vom Impressionismus zum Expressionismus, sie sehen, wie schön die Situation an diesem Historischen Ort war, wie dieser „Berg an Politik" im Hintergrund die Szene dominierte und vor allem, wie markant das berühmte Glasdach auf dem Liebermann Haus (das Max Liebermann sich ja bitter gegen den Kaiser hatte erstreiten müssen) den Sieg der Kunst über die Obrigkeit symbolisierte.

Offenbar teilen wir beide auch die Begeisterung für diese Kunst und dieses Kunstwerk.

Ich hoffe, dass sich mit der heutigen Verleihung des Kulturgroschens hier an Sie, nicht etwa ein Kreis hier schließt, denn wir würden Sie ja sehr gerne noch öfters hier erleben.

Ich freue mich auf viele weitere Begegnungen auf dem Kultur-Parkett.

Mir bleibt nur noch, uns allen einen angenehmen und erfolgreichen Abend in diesen Räumen Max Liebermanns und der Stiftung *Brandenburger Tor* zu wünschen.

Die Verfasserin ist Vorstand der Stiftung Brandenburger Tor und Obfrau der CDU/CSU-Fraktion für Kultur im Deutschen Bundestag ■

Es besteht Aufbruchsstimmung

Laudatio auf einen Bibliothekar, Generaldirektor, Präsidenten und Aufsichtsratvorsitzenden • Von Klaus Gerhard Saur

Unser Preisempfänger hat eine bemerkenswerte Karriere durchgemacht, die sicherlich noch keineswegs am Ende ist. Er begann als Mathematiker und Physiker, wurde glücklicherweise Bibliothekar, Direktor, Generaldirektor, Professor, Präsident, Doktor, Aufsichtsratsvorsitzender – und jetzt kommt der Höhepunkt: Kulturgroschenempfänger.

Und in allen diesen Stufen hat er eine Kulturvermittlung entwickelt und einen Einsatz für die Gesamtkultur gebracht, die absolut beispiellos ist. Dabei hätte ihm eine wissenschaftliche Laufbahn offen gestanden, denn im Max-Planck-Institut in Mainz hat er als erster Mensch dieser Erde das Mondgestein analysiert und die wissenschaftlichen Ergebnisse daraus gezogen. Und das wäre eigentlich die Grundlage gewesen, um, wenn er beim Max-Planck-Institut geblieben wäre, heute mindestens dortiger Direktor, vermutlich Max-Planck Präsident zu sein.

Aber ein ganz glücklicher Umstand, den wir immer noch nicht so ganz genau kennen, vielleicht aber heute noch erfahren werden, brachte ihn jedoch dazu, sich zur Bibliothek zu bekennen und Bibliothekar zu werden. Und in diesem Bereich machte er eine unglaubliche Karriere. Stets wurde er wenige Monate nach seinen jeweiligen Einstellungen Bibliotheksrat, Bibliotheksoberrat, Bibliotheksdirektor. Jahre bevor er der nächste leitende Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt wurde, sprach man über ihn als Inhaber einer solchen Funktion.

Er entwickelte die Stadt- und Universitätsbibliothek zu einem literarischen Museum, öffnete es der gesamten Öffentlichkeit, machte Veranstaltungen, ließ Vorträge entwickeln, Diskussionen kommen, entwickelte eine Bibliotheksschule, die die wichtigsten Bibliotheksdirektoren der Nation hervorbrachte und unendlich vieles mehr. Aber dann musste er dringend Generaldirektor der Deutschen Bibliothek werden und hier bewies er seine Mittlerfunktion, seine Integrationsfähigkeit, seine Kommunikationsbegabung. Denn als er sein Amt antrat hatten wir innerhalb der Deutschen Bibliothek bei 312 Mitarbeitern 31 Arbeitsgerichtsprozesse. Innerhalb von drei Monaten gab es keinen einzigen Arbeitsgerichtsprozess mehr, sie waren alle erledigt. Die Mitarbeiter wurden alle so lange beredet, bis alles ausgestanden war. Und es gab keinen einzigen Prozess mehr vor dem Arbeitsgericht Frankfurt, wo die Deutsche Bibliothek jahrelang als Klient sehr bekannt gewesen war.

Aber das Studium der Physik war schon dringend notwendig, denn ohne dieses hätte er Lisa nie kennen gelernt und ohne Physikexamen hätte sie ihn nicht geheiratet. Demgemäß müssen wir auch dem beschrittenen Weg der Physik und der Mathematik nach wie vor außerordentlich dankbar sein. Und natürlich wurde er schon in der Frankfurter Zeit Professor an der Frankfurter Universität.

Ab 1988 wurde er dann Generaldirektor der Deutschen Bibliothek und musste hier als solcher zwei große Aufgaben bestehen: Die eine bestand in der Vereinigung der Deutschen Bibliothek mit der Deutschen Bücherei in Leipzig. Schon damals habe ich schriftlich kundtun können und stehe auch heute dazu, dass das die geglückteste Vereinigung von zwei deutschen Einrichtungen in dieser Zeit war. Die Gesamteinrichtung, die Deutsche Bibliothek, war vom Titel aus betrachtet nicht das Beste, aber ansonsten ist diese Zusammenführung absolut optimal verlaufen. Es gelang, die Mitarbeiter in Leipzig zu integrieren und die Entwicklung in Leipzig weiter zu forcieren. Es wurden die Aufgaben entsprechend verteilt und vor allem die Sammlung Exilliteratur wurde an beiden Orten extrem gestärkt. Klaus-Dieter Lehmann kaufte reihenweise preiswerte gebrauchte Koffer auf, um in diesen Koffern dann Exilliteraturnachlässe deutscher Emigranten nach Frankfurt zu bringen. Diese Geschichte ist jetzt inzwischen in einer Festschrift veröffentlicht worden.

Dann kam der Neubau der Deutschen Bibliothek – und hier passierte ein Wunder. Parallel entwickelte sich nämlich der Neubau der British Library in London und der wurde – entgegen der Planung – erst neun Jahre und drei Monate später fertig gestellt und kostete zudem 4,1 Mal so viel, wie es in der Planung vorgesehen war. In Frankfurt, unter der Leitung von Klaus-Dieter Lehmann, wurden die Kosten um 31 Millionen D-Mark unterschritten und die Eröffnung fand sechs Wochen vor dem

Weiter auf Seite 30

Klaus G. Saur bei der Laudatio auf den Preisträger **Foto: Marius Digel**

Fortsetzung von Seite 29

Aufbruchstimmung

geplanten Fertigstellungsdatum in völlig fertigen Räumen statt, wo als einziges dann noch die Klimaanlage fehlte. Aber auch das ist inzwischen behoben worden und damit wurde das richtige Klima für diese Deutsche Bibliothek gebracht.

Diese Deutsche Bibliothek mit Sitz in der Frankfurter Zeppelinstraße wurde eigentlich nicht so recht beachtet, denn wenn man in Frankfurt in ein Taxi stieg und zur Deutschen Bibliothek gefahren werden wollte, dann bekam man häufig zur Antwort: „Was issn des?“. Oder wurde im besten Falle zur Universitätsbibliothek gefahren, die natürlich immer noch davon profitierte, das die Öffentlichkeitsarbeit von Klaus-Dieter Lehmann solche Nachwirkungen hatte und folglich in der öffentlichen Wahrnehmung jahrelang Bibliothek mit Stadt- und Universitätsbibliothek gleichsetzt wurde. Dies änderte sich dann in der Adickesallee, an dem neuen Sitz der Deutschen Bibliothek. Hier war er dann der Generaldirektor, der nun die beiden grandiosesten Leistungen vollbrachte, die man sich vorstellen kann: die Zusammenführung der beiden Einrichtungen in Leipzig und in Frankfurt und den Neubau, wie gesagt 31 Millionen D-Mark preiswerter, sechs Wochen vor der Zeit fertig gestellt. Das prädestinierte ihn natürlich zum Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Und zur Wahl zum Präsidenten kam es dann im Jahr 1998, die Ernennung erfolgte ein Jahr später.

Sein Weggang war problematisch, denn ohne Lehmann ging es nicht mehr. Aber in Berlin wartete bereits die nächste große Aufgabe und hier hat es immerhin fast acht Anläufe gegeben, um Präsident zu werden – die acht stimmt da nicht ganz, aber man könnte sie noch gerade einbauen. Und dann wurde er eben 1998 gewählt und trat im Februar 1999 dieses Amt an. Und innerhalb weniger Wochen beherrschte er diese Szene so total, dass er nicht nur mit Millionen, sondern mit Milliarden managte und manipulierte und sämtliche Einrichtungen neu schuf, ob es das Bode-Museum, das Alte Museum, die Nationalgalerie oder die Staatsbibliothek war. Alles wurde in Bewegung gesetzt.

In Berlin wurde das Humboldt-Forum entwickelt, die Maßstäbe stiegen enorm und die Bedeutung der Stiftung wurde auf einmal der gesamten Nation in einem Maße deutlich, wie es vorher noch nie der Fall gewesen ist. Die Museen rückten in die Öffentlichkeit und die Zahl ihrer Besucher haben sich in der Amtszeit Klaus-Dieter Lehmann vervielfacht.

Ihm gelang es, Berggruens Sammlung an die Stiftung zu bringen. Ihm und anderen gelang es, die Flick-Sammlung und viele andere Kollektionen nach Berlin zu holen. Und merkwürdigerweise war das immer die Idee des Herrn Präsidenten Lehmann, der aber jedem das Gefühl vermittelte, dass es seine Idee gewesen sei.

Als wir zusammen im Beirat der Deutschen Bibliothek waren – und das ging über Jahrzehnte – sagte ein Beiratsvorsitzender des Musikbeirates, er hätte nun schon viele Jahre dem Generaldirektor gedient. Da fragte ich mich, ist es eigentlich so, dass der Vorsitzende dem Generaldirektor dient, oder müsste nicht eigentlich der Generaldirektor dem Vorsitzenden des Beirates dienen? Aber dann überlegte ich kurz und kam dahinter: Wir alle haben in all diesen Jahrzehnten immer das beschlossen, was Klaus-Dieter Lehmann vorgedacht und vorgestellt hat. Dabei hatten wir immer das Gefühl, dass es unsere eigenen Ideen waren, die wir beschlossen hatten und die wir dann umsetzten, denn er hat sie so glänzend formuliert, dass es nie einen Punkt gegeben hat, an dem wir auf eine bessere Idee hätten kommen können. Klaus-Dieter Lehmann hat seine Beiräte, seine Verwaltungsräte und seine Kuratoren und was da alles noch so rumfleucht wunderbar eingesetzt und auf allen politischen Ebenen dafür gesorgt, das sie immer das Beste zum Wohl jener Einrichtung, für die er gerade zuständig war, machten. Und wie gesagt, die Stiftung in Berlin brachte noch einmal ein Vielfaches der Aufgaben mit sich, die es in Frankfurt in der Deutschen Bibliothek oder in Leipzig gegeben hatte, obwohl die Spuren, die er dort hinterlassen hat, gar nicht unterschätzt werden können, denn dort hat er Maßstäbe geschaffen, die absolut einmalig sind. Und die gleiche Wirkung erzielte er nun auch immer wieder in der Stiftung.

Das Phänomen ist: Klaus-Dieter Lehmann war gerade mal acht Jahre Stiftungspräsident. Und er konnte natürlich auch mit 65 Jahren keineswegs aussteigen, sondern verlängerte bis 68. Danach war er tatsächlich einen Monat arbeitslos, denn er schied am 29. Februar 2008 aus und wurde erst am 1. April 2008 Goethe-Präsident. Natürlich war er nicht wirklich arbeitslos, weil er neben den zehn genannten Stufen seiner Laufbahn 58 weitere Funktionen in den verschiedensten Gremien inne hat. Also: Weimar ist ohne ihn überhaupt nicht vorstellbar, Marbach ist von ihm wieder gerettet worden, das Deutsche Museum hätte nie die neuen Mittel und neuen Möglichkeiten bekommen, wenn nicht der Verwaltungsrat Lehmann das alles eingefädelt hätte. Das gleiche gilt für das Germanische Nationalmuseum. Ich könnte das alles hier noch sehr viel verlängern, aber jetzt wurde dieser jugendliche Mensch am 1. April Präsident des Goethe-Instituts. Hier könnte man sagen, das schönste Amt neben dem Papst. Oder so ähnlich.

Also ein schöneres Amt kann es kaum geben, weil Goethe-Präsident bedeutet nun nicht auf Berlin oder Deutschland beschränkt, sondern Goethe-Präsident bedeutet nun die komplette Welt. Letzte Woche hat er ein neues Institut in Dar es Salaam eröffnet. Weitere Gründungen in Afrika, in China und so weiter stehen an.

Und seitdem Klaus-Dieter Lehmann da ist sprudeln, die Gelder für das Goethe-Institut. Nicht nur weil er da ist, aber seitdem er da ist gehen die Finanzzusagen wunderbar nach oben – und die Bundeskanzlerin musste natürlich sofort kommen. Noch nie war ein Bundeskanzler oder eine Bundeskanzlerin in den letzten 60 Jahren beim Goethe-Institut gewesen, aber jetzt, seitdem Klaus-Dieter Lehmann Präsident ist, kommt sogar die Bundeskanzlerin und erklärt ganz präzise, dass es eine weitere gewaltige Erhöhung des Etats für das nächste Jahr gibt.

Es besteht eine Aufbruchstimmung und sie geht ins Detail: Es wird jedes Goethe-Institut in irgendeiner Form verbessert; die gesamte Kommunikation im Goethe-Institut, innerhalb der Mitglieder, innerhalb der Institute, der Mitarbeiter und für die Öffentlichkeit wird ganz gewaltig verbessert. Hier werden wieder neue Maßstäbe geschaffen, die es bisher nie gegeben hat. Ich bin davon überzeugt, dass der Kulturgroschen, der heute verliehen wird, der ja umgerechnet jetzt ungefähr sechs Cent sind – und ich bin bereit die Summe zu verdoppeln – dass dieser Groschen auch wieder dem Goethe-Institut gespendet wird, denn jeder Cent, jeder Betrag ist wichtig, um es weiter auszubauen. Jede Spende für das Goethe-Institut soll beispielhaft wirken und soll sie anregen darüber nachzudenken, wie auch Sie das Goethe-Institut unterstützen können. Es lohnt sich! Das Goethe-Institut ist eine wunderbare Aufgabe und es gibt niemanden, der diese Aufgabe so bewältigt, so in den Griff kriegt und so forciert wie Klaus-Dieter Lehmann.

Und deshalb gratuliere ich ihm von ganzem Herzen zur Verleihung des Kulturgroschens und wünsche viele weitere Jahre intensivster Zusammenarbeit und unglaublich viele Erfolge für das Goethe-Institut und für die Kultur.

Der Verfasser ist Verleger ■

Eine kleine Münze und die Kultur

Klaus-Dieter Lehmann bedankt sich für den Kulturgroschen

Mir ist heute der Kulturgroschen verliehen worden, eine Auszeichnung, die von allen Kulturverbänden getragen wird. Allein die Bezeichnung ist schon etwas Besonderes: Kulturgroschen. Aber verbindet man mit Groschen nicht eher eine kleine Münze, 10 Pfennig oder 10 cent. Wird in der Kultur etwa mit kleiner Münze gezahlt? Hätte man nicht lieber den Sterntaler nehmen sollen? Groß, alles überstrahlend?

Ich glaube, es ist schon ganz klug gewählt, den Groschen als Sinnbild zu nehmen. Schließlich ist er ein Geldstück, das viele Jahrhunderte, seit dem 13. Jahrhundert, überdauert hat, auch wenn sich die Währungen selbst immer geändert haben und er ursprünglich eine massive Silbermünze war. Er ist zu einem Symbol geworden.

Und die kleine Münze in der Kultur? Kultur muss immer kräftig um ihre Finanzierung kämpfen, nicht selten steht sie ganz oben auf der Streichliste. Es sind die Mühen der Ebenen, an deren Ende dann ein sichtbares, nachhaltiges Ergebnis steht.

Wer den Groschen nicht ehrt, ist des Talers nicht wert. Kultur ist ein Prozess, eine Entwicklung, zu dem viele Einzelschritte gehören, zu dem viele Einzelpersonen gehören, und immer wieder Initiativen. Und dann – irgendwann – heißt es dann. Der Groschen ist gefallen.

Sie sehen, es gibt gute Gründe, den Kulturpreis Kulturgroschen zu nennen.

Offen gesagt, so systematisch habe ich über diesen Umstand auch wieder nicht nachgedacht.

Was dagegen bestimmend war, ist meine Freude, diesen Preis zu erhalten. Ich bin einfach mit Passion das, was ich bin. Und dafür noch geehrt zu werden, ist natürlich besonders schön.

Häufig werde ich gefragt, wie ein Mathematiker dazu kommt, sich für Kunst und Kultur nicht nur zu begeistern, sondern es auch noch zu seiner Profession zu machen. Sicher haben neben der persönlichen Veranlagung auch die Lebensumstände eine Rolle gespielt. Ich bin nach Kriegsende in einer kleinen Stadt in Oberfranken aufgewachsen. Meine zutiefst verwurzelte Neugier auf die Welt konnte nur gestillt werden durch Bücher, Bücher, Bücher. Sie erschlossen mir die ganze Welt. Als ich dann mit 14 Jahren in die Großstadt kam – es war Düsseldorf – waren die Bibliotheken mein Ankerplatz, von dem ich dann die Entdeckungen in die reale Welt der Kultur machte, in die Theater, die Konzerte, die Museen. Es war ein einziges Eldorado. Aber als Brotberuf schien mir das nicht tragfähig genug, so wählte ich die Naturwissenschaften. Die Kultur sollte meine persönliche Leidenschaft bleiben.

Dann kam die bestimmende Entwicklung der Computer in allen Lebensbereichen. Das war für mich die Chance, beides zu verbinden, die Leidenschaft zur Literatur und die neuen Werkzeuge, Computer und Netz, die ich durch meine akademische Ausbildung beherrschte. Es schloss sich eine zweite Ausbildung in Bibliothekswissenschaft an und es begann eine für mich ungemein gestalterische Zeit, erst im Bereich der Bibliotheken, dann im Bereich von Museen, Bibliotheken und Archiven, schließlich als Präsident des Goethe-Instituts.

Häufig werde ich dann gefragt, als Mathematiker sei ich ja prädestiniert für strategisches Denken, analytisches Vorgehen und weit gesteckte Ziele, ob mir deshalb diese Ausbildung besonders nützlich gewesen sei. Ich muss zugeben, dass mir dieses methodische Rüstzeug sicher geholfen hat. Nach meinen langen Berufsjahren in der Kultur und der Kulturpolitik würde ich aber eine andere Akzentuierung vornehmen.

Sicher benötigt man eine klare Ausrichtung auf ein erkennbares Ziel, vielleicht auch eine Vision. Aber wir alle wissen, Ziele sind leichter zu vermitteln als die Wege dahin. Aber genau auf diese Wege kommt es an. Sie müssen begehbar gemacht werden, sie müssen überschaubare und erfahrbare Abschnitte haben. Das ist nicht zu erreichen mit einer starren Ausrichtung am entfernten Ziel. Ohne die Fähigkeit zur Improvisation und zur Intuition, ohne die Fähigkeit zur schnellen Reaktion und ohne motivierte und motivierende Menschen lassen sich geeignete Konstellationen weder erkennen noch nutzen. Zeitfenster sind immer nur eine gewisse Zeit geöffnet. Und bei unseren komplexen Strukturen, in denen sich die Kultur bewegt, geht es ohne diese Zeitfenster nicht. Zugegeben, ich war immer verantwortlich für große Kultureinrichtungen: Nationalbibliothek, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Goethe-Institute. Aber letztlich gilt diese Gemengelage auch für kleinere Einheiten.

Klaus-Dieter Lehmann bei seiner Dankesrede © **Stiftung *Brandenburger Tor***

Das Agieren in Zeitfenstern erfordert wiederum bestimmte Eigenschaften. Ich habe für mich immer meine persönliche Unabhängigkeit als hohen Wert angesehen. Daraus war eine Glaubwürdigkeit nach innen und nach außen zu gewinnen. Ich war nur der Sache verpflichtet. Und das ist auch immer akzeptiert worden, von der Politik, von der Öffentlichkeit, von den Medien und von den Fachkollegen.

Der Sache verpflichtet sein, reduziert sich nicht auf die Sicht des Technokraten. Es gehört eine eigene inhaltliche Überzeugung dazu und eine offensive kulturpolitische Haltung. Zensurfreiheit, unbeeinflusstes Kuratieren von Ausstellungen, Widerstand gegen Trivialisierung, Einbeziehen aller Sparten und – vor allem – alle Anstrengung für Bildung. Kultur braucht Bildung und Wissen und das so früh wie möglich.

Weiter auf Seite 31

Fortsetzung von Seite 30

Ohne die Kompetenz und die Kreativität der Kulturschaffenden, ohne ihren Idealismus und ihre Begeisterungsfähigkeit, ohne die Widerstandskraft gegenüber allen Widrigkeiten, ist alles nichts. Das ist eigentlich das schönste Erlebnis, dem man in diesem Berufsfeld begegnet – die Menschen und ihr geistiges Kapital. Das ist ein beeindruckender gesellschaftlicher Wert, nicht zur Selbstbespiegelung sondern um sich der Welt zu öffnen.

Zu dem Erleben im Umgang mit Menschen in der Kultur gehörten für mich auch immer die den Kulturinstituten eng verbundenen Freundes- und Förderkreise. Sie sind eine unverzichtbare Komponente, aktiv, anregend, im besten Sinn zivilgesellschaftlich engagiert. Eine kulturell interessierte Gesellschaft sollte nicht alles dem Staat überlassen, sondern selbst tätig werden.

Unser Zusammenleben ist in erster Linie eine kulturelle Leistung. Daran aktiv mitwirken zu können, ist etwas Besonderes. Es bereichert uns alle.

Vielen Dank nochmals für diese wunderbare Auszeichnung. Sie wird einen herausgehobenen Platz erhalten. Lassen Sie mich noch mit zwei ungewöhnlichen Auszeichnungen meine ausgeprägte Neigung für besondere Symbole illustrieren.

Als das Richtfest für das Neue Museum auf der Berliner Museumsinsel 2007 stattfand, warf der Polier das Schnapsglas nach dem Richtspruch und geltendem Brauch auf den Boden. Einer der Gäste sicherte einen Glassplitter, rahmte ihn, und machte ihn mir zum Geschenk. Das hat mich sehr gerührt. Genau so wie ein Bohrkern des Neubaus der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main, den mir die Belegschaft widmete.

Ich habe eine sehr emotionale Bindung an die Menschen und die Ereignisse, die meinen Lebensweg prägten und noch immer prägen. Der Kulturgroschen gehört jetzt auch dazu.

Der Verfasser ist Preisträger des Kulturgroschens 2008 ■

Stark sein durch weltweite Vernetzung

Klaus-Dieter Lehmann im Gespräch mit *puk*-Herausgeber Theo Geißler

Klaus-Dieter Lehmann, der Preisträger des Kulturgroschens 2008 — Fotos: Martin Hufner

politik und kultur (puk): Herzlichen Glückwunsch zur Ehrung durch den Deutschen Kulturrat, zum Kulturgroschen. Nun ist dieser Preis zwar auf der einen Seite nicht sonderlich hoch dotiert, wie der Titel ja schon sagt. Auf der anderen Seite ist er aber doch eine wirklich hohe Auszeichnung. Sind Sie ein bisschen stolz?

Klaus-Dieter Lehmann: Ich bin sogar richtig glücklich darüber, weil es ein Preis ist, der von einer Organisation vergeben wird, in der alle Verbände und alle Sparten der Kultur vertreten sind. Spartenübergreifend sein, nicht isoliert denken, die Kultur in ihrer Vernetzung, das entspricht meiner Auffassung. Den Kulturgroschen selbst finde ich sehr pfiffig. Das ist eine Münze, die längst aus der Währung ist, aber jeder hat sie im Kopf. Der Groschen ist im 13. Jahrhundert entstanden und lebt heute immer noch weiter. Es ist sozusagen eine richtig durchgehende Linie und das kann man auch für die Kultur in Anspruch nehmen.

puk: Nun ist der Deutsche Kulturrat in der Politik ja gelegentlich nicht das allerliebste Kind. Was sagen Sie als Präsident des Goethe-Instituts zur Arbeit dieser Institution, mit der Sie seit Jahren durch verschiedene Gremien verbunden sind?

Lehmann: Was den Deutschen Kulturrat auszeichnet ist seine Unabhängigkeit. Er ist weder einem politischen Lager, noch einer kommerziellen Nutzung zuzuordnen, noch bevorzugt er die eine oder andere Kultursparte. Er ist eine Einrichtung, die sich in den letzten Jahren so profiliert hat, dass man wegen seiner Unabhängigkeit auf ihn hört. Das ist es, was man heute im politischen Geschäft Glaubwürdigkeit nennt und darin hat der Deutsche Kulturrat eine gute und erfolgreiche Wegstrecke zurückgelegt.

puk: Sie sind jetzt seit ungefähr hundert Tagen in Ihrem neuen Amt. Gibt es bereits Manöver des „Tankers" Goethe-Institut, auf die Sie stolz sind, oder die andeuten, wo Sie das Schiff hinsteuern?

Lehmann: Ich bin in meinen Positionen immer wieder mit dem Begriff des „Tankers" konfrontiert worden. Ich nehme diesen Begriff nicht an. Für mich ist das ein Flottenverband, in dem es unterschiedliche Schiffe gibt. Größere, kleinere, Begleitboote, Versorgungsschiffe usw. Es kommt darauf an, dass man die jeweiligen spezifischen Stärken erkennt und die Talente fördert. Wenn das geschieht, dann kann man solche Flottenverbände ganz gut in Bewegung setzen. Für meine ersten hundert Tage waren mir vor allem zwei Dinge wichtig. Wir brauchten stabile Rahmenbedingungen, bei denen die professionellen und menschlichen Qualitäten der Goethe-Experten sich voll entfalten konnten und wir wollten wieder über Inhalte reden. Diese Entwicklungen haben viel Selbstvertrauen geschaffen. Zwei große Projekte waren prägend. Zum einen das Partnerschulenprojekt. In den nächsten drei Jahren werden 500 Schulen weltweit identifiziert, bei denen exzellente Deutschabteilungen eingerichtet werden. Goethe bildet die Lehrer aus und sorgt für eine leistungsfähige Ausstattung. Es ist zurecht ein Lieblingsprojekt von Frank-Walter Steinmeier. Mit den schon bestehenden 500 Deutschschulen erreichen wir damit eine kritische Masse, und starten eine wirkliche Sprachoffensive! Zum Anderen wollten wir die Kulturarbeit in zwei Regionen der Welt wieder besonders aufnehmen. Im vergessenen Kontinent Afrika und in der dynamischen Region China. Das ist uns sehr gut gelungen. Ich war 14 Tage in Afrika, wo wir das große Sonderprogramm mit mehr als fünf Millionen Euro gestartet haben. Die Begeisterung und der Enthusiasmus dort, stimmen manchmal nachdenklich bezüglich unserer eigenen Abgeklärtheit. Von der spürbaren Neugier auf die Welt und der Offenheit kann man einiges lernen.

puk: Natürlich konzentrieren sich die Goethe Institute stark auf den Transport, auf das Bewusstsein um die deutsche Sprache. Sie bezeichneten das einmal als Umgang mit einer Fähre, die mit einer Mannschaft über einen Fluss fährt. Das Englische hingegen sei eine Brücke, über die man gehen kann, die aber starr sei. Sehen Sie eine reelle Chance, Deutsch als dritte Sprache wieder global anzusiedeln?

Lehmann: Ich glaube schon. Dieses Bild ist auch sehr erklärend. Die Weltsprache Englisch werden wir in keiner Weise erreichen. Das wäre auch unsinnig, denn diese Weltsprache ist bewusst ein reduziertes Englisch. Es ist eine lingua franca, die notwendig ist, um sich in der Welt zu verständigen. Wenn man aber neben der eigenen Muttersprache und dem Englischen als Weltsprache eine Sprache etabliert, die letztlich andere Ingredienzien hat, dann kann man damit schon weiterkommen. Nehmen wir einmal das Beispiel des Deutschen. Wir kommen ja aus einer Zeit, in der uns das Deutsche stets, – die immer noch gezeigten alten Nazi-Filme zeigen dies – als gebellte Sprache vorgeführt worden ist. Aber es ist keine gebellte Sprache, es ist eine Sprache, die eine wunderbare Melodie besitzt, welche die Literatur, die Poesie, die Philosophie und die Wissenschaft generell in ihrer Differenziertheit beflügelt hat und die auch eine Wirtschaftssprache sein kann. Aber ich glaube, wir bekommen nichts geschenkt. Bei der Verbreitung dieser Sprache müssen wir uns wirklich bemühen. Wir müssen sie mit Werten, vielleicht auch mit Emotion aufladen, die für andere Menschen interessant sind. Das kann Sympathie sein, das kann auch eine Perspektive für Menschen sein, die mit der deutschen Sprache ihre eigenen beruflichen Möglichkeiten erweitern. Das sind alles Dinge, die nicht ausschließlich einen ökonomischen Effekt haben, sondern weichere Faktoren. Diese spielen bei der Globalisierung heute vielleicht eine größere Rolle, als wir uns das im Moment vorstellen. Auf diese Aspekte setze ich.

puk: Nun war ja gerade Bundeskanzlerin Angelika Merkel bei Ihnen in München in der Zentrale zu Besuch und hat sehr deutlich gesagt, dass der Kulturpolitik und gerade auch der auswärtigen Kulturpolitik künftig eine noch größere, eine noch wichtigere Rolle zukommen soll. Wenn man als Kulturjournalist solche Sätze hört, dann bekommt man immer ein bisschen Angst. Man hat den Eindruck, dass sei nur ein Politikersprech, der letztlich keine großen Konsequenzen hat. Schöpfen Sie aus so einem Statement Perspektive?

Lehmann: Politiker spüren, dass in bestimmten Situationen die Kultur mehr leisten kann als die Politik. Die Politik hat eine formalisierte Sprache, fast einen Kanon, ein Protokoll. Die Kultur hat mit ihren ganz sensiblen Möglichkeiten, über die Musik, über das Podium, über das Theater oder die Literatur so viele differenzierte Möglichkeiten, dass man eigentlich eher mit Beispielen Dinge vermitteln kann, ohne die Gesetzestafel Moses ständig vor sich her tragen zu müssen. Das hat möglicherweise die Politik erkannt und sie weiß auch, dass sie darauf setzen muss. Wir sind jetzt Weltmeister im Export, aber wir wissen auch, dass Staaten wie China und Indien kommen. Das heißt, wir müssen uns einem immer stärkeren Wettbewerb stellen. Wenn man diesen Wettbewerb ausschließlich über ökonomische Sichten gestaltet, dann ist das möglicherweise eine sehr harte Konfrontation. Wenn aber ein Deutschlandbild mittransportiert wird, wenn man unsere Lebensformen, unsere Musik und unsere Kunst kennt, dann schwingt etwas mit, das nicht auf der Agenda steht, aber trotzdem eine Wirkung entfaltet. Die Kultur kann dieses Mitschwingen erzeugen. Dadurch wird sie nicht instrumentalisiert, sie wird zu einem gestaltenden Anteil von Beziehungen.

puk: Auf der anderen Seite sind natürlich gesunde ökonomische Voraussetzungen für Ihre Arbeit unabdingbar. Wenn man bedenkt, dass das Wirtschaftsministerium für die Beschickung einer mittelgroßen chinesischen Industriemesse wahrscheinlich die gleiche Summe wie für Ihre Institution bereitstellt, dann besteht aber doch noch eine gewisse Unbalance. Was kann man hier tun?

Lehmann: Das gebe ich zu. Wir sind noch lange nicht über den Berg. Wir erleben jetzt ein Frühlingserwachen und wir sehen, dass Aufmerksamkeit parteiübergreifend im Parlament vorhanden ist. Wir erleben auch, dass das Auswärtige Amt dies anerkennt und unterstützt, aber letztlich muss das ein Weg sein, der nicht Legislaturperioden-bezogen ist. Ich habe das in Tansania erlebt. Wir haben vor zehn Jahren in Dar es Salaam, in Tansania, im Zusammenhang mit dieser weltweiten Schließungsaktion, schließen müssen. Nach zehn Jahren sind wir jetzt wieder da und man merkt, was passiert ist. Die persönlichen Biographien in einem der ärmsten Länder dieser Welt sind natürlich mit einer solchen Situation verbunden gewesen. Es ist alles abgebrochen, zusammengebrochen. Jetzt eröffnen wir wieder, und die Erwartungen sind hoch. Wir können es uns nicht leisten, nach einer Legislaturperiode wieder wegzugehen. Das würde den Schaden größer machen, als wenn wir überhaupt nicht da gewesen wären. Wir müssen überzeugen, dass auswärtige Kulturpolitik nur Generationenprojekte betreiben kann und nicht Tagesprojekte. Das ist eine schwere Aufgabe, aber ich glaube, wenn man schließlich den Erfolg sieht und die öffentliche Meinung für sich hat, dann kann man gewinnen. Wir haben im Inland über ganze Dekaden hinweg nicht mehr über Kultur und Bildung geredet und plötzlich redet jeder davon. Es hat hier also einen Schwenk gegeben und diesen Schwenk werden wir nutzen.

puk: Verständnis für unterschiedliche Kulturen, Verständnis unterschiedlicher Kulturen untereinander, das sind Kernziele der Goethe-Institute. Ist es nicht auch nötig, diesen Dialog, dieses Kennenlernen auch in die Innenpolitik hineinzutragen?

Lehmann: Sie sprechen hier etwas an, das mir ein sehr großes Anliegen, im eigenen Land bewusst machen, was auswärtige Kultur- und Bildungspolitik leistet. Wir sind, trotz der vielen Fernreisen, in Deutschland noch immer an der Kultur anderer Länder nicht wirklich interessiert. Da ist viel Gleichgültigkeit im Spiel

Weiter auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

Stark sein durch weltweite Vernetzung

und man kann das nur dann wirklich verändern, wenn man die Prozesse zeigt. Wir können uns in der Tat etwas darauf einbilden, dass wir im Ausland anders arbeiten als andere Länder mit ihren Kulturinstituten. Nadim Gordimer hat es jetzt in Afrika wunderbar ausgedrückt. Wir seien wirklich Kulturinstitute, die mit den heimischen Instituten, Menschen, Künstlern und Kulturschaffenden Partnerschaften eingehen, und für das Land eine reale Bedeutung haben. Das muss man auch hier in Deutschland erfahren. Ein Beispiel: Wir zeigen die große Ausstellung „Die Tropen“ in Deutschland. Die Menschen fragen sich, warum das Goethe Institut mit dem ethnologischen Institut in Berlin diese Ausstellung macht. Das ist relativ leicht zu erklären. Es ist das erste Mal, dass wir den ganzen Tropengürtel aufnehmen und die Kunst der vorkolonialen, der kolonialen und der zeitgenössischen Zeit zeigen. Damit wird dieser Region eine große Aufmerksamkeit zuteil, bei der wir es aber nicht belassen. Diese große Aufmerksamkeit nutzen wir, um Lesungen, eine Filmwoche des Tropenfilms, Theater und Musik der Tropen darum zu gruppieren. Wir haben Berlin plötzlich zur Hauptstadt der Tropen gemacht und mit dieser Veranstaltungsserie gehen wir auch in andere Länder. Damit kommen wir an Themen wie Megastädte in den Tropengürteln, deren Gewalt und Kriminalität, die Wanderbewegungen, Migration und Integration, das Abholzen der Regenwälder. Plötzlich ist es möglich, gesellschaftspolitische Themen mit einem Kunstansatz so in die Diskussion zu bringen, dass das Goethe Institut zum Hebel wird, zum Übergang zwischen Innen und Außen. Wir wollen Innen und Außen nicht mehr getrennt, sondern gemeinsam sehen. Das ist interkulturelle Kompetenz.

puk: Was sehen Sie als Zwischenziel in fünf Jahren?

Lehmann: Wichtig für uns ist, dass die Goethe-Institute nicht mehr ausschließlich eine lokale Versorgung leisten, sondern dass sie sich selbst als Teil eines weltweiten Netzes sehen. Wenn dieses Netz genutzt wird, kann man die Aufmerksamkeit viel stärker bündeln und langfristige Wirkung erreichen. Die Autonomie der Regionen mit einem eigenen Budget gibt uns dafür gute Voraussetzungen. Wir haben 14 Weltregionen, in denen die 150 Institute der 80 Länder organisiert sind. Diese Vernetzung bringt uns eine neue Qualität. Ich prägte einmal einen Satz, der mehr denn je gilt: Früher waren Institute stark, wenn sie autonom waren, heute sind sie stark, wenn sie gut vernetzt sind. Ich hoffe, dass dies in fünf Jahren ganz deutlich sichtbar ist.

puk: Vielen Dank für das Gespräch.

Theo Geißler ist Herausgeber von politik und kultur. Klaus-Dieter Lehmann ist Präsident des Goethe-Instituts. ■

Thomas Mann im Teebeutel

Tarnschriften gegen die nationalsozialistische Diktatur – Teil 2 • Von Georg Ruppelt

„Das Geheime Staatspolizeiamt an der Arbeit. 23.000 Zentner Drucksachen beschlagnahmt und eingezogen.“ – Unter dieser Überschrift berichtete der Völkische Beobachter vom 25. November 1933 über eine Ausstellung im Gebäude des „Geheimen Staatspolizeiamtes“ Berlin. Zunächst eiferte das Blatt gegen die dort wohl zu Warnung, vor allem aber als Erfolgsnachweis gezeigten Exponate der Ausstellung „Emigrantenpresse im Ausland“: „Die ganze Intellektuellenclique, die früher sich anmaßte, deutsche öffentliche Meinung darzustellen, verzapft jetzt ihren geistigen Unrat auf diesem geduldigen Papier ausländischer Druckereien. Da sieht man die Namen Georg Bernhard, Hello von Gerlach, Alfred Kerr, Einstein, Feuchtwanger und wie die ob ihres schlechten Gewissens ausgewanderten Salonbolschewisten alle heißen.“

Insgesamt schätzt der Völkische Beobachter diese Druckschriften jedoch als für Deutsche politisch recht ungefährlich ein, „denn nur wenige von diesen finden hier und da einmal den Weg über die Grenze“. Dann aber wendet er sich unter der Zwischenüberschrift „Getarnte Hetzschriften in Deutschland“ einer die Machthaber offenbar wesentlich beunruhigenderen Schriften-Spezies zu: „Erheblich gefährlicher und wichtiger sind die Druckschriften, die immer noch in Deutschland hergestellt wurden, und zwar vielfach in einem getarnten Gewande. Da bekommt man zum Beispiel eine kleine grüne Broschüre in die Hand mit dem harmlosen Titel ›Reise nach Ostpreußen‹. Die beiden Umschlagseiten preisen das schöne Ostpreußen, im Innern jedoch finden wir eine rein kommunistische Hetzbroschüre gegen das neue Deutschland. ›Luftschutz ist Selbstschutz – ein ernsthaftes Wort an alle Berliner‹, darunter: ›Herausgeber Hauptmann a. D. von Blomberg‹, so lautet der Titel einer anderen Schrift, die in Berlin verteilt worden ist. Im Innern befindet sich abermals ein ganz gemeines kommunistisches Pamphlet, das ebenso viele Lügen wie Zeilen enthält. Ein Flugblatt der K.P.D. wurde als Aufruf des Führers an das Volk getarnt und einem tatsächlich erschienenen Ausruf äußerlich angepasst. Der Text jedoch war wiederum eine kommunistische Propaganda, eine Hetze gegen den Nationalsozialismus.“

Bereits am 3. desselben Monats hatte Karl Friedrich Frentzel ebenfalls im Völkischen Beobachter über die „Wühler in Paris“ auf im Ausland hergestellte Tarnschriften hingewiesen: „Da arbeiten die Hetzer mit solchen Mitteln: ein Reclam-Heftchen aus der Klassiker-Reihe, Goethes ›Hermann und Dorothea‹, wird nachgedruckt, sieht ganz unverfänglich aus, aber auf der dritten Seite fängt das Braunbuch an. Man kann diese kleinen Büchlein bequem in einen Briefumschlag stecken und verschicken. Sie haben fast alle deshalb das kleine Oktavformat, so betreiben diese Lumpen ihre Propaganda.“

Trotz des hohen Anteils an Polemik in den beiden Artikeln des Völkischen Beobachters haben die Verfasser recht genau wichtige Wesensmerkmale einer Gattung von Druckschriften aus den Jahren zwischen 1933 und 1945 festgehalten, für die sich der Begriff „Tarnschriften“ eingebürgert hat:

- sie sind kleinformatig,
- man kann sie in einen Briefumschlag stecken und verschicken,
- sie sehen „unverfänglich“ aus und
- haben einen harmlosen Titel,
- sie sind tatsächlich erschienenen Schriften oft äußerlich angepasst,
- und sie enthalten etwas anderes als Umschlag, später auch Titel und erste und letzte Seiten zunächst erwarten lassen.

Da etwa 80 Prozent dieser Tarnschriften auf die Urheberschaft der KPD zurückgingen, haben sich besonders Bibliographen in der ehemaligen DDR dieser Thematik angenommen, wobei sie aber auch sozialdemokratische, katholische und andere Tarnschriften erfassten. In der Bibliographie von Heinz Gittig „Illegale Antifaschistische Tarnschriften 1933–1945“ wird der Begriff Tarnschrift treffend definiert: „Man bezeichnet als Tarnschriften jene Druckerzeugnisse, die unter einem harmlosen, unverfänglichen Umschlagtitel, zum Teil mit fingiertem Impressum (Verlag, Drucker, Druckort und -jahr) als Absicherung gegen polizeilichen Zugriff und zum Schutze der Verbreiter und Leser, antifaschistische Schriften enthalten. Tarnschriften sind eine moderne Sonderentwicklung der ›Verkleideten Literatur‹; unter diesem Begriff fasst man Schriften zusammen, in denen falsche Angaben über ihre Herkunft gemacht werden, sei es durch Verschweigen von näheren Provenienzangaben, sei es durch fingierte oder wissentlich falsche, in die Irre führende Titel bzw. Autoren- und Verlagsangaben.“

Sammlungen von Tarnschriften sind relativ selten; etwa 700 bis 800 Titel sind heute – soweit der Verfasser sieht – bibliographisch erfasst. Gittig schätzt die Zahl der insgesamt produzierten Tarntitel auf 900.

Schach. Praktischer Leitfaden des Schachspiels.

Leipzig: Friedrich M. Hörhold [1939]. (Miniatur-Bibliothek. 160/61.) (Kommunistische Internationale. 1939, H. 1.) 64 S. (9,4 x 13,2 cm)

Inhalt

Das Erbe Lenins. S. 6–18.

Unser Wort zu Tagesfragen. (Judenpogrome, Konzentrationslager u. a.) S. 19–40.

K. Funk: Die Kolonialforderungen des deutschen Faschismus. S. 41–50.

F. Fürnberg: Die geschichtliche Erfahrung verlangt die Einheit der Arbeiterklasse. Zum 50. Jahrestag des Hainfelder Parteitages. S. 51–56

Aus der Sowjetunion. Claire, A.: Das Wesen des Sowjetpatriotismus. S. 57–84.

Tarnschrift: ein kluger Schachzug **© Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek**

Verteilung und Schmuggel

Die nationalsozialistischen Machthaber kamen dem Wunsch der linientreuen Bibliothekare nach Erfassung des illegalen Schrifttums, von dem der gute Bibliothekar natürlich wusste, nur zögerlich nach. Bedauernd stellte Hans Peter des Coudres auf dem Bibliothekartag 1935 in Tübingen fest: „Ebenso entgehen den Bibliotheken die gar nicht bekannt gemachten illegalen Hetzschriften, weil nach Auffassung der Polizeibehörden diese Schriften eines besonderen Verbotes gar nicht erst bedürfen. Da diese Schriften, die von großem politischen Wert sein können, auch im Buchhandel des Auslandes nicht zu haben sind, werden hier die Bibliotheken nur auf Abgabe durch die Beschlagnahmebehörden angewiesen sein. [...] Schließlich wird man auch vergeblich die beiden großen deutschen Bibliographien zu Rate ziehen.“

Der eingangs zitierte Artikel aus dem Völkischen Beobachter bezeichnete die Tarnschriften als „erheblich gefährlicher und wichtiger“ als die Emigrantenpresse und machte damit öffentlich, dass getarntes Widerstandsschrifttum durchaus einen Stachel im Fleische der Machthaber darstellte. In späteren Jahren wurde im Übrigen über beschlagnahmte Literatur nicht mehr berichtet, denn dies hätte wohl das Eingeständnis der Tatsache bedeutet, dass die staatlichen Exekutivorgane dieses Problem nie ganz in den Griff bekamen. So wird z.B. für das Jahr 1937 von 27.717 durch die Grenz- und Zollbehörden beschlagnahmten Publikationen verbotenen Inhalts berichtet und noch für das Jahr 1941 von 25.923. Man bedenke, dass diese Zahlen nur einen Teil der tatsächlich hergestellten und eingeschleusten Gesamtmenge angeben, eben jene, die konfisziert werden konnte. Gittig ermittelte, dass in der Regel etwa 10.000 Exemplare pro Auflage hergestellt wurden.

Nachdem in den ersten Monaten des „Dritten Reiches“ illegale Literatur in erheblichem Umfang noch in Deutschland hergestellt worden war, kam sie später als Schmuggelware über die Grenzen, vor allem aus der Tschechoslowakei, Frankreich und der Schweiz. Die Kreativität der Versender beim Einschleusen und Verteilen der Tarnschriften ist erstaunlich. Schon bei der Herstellung wurden bewusst das leicht zu versendende

Weiter auf Seite 33

Fortsetzung von Seite 32

Oktavformat oder noch kleinere Formate gewählt, die bequem zu transportieren waren.

Um diese gedruckte Konterbande über die Grenze nach Deutschland zu bringen, wurden bekannte und neue Schmugglertricks angewandt. Aus einem Gestapo-Bericht: „Verstecke in Stoffballen, Koffern mit doppeltem Boden, gefüllte Reservepneumatiks von Automobilen konnten beobachtet werden. Um jedoch auch die einzelnen Stücke nach Möglichkeit dem polizeilichen Zugriff zu entziehen, werden neuerdings die Druckschriften äußerlich durch harmlose Titelblätter getarnt."

Eine besonders pfiffige Art des Schmuggelns war z.B. die Ausnutzung der Grenzflüsse zum Transport von wasserdicht verpackten Druckschriften. Nach vereinbartem Termin wurde jenseits der deutschen Grenze die illegale „Flaschenpost" aufgegeben und diesseits wieder herausgefischt; gelegentlich wurde sie allerdings bei den falschen Leuten angeschwemmt. Aus einem Polizeibericht: „Beiliegend überreiche ich elf verschiedene kommunistische Hetzschriften, die am 29.8.1939 bei Neuenweiler von einem Arbeitsdienstmann in einer Blechbüchse aus dem Rhein gefischt wurden. Es handelt sich hierbei fast durchweg um bereits bekannte Hetzschriften und Broschüren, die vermutlich in der Schweiz in Blechbüchsen und Flaschen verpackt, dem Rheinstrom übergeben werden, um sie auf diese Weise den deutschen Volksgenossen zugänglich zu machen."

Die Verteilung der Flugblätter und Tarnschriften im Inland erforderte ebensoviel Mut und Kreativität wie das Schmuggeln durch Personen über die Grenze. Das reichte etwa vom gezielten Verteilen illegaler Schriften an die Passanten, die nichts für die Winterhilfe geben wollten, bis hin zum unbemerkten Austausch von „Groschenheften" in Bahnhofsbuchhandlungen gegen Tarnschriften.

Für die Absender von Flugschriften und Tarnschriften ungefährlicher, für die Empfänger aber umso riskanter war der Versand illegalen Schrifttums mit der Post. Denn nicht nur Gesinnungsgenossen im Reich wurden angeschrieben, sondern die Absender suchten auch aus Adressbüchern Anschriften heraus, die sie dann mit anti-nationalsozialistischen Broschüren oder Flugblättern belieferten.

Inhalte

Von einer besonders gelungenen Aktion der Verteilung illegalen Schrifttums auf dem Postwege berichtete einer der wenigen aktiven Nationalsozialisten im Verlagshaus Reclam – mit negativer Wertung, versteht sich. Die Bändchen der Universal-Bibliothek waren eine besonders beliebte Mimikry für das illegale Schrifttum gegen den Nationalsozialismus. Als angeblicher Reclam-Band Nr. 71 wurden unter dem Titel Friedrich von Schiller: Wilhelm Tell. Volksausgabe Auszüge aus dem Schauspiel abgedruckt. „In diesem schmalen Bändchen, das freilich nicht an den Umfang eines echten Reclam-Bändchens heranreicht, findet der Leser Auszüge aus Schillers Schauspiel ›Wilhelm Tell‹, die samt und sonders Aussprüche darstellen, welche von der Tyrannei der Unterdrücker und vom Leid der Unterdrückten der damaligen Schweiz handeln." Massenlieferungen dieses Titels aus Belgien gingen an viele deutsche Buchhandlungen: „Und so ist es interessant, zu wissen, dass viele Buchhandlungen, die von Belgien mit diesem Material überschwemmt worden sind, überhaupt nicht wussten, dass es sich um eine Feindpropaganda handelte."

Die Beliebtheit der Reclam-Bändchen zur Verwendung als Tarnschrift ist zurückzuführen auf ihre Popularität in allen Bevölkerungsschichten, ihre weite Verbreitung, ihr kleines Format und ihre anspruchslose Verarbeitung – Eigenschaften, die sich für die Herstellung und Verbreitung von Tarnschriften als extrem günstig erwiesen.

Nachdem die Widerstandsgruppierungen in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft vor allem in Deutschland hektographierte oder im Kleinoffset-Verfahren hergestellte Schriften verteilten, ging man später dazu über, Tarnschriften mit aufwendigeren Drucktechniken im Ausland zu produzieren. Dabei wurde der Umschlag eines gängigen Titels faksimiliert, bald wurden auch noch Titelblatt und Anfangs- und Schlussseiten originalgetreu nachgebildet. In der Mitte aber befand sich der subversive Text. Häufig wurden diese Schriften dann noch auf fotomechanischem Wege verkleinert und im Dünndruck hergestellt, um sie etwa in Tee- oder Filmtüten nach Deutschland einschmuggeln zu können.

Die Inhalte des getarnten Schrifttums entsprachen den politischen Intentionen der jeweiligen kommunistischen, sozialdemokratischen, katholischen oder sonstigen Gruppierung. Die Schriften wollten über geheim gehaltene Vorgänge im „Dritten Reich" aufklären oder über Aktivitäten der verschiedensten Exilgruppen, über Veranstaltungen und Manifeste informieren. Auch literarische Texte mit politischer Intention wurden abgedruckt – kurz: Alle diese Schriften dienten dem Kampf gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime.

Tarnschriften in der psychologischen Kriegführung

Im Zweiten Weltkrieg versuchten die Kontrahenten, mit Hilfe von Tarnschriften „Wehrkraftzersetzung" des Gegners zu betreiben; Aktivitäten der englischen und amerikanischen Propaganda-Truppen sind gut dokumentiert. Der englische Geheimdienstler und Journalist Sefton Delmer erinnert sich: „Eine ähnliche Überlegung lag einem anderen unserer ›Warenmuster‹ zugrunde: unserem Handbuch, das die Deutschen in der Kunst unterwies, zu simulieren und ihre Ärzte so weit zu bekommen, dass diese ihnen einen Krankheits- oder Genesungsurlaub verschrieben. Wir brachten diesen Text in den verschiedensten Verkleidungen: als Handbuch der Leibesübungen für die deutsche Marine, als Gesangbuch, als Eisenbahn-Kursbuch, als Kalender und sogar ganz offen als Reclamheft mit dem Titel Krankheit rettet ... von Dr. med. Wilhelm Wohltat.

Eine dieser Verkleidungen, die mir – als Nichtraucher – besonders gefiel, war eine auf dünnes Seidenpapier gedruckte Fassung, die in die Schutzhülle eines Zigarettenpapier-Päckchens mit dem Aufdruck einer bekannten deutschen Firma verpackt war. In dem Handbuch für Leibesübungen ebenso wie in dem Gesangesbuch und dem Kursbuch waren die ersten Seiten mit denen des deutschen Originals identisch, und auch bei dem Päckchen bestanden die ersten Blätter aus echtem Zigarettenpapier. Erst wenn man überall etwas weiterblätterte, kamen unsere ›Un-Gesundheitsvorschriften‹ zum Vorschein. Die von uns empfohlenen Simuliertechniken waren eigens von unserem „Zauberdoktor" Dr. J. T. McCurdy in Milton Bryan ausgearbeitet worden [...] McCurdys Spezialgebiet in Friedenszeiten war die Heilung von Geisteskrankheiten gewesen. Jetzt machte es ihm Spaß, seine Erfahrungen im entgegen gesetzten Sinne bei Hitlers Deutschen anwenden zu können. Dr. McCurdy stellte zwei Grundregeln für Simulanten auf. Erstens musste der Simulant bei seinem Arzt den Eindruck erwecken: ›Hier ist ein williger Arbeiter oder ein Diensteifriger Soldat, der das Unglück hat, sehr gegen seinen Willen krank zu sein.‹ Zweitens durfte der Simulant dem Arzt gegenüber niemals erklären, er sei krank, oder gar eine bestimmte Krankheit nennen oder unaufgefordert Symptome aufzählen.

„Ein einziges Symptom, das der Arzt durch seine eigenen Fragen entdeckt‹, sagte das Handbuch, ›ist mehr wert als zehn Symptome, mit denen der Patient dem Doktor gleich ins Gesicht springt."

Dann wurden all die Symptome aufgeführt, die der Patient dem Arzt während der Untersuchung gewissermaßen suggerieren sollte. Diese Symptome waren nicht nach Krankheiten eingeteilt, sondern nach der Art des Urlaubs, den der Patient herausschinden sollte, also danach, ob er kürzere und längere Zeit vom Dienst befreit oder gar für die Dauer des Kriegs zurückgestellt zu werden wünschte.

„Wir verfolgen bei der Herstellung dieser kleinen Broschüre zwei Ziele", erklärte ich meinen Besuchern. „Einerseits hoffe ich, dass eine Anzahl von Deutschen diese Regeln befolgen wird, andererseits möchten wir die deutschen Ärzte, die von der Existenz dieser Broschüre in Kenntnis gesetzt werden – und das wird bestimmt der Fall sein, – veranlassen, auch in den Fällen ein Simulieren zu vermuten, in denen der Patient nicht simuliert. Ich hoffe sehr, dass sie von jetzt ab effektiv kranke Männer und Frauen an ihre Arbeit zurückschicken und dadurch vielleicht sogar zur Verbreitung von Krankheiten beitragen, weil sie glauben, dass die Patienten ihre Symptome mit Hilfe dieses nichtswürdigen Dr. med. Wohltat vorgetäuscht haben."

Meinen Kunden von der Résistance gefiel dieser Gedanke. Aber leider nahmen die Dinge nicht den Lauf, den ich beabsichtigt hatte. Denn die deutschen Behörden waren von den angegebenen Möglichkeiten in Dr. McCurdys Broschüre so beeindruckt, dass sie sie ins Englische übersetzen ließen und in die Linien der englischen und amerikanischen Truppen einschmuggelten. Die in Deutschland angefertigte englische Version unseres Opus überdauerte sogar den Krieg. Noch bis zum Jahre 1952 erzielten Exemplare davon hohe Preise in Soho. Denn in unserem Nachkriegs-Wohlfahrtsstaat war das hier vermittelte Wissen geradezu unbezahlbar."

Tarn- und Flugschriften waren nicht die einzige Sorte von Druckerzeugnissen, die als Kampfmittel gegen die nationalsozialistische Diktatur eingesetzt wurden. In den Staatsarchiven finden sich in den Akten der Geheimen Staatspolizei und in Prozessakten als Beweismaterial eine Fülle von Handzetteln, Klebezetteln, Broschüren und Zeitschriften, mit denen der Widerstand über die Taten des Unrechtsregimes informierte, agitierte und zu oppositionellem Tun aufrief.

Eine Tarnschrift der ersten Stunde erlangte eine über die Kreise des Widerstandes und seiner Verfolger hinausgehende Berühmtheit. In dem eingangs zitierten Artikel aus dem Völkischen Beobachter wird ein Braunbuch erwähnt, das als Reclam-Ausgabe von Goethes Hermann und Dorothea getarnt sei. In dieser Schrift findet sich nach einigen Seiten Goethe-Originaltext auf 253 Seiten das „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror". Diese auch unter dem Deckmantel der Reclam-Ausgabe von Schillers Wallenstein nach Deutschland geschmuggelte Tarnschrift war das Ergebnis einer Untersuchung über den Reichstagsbrand und die anschließende Terrorwelle gegen Kommunisten und Sozialdemokraten in Deutschland. Deutsche

Weiter auf Seite 34

Höhenluftkurort Todtnauberg [Prospekt].

o. O. [1938]. 6 gez. S. [Faltbl.] (10 x 20,5 cm)

Inhalt

Heinrich Mann: An alle Deutschen! S. 3–4.

Widerstand im Kleinformat, gefürchtet vom NS-Regime

© Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek

Fortsetzung von Seite 33

Thomas Mann im Teebeutel

Emigranten im Ausland hatten die Untersuchung in die Wege geleitet. Sie wurde in mehreren Sprachen als Braunbuch unter der Leitung von Willi Münzenberg und Gustav Regler in Paris publiziert und von dort aus verbreitet.

Das Braunbuch diente während des Reichstagsbrandprozesses im September 1933 in Leipzig sogar als Prozessunterlage für die Anklagevertretung. Es kam angesichts der geschickten Verteidigung des Angeklagten Dimitroff zu der kuriosen Situation, „dass sich der Ankläger, Reichsanwalt Dr. Werner, zu einem verblüffenden Schritt entschloss. Er verschaffte sich ein Exemplar des ›Braunbuches‹ der Emigranten und ging es Seite für Seite durch, um darzutun, dass es ein einziges Gewebe von Verleumdungen sei!“ Selbst Göring nahm zum Braunbuch Stellung. „Er begriff nicht, dass sich die Richter mit diesem ›Braunbuch‹ befassten, dieser kleinen „Hetzschrift“, die er vernichten lasse, wo er sie finde.“

Auch in der Sammlung der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek befindet sich eine Dokumentation zum Reichstagsbrandprozess als Tarnschrift. Unter dem Umschlag Im Zeichen des Kreuzes. Ein C. d Mille-Film der Paramount wird auf 16 Seiten mit den vermeintlichen Anstiftern des Reichstagsbrandes abgerechnet.

Die Tarnschriften-Sammlung der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek

Die Sammlung von Tarnschriften in der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek wurde 1983 antiquarisch erworben. Die Stücke befinden sich in einem makellosen Erhaltungszustand. Außerdem besitzt die Bibliothek eine Reihe faksimilierter Tarnschriften sowie die Mikrofiche-Edition des K. G. Saur-Verlages „Tarnschriften 1933 bis 1945“.

In dieser Mikrofiche-Sammlung ist auch ein „Klassiker“ des Tarnschrifttums gegen das „Dritte Reich“ aufgenommen worden. Es ist die nur 5,3 x 7cm große Dünndruck-Broschüre Die Kunst des Selbstrasierens. Neue Wege männlicher Kosmetik. Diese Tarnschrift lag Rasierapparaten bei. Sie beginnt und endet tatsächlich mit Ausführungen über die genannte Kunst. Von Seite 4 bis Seite 30 jedoch enthält sie die programmatische Darstellung über „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Dem oberflächlichen Blick erschließt sich der brisante Inhalt dieser auch in kleinsten Packungen zu transportierenden Tarnschrift nicht; Typographie und Layout des politischen Textes unterscheiden sich nicht von dem Text über die Kunst- und Kulturgeschichte des Rasierens. Außerdem beginnt und endet das Programm der SPD mitten auf einer Seite und nicht, wie bei anderen Tarnschriften, auf einer neuen, in die Tarnschrift eingehängten Seitenfolge.

Gelegentlich stehen die Auswahl der Tarntitel und die Inhalte in einem ironischen Zusammenhang, ob beabsichtigt oder nicht beabsichtigt, sei dahingestellt. So heißt ein Heftchen, das Beschlüsse der Exekutive-Komitees der Kommunistischen Internationale und die Lage in Deutschland 1934 beschreibt Siegfrieds Tod. Ein Ufa-Film von Fritz Lang. Eine angebliche Anweisung von Erich Schwandt, wie man störungsfrei Rundfunk empfangen könne, enthält Informationen über den 7. Kongress der Kommunistischen Internationale 1935. Sicherlich beabsichtigt ist die Textzusammenstellung in einer angeblichen Sammlung von Drolligem aus der Kinderstube »Kindermund«, wo es auf Seite 2 wie folgt heißt:
„Der kleine Werner wird von allen Verwandten ob seiner schönen, grossen Augen bewundert. Sein älterer Bruder Fritz, der von der Natur stiefmütterlicher behandelt ist, ärgert sich darüber und sagt eines Tages GENOSSEN! Das Schicksal der Jugend ist zur brennendsten Frage unserer Zeit und zur wichtigsten Frage des deutschen Volkes geworden, das so schwer bedrückt ist. [...]“

Die Mehrzahl der Tarnschriften der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek gibt sich als Ratgeber-Literatur aus, so etwa die Anweisung wie man Nähmaschinen zu behandeln hat, ob und welches Musikinstrument man sich zulegen solle, angebliche theoretische Hinweise über das Springen, das unter anderem angeblich vom Reichssportführer 1936 herausgegeben wurde, sowie Beschreibungen von Pilzen, Beeren und Wildgemüsen, Rezepte für köstliches Backwerk oder auch Anleitungen zum Schachspielen. Eine gewisse Ironie mag man vielleicht auch in der Tarnschrift „Der humoristische Taschenspieler“ erkennen, in der angeblich Tricks vorgeführt werden, wie man ein Publikum an der Nase herumführen könne. Tatsächlich enthält das Heftchen dann aber u. a. Reden von Stalin und Wilhelm Pieck. Eine Werbeschrift für „Persil von Henkel“, die in Wirklichkeit einen Artikel von Georgi Dimitroff über die „Einheitsfront des Kampfes für den Frieden“ enthält, wirkt im Rückblick eigenartig insofern, als nach 1945 der Begriff „Persil-Schein“ eine besondere Bedeutung erhielt.

In einem unmittelbar aufeinander bezogenen und stimmigen Zusammenhang stehen Tarntitel und Inhalt in einer offenbar von katholischer Seite beeinflussten Kampfschrift mit dem Titel Der barmherzige Samariter. Nach einer Zusammenfassung über Erste Hilfe bei verschiedenen Unfällen folgt ein Aufruf des katholischen Widerstandes, die politischen Opfer des nationalsozialistischen Regimes zu unterstützten. Es schließt sich eine „Unvollständige Liste verfolgter, verhafteter oder gemaßregelter Pfarrer“ an; darauf werden „Beschimpfungen, Lästerungen, Gewalt!“, dem die Angehörigen der christlichen Kirchen unterworfen werden, dokumentiert. Schließlich werden die Namen von verurteilten Ordensgeistlichen aufgelistet. Die Tarnschrift schließt mit dem Aufruf, im Kampf gegen die Nazis mit allen Widerstandskämpfern, auch mit Sozialisten und Kommunisten zusammenzuarbeiten:

„Findet zueinander den Weg! Setzt Euch zusammen! Sprecht miteinander! Bildet gemeinsame Gruppen zur Unterstützung aller Gefangenen und ihrer Familien!

Vorhandene Schwierigkeiten überwindet, Hemmungen beseitigt, Verleumdungen der Nazi-Presse beachtet nicht!

Helft alle und überall, damit ein einheitlicher all umfassender Hilfsverband gegen den nationalsozialistischen Terror entstehe, eine wahre Volkshilfe gegen die braunen Volksverderber!

Es ist Menschen- und Christenpflicht, die Euch ruft! Im Namen der Wahrheit, des Friedens und der Freiheit – allen politisch Verfolgten unsere Gemeinsame brüderliche Hilfe!
– Sofort weitergeben. –r“

Tarnschriften sind eine wichtige Quelle für die Forschung in verschiedenen historischen Disziplinen, sie sind aber auch begehrte Objekte auf dem Antiquariatsmarkt. Möglicherweise haben sie aber auch unserer Zeit etwas zu sagen; jedenfalls deuten die eben zitierten letzten Sätze aus der Schrift „Der barmherzige Samariter“ darauf hin.

Excentric Shampoo. Das Beste für die Haarpflege.

o. O.: Lloyd Parfumerie [1939]. (Beutel: 8,6 x 14 cm; Inhalt: 7,9 x 13,4 cm)

Inhalt

Ein Waffenstillstandstag … (u. a. Wer hat die Pogrome organisiert? Synagogen brennen …). S. 3–24.

Die Abwehr der Pogrome hilft zur Befreiung Deutschlands. S. 25–27.

Die Empörung der Welt. S. 27–42.

Das Echo bei den Völkern. S. 42–47.

Schöner äußerer Schein versus schreckliche deutsche Realität **© Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek**

Eine 2006 von der Gesellschaft der Freunde und Förderer erworbene und der Bibliothek überantwortete Tarnschriften-Sammlung mit 17 Exemplaren weist spektakuläre Stücke auf. Dazu zählen zwei Schriften, die nicht nur textliches Material enthalten, sondern auch Pflanzenreste. Der „Letzte Appell“ des exilierten Schriftstellers und Journalisten Gustav Regler steckt als Dünndruck-Broschüre in einer Packung mit (noch vorhandenem) Tomaten-Samen. Vorhanden ist auch noch der schwarze Tee, vermutlich aus dem Jahr 1939, dessen Aufbewahrungstüte außerdem noch Widerstandstexte u. a. von Thomas und Heinrich Mann enthielt.

Interessant ist der Neuzugang an Tarnschriften auch durch ihre vielfältigen „Verpackungsformen“. Die Shampoo-Verpackung und die „Anleitung zur Gesichtsmassage“ mit Nivea, auf deren Rückseite ein Nachdruckverbot (!) vermerkt ist, erinnert an die politischen Beilagen zu den oben beschriebenen Hygiene-Artikel.

Häufig begegnet die Tarnung durch irreführende Buchumschläge. Besonders doppeldeutig allerdings ist der bewusst „altdeutsch“ gehaltene Broschüreumschlag „Die Grundlagen des jüdischen Volkes. Eine notwenige Abrechnung“. Abgerechnet wird innen dann allerdings mit dem nationalsozialistischen Wahnsinn des Antisemitismus.

Auch Akzidenz-Drucksachen, etwa Fahrpläne oder Tourismus-Broschüren, wurden vom Widerstand zur politischen Aufklärung benutzt. Eine angebliche Information der Kurverwaltung Bad Mergentheim enthält einen flammenden Aufruf des „aus dem königlich-bayrischen Haus der Wittelsbacher stammenden Prinzen Hubertus zu Loewenstein, der vor Hitlers Machtantritt eine führende Rolle in der katholischen Jugend Deutschlands spielte und später die Deutsche Akademie der Künste und Wissenschaften in Amerika gründete“. Darin heißt es u. a.: „Sollte es Krieg sein, was uns bevorsteht, so wird jeder Patriot, jeder Christ, jeder der sein Volk liebt, mit allen Mitteln, ich wiederhole: mit allen Mitteln am Sturz der Hitlerregierung arbeiten müssen.“

Außerordentlich aufwendig gestaltet ist der vorgebliche Stadt-Plan von Düsseldorf, der außen u. a. Nazi-Propaganda enthält, innen aber einen Aufruf des ZK der KPD. Erst beim aufmerksamen Lesen erschließt sich der subversiv Inhalt eines vermeintlich systemkonformen und fürsorglichen Ratgebers für die Sparer der Sparkasse Berlin.

Darin ist unter anderem zu lesen: „Was können wir tun, um die Sicherheit der Sparguthaben zu garantieren und ihre Entwertung zu verhindern? Das einfachste wäre natürlich, unseren Kunden zu raten, ihre Gelder abzuziehen. Aber eine solche Maßnahme würde nicht nur unseren Kredit schädigen, sondern auch die Möglichkeiten weiterer Anleihen durch das Reich, die auch künftig natürlich ausgegeben werden sollen, sehr erschweren. Ueberdies planen wir, in der nächsten Zeit neue Regulierungen herauszubringen, die das Abheben von Spargeldern noch erschweren werden. Wir können nicht zulassen, daß unserer Wirtschaft ihr Blut durch vaterlandsloses und auf den eigenen Vorteil bedachtes Abheben von Sparkassenguthaben entzogen wird. Das wäre gegen den Wahlspruch unseres Führers: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Und die Sparguthaben müssen mehr und mehr von unserem Volke als Gemeingut betrachtet werden, als Gut und Blut für unsere Aufrüstung. Sollte es wirklich so schwer sein zu begreifen, daß man auch heute schon, noch bevor wirkliches Blut auf den Schlachtfeldern fließt, dem Vaterland Wirtschaftsblut opfern muß! Und eben dieses Wirtschaftsblut, das sind die Sparguthaben der Millionen Sparer.

Wie aber sollen unsere Sparer ihre Guthaben vor der Entwertung retten? Was können wir tun, um unseren Sparern zu helfen? Es ist schwer darauf, schon heute eine Antwort zu geben. Wir werden uns mit den maßgebenden Stellen in Verbindung setzen, und mit ihnen entsprechende Maßnahmen beraten. Sobald wir zu Beschlüssen gekommen sind, werden wir sie unterrichten, von dem was beschlossen.

Für heute gilt nur die Parole, die jedem guten Deutschen einleuchten muß. Laß Dein Geld auf der Sparkasse! Hebe nur soviel ab, wie Du unbedingt brauchst, und besser noch: hebe gar nichts ab, denn keine Not kann so groß sein, daß man lieber das rüstende Vaterland schädigt als selber etwas Not zu leiden. Und wenn das Geld entwertet werden sollte, so können wir nur mit unserem Führer sagen: ‚Ich habe viel in meinem Leben erlebt, ich werde auch noch das überleben.'

……Vereinigung Deutscher Sparkassen.“

(Gekürztes Kapitel aus dem Band Georg Ruppelt: Buch- und Bibliothek sgeschichte(n). Hildesheim, New York, Zürich: Olms 2007.)

Der Verfasser ist Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Das Leben ist eine einzige Fortbildungsveranstaltung

Gespräch mit Max Fuchs, Direktor der Akademie Remscheid und Vorsitzender des Deutschen Kulturrates

Im September 2008 konnte die Akademie Remscheid ihr fünfzigstes Jubiläum begehen. Seit zwanzig Jahren leitet Max Fuchs als Direktor die traditionsreiche Akademie und am 30. September 2008 feierte er seinen sechzigsten Geburtstag. Fuchs ist außerdem Vorsitzender des Deutschen Kulturrats, Vorsitzender der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, des Instituts für Bildung und Kultur und Honorarprofessor für Kulturarbeit an der Universität Duisburg-Essen. Lesen Sie ein *puk*-Interview mit dem umtriebigen Kulturpolitiker und Wissenschaftler.

puk: Herr Fuchs, Sie haben Mathematik, Wirtschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Soziologie studiert und sind dann zunächst ins Lehramt für Mathematik gegangen. Wie stellt sich Ihr Werdegang aus heutiger Perspektive dar?
Max Fuchs: Die Entscheidung fürs Lehramt war zunächst ökonomisch bedingt, denn ich musste mir mein Studium selber verdienen. Nach meinem Vordiplom in Mathematik 1974 hat sich für mich die Gelegenheit ergeben, an einer Schule als Aushilfslehrer anzufangen. Das hat mir großen Spaß gemacht und mir ist dort klar geworden, dass ich mich nicht nur mit Mathematik beschäftigen möchte. Nach meinem Mathematikdiplom habe ich anschließend Pädagogik und Soziologie studiert. In diesen Fächern habe ich dann promoviert, weil mir nach zehn Jahren Mathematik am Gymnasium und an der Fachhochschule das Unterrichten auf die Dauer zu eng wurde. Bildung ist immer mit Selbstbildung verbunden. Für mich ist das Leben eine einzige Fortbildungsveranstaltung.
puk: Kann man diese Einstellung auch an die jüngere Generation weitergeben? Im Moment orientieren sich die Studierenden nur in Modulen für das Bachelor/Master-System. Die Bildung bleibt da oft auf der Strecke.
Fuchs: Die Bachelor- und Masterentwicklungen sind ein Fehler in unserer Hochschullandschaft. Diese ganz engen maßgeschneiderten Studiengänge, die nur auf eine berufliche Tätigkeit hinführen sollen, sind der falsche Weg. Originellerweise macht das die Wirtschaft in vielen Bereichen, insbesondere dort, wo es um qualifizierte Tätigkeiten geht, gar nicht mit. Investmentbanken, große Agenturen wie McKinsey zum Beispiel, greifen häufig auf Geisteswissenschaftler zurück. Das berufliche Know-how bringen sie den Leuten in den Berufen als Banker oder Berater selbst bei.
puk: Sie sind dieses Jahr seit zwanzig

Jahren Direktor der Akademie Remscheid für Musische Bildung und Medienerziehung e.V. Wie definieren Sie Ihre Aufgabe?
Fuchs: Wir sind eine hierarchisch organisierte Einrichtung. Der Direktor steht an der Spitze, daran schließen sich der Verwaltungsleiter und die Studienleiter an. Ich mische mich selbst nicht stark in das Alltagsgeschäft ein, sondern überwache das Ganze. Dafür investiere ich Zeit in Grundlagenfragen kultureller Bildung. Ein gemeinsames Konzept kultureller Bildung, wie es die Akademie Remscheid vertritt, ergibt sich nicht aus der puren Addition von Theater, Tanz und Musik. Es geht mir darum, theoretische Grundlagen für die verschiedenen Praxisfelder in der Kulturarbeit der Akademie zu finden.
puk: Am 19. September feierte die Akademie mit einem Festakt ihr 50. Jubiläum. Welche Richtung soll die Akademie in Zukunft einschlagen?
Fuchs: Besonders bei einer Jubiläumsfeier ist ein Blick zurück immer wichtig, denn in der 50-jährigen Geschichte waren viele Menschen in die Arbeit der Akademie eingebunden, die natürlich gewürdigt werden wollen. Letztlich können wir uns aber für die Verdienste früherer Zeiten nichts kaufen. Wir müssen uns den heutigen Aufgaben widmen und uns auch in der Zukunft bewähren. Deswegen hat die Akademie auch schon unter der Leitung von Dr. Wilhelm Twittenhoff und Prof. Bruno Tetzner immer zukunftsorientiert gearbeitet. Uns interessieren die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen. Wir leben in einer multiethnischen Gesellschaft und das ist noch längst nicht überall in der pädagogischen Praxis angekommen. Wir müssen diese Menschen ansprechen, unsere Inhalte verändern und Probleme wie den demografischen Wandel thematisieren.
puk: Sie haben in Ihrem Haus mit dem Institut für Bildung und Kultur (IBK) ein Bildungs- und Forschungsinstitut, das Bruno Tetzner gegründet hat und dessen Vorsitzender Sie heute sind. Was erforschen Sie?
Fuchs: Unser jetziger Schwerpunkt im IBK liegt im Bereich Seniorenkulturarbeit in europäischer Perspektive. Mich persönlich interessiert im Moment die Frage, welchem Wandel die Arbeitsverhältnisse unterliegen. Berufstätigkeiten verändern sich. Langsam verschwinden die letzten

Der Vorsitzende des Deutschen Kulturrates Max Fuchs © Akademie Remscheid

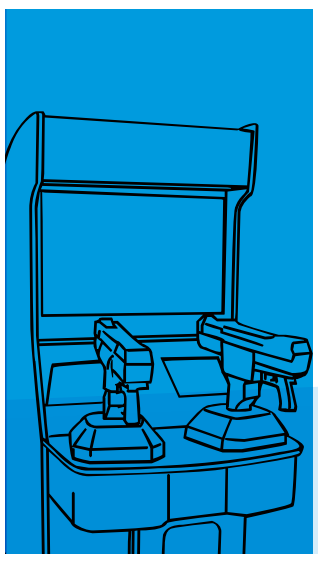
unbefristeten Arbeitsverhältnisse der Industriegesellschaft. Das, was man heute als einen flexiblen Kapitalismus bezeichnet, wirkt sich auch auf die Psyche der Menschen aus. Das alles hat unmittelbar mit dem Begriff der Bildung zu tun, denn diese soll einen ja in die Lage versetzen, sein Leben zu bewältigen. Wenn sich das Leben in Zukunft weiterhin so flexibel entwickelt, muss es entsprechende Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen geben, die die Menschen auf

Weiter auf Seite 36

Streitfall Computerspiele
Computerspiele zwischen kultureller Bildung, Kunstfreiheit und Jugendschutz

Sind Computerspiele „Kulturgüter" oder handelt es sich um „Schund"? Sollten Computerspiele strenger kontrolliert werden oder reichen die bestehenden Jugendschutzbestimmungen aus? Sollten qualitativ hochwertige Computerspiele von der öffentlichen Hand gefördert werden oder soll es der Markt richten? Wie soll der neue Deutsche Computerspielepreis aussehen? Mit diesen Fragen wurde sich in verschiedenen Ausgaben von politik und kultur befasst. Im Band „Aus politik und kultur 1" Streitfall Computerspiele werden die wichtigsten Beiträge noch einmal zusammengefasst veröffentlicht.

Autoren des Buches sind u.a.: Günther Beckstein, Max Fuchs, Wilfried Kaminski, Armin Laschet, Christian Pfeiffer, Klaus Spieler, Olaf Wolters, Wolfgang Zacharias und Olaf Zimmermann



Streitfall Computerspiele: Computerspiele zwischen kultureller Bildung, Kunstfreiheit und Jugendschutz. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 2. erweiterte Auflage, 140 Seiten, € 9,- zzgl. Versand, ISBN 987-3-934868-15-1

Die Kirchen
die unbekannte kulturpolitische Macht

Spielen die Kirchen überhaupt eine Rolle in der Kulturpolitik oder haben sich Kultur und Kirche voneinander entfernt? Sind die Kirchen noch wichtige Auftraggeber für Künstler oder wurden sie von Akteuren insbesondere dem Markt längst abgelöst? Vermitteln die Kirchen Kunst und Kultur? Ist Kultur in der Kirche selbstbezüglich oder auf die Gesellschaft orientiert. Markus Lüpertz sagt in dem Buch, dass Künstler den Engeln sehr nahe sind und stellt damit eine enge Verbindung zwischen Kunst und Kirche her. Trifft dieses auch auf andere Künste zu? Mit diesen und weiteren Fragen befassen sich die Beiträge in dem vorliegenden Sammelband.

Autoren des Buches sind u.a.: Petra Bahr, Karl Lehmann, Wolfgang Huber, Max Fuchs, Katrin Göring-Eckardt, Thomas Sternberg, Christhard-Georg Neubert und Olaf Zimmermann

Die Kirchen, die unbekannte kulturpolitische Macht. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 1. Auflage, 108 Seiten, € 9,- zzgl. Versand, ISBN 978-3-934868-14-4

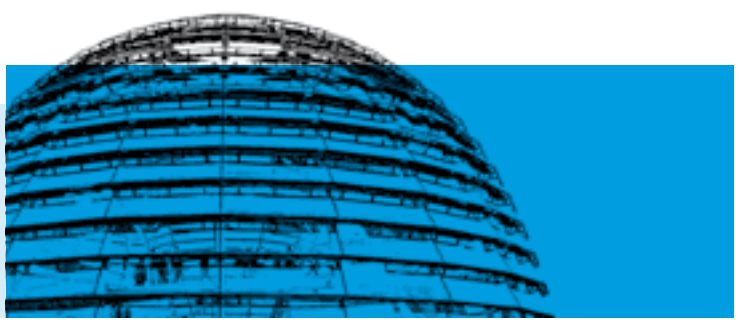
Kulturpolitik der Parteien
Visionen, Programmatik, Geschichte, Differenzen

Gibt es Unterschiede in der kulturpolitischen Programmatik der Parteien? Sind sich Kulturpolitiker immer einig? Ist Kulturpolitik eigentlich unpolitisch oder doch hochpolitisch, weil es um Fragen des Zusammenlebens geht? Welche Rolle spielen die Künste in der Kulturpolitik der Parteien? Welche Ideen entwickeln die Parteien für eine zukunftsfähige Kulturpolitik? Auf welchem Fundament beruht die Kulturpolitik der Parteien? Mit diesen Fragen befassen sich die Beiträge in diesem Buch.

Autoren des Buches sind u.a.: Frank-Walter Steinmeier, Kurt Beck, Guido Westerwelle, Wolfgang Gerhardt, Christian Wulff, Bernd Neumann, Claudia Roth, Uschi Eid, Lothar Bisky, Oskar Lafontaine, Erwin Huber, Thomas Goppel, Olaf Zimmermann.

Kulturpolitik der Parteien: Visionen, Programmatik, Geschichte, Differenzen. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 1. Auflage, 166 Seiten, € 12,90 zzgl. Versand, ISBN 978-3-934868-17-5

Bestelladresse: Deutscher Kulturrat, Fax: 030/24 72 12 45 oder www.kulturrat.de/shop.php



Fortsetzung von Seite 35

Das Leben ist eine einzige Fortbildungsveranstaltung

diese Veränderungen einstellen.

puk: In einem Aufsatz zum Thema „Politik als Kultur“ haben Sie geschrieben, ein Ziel der Bildung sei „das gute Leben“. Ist das heute noch ein Ziel?

Fuchs: Ja, ich habe zwei politische Ziele. Zum einen betrifft das die individuelle Seite. Jeder Mensch hat seine Vorstellungen von dem, was für ihn das gute Leben ausmacht. Und das zweite Ziel ist die Realisierung einer wohl geordneten Gesellschaft. Denn in einer chaotischen Gesellschaft, in der etwa Krieg herrscht, kann das einzelne Individuum sein Projekt des guten Lebens nicht realisieren. Und deshalb haben wir in der BKJ, im Dachverband für Kinder- und Jugendarbeit, das Konzept der Lebenskunst entwickelt. Dieses stellt sich die Frage, wo die Künste einen Beitrag für das eigene Wohlbefinden, für ein gelingendes Leben leisten können.

puk: Kunst kommt nicht nur von Können, sondern auch von Kulturpolitik. Als Vorsitzender des Deutschen Kulturrates sind Sie auch in diesem Bereich tätig. Woher die Motivation für dieses Engagement?

Fuchs: Kunst gehört zum menschlichen Leben dazu. Kunst fällt nicht vom Himmel und benötigt auch Geld. Sie bedarf auch öffentlicher Zuschüsse und dafür muss man sich einsetzen. Wir verstehen uns im Kulturrat als organisierte Zivilgesellschaft, als einen nichtstaatlichen Bereich und praktizieren damit ein modernes Politikverständnis, weil Politik nicht nur Sache des Staates ist. Gesellschaftliche Kräfte müssen so weit wie möglich in die Meinungsbildung einbezogen werden. Und wer weiß besser von den Sorgen und Nöten in der Kulturpolitik als die Menschen, die in diesem Bereich tätig sind.

puk: Der Deutsche Kulturrat war maßgeblich an der Ausarbeitung der Empfehlungen der „Kulturenquete des deutschen Bundestages“ beteiligt. Seit Ende 2007 liegen diese Empfehlungen vor. Wie geht es weiter?

Fuchs: Dieser Bericht der Kulturenquete ist für den Ausbau der bundesweiten Infrastruktur im Kulturbereich wichtig. Er enthält 450 Empfehlungen und der Kulturrat hat sich über jede einzelne eine Meinung gebildet. Insgesamt hat es von Seiten des Kulturrates eine sehr hohe Zustimmung von 95 Prozent gegeben. Diese Zustimmung kommt nicht von ungefähr. Für die einzelnen Punkte hat es viele Anhörungen gegeben, an denen der Deutsche Kulturrat beteiligt war. Unsere Aufgabe besteht darin, für die Angelegenheiten, bei denen der Staat aktiv werden muss, also etwa bei Steuerfragen und Fördergeldern, öffentlichen Druck aufzubauen. Es gibt aber auch kulturpolitische Bereiche, die nichts mit der Bereitstellung von Geldern zu tun haben. Auch da sind wir initiativ geworden. Zum Beispiel fordern wir für die künstlerischen Schulfächer, also auch für das Schulfach Musik, Bildungsstandards. Gemeinsam mit Vertretern der Kunst- und Musikpädagogen und Lehrern des darstellenden Spiels haben wir eine Initiative ergriffen, solche Bildungsstandards zu entwickeln und dann auch bundesweit durchzusetzen.

puk: Bildungspolitik ist aber doch vor allem Ländersache …

Fuchs: Das ist richtig. Der Kulturrat und auch der Enquetebericht stellen deshalb auch Forderungen an die Länder und Kommunen. Die Idee der bundesweiten Bildungsstandards besteht darin, aus der Kleinstaaterei, aus den 16 unterschiedlichen Bildungs- und Kulturpolitiken herauszukommen. Seit PISA gibt es einen starken Trend etwa auf der Ebene der Kultusministerkonferenz, sich auf Gemeinsamkeiten zu einigen.

puk: Sie sind ein persönlich berufenes Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission. Welche Aufgaben haben sie dort?

Fuchs: Es gibt die Europäische Union und den Europarat. Aber mit der UNESCO gibt es eben auch eine weltweite kultur- und bildungspolitische Familie. Wenn man den Blickwinkel über die Grenzen Europas hinaus richtet, dann relativiert sich vielleicht das ein oder andere, besonders wenn man sich die Situation in Afrika oder Asien anschaut. Man kann aber auch viel von anderen lernen. Es geht darum den Horizont zu öffnen und zu schauen, wie andere Länder mit Kultur- und Bildungsfragen umgehen.

puk: Man kann in Deutschland einen Boom der kulturellen Bildung konstatieren. Haben wir im Vergleich zu anderen Ländern einen Nachholbedarf?

Fuchs: PISA ist inzwischen zu dem wichtigsten internationalen Referenzsystem geworden. Es gibt weltweit eine Marginalisierung von Nicht-PISA-Fächern, und dagegen wehrt man sich inzwischen, zum Beispiel im Rahmen der UNESCO-Weltkonferenz 2006 in Lissabon. Ein zweites Problem: Insgesamt schrumpft das jugendliche Publikum in den Kultureinrichtungen. Und dies nicht alleine deshalb, weil es weniger Jugendliche gibt. Das Jugendkulturbarometer des Zentrums für Kulturforschung hat gezeigt, dass das kulturelle Interesse bei den Jugendlichen nicht richtig geweckt wird. Hier muss man etwas tun!

puk: Wie definieren Sie für sich den Begriff „Kultur“?

Fuchs: Es gibt mehrere Kulturbegriffe. Kultur ist wie der Mensch lebt und arbeitet. Das ist ein sehr traditioneller Ansatz, den schon Bert Brecht benutzt hat. Kultur ist die Gesamtheit aller Lebensvollzüge. Der Begriff realisiert sich in der Freizeit, in der Arbeitstätigkeit, in der Liebesbeziehung. Er ist ein Totalitätsbegriff. Kulturpolitik darf sich jedoch nicht anmaßen, mit der Totalität aller Lebensvollzüge zu arbeiten. Es gibt auch die Sozialpolitik und die Bildungspolitik, die viel mehr Einfluss auf die Lebensgestaltung der Menschen haben. Die Kulturpolitik hat allerdings wirkungsvolle Mittel, die den engeren Kulturbegriff betreffen, bei dem Kultur Kunst ist. Daher wird versucht, das gute Leben mit den Mitteln der Kunst herzustellen. Deswegen ist mir die Aussage so wichtig: „Ohne Kunst ist das Leben unvollständig.“ Mit den Mitteln der Kunst kann Kulturpolitik einen Beitrag leisten, dass das Leben der Menschen eine höhere Qualität erreicht. Bedingung dafür ist der wichtige Begriff der Teilhabe. Ich will außerdem realisieren, dass alle Künstler von ihrer Kunst leben können. Denn Kunst gibt es nur dann, wenn es kreative Menschen gibt, die sie ausüben.

puk: Wo sehen Sie Ihre Schwerpunkte für die nächsten Jahre?

Fuchs: Der Kulturrat ist eine wichtige Organisation, die aufgrund ihrer Bandbreite eine ständige Herausforderung für mich darstellt. Dort kann ich selbst auch noch dazulernen und deshalb würde ich dort noch gerne weitermachen. Meinen wissenschaftlichen Schwerpunkt lege ich auf die kulturelle Schulentwicklung. Denn die Schulen sind das zentrale System in Deutschland, durch das alle Kinder und Jugendliche gehen. Wir haben bemerkt, dass wir dafür kämpfen müssen, dass die Schulen für die Kinder und Jugendlichen interessant sein müssen. Aber auch für die Lehrer. Wenn ein gutes Kulturprogramm in den Schulen stattfindet, mit Tanz, Literatur, Musik und Theater, dann lassen sich auch bessere Ergebnisse in den anderen Fächern erzielen. Das haben Studien belegt. Wir überlegen uns, wie wir den einzelnen Schulen bei ihrer kulturellen Profilbildung helfen können.

puk: Wir bedanken uns für das Gespräch!

Das Gespräch führte Andreas Kolb ■

Du malst und ich schreibe

Ein Porträt der Schriftstellerin Julia Franck • Von Andreas Kolb

„Vermutlich gibt es kein anderes Land in Europa, in dem die Stipendien und Preise, die Fördermittel und Schreibwerkstätten so zahlreich sind wie in Deutschland. Einen unschlagbar genauen Überblick schafft www.literaturport.de. Tatsächlich gibt es so viel Förderung, dass bisweilen gar Stimmen laut werden, man solle den Teig nicht künstlich so gehen lassen, das schaffe falsche Erwartungen. Die Wirklichkeit sieht dagegen so aus: Trotz aller Förderung und allen kleinen und großen Anerkennungen kann schätzungsweise nur ein Prozent der deutschen Schriftsteller, die einmal ein Buch veröffentlicht haben, von der Arbeit leben, die meisten gehen noch anderen Tätigkeiten nach.“ Julia Franck

Wie erreiche ich als junge Schriftstellerin meine Leser? Julia Franck hat es in den vergangenen zehn Jahren vorgemacht: der direkte Weg führt durch das Nadelöhr der Literaturpreise. 1995 erhielt Julia Franck ihren ersten Preis, den open mike der Literaturwerkstatt Berlin – mit einer Preissumme von 1.000 Mark ein echter Debütantenpreis. So unbedeutend der open mike von der Geldsumme her war, so wichtig war er für die berufliche Identität und auch den beruflichen Einstieg der jungen Autorin. Denn beim open mike wird weder nach Geschlecht, noch nach Alter, Herkunft oder bisherigen Veröffentlichungen gefragt. Alle Einsendungen werden codiert und es zählt für die Vorjury tatsächlich nur der Text und nicht die Person dahinter. „Das hat mich auch in den Jahren nach diesem ersten Preis sehr beruhigt“, erinnert sich Julia Franck, „denn zwischendurch gab es Medienhypes wie zum Beispiel ‚Berlin-Literatur’ oder ‚Fräuleinwunder’. Je nachdem hieß es dann, meine Bücher würden nur gelesen, weil ich aus Berlin komme und weil ich eine Frau bin.“

Seither hat Julia Franck sieben weitere hochkarätige Auszeichnungen erhalten, zuletzt 2007 den Deutschen Buchpreis. Dieser Preis veränderte ihr Leben: Heute wird die Bestsellerautorin auf der Straße erkannt, ihre Kinder werden im Kindergarten und in der Schule auf die Mutter angesprochen.

Der Roman „Die Mittagsfrau“ hat sich über 400.000 Mal verkauft. Jeder literarische Leser Deutschlands muss demnach Francks Buch irgendwann gekauft oder geschenkt bekommen haben. Der Deutsche Buchpreis als eine geniale Vermarktungsidee des deutschen Buchhandels erreicht heute Dimensionen, die mit keiner anderen deutschen Literaturauszeichnung vergleichbar sind.

„In den Monaten nach dem Deutschen Buchpreis erhielt ich dermaßen viele Anfragen, dass allein deren Sichten soviel Zeit in Anspruch nahm, dass ich beschloss, überhaupt keine Veranstaltungen mehr in Deutschland zu machen. Seit dem Sommer reise ich oft ins Ausland und auch das nimmt wieder sehr viel Zeit und Arbeitskapazität in Anspruch.“

Früher ordnete Julia Franck das Schreiben innerhalb ihres Tagesablaufs dem Studium und anderen Jobs nach. Seit ungefähr acht Jahren lebt sie ausschließlich vom Schreiben und ihr Alltag hat sich verändert. „Seitdem ich Mutter bin, arbeite ich von halb neun bis um 15 Uhr, der Nachmittag gehört dann den Kindern und dem Haushalt. Abends beginne ich um halb neun wieder und arbeite bis Mitternacht. Während dieser Zeit erledige ich meistens die Post oder recherchiere für den Text, den ich schreibe. Damit komme ich auf neun Stunden am Tag und am Wochenende zum Teil auf zehn Stunden. Gerade wenn ich an einem Roman schreibe, ist es ganz wichtig, dass ich täglich mindestens sechs Stunden en bloc arbeite.“

Julia Franck wurde 1970 mit ihrer Zwillingsschwester in Berlin Lichtenberg geboren. Ihre Mutter ist Schauspielerin, ihr Vater Fernsehregisseur. In die Fußstapfen ihrer Eltern wollte sie nicht treten, auch das Schreiben für das Theater ist derzeit noch kein Thema. „Das Paradoxe ist, dass ich die Exponiertheit der Berufe meiner Eltern furchtbar fand. Ich mochte es auch nicht, wenn ich im Kindergarten oder in der Schule auf meine bewunderte Mutter angesprochen wurde. Ich suchte mir dementsprechend eher den Ausdruck aus, der den größtmöglichen Rückzug darstellte und das erschien mir beim Schreiben der Fall. Ein Text erschließt sich nicht so schnell wie ein Bild.“ Wenn sie als Kind zeichnete, so erzählt sie weiter, dann wurde das Produkt von ihrer Großmutter, der Bildhauerin Ingeborg Hunzinger, eingeordnet, kritisiert oder gelobt. Als Kind lernte sie Bratsche und Klavier. „Auch da gefiel mir aber das zur Schaustellen nicht. Es war mir unangenehm, die Unbeholfenheit, die über viele Jahre hinweg vorhanden war, anderen mitzuteilen.“

Julia Franck — Foto: Susanne Schleyer

Rückzugssehnsucht hin oder her, die Kreativität war da und zwar nicht nur von Seiten der Familie, auch im familiären Freundeskreis waren Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler. Mit dem Schreiben hat sich Franck auf jeden Fall ein Metier ausgesucht,

Weiter auf Seite 37

Geisteswissenschaftler: Kultur als Arbeitsmarkt mit Perspektive?

Der Kulturbereich ist traditionell ein wichtiger Arbeitsmarkt für Geisteswissenschaftler. Geisteswissenschaftler arbeiten in Museen, Bibliotheken und Theatern. Sie erschließen und vermitteln Kunst und Kultur. Bei dem Kongress wurde ausgelotet, wie sich dieses Arbeitsfeld und dieser Arbeitsmarkt verändern. Welche Qualifikationen von Geisteswissenschaftlern erwartet werden, welche Beschäftigungsmöglichkeiten für Geisteswissenschaftler im Kulturbereich es gibt und welchen Stellenwert selbstständige Tätigkeit hat.

Mit Beiträgen von:
· Hartmut Dorgerloh
· Max Fuchs
· Annette Schavan
· Wolfgang Schmitz
· Olaf Zimmermann u.a.

Kultur als Arbeitsfeld und Arbeitsmarkt für Geisteswissenschaftler
Hg. v. Deutschen Kulturrat, 182 Seiten, ISBN: 978-3-934868-16-8,
Preis 14,90 Euro (+ 2,50 Euro für Porto und Verpackung).

Das Buch kann unter http://www.kulturrat.de/shop.php bestellt werden. Der Titel ist auch über jede Buchhandlung beziehbar.
Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin, Telefon: 030-24 72 80 14, Fax: 030-24 72 12 45, E-Mail: post@kulturrat.de

Fortsetzung von Seite 36

in dem sie eher die Chance hat, im Gedächtnis der Gesellschaft zu bleiben als die Künstler ohne Werk, also darstellende Künstler wie Schauspieler oder Musiker. Unsterblichkeit durch das Werk ist aber nicht Julia Francks primäres Interesse. Stärker ist sie an der Tatsache interessiert, dass man beim Schreiben nicht dem Publikum in der Form des Anderen dient, wie es beim Schauspieler der Fall ist, oder in der Form des Stückes, der Inszenierung. „Beim Schreiben gibt es keinerlei Vorlage. Es gibt niemanden, der mir eine formale Grenze setzt, weder über die Dauer des Stückes, noch über die Form. Ich habe keinen Chef, der mir einen Auftrag oder eine Anleitung gibt, der mir einen Charakter, ein Thema oder eine Sprache vorschreiben kann. Ob ich ein vierzeiliges Gedicht oder einen tausendseitigen Roman, ein Theaterstück oder ein Drehbuch schreibe, ist ganz allein meine Entscheidung. Das ist für mich der größte Reiz."

Ihre Ideen bezieht sie aus der „Metamorphose von Schlüsselerfahrungen meiner Jugend" oder anders ausgedrückt, besitzt Franck die Fähigkeit eigene Interessen, Empfindungen, Gedanken und Wahrnehmungen mit dem zu verknüpfen, was ihr in ihrer Umgebung und in der Welt als relevant erscheint.

1978 reiste Francks Mutter mit ihren vier Töchtern aus der DDR in die Bundesrepublik aus, neun prägende Monate verbrachte die Familie im Notaufnahmelager Marienfelde. Tatsächlich reichen Francks erste literarische Versuche als Kind in diese Zeit zurück. „Während dieser Zeit im Flüchtlingslager hinterfragte ich den Begriff ‚Freiheit' auf eine sehr viel intensivere und besondere Weise, als es etwa bei Altersgenossen im Westen und im Osten der Fall war." Franck machte damals substanzielle Erfahrungen, die zum Teil auch in ihren Roman „Lagerfeuer" eingeflossen sind.

Über andere persönliche Erfahrungen, die Franck in ihrer Jugend und im frühen Erwachsenenalter gemacht hat, und die wie sie selbst sagt, ihr „innerer Motor sind", möchte sie nicht sprechen. Umso leichter und lieber spricht sie aber darüber, dass sich die Geschwister als Kinder gerne Geschichten erzählt haben und auch gemeinsam Geschichten geschrieben haben. „Ich bin mit 13 von zuhause ausgezogen, zu Freunden in Berlin. In den vier Jahren, die es dauerte bis meine Zwillingsschwester nach Berlin nachzog, haben wir uns fast täglich Briefe geschrieben. Briefeschreiben war eine Art sich dem Gegenüber mitzuteilen und doch auch mit sich selbst im Gespräch zu sein."

Wie die Zwillinge es untereinander klärten, wer von ihnen die Schriftstellerin werden sollte, trägt anektodische Züge. Julia Francks Zwillingsschwester behauptet, Julia wäre im Alter von zehn Jahren in ihr Zimmer gekommen und hätte gesagt: „Ich hab eine Idee. Ab heute machen wir es so: du malst nur noch und ich schreibe." Für beide war das seitdem klar. Die Zwillingsschwester wurde Grafikdesignerin, Julia Autorin.

Disziplin bei der Arbeit und eine nicht nachlassende Produktivität haben ein beachtliches Oeuvre entstehen lassen: 1997 erschien der Roman „Der neue Koch", 1999 der Roman „Liebediener", 2000 der Erzählband „Geschichten zum Anfassen", 2003 der Roman „Lagerfeuer", in dem Motive aus dem Marienfelder Lagerleben eingeflossen sind und 2007 der Bestseller „Die Mittagsfrau". Im Augenblick ist Franck mit einigen kleineren Arbeiten beschäftigt, unter anderem mit einem Vorwort zu einer Anthologie, die sie herausgeben wird. Es handelt sich dabei um einen Sammelband, in dem Schriftstellerkollegen über Grenzerfahrung schreiben. Franck sprach dabei nicht nur ehemalige DDR-Kollegen an, sondern auch solche, die mit der DDR und der Mauer überhaupt nichts zu tun hatten.

Heute wächst eine Generation heran, die von den schnellen Bildern von „YouTube" geprägt ist. Der Text ist zugunsten des Bildes zurückgedrängt worden. Franck sieht darin keine Bedrohung der Kulturtechnik Lesen. „Das Lesen eines Romans auf herkömmlichem Papier oder als E-Book verleiht – im Gegensatz zu den schnellen Medien wie Fernsehen und Internet – ein Zeitgefühl. Der Roman, ähnlich wie die Oper, offeriert mehrere Stunden des sich Einlassens auf eine ganz andere Welt. Diese Intensität schafft das Internet niemals. Je mehr schnelle Medien man benutzt, desto rastloser fühlt man sich innerlich und desto weniger spürt man auch, dass man Zeit hat. Die objektive Zeit ist für jeden die gleiche, aber ich glaube dass derjenige, der einen Roman liest, das Gefühl hat, in andere Zeiten hineinzufallen und Zeit zu spüren."

Der Verfasser ist Redakteur von politik und kultur ■

Lola trifft zauberhafte Amélie

Eine Rezension von Stefanie Ernst

In der vorliegenden, interdisziplinär angelegten Dissertation befasst sich der Autor aus juristischer wie medienwissenschaftlicher Sicht mit der Filmförderung in Deutschland und in Frankreich.

Dem Aufbau folgend ist dem bereits im Vorfeld interessant anmutenden Vergleich eines föderalistisch und eines zentralistisch verfassten Landes ein Kapitel vorangestellt, in dem die strukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen abgesteckt werden. Diese beziehen sich nicht ausschließlich auf die gesetzmäßigen Grundlagen der jeweiligen Länder, sondern werden zusätzlich in einem europäischen und internationalen Kontext im Kultur- und Medienbereich verortet. Ein Vorgehen, das in Anbetracht der GATS-Verhandlungen und der Zunahme der Regelungskompetenz seitens der Europäischen Union dringend geboten ist. Denn bei schon rechtlich-formell bedingten Unterschieden haben Deutschland und Frankreich die Sorge um die kulturelle Vielfalt gemein und haben sich gleichermaßen energisch gegen die drohenden negativen Folgen der GATS-Bestimmungen gewandt.

Die Hauptkapitel widmen sich, soweit möglich, in Bezug auf die Untersuchungsräume spiegelgleich, den Bedingungen und der Förderpraxis in beiden Staaten. Detailliert ausgeführt werden die Motive und die Art der Förderung. Dabei ist ein wichtiger Schwerpunkt auf die regionale Filmförderung bzw. auf die Regionalisierungsbestrebungen gelegt worden. An den jeweiligen Anfang der Hauptteile ist ein historischer Abriss der Geschichte der Filmförderung in Deutschland und Frankreich gestellt, wodurch dem Leser ein guter Einstieg in das Thema gewährt wird. Aktuelle Tendenzen, wie die voranschreitende Entzentralisierung der Filmförderung in Frankreich werden auf dem historischen Entwicklungen aufbauend dargestellt und analysiert. Besonders spannend ist, dass einigen größeren Themenblöcken Kapitel angefügt sind, welche sich mit den Trends und erwartbaren Entwicklungen befassen. So ist anzunehmen, dass sich in Deutschland zukünftig verstärkt auch kleinere kulturelle Institutionen als Filmförderer etablieren werden und die Miteinbeziehung Neuer Medien tendenziell eher von den regionalen Filmförderern zu erwarten ist. In Frankreich ist eine generelle Öffnung der nationalen in Richtung der regionalen Filmförderung zu beobachten. Dieses wird, nach Auffassung Behrmanns, in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter zunehmen.

Im Schlussteil der Studie zieht der Autor Resümee, indem er die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Vergleichsländer herausstellt und eine kurze Zusammenfassung des zuvor Beschriebenen liefert. Der große Pluspunkt der Studie liegt in ihrer auf Vergleichbarkeit basierenden Struktur. Manches Mal neigt der Verfasser hinsichtlich der Kapitelunterteilung zu übertriebener Kleinteiligkeit. Dennoch wird der sehr klare Aufbau sicherlich einen großen Teil dazu beitragen, dass die Studie als Standardwerk in die Bücherregale derjenigen Einzug halten wird, die im Bereich des Films arbeiten und aufgrund des dankenswerterweise erfrischend und folglich beinahe untypischen deutschen Schreibstils überdies auch auf dem ein oder anderen Nachttisch von Filminteressierten zu finden sein wird.

Behrmann, Malte: Filmförderung im Zentral- und Bundesstaat. Eine vergleichende Analyse der Filmförderungssysteme von Deutschland und Frankreich unter besonderer Berücksichtigung der Staatsverfassung, Avinus Verlag 2008, 299 Seiten.

Die Verfasserin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

zum Vorschlag der EU-Kommission zur Schutzfristverlängerung für Tonträger

Berlin, den 22.09.2008. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt, dass die EU-Kommission die Schutzfrist für die Rechte ausübender Künstler und Tonträgerhersteller verlängern will.

Gegenwärtig beträgt die Schutzfrist für Tonträger europaweit 50 Jahre nach Erscheinen der Aufnahme. Während dieses Zeitraums erhalten die Musiker, die an der Aufnahme beteiligt waren, Entgelte aus Lizenzeinnahmen, soweit diese vertraglich vereinbart wurden. Au0erdem erhalten sie gesetzliche Vergütungen, wenn diese Tonträger öffentlich gesendet oder gespielt werden. Gerade diese Einnahmen aus gesetzlichen Vergütungsansprüchen sind für unbekannte Musiker und insbesondere Studiomusiker, die keine vertraglichen Ansprüche auf Lizenzbeteiligungen haben, besonders wichtig zur Sicherung ihres Lebensunterhalts, können sie doch nicht an die Hersteller abgetreten werden, sondern kommen wahrgenommen durch die Verwertungsgesellschaften der ausübenden Künstler diesen unmittelbar zugute. Häufig sind die Aufnahmen im Unterschied zu den Werken der Urheber, die bis 70 Jahre nach Tod des Urhebers geschützt werden, schon zu Lebzeiten der ausübenden Künstler gemeinfrei, können also von Dritten verwertet werden, ohne dass die Urheber an den Erlösen partizipieren.

Die EU-Kommission schlägt mit dem „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/116/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schutzdauer des Urheberrechts und bestimmter verwandter Schutzrechte“ (KOM (2008)464/3) vor, die Schutzdauer für ausübende Künstler und Tonträgerhersteller für auf Tonträger veröffentlichte Darbietungen von 50 auf 95 Jahre zu verlängern. Zusätzlich sieht der Richtlinienvorschlag als flankierende Maßnahme eine „Use-it-or-lose-it“-Klausel für Verträge zwischen ausübenden Künstlern und Tonträgerfirmen vor, nach der Künstler ihre Rechte zurückfordern können, wenn die Tonträgerfirmen die Aufnahme in der erweiterten Schutzfrist nicht vermarktet. Weiter soll flankierend ein Fonds eingerichtet werden, in den die Tonträgerfirmen 20% der Einnahmen aus der verlängerten Schutzfrist einzahlen. Damit soll der von der EU-Kommission zutreffend beschriebene Missstand korrigiert werden, dass insbesondere Studiomusiker und unbekannte Solisten ihre Rechte gegen eine Einmalzahlung an die Hersteller abtreten von einer Schutzfristverlängerung selber also – abgesehen von den Vergütungsansprüchen – nicht profitieren würde.

Der Deutsche Kulturrat erachtet den Richtlinienvorschlag als einen positiven Weg zur Verbesserung der sozialen Lage der ausübenden Künstler und hier besonders der namentlich nicht genannten Studiomusiker. Als innovativ erachtet der Deutsche Kulturrat die Einrichtung eines Fonds, der aus den zusätzlichen Einnahmen aus der verlängerten Schutzfrist gespeist wird. Allerdings sollte verbindlich vorgesehen werden, diese Mittel über Verwertungsgesellschaften auszuschütten. Verwertungsgesellschaften verfügen über die erforderliche Erfahrung der adäquaten Ausschüttung von kollektiven Einnahmen. Auch die vorgesehene Vereinheitlichung der – bislang in EU-Ländern unterschiedlich geregelten – Schutzfrist für Werke, die Text und Musik kombinieren, ist zu begrüßen. Es ist sinnvoll, die Schutzfrist ab dem Tod des letzten überlebenden Beteiligten, d.h. des Verfassers des Textes oder des Komponisten der Musik, laufen zu lassen.

Für gänzlich unbefriedigend erachtet der Deutsche Kulturrat, dass die Verlängerung der Schutzfrist nur für Tonträger gelten soll. Durch den geplanten Richtlinienvorschlag entstünde eine Ungleichbehandlung zwischen Tonträgern und audiovisuellen Werken, die durch nichts gerechtfertigt ist, Es wäre ein absurdes Ergebnis, wenn beispielsweise die an einem Film beteiligten Schauspieler nicht mehr geschützt wären, wohl aber noch die Musiker des Soundtracks desselben Films. Häufig ist auch dasselbe Konzert sowohl als Tonträger als auch auf DVD erhältlich, man denke nur an die Konzertmitschnitte Herbert von Karajans. Dies zeigt, dass nur eine einheitliche Schutzfristverlängerung unabhängig vom Trägermedium, also unter Einbeziehung audiovisueller Aufzeichnungen, sachgerecht ist.

Aus den Gremien

Der **Fachausschuss Steuern** des Deutschen Kulturrates traf sich am 22.01.2008 unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden **Prof. Dr. Peter Raue**. Der Ausschuss befasste sich ausführlich mit den steuerrechtlichen Handlungsempfehlungen des Schlussberichts der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“. Weiter wurde das Thema Besteuerung ausländischer Künstler, die in Deutschland auftreten, beraten.

Der **Fachausschuss Urheberrecht** beriet am 23.01.2008 unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden **Prof. Dr. Ferdinand Melichar** die urheberrechtlichen Handlungsempfehlungen des Enquete-Schlussberichts. Am 08.09.2008 befasste sich der Ausschuss zum einen mit dem Vorschlag der EU-Kommission zur Schutzfristverlängerung für ausübende Künstler und Tonträger. Weiter arbeitete er an einer Stellungnahme zum EU-Grünbuch „Urheberrecht in der wissensbasierten Wirtschaft“.

Der **Fachausschuss Europa** befasste sich in seiner Sitzung am 24.01.2008 unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden **Prof. Dr. Max Fuchs** mit den europarechtlichen Handlungsempfehlungen des Enquete-Schlussberichts.

Der **Fachausschuss Arbeit und Soziales** behandelte am 28.01.2008 die arbeits- und sozialrechtlichen Handlungsempfehlungen des Schlussberichts der Enquete-Kommission. Am 09.09.2008 diskutierte der Fachausschuss die ersten Ergebnisse der Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes aus dem Jahr 2007. Weiter beschäftigte er sich mit arbeitsmarktpolitischen Fragen.

Der **Fachausschuss Kulturwirtschaft** wertete am 29.01.2008 unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden **Bernd Fesel** die Handlungsempfehlungen des Enquete-Berichts zum Thema Kulturwirtschaft aus. Am 11.03.2008 diskutierte der Fachausschuss den Entwurf der Stellungnahme zu den kulturwirtschaftlichen Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission. Am 28.08.2008 begann der Ausschuss mit den Beratungen zu einer Stellungnahme zum Thema Kulturwirtschaft. Am 09.10.2008 setzte er seine Beratungen fort.

Der **Fachausschuss Medien** beleuchtete am 06.02.2008 unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden **Heinrich Bleicher-Nagelsmann** die medienpolitischen Handlungsempfehlungen des Schlussberichts der Enquete-Kommission. Am 14.05.2008 beriet der Ausschuss den Entwurf einer Stellungnahme zum 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Ebenso setzte er die Diskussion zu einer Stellungnahme zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Medien fort. Am 27.08.2008 führte der Ausschuss die Arbeit am Entwurf der Stellungnahme zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Medien weiter.

Der **Fachausschuss Bildung** diskutierte am 07.02.2008 unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden **Christian Höppner** die bildungspolitischen Schlussempfehlungen des Enquete-Berichts. Am 26.02.2008 diskutierte der Fachausschuss den Entwurf einer Stellungnahme zum Komplex neue Medien und kulturelle Bildung. Am 01.04.2008 setzte der Ausschuss die Beratungen fort. Am 23.06.2008 befasste sich der Fachausschuss mit den Themen frühkindliche Bildung sowie den künstlerischen Schulfächern. Am

Weiter auf Seite 39

Arbeitsmarkt für Künstler

Eine Rezension von Stefanie Ernst

Die jüngsten Aktivitäten der Deutschen Industrie- und Handelskammer gegen die Künstlersozialversicherung und die in den Bundesrat eingebrachte Initiative einiger Bundesländer zur Abschaffung der KSV zeigen, wie sehr diese Art der sozialen Absicherung von freischaffenden Künstlern und Publizisten in Gefahr ist. Zwar konnten die angeführten Maßnahmen rechtzeitig abgewendet werden, dennoch: eine abschießende Entwarnung kann wohl nicht gegeben werden. In diese turbulente Zeit, aktueller kann es kaum sein, fällt das Erscheinen der neuen Studie von Carroll Haak, in welcher sich die Autorin mit der Gruppe der Kunstschaffenden und deren wirtschaftlichen und sozialen Risiken befasst.

© VS Verlag

Im Zentrum der Untersuchung stehen dabei sowohl darstellende wie bildende Künstler. Diese Berufsgruppen werden hinsichtlich der institutionellen Rahmenbedingungen (Künstlersozialversicherungsgesetz, Arbeitslosenversicherungssystem und Urheberrecht), als Kollektiv (Gewerkschaften und Berufsverbände) sowie als Individuen untersucht. Die drei beschriebenen Ebenen werden dabei von der Autorin im Anschluss an die jeweilige Analyse miteinander in Beziehung gesetzt. Maßgeblich für das Erkenntnisinteresse der Untersuchung sind dabei folgende Fragen: Welche arbeitsmarkt- und sozialpolitischen institutionellen Arrangements beeinflussen das Management sozialer Risiken auf den Arbeitsmärkten von Künstlern? Welche Rolle spielen Gewerkschaften und Berufsverbände bei der Bewältigung sozialer Risiken? Und welche individuellen Strategien wenden Künstler zur Prävention und Bewältigung sozialer Risiken an?

Methodisch agiert die Arbeit zum einen mit vorhandenen und bewährten Differenzierungsmustern künstlerischer Berufsgruppen und ergänzt diese durch eine quantitative Auswertung amtlicher statistischer Daten, die zum Teil erstmalig auf die Analyse von Künstlermärkten hin untersucht wurden (siehe u.a. Rentenzugangsstatistik). Methodische Tiefe gewinnt die Untersuchung zusätzlich durch die Auswertung von Interviews, die mit Spitzenvertretern der künstlerischen Berufsverbände und Künstlergewerkschaften geführt wurden.

Diese Arbeit ist die erste komplexe Untersuchung von Künstlerarbeitsmärkten nach dem 1973 von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Künstlerreport. Haak zeigt, wie wichtig die Sicherung von Künstlern seitens des Staates ist. Zudem vergegenwärtigt sie das große Spektrum, in dem sich die Künstler aus sozialer wie wirtschaftlicher Sicht bewegen. Dieses reicht vom Orchestermusiker, der oftmals noch im klassischen Arbeitsverhältnis steht und eine relativ hohe soziale Absicherung hat bis hin zu jenen Musikern, die sich von Engagement zu Engagement hangeln und weit weniger abgesichert sind. Die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse scheint dabei so bunt und vielfältig wie die jeweiligen künstlerischen Werke selbst. Alles in allem eine absolut informative und überaus notwendige Studie. Lohnenswert!

Tipp: Wer sich darüber hinaus mit dem Thema befassen möchte, dem sei ein Blick auf die Homepage der Fonds Darstellende Künste (daku) empfohlen. Die vom daku durchgeführte Fragebogenaktion, die in engem Zusammenhang mit der vorgestellten Studie steht, wird derzeit ausgewertet. Diesbezüglich wird es voraussichtlich im Mai 2009 ein internationales Symposium zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Theater- und Tanzschaffenden in Deutschland stattfinden. Näheres unter: http://www.fonds-daku.de.

Haak, Carroll: Wirtschaftliche und soziale Risiken auf den Arbeitsmärkten von Künstlern, VS Verlag 2008, 259 Seiten.

Die Verfasserin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Bundestagsdrucksachen

Im Folgenden wird auf Bundestagsdrucksachen mit kulturpolitischer Relevanz hingewiesen. Berücksichtigt werden Kleine und Große Anfragen, Anträge, Entschließungsanträge, Beschlussvorlagen, Schriftliche Fragen, Mündliche Fragen sowie Bundestagsprotokolle. Alle Drucksachen können unter folgender Adresse aus dem Internet heruntergeladen werden: http://dip/bundestag.de/parfors/parfors.htm.

Berücksichtigt werden Drucksachen zu folgenden Themen:
· Auswärtige Kulturpolitik,
· Bildung,
· Bürgerschaftliches Engagement,
· Daseinsvorsorge,
· Erinnern und Gedenken,
· Europa,
· Föderalismusreform
· Informationsgesellschaft,
· Internationale Abkommen mit kultureller Relevanz,
· Kulturelle Bildung,
· Kulturfinanzierung,
· Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz,
· Kulturpolitik allgemein,
· Kulturwirtschaft,
· Künstlersozialversicherungsgesetz,
· Medien,
· Soziale Sicherung,
· Steuerrecht mit kultureller Relevanz,
· Stiftungsrecht,
· Urheberrecht.

Kulturpolitik allgemein

Drucksache 16/9928 (02.07.2008)
Kleine Anfrage
der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ausgestaltung und Umsetzung des Computerspielpreises

Drucksache 16/10055 (29.07.2008)
Kleine Anfrage
der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE.
Musikveranstaltungen der extremen Rechten im zweiten Quartal 2008

Drucksache 16/10509 (08.10.2008)
Antrag
der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE.
Finanzierung zur Bewahrung des deutschen Filmerbes sicherstellen

Urheberrecht

Drucksache 16/10566 (14.10.2008)
Gesetzentwurf
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes

Drucksache 16/10569 (14.10.2008)
Gesetzentwurf der
Fraktionen der CDU/CSU und SPD
Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes

Kulturelle Bildung

Drucksache 16/10367 (24.09.2008)
Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion der FDP
Bildungstour der Bundeskanzlerin

Drucksache 16/10379 (24.09.2008)
Kleine Anfrage
der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Zugang älterer Menschen zu neuen Medien

Europa

Drucksache 16/10339 (24.09.2008)
Antrag
der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vielfalt verbindet – Europäische Kultur stärken und weiterentwickeln

Deutscher Bundestag im Reichstagsgebäude **Fotonachweis: Deutscher Bundestag**

Neue Bücher: kurz notiert

Zusammengestellt von Stefanie Ernst

Mosig, Tobias: Goethe-Institut e.V.: Weltvertrieb für deutsche Filme? Das Goethe-Institut als kultureller Botschafter des deutschen Films und dessen aktuelle Zusammenarbeit mit German Films und den deutschen Weltvertrieben, Berlin 2008, 236 Seiten (= Schriftenreihe des Erich Pommer Instituts, 3).
In Deutschland waren im vergangenen Jahr 125,4 Mio. Kinobesuche zu verzeichnen. 122 deutsche Spielfilme wurden erstaufgeführt und der Marktanteil deutscher Filme betrug 18,9%. Zahlen und Fakten, die sich durch einen Klick auf die Homepage der SPIO rasch recherchieren lassen. Doch wie sieht es mit der Präsenz deutscher Filme im Ausland aus? Vom Goethe-Institut werden jährlich weltweit 250.000 Filmvorführungen angeboten. Aber mit welcher Resonanz? Was fördert den Verkaufserfolg, was steht dem entgegen? Diese und andere Fragen greift Mosig in seiner Publikation auf, die als Diplomarbeit mit dem Rave Preis 2008 des ifa ausgezeichnet wurde. In der Arbeit werden nicht nur die maßgeblichen „Filmbotschafter" Deutschlands im Ausland vorgestellt, sondern auch der entscheidenden Frage ein Kapitel gewidmet, ob kulturelle Filmarbeit überhaupt als Förderer des kommerziellen Verkaufserfolgs dienlich ist. Spannend ist auch die Darlegung der Förderpraxis anderer europäischer Kulturinstitute wie dem spanischen Instituto Cervantes. Empfehlenswertes Buch, das auch durch die gute Platzierung von Tabellen, Abbildungen und einem sehr umfangreichen Anhang zu überzeugen weiß.

Schneider, Wolfgang (Hg.): Auswärtige Kulturpolitik. Dialog als Auftrag – Partnerschaft als Prinzip, Bonn 2008, 231 Seiten (=Texte zur Kulturpolitik, 22).
Lange Zeit galt die Auswärtige Kulturpolitik als Desiderat, was Forschung und Lehre an den Universitäten, aber auch den theoretischen Unterbau anbelangte. Mit der Publikation ist nun eine Untersuchung erschienen, die sich diesem Problemfeld widmet. In ihr werden Studien zur Auswärtigen Kulturpolitik gebündelt, die am Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim entstanden sind. Inhaltlich liegen die drei Schwerpunkte auf der Auswärtigen Kulturpolitik als kultureller Programmarbeit, der Auswärtigen Kulturpolitik als europäisches Netzwerk und der Auswärtigen Kulturpolitik als Teil der Konflikt- und Krisenprävention. Wie kooperieren oder kollidieren Anspruch und Realität der kulturellen Zusammenarbeit innerhalb der Programmarbeit? Wie sind Kultur- und Entwicklungspolitik eigentlich miteinander verzahnt und beeinflussen sich gegenseitig? Diese und andere Fragen werden von den Autoren der Untersuchung beantwortet. Ergänzt werden diese Kapitel durch Leitsätze und Konzeptionen der politischen Institutionen oder Grundsatzpapiere von Akteuren der Auswärtigen Kulturpolitik, wie Wolf Lepenies oder Hildegard Hamm-Brücher, abgedruckt sind.

Klein, Armin (Hg.): Kompendium Kulturmanagement. Handbuch für Studium und Praxis, 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2008, 675 Seiten.
Die zweite Auflage Kompendium Kulturmanagement wird ebenso zu einem Standardwerk für Lehrende, Studierende und im Kulturbereich Tätige werden, wie es bereits die erste Auflage war. Die Publikation macht den Lesern in den Themen Management, Kulturpolitik, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen im Kulturmanagement sowie hinsichtlich des Marketings und der Öffentlichkeitsarbeit im Kulturmanagement sattelfest. Neben den Beiträgen des Herausgebers kommen namhafte Autoren, darunter etwa Bernd Wagner (Kulturentwicklungsplanung – kulturelle Planung), Stephan Opitz (Öffentliche Zuwendungen) und Oliver Scheytt (Kulturverfassungs- und Kulturverwaltungsrecht), zu Wort.

Schramm, Holger (Hg.): Musik im Radio. Rahmenbedingungen, Konzepte, Gestaltung, Wiesbaden 2008, 245 Seiten.
In dem Sammelband wenden sich die Autoren vor allem an (angehende) Medien- und Kommunikationswissenschaftler, Musikredakteure, Programmverantwortliche von Radiosendern sowie an Musikwissenschaftler. Abgesteckt werden zum einen die Rahmenbedingungen im Radioprogramm. Hierzu zählen Angebot, Nutzung, Werbung und der rechtliche Rahmen. Der zweite, verstärkt ins Detail gehende Schwerpunkt liegt auf der Gestaltung und Konzeption von Musikprogrammen im Radio. Zusätzlich zur Erläuterung der Praxis im der Musikforschung und Musikprogrammgestaltung wird die Ausgestaltung der einzelnen Formate, hierzu zählen Schlagerformate ebenso wie Klassikformate, dargelegt.

Küppers, Bernd-Olaf: Nur Wissen kann Wissen beherrschen. Macht und Verantwortung der Wissenschaft, Köln 2008, 507 Seiten.
Hat es nicht auch Sie schon mal kalt erwischt: Jemand meldet sich mit einer Behauptung zu Wort. Und Sie haben eine gewisse Ahnung wie Sie zu dem Thema stehen, aber wiederum zu wenig Ahnung, um zu erklären, weshalb diese Person auf dem Irrweg ist. Wissen ist Macht – und diese Macht ist nicht immer mit uns. Hat man diese wissensbasierte Macht jedoch, so kann man sie auch zu bestimmten Zwecken einsetzen. Die Vorreiterrolle in der Wissensgesellschaft wird zumeist den Natur- und Technikwissenschaftlern zugesprochen, die unsere Zukunft maßgeblich verändern werden. Zeit also, sich mit dem Wesen der Wissenschaft, den aktuellen Forschungsgegenständen, den Zielen und Verfahren, ihrem Erkenntnisinteresse und Wahrheitsgehalt auseinander zu setzen. Auskunft über die Grundsätze unseres modernen Weltbildes liefert dieses Buch.

Die Verfasserin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Fortsetzung von Seite 38

22.09.2008 setzte der Ausschuss seine Beratungen einer Stellungnahme zu den künstlerischen Schulfächern fort.

Der **Fachausschuss Bürgerschaftliches Engagement** debattierte am 13.02.2008 unter der Leitung der Ausschussvorsitzenden **Hildegard Bockhorst** die engagementpolitischen Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission.

Der **Sprecherrat** verabschiedete am 09.04.2008 unter der Leitung des Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates **Prof. Dr. Max Fuchs** neun Stellungnahmen zu den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission. Ebenso verabschiedete der Sprecherrat die Stellungnahme zu neuen Medien und kultureller Bildung. In seiner Sitzung am 24.09.2008 beriet der Sprecherrat intensiv über medienpolitische Fragen und stellte die Verabschiedung der Stellungnahme zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Medien zurück.

Die **Mitgliederversammlung** entlastete am 25.09.2008 Vorstand und Geschäftsführer für den Haushalt 2007 und verabschiedete den Haushaltsentwurf 2009. Weiter debattierte er unter der Leitung des Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates **Prof. Dr. Max Fuchs** die Auswirkungen der Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes aus dem Jahr 2007.

Gabriele Schulz ■

Zeichnung: Dieko Müller

Kurz-Schluss

Wie ich kürzlich einmal einen Liebesbrief an die Bundeskanzlerin schrieb

Liebe Bundeskanzlerin Angela Merkel, ganz herzlichen Dank für den wunderbaren Dresdener Bildungsgipfel. Wer hätte gedacht, dass Sie in diesen finanzpolitisch doch so unruhigen Zeiten die Muße finden, sich immerhin vier Stunden lang um einen doch eher weichen und bestenfalls mittelfristig wirksamen gesellschaftsformenden Faktor – die Bildung eben – zu kümmern. Gratulation auch zu Ihren Style-Beratern. Sie sahen – wie in den letzten Jahren übrigens immer öfter – wirklich toll aus, auch noch bei der abschließenden Pressekonferenz.

Ihr Auftritt dort, Ihre feine und doch präzise Wortwahl hat mich total begeistert und mir auch ein wenig zu denken gegeben. Ich finde es ganz richtig, dass Sie die für die Bildungspolitik zusätzlich nötigen Mittel an unser Brutto-Sozialprodukt koppeln. Damit behalten Sie, und zugleich unsere Wirtschaft, die Zügel voll in der Hand. Denn wer weiß schon, wie wir uns im Rahmen der in allgemein gesellschaftlichem Interesse hochnotwendigen Banken-Sanierungen in den nächsten Jahren zum Beispiel steuerlich entwickeln. Da kann man dann mit Hinweis auf die von uns allen solidarisch zu bewältigende Katastrophe immer noch abspecken. Und nehmen Sie die Landesfürsten richtig ran. Auf dem Weg über die allfällige Stütze durch den Bund für die so genannten Landesbanken geraten doch alle Fäden in Ihre herrlichen zart-harten Hände.

Nahezu genial finde ich als Kern der zukünftigen Bildungskonzeption Ihre Konzentration auf die so genannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften - Biologie, Chemie, Physik - und Technik). Da hat wohl Ihre eigene sympathische Sozialisierung den richtigen Weg gewiesen. Ja, wir brauchen zuvorderst kluge, bilanzkundige Rechner, taffe, patentfähige Ingenieure und höchstspezialisierte Naturwissenschaftler im Allgemeinen. Sie sollen losgelöst von Ablenkungen wie Kunst, Kultur, vielleicht auch Tourismus und Extremsport effektiv arbeiten können für ihre Firmen. In diesem Zusammenhang, verehrte, liebe Angela Merkel, begreife ich auch Ihr entschiedenes Bekenntnis zur frühkindlichen Erziehung. Denn was nützt uns Deutschen ein jugendlicher, zum Beispiel kurdischer Integrations-Krüppel – egal welchen Geschlechtes – wenn unsere Muttersprache als Grundlage gerade auch wirtschaftsrelevanter oder technologischer Kommunikation nicht wenigstens funktional beherrscht wird? Stecken Sie die Ziele für den Sprach-Eingliederungs-Test in unsere Grundschulen beruhigt sehr hoch – und sorgen Sie bitte für unkomplizierte Abschiebungs-Verfahren.

Natürlich gab es aus den einschlägig bekannten Zirkeln auch Kritik. Die Opposition warf Ihnen vor, Sie hätten nur eine Personality-Show abgezogen, Vorwahlkampf sozusagen, ohne greifbare Ergebnisse und konkrete Ziele. Und unsere Gewerkschaften hatten nichts Besseres zu tun, als vor allem an der Finanzierung und der „Durchlässigkeit“ unseres künftigen Bildungssystems rumzukritteln. Dabei profitieren doch gerade diese Beschäftigungs-Anstalten für lebensuntüchtige Fachschul-Absolventen vom bislang mäßigen Bildungszustand hierzulande nicht schlecht. Woher kämen sonst noch die Mitglieder? Undank ist eben der Welt Lohn.

Theo Geißler, Herausgeber von *politik und kultur* **Foto: C. Oswald**

In diese Kategorie wäre auch das Gezeter der versammelten Kulturverbände einzureihen. Sie fühlen sich – wie immer – übergangen. Als hätten Sie, liebe Frau Bundeskanzler, nicht gerade Millionen lockergemacht für Film, Tanz und Musik. Es ist wie mit Hunden, denen man einen Knochen hinwirft: Erst streiten sie untereinander – und kaum ist er abgenagt, schon fangen sie wieder an zu knurren. Solange diese „Kultur-Clubs“ keine besseren Argumente haben als das ständige Nachfordern von Geldern für unklare Ziele, würde ich sie komplett von der finanziellen Herz-Lungenmaschine abknipsen!

Ach: Scheren Sie sich nicht um das Gemecker. Denn kann man das Fundament, zugleich die Vision des Bildungsgipfels charmanter, schöner, kuschelig-knackiger (Entschuldigung, manchmal geht meine Phantasie mit mir durch) auf den Punkt bringen, als Sie es getan haben: „Bildung ist die Grundlage unseres gesellschaftlichen Wohlstandes – also brauchen wir das Bildungsland Deutschland“. Großartig, übermenschlich und doch so vernünftig. Nur seien Sie ein klein wenig vorsichtig, dass all der Bildungs-Input auch in die rechte Bahn gelenkt wird. Gerade allzu viel Bildungs-Vielfalt – beispielsweise im Bereich der überkommenen so genannten „Herzensbildung“ – kann unproduktiv-kritische Potenziale generieren – oder einfach ablenken vom großen sozialen Wohlstandsziel. Aber Sie, liebe Angela Merkel, kriegen das schon hin. Gerade sind Sie doch aus China zurückgekommen: Ja, auch von den „Schlitzaugen“ kann ausgerechnet eine „Schlitz-Ohrin“ in Sachen Gesellschafts-Disziplin und Erhalt der Wirtschaftsordnung sicher einiges lernen. Bildung ist eben keine Einbahnstraße.

In diesem Sinne ganz, ganz herzlich:

Ihr Theo Geißler ■

Impressum

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Kristin Bäßler, Stefanie Ernst, Barbara Haack, Andreas Kolb

Redaktionsassistenz
Marius Digel

Anzeigenredaktion
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck
Gießener Anzeiger Verlags GmbH und Co KG, Gießen

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, inkl. Porto im Jahr

Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:
Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin,
Fax: 030/24 72 12 45, E-Mail: post@kulturrat.de

puk ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (http://www.kulturrat.de) heruntergeladen werden.
Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter http://www.kulturrat.de abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

ISSN 1867-5557

inter|kultur

Nov. – Dez. 2008 | **Regelmäßige Beilage zu politik & kultur** | Ausgabe 1

Feuerwehr sucht Migranten

Neue Beilage „Interkultur“ zur Zeitung *politik und kultur* / Von Olaf Zimmermann

Im Oktober dieses Jahres titelte eine große Berliner Boulevardzeitung mit dem Aufmacher: „Feuerwehr sucht Migranten.“ In dem Artikel war zu lesen, dass sowohl bei der Freiwilligen als auch bei der Berufsfeuerwehr dringend Menschen mit Migrationshintergrund gesucht werden, die sich freiwillig engagieren oder den Berufsweg des Feuerwehrmanns wählen.

Ein anderes Beispiel: in Kindertagesstätten und Schulen sollen verstärkt Erzieher oder Lehrer mit Migrationshintergrund eingestellt werden, damit Kinder und Jugendliche positive Vorbilder haben. Ebenso wie die Feuerwehr gezielt Jugendliche mit Migrationshintergrund anspricht, macht es die Polizei. Auch hier werden händeringend Bewerber mit Migrationshintergrund gesucht. Das ist die eine Seite.
Die andere ist, dass Kinder mit Migrationshintergrund häufiger als ihre Mitschüler ohne diesen Hintergrund zu den leistungsschwächeren Schülern gehören, dass weniger Schüler mit Migrationshintergrund das Gymnasium besuchen und anschließend studieren. Insbesondere Jungen mit Migrationshintergrund werden oft zu den schulischen Problemgruppen gezählt.
Wie passen diese beiden zunächst gegensätzlich erscheinenden Befunde zusammen? Sie gehören enger zusammen, als es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Ayşe Erkmen: Gezeiten, 2008. Sicherheitsgurte aus Polyester, Metallspanner, Podeste aus Metall für Monitore und DVD-Player, Ayse Erkmen, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin, Foto: Jens Ziehe

Durchbruch: Debatte um das Zuwanderungsgesetz

Die in der 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags (1998 bis 2002) geführte Debatte um das Zuwanderungsrecht kann mit Fug und Recht als ein Durchbruch in der Diskussion um Migration in der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet werden. Nicht zuletzt die Arbeit der von der ehemaligen Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süssmuth geleiteten Zuwanderungskommission hat wesentlich zu einer fundierteren Debatte um Zuwanderung beigetragen. Hier wurde aufgezeigt, welche Defizite in der Integrationspolitik bestehen und dass eine schrumpfende Gesellschaft wie die deutsche auf Zuwanderung angewiesen ist.
Der Eklat im Bundesrat bei der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes und die mahnenden Worte des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau machten einmal mehr deutlich, dass es sich um kein fachpolitisches sondern um ein gesamtgesellschaftliches Thema handelt.
Es ging letztlich um die Frage, wie sich die Mehrheitsgesellschaft zu den Menschen stellt, die teilweise bereits seit Jahrzehnten in Deutschland leben oder die hier geboren wurden, die dauerhaft in Deutschland bleiben wollen, auch ohne die deutsche Staatsbürgerschaft zu haben.
Die Diskussion um das Zuwanderungsgesetz setzte einen Schlussstrich unter die Vorstellung, dass die sogenannten Gastarbeiter im Alter in ihre Heimat zurückkehren. Es wurde deutlich, dass Integration eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft ist. Der im vergangenen Jahr stattgefundene Integrationsgipfel sowie die Islamkonferenz bauen letztlich auf den Prämissen auf, die durch die Diskussion um das Zuwanderungsrecht getroffen wurden.

Weniger, älter, bunter

Der sich in den letzten Jahren eingebürgerte Slogan „Weniger, älter, bunter“ beschreibt zwei eng miteinander verbundene gesellschaftliche Entwicklungen. Zum einen schrumpft die bundesdeutsche Bevölkerung insgesamt. Die Geburten- und Sterberate sind in keinem ausgeglichenen Verhältnis mehr. Das Weniger an Bevölkerung betrifft die verschiedenen Regionen Deutschland auf sehr unterschiedliche Weise. Einige Regionen Ostdeutschlands sind in besonderer Weise vom demografischen Wandel betroffen. Zum einen weil weniger Kinder geboren werden, zum anderen weil insbesondere junge Frauen von dort wegziehen, da für sie in ihren Heimatorten nur wenige beruflichen Perspektiven bestehen.
Aufgrund des demografischen Wandels wird die Gesellschaft insgesamt älter, d.h. der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt. Auch dieses Phänomen tritt wie in einem Brennglas in einigen Regionen Ostdeutschlands bereits jetzt schmerzhaft sichtbar auf. Dörfer, in denen nur noch wenige Alte, einsam und verlassen, leben, sind bedrückende Orte des Siechtums.
Bunter wird die Gesellschaft, weil angesichts der sinkenden Zahl an Menschen ohne Migrationshintergrund die wachsende Zahl derer, die einen Migrationshintergrund haben, deutlicher ins Gewicht fällt. Diese veränderte Bevölkerungszusammensetzung ist vor allem in Ballungsräumen anzutreffen. Hierzu gehören die traditionellen Industriegebiete wie der Rhein-Neckar-Raum oder auch das Ruhrgebiet, aber auch die Großstädte wie Berlin und Hamburg.
Allein dieser Befund „Weniger, Älter, Bunter“ lässt es erforderlich erscheinen, dass den Menschen mit Migrationshintergrund mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es handelt sich hier nicht um eine kleine Minderheit, sondern um einen wachsenden Bevölkerungsanteil.

Kultur als Schmiermittel für den Dialog

Im Kulturbereich ist die Diskussion zur veränderten Bevölkerungszusammensetzung gleich in mehrfacher Hinsicht kompliziert.

→ Seite 2

Zu den Bildern dieser Beilage

In Berlin Kreuzberg in der Oranienstraße 18, gleich beim Heinrichplatz, leuchten seit 1994 von einer Häuserfront 40 türkische Buchstabenfolgen, ausgestanzt aus schwarzem Plexiglas: -müs, -misiz, -müsüm, diese und weitere Buchstabenfolgen, die am Kreuzberger Haus zu lesen sind, sind türkische Wortendungen, Wortfragmente, die aus sich heraus keine Bedeutung haben. Nur am Ende eines Satzes und als Attribut vor einem Wort stiften sie Sinn. Sie müssen folglich ergänzt werden. Ohne Ergänzung keine Bedeutung. Verwendet man im Türkischen diese Endungen, dann ist damit eine besondere Erzählform gewählt – eine Form des Vielleichts, denn der Erzähler hat das Erzählte, welches in der Vergangenheit erlebt wurde, nicht selber erlebt, sondern nur erzählt bekommen. Die türkischsprachigen Bewohner Kreuzbergs werden die Wortfragmente als Teil ihrer Sprache erkennen, ihnen ohne Bezug aber keinen Sinn zufügen können. Diejenigen, die kein Türkisch sprechen, werden allenfalls erkennen, dass es sich dabei um grammatikalische Suffixe handelt. Die Installation „Am Haus“ stammt von der Künstlerin Ayşe Erkmen, die diese im Zuge einer Ausstellung dort anbrachte und die den Bewohnern so gut gefielen, dass sie nun dauerhaft an der Fassade zu sehen sind.
Ayşe Erkmen wurde 1949 in Istanbul geboren. Dort studierte sie Bildhauerei an der Staatlichen Kunstakademie. Im Jahr 1993 kam sie mit einem DAAD-Studium nach Berlin und lebt seither sowohl in Berlin als auch in Istanbul. Eine Künstlerin zwischen zwei Welten. Dies macht sich auch in ihren Bildern bemerkbar. Ihre Werke kreisen immer wieder um das Thema Raum: sei es von innen nach außen, als Ort des Willkommenheißen, der Nachahmung, oder der Geschichte eines Raumes. Wie Britta Schmitz in dem Katalog zu Erkmens Ausstellung im Berliner Hamburger Bahnhof erklärt, versucht die Künstlerin nicht zu dekonstruieren. Im Gegenteil, sie sucht das Verbindende, die Verknüpfung von Dingen und Orten. So sind viele ihrer Arbeiten ein Zitat auf ein vorhergehendes Anderes, in dem Elemente und Themen immer wieder aufgenommen werden.
In dieser Beilage werden Bilder von acht ihrer Werke gezeigt, die noch bis zum 11. Januar 2009 im Hamburger Bahnhof in Berlin zu sehen sind. Darunter befindet sich das „Netz“ aus dem Jahr 2006, ein Baumwollnetz aus Kleidungsetiketten, die das Monogramm der Künstlerin tragen, oder die Videoinstallation „Emre&Dario“, in der Erkmen einen Mann auf französisch über die Schönheit Istanbuls singt lässt.
Neben dem Besuch der Ausstellung im Berliner Hamburger Bahnhof gibt es die Möglichkeit, Erkmens Werke auch im öffentlichen Raum in Berlin zu betrachten. Die Veranstaltung „Unterwegs zu Ayşe Erkmen“ führt vom Max Liebermann Haus am Pariser Platz über das Heizkraftwerk Mitte bis hin zum Heinrichplatz in Berlin Kreuzberg.

DIE REDAKTION ■

Fortsetzung von Seite 1

Feuerwehr sucht Migranten

Kunst und Kultur werden oftmals als ein Mittel der Verständigung beschworen. Die Kunst soll dazu dienen, Brücken zu schlagen, insbesondere gemeinsames Musizieren soll einen Beitrag dazu leisten, dass Menschen sich untereinander besser verstehen. Kunst und Kultur als Schmiermittel für den Dialog. Doch ist es so einfach?
Ist Kultur nicht vielmehr auch das Trennende? Leben Kunst und Kultur nicht aus Traditionen, in denen gesellschaftliche Werte und Normen transportiert werden? In der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ wurde länger und erbitterter über die Präambel gestritten als über so manche Handlungsempfehlung bei der es um die gesetzlichen Rahmenbedingungen ging. Und das nicht etwa aus Nachlässigkeit den Rahmenbedingungen gegenüber, sondern vielmehr aufgrund der Schwierigkeit die Arbeit in die abendländische Tradition in Deutschland auf der einen Seite einzuordnen und der Gewissheit, dass zum kulturellen Leben heute auch die Kultur der Migranten mit einem teilweise ganz anderen Hintergrund gehört. Bei den Handlungsempfehlungen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen musste zwischen verschiedenen Alternativen abgewogen, in der Präambel musste eine Position bezogen werden. Diese dingfest zu machen und auf Papier zu fixieren, war keine leichte Aufgabe.
Das Goethe Institut hat sich zur Aufgabe gemacht, nicht mehr nur deutsche Kultur im Ausland zu zeigen, sondern Kultur aus Deutschland. Das ist keine sprachliche Spielerei, sondern ein klares Bekenntnis dazu, dass Kultur in Deutschland von Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft gemacht wird und dass diese Kunst Deutschland im Ausland repräsentiert.
Gerade Künstlern mit Migrationshintergrund haftet schnell der Status des Exoten an. Die Werke werden nicht um ihrer selbst willen rezipiert, sondern weil es sich um Werke von Migranten handelt. Dass damit wiederum eine Gradwanderung der Ausgrenzung beginnen kann, müsste stärker reflektiert werden. Wenn ein Film, ein Theaterstück, ein Buch, ein Bild vor allem deshalb interessant ist, weil es von einem Künstler mit Migrationshintergrund stammt, liegt auch eine Form von Diskriminierung vor.
Künstler mit Migrationshintergrund beklagen häufig und meiner Ansicht nach mit Recht, dass ihre Kunst nicht ernst genommen würde. Von ihren werden folkloristische Arbeiten erwartet und eben kein Beitrag zur zeitgenössischen Kunst.

Leerstelle Kulturelle Bildung

Die herausragende Bedeutung der kulturellen Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen wird immer wieder betont. Verschiedene, bundesweit propagierte Projekte werden immer wieder als Beleg angeführt, um zu zeigen, dass kulturelle Bildung einen Beitrag zur Integration von Kindern und Jugendlichen leisten kann, sei es, dass sie aufgrund ihres Migrationshintergrunds nicht integriert sind oder weil sie aus „bildungsfernen“, oftmals sozial schwachen Familien kommen. Solche Projekte sind wichtig und richtig, um für das Thema zu sensibilisieren und zu unterstreichen, dass kulturelle Bildung positive Wirkungen zeigt. Langfristige Arbeit mit Kindern und Jugendlichen können solche „Projekt-Eintagsfliegen“ aber nicht leisten. Hierfür sind verlässliche Strukturen erforderlich. Diese Strukturen sind zwar teilweise in der außerschulischen kulturellen Bildung vorhanden, sie werden von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bislang aber noch unterdurchschnittlich genutzt.
Die bestehenden Angebote an kultureller Bildung erreichen offensichtlich Menschen mit Migrationshintergrund noch zu wenig, von einzelnen davon abweichenden Maßnahmen abgesehen. Und dieses obwohl inzwischen auch von den Einrichtungen der kulturellen Bildung selbst anerkannt wurde, dass hier eine Leerstelle besteht, die geschlossen werden müsste.

Bedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung

Der Deutsche Kulturrat wird sich in den kommenden drei Jahren in einem neuen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ mit der Frage befassen, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit eine nachhaltige interkulturelle Bildung gelingen kann. Der Deutsche Kulturrat will mit diesem Vorhaben das Thema Integration und interkulturelle Bildung dauerhaft in der kulturpolitischen Debatte verankern.
Er sucht den Austausch mit den Migrantenselbstorganisationen und will zunächst gemeinsam eruieren, welche Bedeutung interkulturelle Bildung für diese Organisationen hat, um dann auf dieser Folie gemeinsam zu diskutieren, wie eine gelingende interkulturelle Bildung aussehen könnte. Bislang ist es so, dass die Migrantenselbstorganisationen an solchen Prozessen noch zu wenig beteiligt sind. Meist wird mehr über Migranten als mit ihnen bzw. ihre Vertretungen gesprochen, der Deutsche Kulturrat will diese „Sprachlosigkeit“ aufbrechen helfen. Am Schluss des Konsultationsprozesses sollen gemeinsame Empfehlungen für gelingende nachhaltige interkulturelle Bildung stehen.
In diesem Vorhaben sucht der Deutsche Kulturrat auch das Gespräch mit Bundesverbänden anderer Bereiche, wie den Sport, die Kirchen, die Sozialverbände, die bereits Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen gesammelt haben und mit ihnen bereits in einem Dialog stehen.
Ebenso sollen gelungene Projekte interkultureller Bildung vorgestellt werden. Hier wird die Frage zu stellen sein, inwiefern diese Vorhaben übertragbar auf andere Situationen sind und ob sich hieraus Antworten auf die Frage gewinnen lassen, welche Strukturbedingungen eine nachhaltige interkulturelle Bildung braucht.

Beilage „Interkultur“

Bis Ende des Jahres 2011 werden pro Jahr drei Ausgaben der Beilage „Interkultur“ zur Zeitung *politik und kultur* erscheinen. In den Beilagen sollen Vertreter von Verbänden, Künstler und Projektverantwortliche zu Wort kommen.
In dieser ersten Ausgabe der neuen Beilage berichtet Max Fuchs über eine Studie aus Kanada zur interkulturellen Bildung, Barbara Gessler stellt die europäischen Aktivitäten im Jahr des interkulturellen Dialogs vor. Kristin Bäßler berichtet von den nationalen Maßnahmen im Rahmen dieses Jahres des interkulturellen Dialogs. Erik Bettermann informiert über die Deutsche Welle als einen Sender, der in besonderem Maße dem interkulturellen Dialog verpflichtet ist und Imre Török gibt Auskunft über die Arbeit von Schriftstellern mit Migrationshintergrund. Die Beiträge vermitteln einen Eindruck von der Vielschichtigkeit des Themas. Die kommenden Ausgaben werden die Gelegenheit bieten, das Thema weiter auszuleuchten.

DER VERFASSER IST HERAUSGEBER VON POLITIK UND KULTUR SOWIE GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Ayşe Erkmen: no time/no flower, 2008. Metall, Acryllack beschichtet. Ayse Erkmen, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin, Foto: Jens Ziehe

Risse im Paradies?

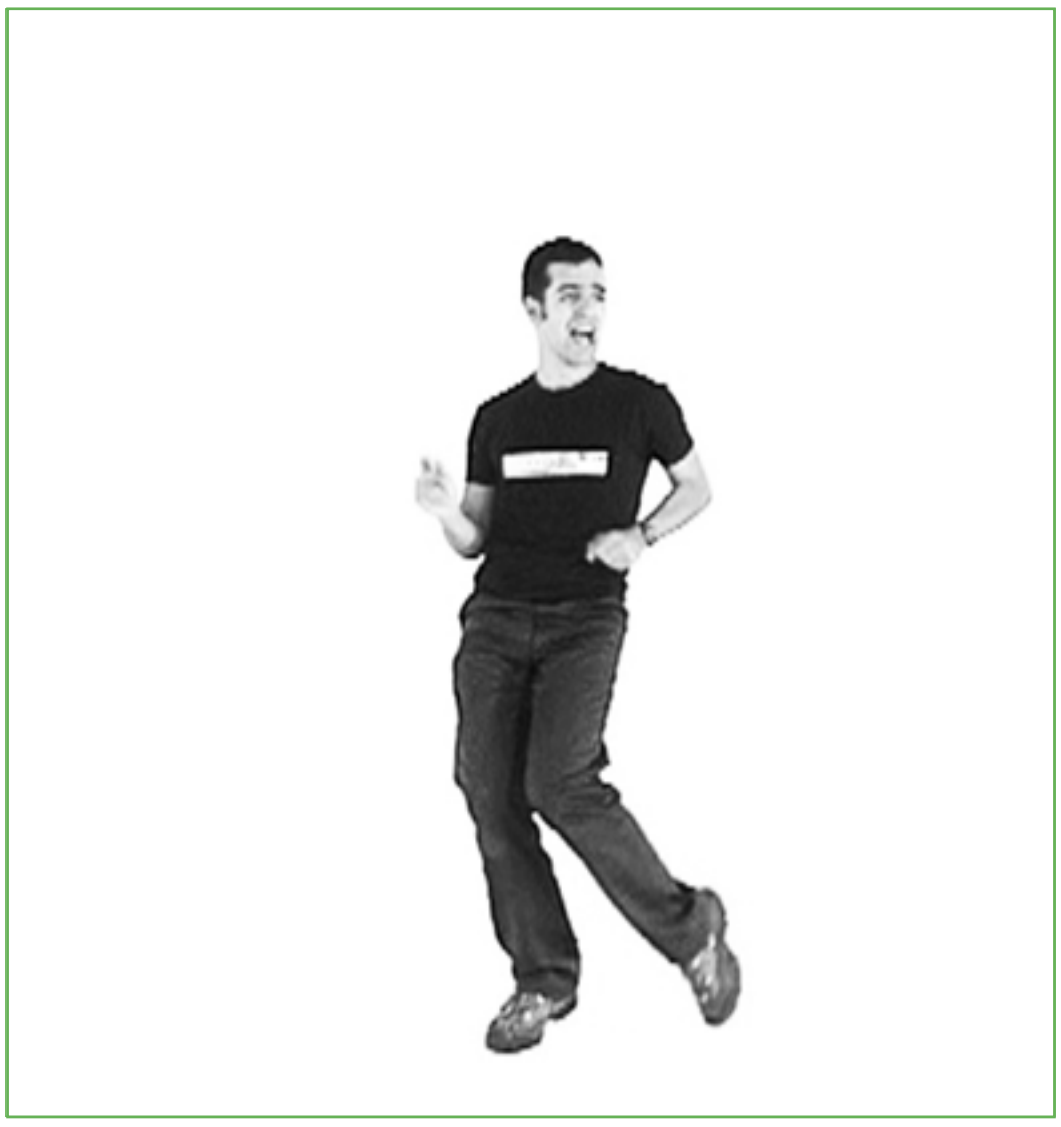
Integrationsprobleme in Kanada und eine politische Antwort / Von Max Fuchs

Bei jeder Debatte über Integrationsprobleme in Deutschland, über Sprachbarrieren, PISA-Ergebnisse, Einwanderung oder Kopftücher kommt früher oder später der Verweis auf Kanada, das bei jedem dieser Probleme offenbar eine Modellfunktion erfüllt. „Weltmeister der Integration“ ist folgerichtig die Überschrift eines großen Artikels in der ZEIT vom 21. 08. 2008, in dem über den Träger des diesjährigen Carl-Bertelsmann-Preises (150.000 €), den Toronto District School Board, berichtet wird. Gesucht wurden Schulen, die Vorbildliches bei der Unterstützung von Kindern aus Zuwanderungsfamilien leisten. Toronto schien dafür ein guter Ort zu sein. Denn die Hauptstadt der Provinz Ontario nimmt den eigenen programmatischen Slogan ausgesprochen ernst: World Leader in Equity.

Doch stimmen auch die Rahmenbedingungen in Kanada: Seit 1971 ist Multikulturalismus offizielle Regierungspolitik, seit 1972 gibt es einen entsprechenden Staatsminister, seit 1977 gibt es mit der Verabschiedung des kanadischen Menschenrecht-Gesetzes eine verbindliche rechtliche Grundlage, um gegen jede Form von Diskriminierung einschreiten zu können. Kanada ist ein Einwanderungsland, wobei sich allerdings die Daten der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung heute kaum noch von der Situation in deutschen Städten unterscheiden. Ein riesiger Unterschied bestand allerdings in den letzten 35 Jahren in der offensiven Integrationspolitik.

All dies weiß man, weshalb die Nachricht über den Bericht einer Kommission mit dem Untertitel: „Zeit zur Versöhnung“ aufhorchen lässt. Worum geht es? Und wieso ist eine Versöhnung nötig? In der französischsprachigen Provinz Quebec – gleich neben Ontario gelegen – hat es in den vergangenen Jahrzehnten eine wachsende Anzahl von Konflikten gegeben, bei denen es um das Recht auf die Ausübung spezifischer religiöser Praktiken ging. Zwar waren es in den letzten Jahren vor allem die auch hierzulande bekannten Probleme von Kopftüchern bei Schülerinnen und Lehrerinnen oder der Befreiung vom Schwimmunterricht muslimischer Mädchen. Doch gab und gibt es neben diesen mit dem Islam verbundenen Problemen auch etliche Konflikte mit den christlichen Religionen und dem Judentum, und diese offenbar in wachsender Zahl: Die Einhaltung des Sabbats als Feiertag, Sonntagsarbeit bei Katholiken oder die Errichtung einer Synagoge. Seit 2002 nehmen zwar mit dem Islam verbundene Probleme zu, doch bleiben auch die Probleme mit den anderen Religionen bestehen. Insgesamt geht es also um eine Reflexion und ggf. Neujustierung der Verhältnisse zwischen den Religionen insgesamt und ihrer Rolle in der Öffentlichkeit und dem Staat. Dabei ist auch das Bildungswesen stark betroffen – wenn es etwa um die Einrichtung eines Gebetsraumes in der McGill-Universität in Montreal geht. Es geht aber auch um Stadtentwicklung und Arbeitsrecht, es geht um die Berücksichtigung von religiösen Essensgeboten und um die Aufzugsbenutzung am Sabbat. Es waren offenbar insbesondere die Medien in der Provinz Quebec, die diese Fragen immer wieder vehement aufgriffen und das Verhältnis Religion – Staat und die Beziehungen zwischen unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen thematisierten.

Dies war der Hintergrund für die Einberufung einer hochrangigen Kommission durch die Regierung von Quebec, die aus zwei renommierten Wissenschaftlern bestand: dem Politikwissenschaftler Gérard Bouchard und dem Philosophen Charles Taylor. Das Mandat: Bestandsaufnahme der integrationspolitischen Maßnahmen und der Unterstützungsprogramme in Quebec unter Einbeziehung ausländischer Erfahrungen und die Formulierung von Empfehlungen. Charles Taylor ist dabei in Deutschland wohlbekannt als prominenter Vertreter des so genannten „Kommunitarismus“, einer Gegenbewegung gegen den Philosophischen Liberalismus in Anschluss an John Rawls, die der sozialen Gruppe und Gemeinschaft – eben der community – die Priorität gegenüber dem autonomen Individuum gibt. Taylor hat eine hoch beachtete Monographie über Hegel geschrieben, wichtige Beiträge zum Multikulturalismus verfasst, war (mit Doris Lessing und anderen) Mitbegründer der New Left Review und bekennt sich offen und



Ayşe Erkmen: Emre & Dario, 1998. Video Still: DVD (PAL), Farbe, Ton, 00:00:17 Min., Ayse Erkmen, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin

kämpferisch zum Katholizismus. Die Kommission bekam hinreichend Zeit und Geld, um zum einen eine Bestandsaufnahme und Analyse der religiös bedingten Konflikte seit 1985 vorzunehmen und zudem Handlungsvorschläge für die Politik zu entwickeln. Bei dem Vorgehen der beiden Kommissionsmitglieder spielte die Herstellung von Öffentlichkeit eine entscheidende Rolle. So gab es eine Reihe öffentlicher Anhörungen, die im Fernsehen live übertragen wurde und es wurden in 17 Städten gut besuchte Veranstaltungen durchgeführt, an der zahlreiche Menschen teilnahmen und ihre Vorstellungen einbrachten. Der Abschlussbericht (“Building the Future. A Time for Reconciliation“; findet man als Kurz- und als Langfassung leicht im Netz) liegt seit Mai 2008 vor und wird seither heftig debattiert. Es werden Begriffe wie „accomodation“ (hier i. S. von Integration) als „Gleichheit in der Differenz“ oder Interkultur definiert und immer wieder Beispiele aus dem Ausland zugezogen. Es lohnt daher die Lektüre des Berichtes als Ganzes, hier sollen jedoch nur einzelne Empfehlungen vorgestellt werden.

Die Zeitung „The Gazette“ (22.05.2008) brachte die Ergebnisse auf eine Kurzform: Das Kruzifix ist out. Der Hijab ist in. In der Tat weist der Bericht immer wieder auf strukturelle Diskriminierungen von Minderheiten hin, wenn kulturelle Werte der Mehrheitsgesellschaft – etwa christliche Symbole – in staatlichen Kontexten ganz selbstverständlich genutzt werden, obwohl die Verfassung eine Trennung von Kirche und Staat vorschreibt. Im Hinblick auf die öffentliche Sichtbarkeit religiöser Symbole wird jedoch dazu ermutigt, entsprechende Kopfbedeckungen (Turban, Kopftuch, Schleier, Kippa etc.) bei Schülern zuzulassen, allerdings strengste Neutralität in formellen Situationen und in staatlichen Einrichtungen anzulegen (Gebete bei Parlamentssitzungen, Kruzifixe in Gerichtssälen etc.). Der Bericht stellt sich bewusst in eine Quebecer Tradition des Interkulturalismus und erinnert in 37 Empfehlungen nur daran, diese auch unter aktuellen Bedingungen umzusetzen. Der Leitbegriff ist der des „offenen Säkularismus“, der für strikte Neutralität in staatlichen Kernbereichen ebenso plädiert wie für eine größtmögliche öffentliche Sichtbarkeit religiöser Symbole. Der Bericht fordert ein (erneutes) klares Bekenntnis zur interkulturellen Tradition von Quebec, eine Anerkennung der Fähigkeiten von Zuwanderern – etwa deren Kompetenz in ihrer Muttersprache –, eine bessere Koordinierung der unterschiedlichen Unterstützungsprogramme, eine deutliche Unterstützung des Erlernens der Landessprache, der Einbezug der organisierten Zivilgesellschaft und der Wirtschaft, die angemessene Berücksichtigung ethnischer Minderheiten im Beamtenapparat.

Dabei lassen die Autoren keine Unklarheit darüber, dass die erarbeiteten und erkämpften Werte einer modernen Demokratie (Gewissensfreiheit, Gleichheit, Diskriminierungsverbot etc.) nicht zur Disposition stehen dürfen. Sie appellieren immer wieder an die Menschen von Quebec, sich an ihre eigenen Erfahrungen, zu einer Minderheit zu gehören, zu erinnern: an Ausgrenzung, Entwurzelung und Missachtung. Dies sollte eine Basis für Solidarität mit den neuen Zuwanderern sein.

Was ist von diesem Bericht für deutsche Verhältnisse übertragbar?

Übertragbar ist der Mut, eine unabhängige Kommission von nicht-weisungsgebundenen anerkannten Wissenschaftlern zu beauftragen, bei denen man nicht wissen konnte, wie sie mit der aktuellen Politik umgehen würden. Übertragbar ist das Verfahren, bei dem gezielt eine große Öffentlichkeit hergestellt wurde und die Erfahrungen vieler Menschen und Institutionen mit Problemen und Erfolgen bei der Integration systematisch gesammelt werden.

Unterschiedlich ist natürlich die historische Voraussetzung: Deutschland ist auf spezifische Weise als Nation entstanden, bei der zwar auch heftige Völkerbewegungen eine Rolle spielten. Es wurde jedoch nicht von Menschen aus anderen Kontinenten, die dabei die Ureinwohner verdrängten, gebildet. Daher entfällt bei weiten Teilen der Bevölkerung der Quebecer Bezug auf gemeinsame Entwurzelungserfahrungen. Diese könnten allerdings bei der Gruppe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die inzwischen in Deutschland einen wachsenden Anteil ausmachen, eine wichtige Rolle spielen. Bedenkenswert – gerade angesichts der immer wieder aufflackernden Debatte über eine Leitkultur – ist das Konzept des offenen Säkularismus. Dabei wäre ein Diskurs herbeizuführen, welches diejenigen Bereiche des Staates sind, die völlig neutral sein müssen, und welches diejenigen Bereiche sind, in denen man sogar das Sichtbarmachen von Religion unterstützen muss (z.B. Bau von Synagogen oder Moscheen, aber auch das Tragen von Kopfbedeckungen). Wichtig scheint mir zudem zu sein, die stete, oft allerdings verdeckte Präsenz von kulturellen Orientierungen der Mehrheitsgesellschaft in Kontexten, in denen dies – etwa aufgrund der religiösen Neutralität des Staates – nicht gestattet sein sollte. Solche Phänomene lassen sich durchaus in Kategorien von kultureller und struktureller Gewalt (Johan Galtung) diskutieren. Mit dem Nationalen Integrationsplan (NIP) hat die Bundesregierung dabei einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Vieles ist jedoch noch zu defensiv formuliert und zu sehr auf wenig kontrollierbaren Selbstverpflichtungen aufgebaut. Problembereiche und mangelhafte Rahmenbedingungen, die der Gesetzgeber durchaus verändern könnte, wurden von der Opposition bei der letzten Bundestagsdebatte vorgetragen. Auch sind Idee und Konzept des NIP noch zu wenig in der Öffentlichkeit bekannt. Immerhin macht das kanadische Beispiel Mut: Integrationspolitik ist offensichtlich niemals zu Ende und eventuelle Erfolge gelten immer nur für eine bestimmte Zeit. Auch ausgewiesene Erfolgsländer müssen sich immer wieder aufs Neue mit Misserfolgen und Problemen befassen. Immerhin ist in Deutschland endlich ein starker Anfang gemacht.

DER VERFASSER IST VORSITZENDER DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Weitere Empfehlungen der Commission on Accommodation Practices an die Regierung in Quebeck

Die Commission on Accommodation Practices empfiehlt der Regierung,

1. Projekte und Initiativen zu fördern, die den ethnischen Minderheiten die Möglichkeit geben, sich bei der Öffentlichkeit durch Radio oder Fernsehprogramme, Thementage und ähnlichem, weiter stärker Gehör zu verschaffen.
2. Ihre Bemühungen zu verstärken, um den zivilgesellschaftlichen Rahmen, oder wie wir es genannt haben, die Gemeinnützigkeit in Institutionen und zwischen den Quebecern im Allgemeinen zu fördern.
3. Ein Büro für interkulturelle Annährung zu etablieren. Diese zwischenstaatliche Institution sollte dem Rat für interkulturelle Beziehungen Bericht erstatten und mit anderen Akteuren aus benachbarten Feldern zusammenarbeiten. Diese Institution würde insbesondere in Hinblick auf Informationen, Weiterbildung, Koordination, Beratung und Forschung im Bereich interkultureller Annährung sowie interkonfessioneller Bemühungen in unserer Gesellschaft eine Rolle spielen.
4. Die Finanzausstattung des Gemeinwesens und anderen Dachorganisationen zu erhöhen, um Migranten anzusprechen und zu integrieren, besonders auch, um die bestehenden Netzwerke und Organisationen zu stärken und fragmentarische und eine allmähliche Annährung zu vermeiden. Dies soll einem ernsthaften und bereits erkennbaren Defizit entgegen wirken.
5. Alle Formen des interkulturellen Kontaktes zu befördern, um Stereotypen abzubauen und Partizipation und Integration in der Bevölkerung Quebecs zu pflegen.
6. Einen multikonfessionellen Kalender, der die Daten der religiösen Feiertage verzeichnet, anzufertigen und an die Bevölkerung zu verteilen.

Aus: Gérard Bouchard und Charles Taylor: Building the Future. A Time for Reconciliation. REPORT. Übersetzung Kristin Bäßler.

Zwischen Melonen und Kulturen

Ist die „Gastliteratur“ in den deutschen Literaturbetrieb integriert worden? / Von Imre Török

„Überall bin ich der Fremde. Ich wünsche mir so sehr, alles zu umarmen. Aber alles entgleitet mir.“ Sätze eines deutschsprachigen Literaten nicht-deutscher Herkunft. War er ein Verfasser von Ausländer- oder Gastarbeiterliteratur? Von polynationaler, multikultureller oder interkultureller Literatur? Ein Schriftsteller der Betroffenheit, der Fremde, der Migration?

Die meisten dieser zeitgenössischen Bezeichnungen könnten treffend und wahr sein. Und doch führen sie auf einen Holzweg. Etwa wie die Märchen des „einzigen Kaffeehausgeschichtenerzählers Deutschlands“. Der heißt Jusuf Naoum, ein gebürtiger Libanese, dessen Stories in Beirut und Bagdad ebenso wie in Washington und Berlin spielen. Jener andere Fremde aber, der alles umarmen wollte, floh rund zwei Jahrhunderte früher aus seiner Heimat Frankreich nach Preußen, erlangte 1814 Weltruhm mit „Peter Schlemihls wundersame Geschichte“ und ist unter seinem Künstlernamen Adelbert von Chamisso bekannt.

Zurück in die Jetztzeit. Die Dresdner Poetikdozentur wird von Trägern des renommierten Chamisso-Preises der Robert Bosch Stiftung bestritten: Yüksel Pazarkaya, Carmine Gino Chiellino, Adel Karasholi, Ilma Rakusa. Türkische, italienische, syrische, ungarisch-slowakische oder deutsche Literaten? Hat die literarische „Hochzeit der Kulturen“ (Pazarkaya) tatsächlich stattgefunden? Oder kann man, so der Schriftsteller Rafik Schami in einem Interview Ende 2004, „nie zwei Wassermelonen in einer Hand tragen“?

Arbeitskräfte aus dem Ausland brauchte das deutsche Wirtschaftswunderland, doch es kamen Menschen. Und nicht nur das, sie schrieben sogar. Manche mehr als nur Briefe in ihre Heimatländer. Schrieben Lyrik und Prosa, in der und sehr wohl für die fremde „kalte“ Heimat. Man sprach zunächst, bei den ersten Deutschschreibern fremder Zunge, von Gastarbeiterliteratur oder Literatur der Betroffenheit. Heute leben an die 400 Vertreter der noch oft so genannten „Ausländerliteratur“ in Deutschland, bevorzugt bezeichnen sie sich als interkulturelle Schriftsteller.

Wegmarken einiger der Betroffenen: Der heutige Schriftsteller und Diplompsychologe Franco Biondi kam aus Italien, arbeitete seit 1965 zunächst als Chemie- und Fließbandarbeiter in Deutschland. Ab 1970 begann er zu schreiben, war 1980 Mitbegründer der Literaturgruppe „südwind gastarbeiterdeutsch“, Mitinitiator des „Polynationalen Literatur- und Kunstvereins (PoLiKunst)“, der die Interessen von Schriftstellern der Migration vertrat. In den achtziger Jahren erhielt Biondi die Ehrengabe der Bayerischen Akademie der Schönen Künste und wurde mit dem Adelbert von Chamisso-Preis ausgezeichnet. Auch der aus Syrien stammende Rafik Schami engagierte sich bei „südwind“ und „PoLiKunst“, stritt für die Eigenart einer zwischen den Kulturen beheimateten Literatur. Sein poetisches Werk ist mittlerweile vielfach preisgekrönt, mit dem Adelbert von Chamisso-Preis, dem Hermann Hesse-Preis, dem Prix de Lecture, dem Thaddäus Troll-Preis, dem Hans Erich Nossack-Preis. Der aus Italien stammende Lyriker und Essayist Carmine Gino Chiellino, heute Professor für Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Augsburg, zählt ebenfalls zu den Mitbegründern von „PoLiKunst“, der allerdings nur von 1980 bis 1987 aktiv war. Chiellino hat sich auf die Kultur der Migration konzentriert und das Standardwerk „Literatur und Arbeitsmigration“ (Metzler, 1995) herausgegeben. Er sagt, dass die Hoffnung vieler gehört zu werden, sich nicht erfüllt habe. Seine Ansicht begründet er damit, dass „die Sprache der Gastgesellschaft nicht vorbereitet ist, um Fremde aufzunehmen. Es ist eine Sprache, die eigentlich nur die deutsche Kultur in sich trägt.“

Zeigen die genannten Beispiele, die Poetik-Dozenturen und Auszeichnungen, nicht gerade das Gegenteil, dass nämlich die „Gastliteratur“ (Chiellino) sehr wohl in den deutschen Literaturbetrieb integriert ist? Die Frage zielt auf einen wunden Punkt, der seit Jahrzehnten diskutiert wird.

Bei den Literaturtagen in Sindelfingen 1985 war ich Mitorganisator, ein Themenschwerpunkt hieß „Deutsche Literatur in einem fremden Land“. Rafik Schami, Sinasi Dikmen, José Oliver, Zacharias Mathioudakis u.a. nahmen teil. Heftig diskutiert wurde in jener Zeit über sprachliche Normen und Freiheiten. Dikmen etwa wollte in seinem literarischen Schreiben seine türkische Denkweise bewahrt wissen, ließ deshalb Ausdrucksfehler nicht korrigieren. Mancher empfand Stilkorrekturen von Lektoren gar als deutsches Obrigkeitsdenken. Verbunden mit sprachlichen Aspekten wurde so auch die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz und der Möglichkeit der Gesellschaftskritik in einer Literatur der Fremdheitserfahrung gestellt. Spielt diese Sichtweise, die Schau von innen und gleichzeitig von außen, heute noch eine prägende Rolle? Oder sind Wogen geglättet und die „Ausländerliteratur“ integriert worden?

Damals in Sindelfingen las Keko einen bissig ironischen Text über Deutschland, über die „Ureinwohner des Wiwulandes“. Seine Geschichte „Ach wie gut, dass jeder weiß, dass auch ich Kanake heiß‘!“ löste bei der kleinen, aufgeschlossenen Zuhörerschaft verhaltene Heiterkeit und nachdenkliche Betroffenheit aus. Eine beachtliche öffentliche Resonanz gab es nicht, Gleichgesinnte dies und jenseits des Lesetischs waren und blieben weiter unter sich. Keine zwanzig Jahre später ist regelmäßig eine Kolumne in der BILD-Zeitung zu lesen, unter dem Titel „Voll krass Kanakisch“, und der Einheimische amüsiert sich köstlich. Worüber eigentlich?

Türkendeutsch is angesagt, weisstu, Mann! Mehr von den klischeebehafteten Persiflagen z. B. in dem Buch „Wem is dem geilste Tuss in Land? Märchen auf Kanakisch un so“, aus der Feder des voll krass Kolumnisten Michael Freidank. Nicht dass ich sauertöpfisch erscheinen will. Ich

→ Seite 5

Ayşe Erkmen: Chambal, 1999. Video Still: DVD (PAL), Farbe, Ton, 00:00:14 Min., Loop, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin

Fortsetzung von Seite 4

schmunzele bei den Comedykünstlern Dragan und Alder auch. Aber die Frage sei erlaubt, ob das die einzigen Ziele waren, die mein Schriftstellerfreund Dikmen und all die andere Kollegen erreichen wollten?

Es gibt natürlich poetischere, anspruchsvolle Töne in Kanakien der Enkelgeneration von Aras Ören. Feridun Zaimoglu, 1964 im anatolischen Bolu geborenen, Mannheimer Theaterdichter, Chamisso-Preisträger 2004, hat das Buch „Kanak Sprak“ (Rotbuch, 1995) geschrieben. Diskriminierung von Minderheiten ist in den Büchern von Zaimoglu nach wie vor ein vorrangiges Thema. Mit „Kanak Sprak“ ist er zum Kultautor geworden. Und türkischstämmige Jugendliche verwenden das Schimpfwort „Kanake“, so die Sprachwissenschaftlerin Inken Keim vom Institut für deutsche Sprache in Mannheim, längst selbstbewusst für sich selbst.

Was also gibt es in Sachen Migrantenliteratur noch zu kritteln und zu meckern, Herr Kanake aus dem Ungarnland (Török heißt übersetzt Türke)? Welchen wunden Punkt gäbe es doch noch zu finden? Irmgard Ackermann, die zahlreiche Artikel und Bücher zur „mehrkulturellen Literatur“ in Deutschland publiziert hat, wirft in ihrem Beitrag für das Buch „Schreiben zwischen den Kulturen“ (Fischer, 1996) eine Frage auf: „Wenn man die angeführten Beispiele aus der deutschen Literatur von Autoren anderer Herkunft (...) mit der Darstellung der multikulturellen Realität in Deutschland in den Werken deutscher Autoren vergleicht, so ist nicht zu übersehen, dass die hier lebenden Ausländer in diesen Werken – von Nadolnys exemplarischem Selim oder die Gabe der Rede einmal abgesehen – kaum zur Kenntnis genommen wurden. Wenn Literatur unter anderem auch als Seismograph für gesellschaftliche Entwicklungen gesehen werden kann, so scheint hier ein blinder Fleck zu sein.“

Ein blinder Fleck vieler Schriftsteller deutscher Muttersprache? Oder der Verlagsprogramme, von denen sie abhängig sind? Oder ein Verdrängungsmechanismus in einer Gesellschaft, die sich über Türkensprache gut amüsieren kann, aber arg viel mehr über Fremdheit im Eigenen auch nicht wissen will?

Nach wie vor gibt es vor allem kleine und nur einige große Verlage, die Literatur von Migranten publizieren. Und wohl niemand wünscht sich die Zeit zurück, als jeder Betroffenheitsschmerz reihenweise gedruckt wurde. Doch wie groß ist das Interesse an kritischen, heiklen, bohrende Fragen aufwerfenden Themen, wie sie in den Anfängen der Mirgantenliteratur auf der Tagesordnung waren? Punktet nur noch das Exotische? Und hier und da eine poetische Spitzenleistung interkultureller Schriftsteller? Und die anderen bleiben mit ihren Manuskripten zwischen Melonen, Kulturen und allen Stühlen sitzen.

Aber, wird man sagen, Verlage müssen marktorientiert produzieren. Also liegt es am Publikum? In ihrem Vortrag „Migration und Kultur“, während der Tagung „Mainzer Migranten Litera-Tour“ 1996, ging die Schriftstellerin Christa Dericum auf Sigmund Freud ein, der uns gelehrt habe, dass wir die Fremden seien. Sie fuhr fort: „Wenn wir das Fremde als Teil unseres eigenen Unbewussten erkennen, schwinden die Ängste und das Fremde (als Wesentliches am anderen) wird vertraut, integraler Teil des Selbst. Welche Chance für das Zusammenleben, welche Bereicherung des Lebens und der Kultur! Aber dieses Land ist immer wieder das Deutschland aus Heinrich Heines Versen, das alte, unbewegliche, wehrige Deutschland. (...) Wir sind die Fremden! Wir werden erst zu Hause sein, wenn die Hunde zahm und die Tore offen sind, wenn Menschenrechte und Freundschaft keine leeren Formeln bleiben. Eine Utopie? Gewiss. Es geht jedoch darum, die Utopie in die Topie zu überführen.“

Menschenrechte, Utopie, Freundschaft – davon fehlt mir etwas, wenn es um die Literatur von Migranten geht. Von Integration wird viel geredet. Aber von Freundschaft? Yüksel Pazarkaya thematisiert in seinem Essay über „Die Hochzeit der Kulturen“ die Janusköpfigkeit der gegenseitigen kulturellen Durchdringung, da es „dafür in einer Gesellschaft wie der unsrigen einer gewaltigen Kraftanstrengung bedarf. Diese Energie wäre besser investiert, wenn man sich einbringt und zugleich Originalität, Eigenständigkeit bewahrt. Ich will damit auf eine bekannte Gefahr hinweisen, dass Impulse von außen zwar verändern, jedoch selber verschlungen werden und eingehen. Im kulturellen Geflecht besteht diese Gefahr der Nivellierung auch und gerade bei gut gemeinter Pflege. Nicht einer besonderen Pflege bedarf also das Zusammenleben und Zusammenwirken, sondern Anerkennung und Akzeptanz im Sinne der Gleichberechtigung ...“

Ayşe Erkmen: Das Haus / Ev / The House, 1993/2008. Leuchtstoffrren, Ayse Erkmen, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin, Foto: Jens Ziehe

Originalität, Gleichberechtigung – ja, davon haben viele geträumt, als sie die „kalte“ neue Heimat explizit beim Namen benannten. Und Integration – bedeutet das nicht die Wiederherstellung des Ganzen, die Herstellung einer Einheit? Im Wortursprung schon!

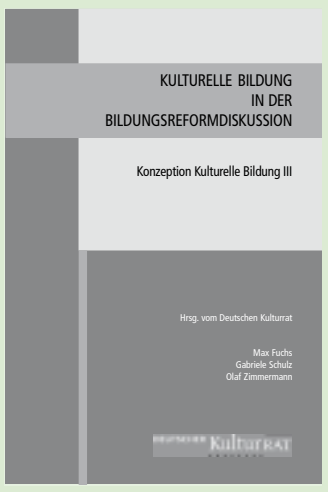
Chamissos Peter Schlemihl gibt seinen Schatten für ein Glückssäckel her. Doch seine Schattenlosigkeit wird ihm zum Verhängnis. Bis er schließlich den vermeintlichen Glücksspender wegwirft. Auch fortan muss er zwar schattenlos leben. Doch indem der lange Gedemütigte das bürgerliche Glück in der Gesellschaft nicht mehr vermisst, wird er wahrhaft frei für die Erforschung der Welt, und lässt an seinen wunderbaren Erkenntnissen alle Menschen teilhaben. Ein utopisches Märchen? Gewiss. Aber ein zuversichtliches. Und wenn den Enkeln Chamissos die Hoffnung zwischendurch versiegt, bleiben noch immer die Worte des in der Champagne geborenen, in Berlin gestorbenen Dichters: „Überall bin ich der Fremde. Ich wünsche mir so sehr, alles zu umarmen ...“

DER VERFASSER IST SCHRIFTSTELLER UND BUNDESVORSITZENDER DES VERBANDES DEUTSCHER SCHRIFTSTELLER (VS) IN VER.DI

Der Text ist zuerst erschienen in KUNST+KULTUR, kulturpolitische Zeitschrift von ver.di

KULTURELLE BILDUNG IN DER BILDUNGSREFORMDISKUSSION – Konzeption Kulturelle Bildung III

Hrsg. vom Deutschen Kulturrat
Max Fuchs
Gabriele Schulz
Olaf Zimmermann
480 Seiten, 22,80 Euro



Bestelladresse:
Deutscher Kulturrat,
Chausseestraße 103,
10115 Berlin
Fax: 030/24 72 12 45,
E-Mail: post@kulturrat.de

Mikrokosmos der Weltgesellschaft

Die Deutsche Welle und der Dialog der Kulturen / Von Erik Bettermann

„Wir fördern den Dialog der Kulturen und setzen uns für Völkerverständigung und Toleranz ein“, heißt es im Leitbild der Deutschen Welle. Dieser Selbstverpflichtung kommt Deutschlands Auslandssender täglich nach: in seinen Programmangeboten, aber eben nicht nur.

In einem multinationalen und international agierenden Medienunternehmen wie der Deutschen Welle sind viele Aspekte, die derzeit rund um das Thema Dialog der Kulturen und Migration diskutiert werden, sehr viel stärker präsent als anderswo. In der Zentrale in Bonn und am Fernsehstandort Berlin arbeiten rund 1500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus rund 60 Nationen – an journalistischen Angeboten in Fernsehen, Hörfunk und Internet für die Welt. Von Amharisch bis Urdu über Chinesisch und Russisch und rund um die Uhr auf Deutsch und Englisch. Wir sind ein Mikrokosmos der Weltgesellschaft. Angehörige der verschiedensten Nationalitäten, Religionen und Überzeugungen arbeiten gemeinsam an einem hochwertigen Produkt – und müssen dabei stets die Erwartungen eines vielfältig strukturierten Publikums im Blick halten. Verdeutlichen lässt sich das am Beispiel einer Senderegion: Das Arabische Programm von DW-TV ist zwischen Marokko und Oman zu empfangen. Somit müssen die Inhalte für den saudischen Manager ebenso relevant sein wie für den algerischen Oppositionellen, Sprache und Präsentation müssen beide erreichen. Beim Casting einer Moderatorin für das arabischsprachige Nachrichtenjournal müssen wir andere Dinge beachten, als wenn es – beispielsweise bei Radio Bremen – um die Moderation bei „Buten un binnen“ geht.

Dialog der Kulturen – die Deutsche Welle füllt ihn auf vielfache Weise mit Leben und das seit dem Sendestart 1953. War damals noch die Hauptaufgabe, das Verhältnis Deutschlands zur internationalen Staatengemeinschaft zu „entkrampfen“, so haben sich die Akzente seither verschoben. Die Angebote der Deutschen Welle „sollen Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich machen“ – und insgesamt das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker fördern. So besagt es unser gesetzlicher Auftrag. Dafür haben wir unsere Position als Medienunternehmen, das Informationen multimedial und vielsprachig weltweit verbreitet, ausgebaut. Drei Medien, 30 Sprachen, mit der DW-AKADEMIE ein weltweit gefragtes Fortbildungszentrum: Rund 100 Millionen Erwachsene kennen DW-TV, 210 Millionen DW-RADIO. Auf der Basis aktueller Länderstudien erreicht die Deutsche Welle weltweit Woche für Woche rund 100 Millionen Hörer und Zuschauer. Hinzu kommen monatlich fast 40 Millionen Seitenaufrufe bei DW-WORLD.DE.

Als „Förderer des Dialogs der Kulturen“ reicht es uns aber nicht, Nachrichten, Analysen und Hintergrundinformationen auszustrahlen. Wir verstehen uns als mediale Visitenkarte zum Anfassen und suchen den Kontakt mit Partnern und Nutzern vor Ort. Sei es unsere Radionovela „Learning by Ear“, seien es internationale Koproduktionen oder Korrespondentenschulungen der DW-AKADEMIE: Nicht zuletzt mit Hilfe regionaler Kräfte fallen unsere Botschaften auf fruchtbaren Boden und entwickeln so eine große Nachhaltigkeit.

Eine Investition, die sich auszahlt: Viele der Menschen, die die Deutsche Welle erreicht, entwickeln ein großes Interesse an Deutschland und Europa. Ein Interesse, das weit über deutsche und andere Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft hinausgeht. Es richtet sich auch auf die deutsche Sprache als Schlüssel zu unserer Kultur: Die Sprachlernangebote der Deutschen Welle etwa erfreuen sich großer Beliebtheit. Rund ein Drittel aller Audio-Downloads von DW-WORLD.DE entfallen auf Sprachkurse. Besonders erfolgreich sind die „Langsam gesprochen Nachrichten“, die auch über iTunes abonniert werden können. Auszeichnungen wie das Europäische Sprachensiegel für die bilinguale Hörspielserie „Mission Europe“ bestärken uns in unseren Bemühungen.

Auch junge Menschen, die sich für ein Studium in Deutschland interessieren, werden über die Deutsche Welle an unsere Kultur, an ein Leben in unserem Land herangeführt: Unser Angebot www.study-in-germany.de bietet Studierenden aus dem Ausland Informationen und Tipps von Visum bis Krankenversicherung, Wissenschaft bis Veranstaltungshinweisen.

Mit unseren Angeboten tragen wir nicht nur in unseren Zielgebieten für einen Austausch zwischen den Kulturen bei. Nutzerzahlen zeigen uns, dass etwa die türkischsprachigen Angebote unseres Internet-Auftritts auch aus Deutschland angeklickt werden. Interesse wecken per Radio in der Türkei, zur Integration beitragen per Internet in Deutschland – eine Funktion, wie sie so nur ein Auslandssender für die Bundesrepublik Deutschland erfüllen kann.

Kultureller Austausch und Integration über Medien setzt voraus, dass in den Redaktionen die entsprechende interkulturelle Kompetenz aufgebaut wird. Der Anteil der Menschen in Deutschland mit Migrationsintergrund liegt bei etwa 20 Prozent. Unter den aktiven Journalisten hierzulande sind es etwa zwei bis drei Prozent. Findet sich in den Redaktionen die interkulturelle Kompetenz, die heute erforderlich ist? Lassen Medienschaffende in hinreichendem Maße die Menschen zu Wort kommen, über deren Lebenswirklichkeit sie schreiben? Hier bestehen oft noch Defizite, die Verantwortlichen in Sendern und Verlagshäusern sind gefordert. Auch hier nimmt die Deutsche Welle eine Sonderstellung ein. „Wir sind als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 60 Nationen der Schlüssel zum Erfolg der Deutschen Welle.“ So lautet ein Kernsatz aus der internen Fassung des Deutsche-Welle-Leitbilds. Rund ein Drittel der Kolleginnen und Kollegen, die in Bonn Radio- und Online-Angebote erstellen, sind ausländischer Staatsangehörigkeit. Dies ist unerlässlich, da die Fremdsprachenprogramme der Mentalität des jeweiligen Sendegebietes gerecht werden und für die jeweiligen Zielgruppen ein verständliches Bild von Deutschland vermitteln müssen.

Bei der Rekrutierung des journalistischen Nachwuchses hat die Deutsche Welle zudem ein einzigartiges Ausbildungsmodell entwickelt: das Fremdsprachenvolontariat. Ob Arabisch oder Portugiesisch, Dari oder Paschtu – im Fremdsprachenvolontariat geht es hauptsächlich um die Arbeit in einer der rund 30 DW-Programmsprachen. So haben in diesem Jahr junge Menschen unter anderem aus Ägypten, Angola, Pakistan oder dem Iran bei der Deutschen Welle angefangen. Sie erhalten eine abwechslungsreiche und fundierte Redakteursausbildung. In Kompaktseminaren erlernen die Volontäre das journalistische Handwerk. Während der Praxisphasen steht die Arbeit in den jeweiligen Stammredaktionen im Vordergrund – ob Hindi, Arabisch oder Farsi. Ergänzt wird die Ausbildung durch Stagen im Deutschen Programm von DW-RADIO und bei DW-WORLD.DE. Außerdem lernen die Volontärinnen und Volontäre bei uns die Normen und die Wertevermittlung Europas, der Aufklärung und des christlichen Abendlandes kennen.

Aber auch jenseits des Arbeitsalltags steht die Deutsche Welle ihren ausländischen Beschäftigten zur Seite: Durch die Zusammenarbeit mit einem Relocationservice kann die DW Hilfe bei Behördengängen, Wohnungssuche und der Einrichtung eines Bankkontos anbieten. Mitarbeiter, die aus dem Ausland zur DW kommen, erhalten vor Beginn der Tätigkeit einen von der DW bezahlten Deutschkurs und können gegebenenfalls im Anschluss an internen Deutschkursen der DW teilnehmen. Eine Betreuung, die allgemeine Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen oder die Vermittlung besonderer technischer Fertigkeiten in der jeweiligen Landessprache einschließt.

Mit unserer Expertise als Förderer des Dialogs zwischen den Kulturen und bei Integration wirken wir – ganz im Sinne unseres Leitbilds – mit am gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland. Ein Beispiel dafür: Auf Einladung von Deutsche Welle, CIVIS medien stiftung, WDR und PHOENIX trafen sich Mitte September in unserer Zentrale Medienmacher aus Funk und Fernsehen, um zu diskutieren, wie weit elektronische Medien die Vielfalt der Gesellschaft in Deutschland berücksichtigen. Die Themen reichten von der journalistischen Aufbereitung bis hin zu den Implikationen für die Personalentwicklung in Redaktionen. Die Diskussionen machten deutlich: Die Medien nehmen in dem Bereich ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr. Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen widmen sich der Integration in allen ihren Facetten: von der grundsätzlichen Betrachtung bis zum Einzelschicksal. Es gibt aber immer noch Einiges zu tun. Selbstverständlich steht bei diesem Prozess unsere Expertise allen Medienschaffenden in Deutschland zu Verfügung. Ob Redaktionskontakte oder Kooperationen mit der DW-AKADEMIE – von einem Austausch profitieren alle Beteiligten.

Ayşe Erkmen: Netz (Detail), 2006. Kleidungsetiketten aus Baumwolle, hand-geknotet, Ayse Erkmen, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin, Foto: Jens Ziehe

DER VERFASSER IST INTENDANT DER DEUTSCHEN WELLE ■

Zur Vielfalt in Europa stehen

Das Europäische Jahr für den Interkulturellen Dialog 2008 / Von Barbara Gessler-Dünchem

Ob das nun eine Selbstverständlichkeit oder eine ganz neue Erkenntnis ist: das Gesicht der Gesellschaft hat sich verändert und für Europa gilt das ganz besonders. Die Mitgliedstaaten erkennen, teilweise durchaus auf schmerzhafte Art und Weise, dass Migration durch Zu- und Abwanderung, je nach Standpunkt, zu einem allgemeinen europäischen Phänomen geworden ist. Innereuropäische Wanderungsbewegungen und Zuwanderung aus Drittstaaten tragen dazu bei und haben sich im Laufe der Jahre verstärkt.

Ayşe Erkmen: Weichwanzgnu, aus Installation Kuckuck, 2003, Tierprarat auf schienengefrtem Rollpodest, Zeitschaltuhr. Ayse Erkmen, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin, Naturmuseum St. Gallen/Kunstmuseum St. Gallen, Foto: Stefan Rohner

Innerhalb Europas haben die Vollendung des Binnenmarkts genauso wie die letzten Erweiterungsrunden erheblich dazu beigetragen, dass sich Menschen innerhalb der EU als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch als Studierende oder Pensionäre über ihre Heimatgrenzen hinaus bewegen, um in einem anderen EU-Land über einen kürzeren oder längeren Zeitraum zu leben. Die „Globalisierung“ wiederum hat gerade in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass sich Menschen mit verschiedenster Motivation auf den Weg nach Europa machen und zwar, entgegen der landläufigen Meinung, nicht nur mit Ziel Deutschland, sondern besonders auch in den Süden wie nach Spanien oder Italien, aber auch nach Irland oder Großbritannien.

In einigen Staaten der EU ist der Zuzug aus den ehemaligen Kolonien schon sehr viel länger Realität, in anderen wiederum besteht schon lange Erfahrung mit „Gastarbeitern“. Die Auswirkungen auf die aufnehmende Gesellschaft sind entsprechend der Herkunft der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger natürlich sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dabei geht es nicht immer zwangsläufig um Menschen einer „anderen“ Religionsgemeinschaft; Unterschiede resultieren auch aus Tradition, sozialer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Realität, ethnischer Zugehörigkeit oder Sprache.

Diese Situation liefert den Hintergrund für das „Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs“: eine Herausforderung gemeinsam annehmen und in eine Chance verwandeln. Die Europäische Kommission legte dementsprechend im Jahr 2006 dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten einen Vorschlag vor, der mit dem Instrument eines Europäischen Jahres Aufmerksamkeit für das Thema schaffen wollte. Dabei geht es immer um kulturelle Vielfalt in Europa, die nationale und die regionale, die durch den Dialog, wie schon in Maastrichter Vertrag postuliert, geschützt und gefördert werden soll. De facto jedoch drehen sich, und zwar nicht nur in Deutschland, viele Debatten in dieser Hinsicht um eine sehr pointierte Darstellung des Dialogs mit dem Anderen, nämlich um den Umgang mit dem Islam. Auch in den Diskussionen um die formelle Verabschiedung des Europäischen Jahres hatte dieser Aspekt eine breite Rolle gespielt.

In einer vorbereitenden EU-weiten Umfrage aus 2007 hatten drei von vier Europäern erklärt, dass die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit einem anderen ethnischen, nationalen und religiösen Hintergrund das Leben in ihrem eigenen Land bereicherten. Dies gilt, so die Umfrage, besonders für junge Menschen. Gleichzeitig sind aber auch fast ebenso viele Europäer der Meinung, dass junge Menschen Familientraditionen bewahren sollen. Etwa ein Viertel der Europäer gibt sich eher kosmopolitisch und sieht trotz der Bereicherung durch andere Kulturen keine Notwendigkeit, die familiäre Tradition zu wahren. Dabei ist es wenig erstaunlich, dass die Untersuchung einen direkten Link zwischen dem Bildungsgrad und der Offenheit gegenüber anderen Kulturen und deren potentiellem Nutzen aufzeigt.

Dementsprechend zieht sich, der Natur eines solchen Europäischen Jahres gemäß, der Faden Interkultureller Dialog durch einige Politikbereiche und ist somit keinesfalls, wie vielleicht noch vor Jahresfrist unter Kulturschaffenden erhofft, eine Spielwiese nur für die Kulturpolitik im strikten Sinne. Vielmehr ergeben sich ganz besonders klare Verbindungen in den Bildungsbereich, der wiederum in direkter Relation zum Nutzen interkultureller Kompetenzen für den Einzelnen steht. In seinen Schlussfolgerungen vom Mai 2008 hat denn auch der Kulturministerrat, obwohl er natürlich den Zusammenhang mit dem Bemühen um Lebenslanges Lernen herstellt, auch die Bedeutung der Anstrengungen in der Bildungspolitik betont. Die Erlangung interkultureller Kompetenzen bedeutet auch die Entwicklung sozialer oder sprachlicher Kompetenzen, die wiederum nicht nur abstrakt gesellschaftliche Notwendigkeiten darstellen, sondern auch zu besseren Beschäftigungsmöglichkeiten führen; in Anbetracht der Ängste und Sorgen um das soziale Europa, die sich auch durch Eurobarometer-Umfragen erhärten lassen, ist dies eine nicht unerhebliche Größe.

Über die Chancen von Kindern mit Migrationshintergrund im Bildungssystem hat die Kommission am 3. Juli 2008 einen Konsultationsprozess eingeleitet. Selbstverständlich umfasst das Europäische Jahr denn auch angrenzende Politiken im Bereich Jugend, Medien, Migration oder Forschung und weist schon auf das Europäische Jahr der Kreativität 2009 hin, da interkultureller Dialog sicher dazu angetan ist, das Umfeld für die Entwicklung von Kreativität und Innovation zu befördern.

Die Funktionsweise eines Europäischen Jahres besteht im Wesentlichen in einer emblematischen und symbolischen Auseinandersetzung mit einem bestimmten Thema in ganz Europa. Seit ihrer Existenz Beginn der 1980er Jahre umfassen Europäische Jahre eine sehr breite Palette an gesellschaftlichen Bereichen, über die in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit geschaffen werden soll. Die Entscheidung darüber, welches Thema in den Fokus gerückt werden soll, ist nicht selten Gegenstand heftiger Debatten, die geleitet werden von unterschiedlichen Vorstellungen darüber, welches gesellschaftliche Thema eine entsprechende europaweite Relevanz entwickeln kann und bekommen soll. Es wird somit letztendlich (formell in Rat und Parlament) von der politischen Mehrheit bestimmt. Die Sensibilisierung erfolgt nicht nur über Finanzierung, sondern im besonderen Maße auch durch die Berücksichtigung des Themas im öffentlichen, politischen Diskurs. Ziel ist es, den grenzüberschreitenden Austausch zu dem entsprechenden Schwerpunkt zu fördern und insbesondere, für 2008 besonders bedeutsam, einen „Show-case“ für bereits bestehende Projekte der Zivilgesellschaft zu bieten.

In der Umsetzung verfügt die Europäische Kommission über einen bestimmten finanziellen Rahmen, den sie, im Falle der letzten Jahre, durch Ausschreibung für europaweite Projekte sowie durch die Förderung nationaler Aktivitäten ausschöpft.

Die 10 Millionen Euro für dieses Jahr des Interkulturellen Dialogs flossen nicht nur in so genannte, mehrere Mitgliedstaaten umfassende, „Flagship-Projekte“ auf der Europäischen Ebene, wie z.B. eine Rundfunkkampagne, ein Jugendvideoprojekt, die Schaffung eines kommunalen Netzwerks oder gezielte Projekte zugunsten von Grundschülern, sondern auch in eine Reihe ambitionierter Europa-Debatten, wo auf höchstem Niveau kontrovers über besondere Aspekte des Interkulturellen Dialogs diskutiert wird. Bekannte Künstlerpersönlichkeiten fungieren als Botschafter für das Jahr, aber auch viele andere Organisationen der Zivilgesellschaft oder öffentliche Organe von Fußballvereinen bis Opernhäusern unterstützten die Aktion. Gleichzeitig sollten speziell in diesem Jahr explizit auch Drittstaatenangehörige und Menschen, die nur vorübergehend in der EU leben, die Möglichkeit bekommen, sich zu engagieren, was in vielen EU-Projekten sonst keinesfalls eine Selbstverständlichkeit darstellt. Die nationale Koordinierungsstelle in Deutschland, das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, hat, im Gegensatz zu den meisten anderen Mitgliedstaaten, entschieden, nicht nur ein nationales Projekt mit dem ihr zur Verfügung stehenden Betrag von 680.000 Euro zu kofinanzieren, sondern hat, nach einer Ausschreibung und breiter Konsultation, acht Projekte mit höchst unterschiedlichen Schwerpunkten ausgewählt. Im Sinne der Nachhaltigkeit werden auch andere Ressorts in die Bemühungen um das Thema einbezogen. Einen Überblick über alle Projekte liefert die Seite http://www.interculturaldialogue2008.eu.

Das Interesse am Europäischen Jahr ist groß: bis Anfang Oktober hatten 550.000 diese Website besucht. Nur in Slowenien, wo das Jahr gelauncht wurde, gab es mehr Presseresonanz als in Deutschland, wo bislang 1.700 Artikel zum Thema erschienen.

DIE VERFASSERIN IST LEITERIN DER REGIONALEN VERTRETUNG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION IN BONN ■

Kulturell komplexe Gesellschaften

Rückblick auf ein Jahr des interkulturellen Dialogs auf nationaler Ebene / Von Kristin Bäßler

In Deutschland leben gegenwärtig etwa 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund aus rund 200 Staaten. Diese machen rund 19 % der Gesamtbevölkerung aus. Bei den unter 25-Jährigen beträgt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund mehr als ein Viertel. Jedes dritte Kind im Alter von null bis sechs Jahren hat einen Migrationshintergrund. Rund 10,4 Millionen Menschen haben eigene Migrationserfahrung. Doch ist unsere Gesellschaft transkulturell? Wie sieht unser Zusammenleben aus? Leben wir nur friedlich nebeneinander oder findet tatsächlich ein Dialog auf Augenhöhe statt?

Führt man sich die Bevölkerungszahlen vor Augen wird einmal mehr deutlich, wie wichtig es ist, die Themen Migration, Integration und interkultureller Dialog auf die politische Agenda zu setzen. Mit dem „Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008“ hat die Europäische Union dies getan. Das mit 10 Millionen Euro finanzierte Programm unterstützt Projekte und andere Gemeinschaftsaktionen, die sich dem interkulturellen Dialog verschrieben haben. Die Koordinierungsstelle des „Jahres zum interkulturellen Dialog“ ist beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die nationale Geschäftstelle bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ansässig. Die anvisierten Förderungsbereiche waren vor allem Kultur, Bildung, Jugend, Sport sowie das Thema Unionsbürgerschaft.

Europäische Strategien

In ihrem Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates zum „Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs (2008)“ skizziert die EU-Kommission die allgemeinen Ziele des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs wie folgt: Die Förderung des interkulturellen Dialogs soll als Instrument für den Erwerb von Kenntnissen, Qualifikationen und Fähigkeiten verstanden werden, um sich in einem offeneren und kulturell komplexeren Umfeld zurecht zu finden sowie die Chancen zu nutzen, die sich durch eine von Diversität geprägte Gesellschaft innerhalb und außerhalb Europas bieten. Zudem sollen alle in Europa lebenden Menschen für das Konzept einer aktiven und weltoffenen Unionsbürgerschaft, die kulturelle Unterschiede achtet und auf gemeinsamen Werten der Europäischen Union basiert, sensibilisiert werden. So wurden für das Jahr 2008 Aktivitäten, Informations- und Kommunikationskampagnen auf nationaler und europäischer Ebene in Zusammenarbeit mit den Medien geplant, Initiativen zur Förderung des interkulturellen Dialogs auf nationaler und europäischer Ebene unterstützt sowie Studien bezüglich der Wirkung des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs und längerfristige Folgemaßnahmen gefördert.

Nationale Strategien

Auf nationaler deutscher Ebene wurden im Rahmen des „Jahres des interkulturellen Dialogs“ insgesamt acht Projekte gefördert, die alle den Aspekt Bildung – sei es Weiterbildung, schulische oder außerschulische Bildung – berücksichtigen. Die „Nationale Strategie für Deutschland zur Umsetzung des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008“ kann unter http://ec.europa.eu/culture/archive/dialogue/pdf_word/strategy_germany_en.doc abgerufen werden. Hauptanliegen ist der Dialog, der von gegenseitigem Respekt vor der jeweils anderen Kultur gekennzeichnet sein soll. Menschen sollen vor Ort zu den verschiedenen Aspekten des interkulturellen Dialogs ins Gespräch kommen und durch den direkten Kontakt mit anderen Kulturkreisen positive Erfahrungen machen. Darüber hinaus erklärte die Bundesregierung, dass alle Strategien zur Förderung des interkulturellen Dialogs nur erfolgreich sein können, wenn sie gleichzeitig von der Zivilgesellschaft akzeptiert, aufgenommen und getragen werden.

Das Ziel: nachhaltiger interkultureller Dialog

Deswegen wurde für die Umsetzung dieses Jahres in Deutschland auch ein Ansatz gewählt, der insbesondere die Zivilgesellschaft mit einbezieht. Demnach wurden folgende acht Projekte unterstützt:

- Verschiedene Aktionstage mit unterschiedlichen Schwerpunkten zum Interkulturellen Dialog, koordiniert vom Deutschen Volkshochschulverband.
- Das Projekt „Interkulturalität als Motor für Bildung und Wissenschaft – Bildung und Wissenschaft als Motor für Interkulturalität“ des Landes Brandenburg, bei dem neun Projekte zu unterschiedlichen Themenfeldern des interkulturellen Dialogs stattfanden, die von Studierenden, Wissenschaftlern, Schulen, gesellschaftlichen Organisationen und der Wirtschaft bearbeitet wurden.
- Der sächsische Kinder- und Jugendfilmdienst, bei dem medienpädagogisch ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins z.B. in Kindergärten und Schulklassen nach dem Ansehen eines ausländischen Films verschiedenste Nachbereitungsmodelle anbieten, die die Aufarbeitung des Filminhalts erleichtern und schwierige Inhalte verstehen helfen.
- Das Projekt „Heimathafen Berlin“ der Bürgerstiftung Berlin. Ziel der Stiftung ist es, die Integrationsfähigkeit insbesondere von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen sowie sozial benachteiligte Kinder zu fördern. In einem so genannten Open Space Forum setzten sich 100 Berliner Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Herkunft und religiöser Prägung mit dem Thema „Interkultureller Dialog“ auseinander.
- Das Projekt „Interkultureller Dialog über Grenzen hinweg“ der Stadt Münster. Das Projekt beinhaltete parallel stattfindende Dialoge in Münster und dem niederländischen Twente sowie eine binationale interkulturelle Dialogveranstaltung für alle Bevölkerungsteile. Außerdem wurde ein multimedialer Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler mit Prämierung und anschließender Wanderausstellung durchgeführt.
- Der EU Dialogue Award des Zentrums für Europäische Bildung. Der Wettbewerb sollte das Internet als Plattform für den Dialog zwischen Schulen in Europa nutzen und dazu anregen, in trilateralen gemeinsamen Projekten zum Thema „Interkultureller Dialog“ zu arbeiten. Die Aufgabe bestand darin, eine Webseite zu entwickeln, die sich mit einem oder mehreren Aspekten mit dem Thema Interkultureller Dialog auseinandersetzt.
- Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland wird in Zusammenarbeit mit dem European Council of Jewish Communities ein Seminar in Berlin abhalten, um die muslimisch-jüdische Koexistenz zu fördern. Teilnehmer werden muslimische und jüdische Studierende und junge Arbeitnehmer aus ganz Europa sein, die über kulturelle Aspekte diskutieren.
- 20 Dialogveranstaltungen „Schulische und außerschulische Dialog- und Bildungsarbeit mit multireligiösen (abrahamischen) Teams“, die vom Interkulturellen Rat in Deutschland durchgeführt wurden. Die Teams setzten sich aus jeweils einer bzw. einem Angehörigen der christlichen, jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften zusammen und diskutierten und informierten über die Grundzüge ihrer Religion.

Alle Projekte und Aktionen sollen einen nachhaltigen interkulturellen Dialog herstellen und somit dafür Sorge tragen, dass die im Jahr 2008 erreichten Ergebnisse vor allem auch einen Beitrag für einen erfolgreichen interkulturellen Dialog in der Zukunft leisten werden.

Ayşe Erkmen: Am Haus, 1994. Oranienstraße18/Heinrichplatz, Berlin: 40 Wortsendungen aus Plexiglas auf Putz. Ayse Erkmen, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin. Foto: Jens Ziehe

Und was gab es noch?

Aber nicht nur diese speziellen Projekte befassten sich in diesem Jahr mit dem interkulturellen Dialog, sondern auch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen anderer zivilgesellschaftlicher Einrichtungen. Im September dieses Jahres veranstaltete die Kulturpolitische Gesellschaft in Dortmund den Kongress „Vielfalt verbindet – die Künste und der Interkulturelle Dialog in europäischen Städten. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven“. Ziel des Kongresses war es, gute interkulturelle Beispiele und Konzepte der kommunalen Kulturarbeit vorzustellen, die Vorbildcharakter haben. Um demnach den Aspekt „Migration“ in der kommunalen Kulturarbeit stärker zu verankern, hat die Kulturpolitische Gesellschaft im Rahmen dieses Kongresses eine Reihe von Empfehlungen formuliert, u.a.

- die besondere Förderung der Zusammenarbeit von interkulturellen Initiativen, Projekten und Vereinen mit den kommunalen Kultureinrichtungen mit dem Ziel, adäquate Vernetzungen und Programmstrukturen zu entwickeln,
- die kommunale Entwicklung von nachvollziehbaren und nachprüfbare Konzepten und Leitlinien
- die die stärkere Berücksichtigung der Migration in der kommunalen Kulturarbeit sicherstellen sowie
- den barrierefreien Zugang zu Förderprogrammen für Kunst und Kultur für alle Künstler und Kulturschaffende mit Migrationshintergrund zu ermöglichen.

Abschließend fordert die Kulturpolitische Gesellschaft, dass das „Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs“ von den Kommunen als Initialzündung für eine Bestandsaufnahme, kritische Reflektion und die Erarbeitung konkreter Leitlinien und Handlungskonzepte genutzt werden soll.

Vom 20. bis zum 22. Oktober 2008 fand zudem der 2. Bundesfachkongress Interkultur mit dem Motto „Kulturelle Vielfalt und Teilhabe“ in Nürnberg statt. Hintergrund dieses Kongresses war der 1. Bundesfachkongress Interkultur, der 2006 in Stuttgart stattfand. Wesentliche Ergebnisse dieses Kongresses wurden in den „Stuttgarter Impulsen“ festgehalten, in denen insbesondere eine umfassende interkulturelle Öffnung von kulturellen Einrichtungen und Angeboten angeregt wurde. In der Präambel der „Stuttgarter Impulse“ heißt es: „Im Sinne eines Intercultural Mainstreaming sollten die kulturelle Teilhabe und die Ausdrucksmöglichkeiten aller in Deutschland lebenden Menschen zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe werden“. Der Kongress im Oktober 2008 in Nürnberg führte diesen Diskurs weiter und nahm übergreifende Diskurse aus den Bereichen Kultur-, Bildungs-, Jugend- und Integrationspolitik auf. In einzelnen Foren wurden u.a. die Themenbereiche Strategien interkultureller Kulturpolitik, Partizipation in soziokulturellen Einrichtungen, Interkulturelle Bibliotheksarbeit und Bürgerschaftliches Engagement von Migrantenorganisationen und -vereinen diskutiert.

Auch die Tagung des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE) „Integrationsförderung durch Migrantenorganisationen – Kompetenzen – Ressourcen – Potentiale und Förderkonzepte in Ost und West“, die ebenfalls im Oktober dieses Jahres stattfand, befasste sich mit der Partizipation von Migrantenselbstorganisationen und thematisierte darüber hinaus, wie die Migrantenorganisationen ihre Potentiale und Ressourcen selbst einschätzen und wo sich Unterstützungsbedarfe abzeichnen. Im Anschluss an den ersten Kongresstag wurde erstmalig der Integrationspreis des Landes Brandenburg vergeben, der an die Projekt- und soziale Regionalentwicklungsgesellschaft Hennigsdorf (Landkreis Oberhavel) ging, die unter anderem einen interkulturellen Nachbarschaftstreff, einen Kinder- und Jugendtreff, ein Zirkusprojekt für Kinder und Jugendliche und das jährliche Sommerfest „Grenzenlos“ organisiert. Zudem wurden zwei Nebenpreise an die ehrenamtlich engagierte Natalja Kerle sowie das Projekt „IKOLKA“, das langzeitarbeitslose Migrantinnen und Migranten zu Imkern ausbildet, verliehen.

Bei allen Veranstaltungen, die zahlreich in einem Jahr des interkulturellen Dialogs stattfanden, sollte nicht vergessen werden, dass das Thema Migration und interkultureller Dialog in vielen Verbänden und Organisationen bereits seit Jahren eine Rolle spielt. So insbesondere bei den Wohlfahrtsverbänden, im Sport und den Kirchen. Zu nennen sind u.a. die Arbeit der Ausländerseelsorge der katholischen und evangelischen Kirche oder die Honnefer Migrationstage der Caritas, die dieses Jahr bereits zum 13. Mal stattfanden. Dieses Mal unter dem Motto: „Miteinander reden – gemeinsam denken. Interkultureller Dialog in der Einwanderungsgesellschaft“.

DIE VERFASSERIN IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Impressum
inter|kultur

interkultur erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung *politik und kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Andreas Kolb,
Kristin Bäßler

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung